Zeitschrift: Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1894)

Rubrik: Zusammentritt des Grossen Rates : März

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tagblatt

Großen Nates des Kantons Bern.

Kreisschreiben

an die

Mitalieder des Großen Rates.

Bern, den 14. hornung 1894.

herr Großrat,

Gemäß dem in der letten Seffion gefaßten Beschluffe beruft der Unterzeichnete hiemit den Großen Rat auf Montag den 5. Marz 1894 zusammen. Sie werden dem= nach eingelaben, sich am genannten Tage, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathause in Bern einzufinden.

Die zur Behandlung kommenden Gegenstände find folgende:

Gesekesentwürfe

jur zweiten Beratung.

1. Gefet über die öffentlich=rechtlichen Folgen (Chren= folgen) des Konkurses und der fruchtlosen Pfandung. (Kommiffionspräfident : Berr hirter, Bern.)

Bur erften Beratung.

1. Gefet jur Erganzung bes Ginkommensfteuergefetes vom 18. März 1865. (Kommiffionspräfident: Herr Karl Schmid, Burgdorf.)

Dekretsentwürfe.

1. Reglement für den Großen Rat des Rantons Bern.

(Kommissionspräsident: Herr Scherz, Bern.) 2. Dekret betreffend einige Aenderungen in der Organi= fation der Bezirtsbehörden des Umtsbezirts Bern. (Präfident der Kommiffion: Herr Ed. Müller, Bern.)

3. Detret betreffend die Abtrennung des Lorraine-Breitenrainbezirks von der untern (Nydeck) Kirchgemeinde und die Erhebung besfelben zu einer felbständigen Rirchgemeinde der Stadt Bern.

Vorträge.

Des Regierungspräfidiums.

Grenzbereinigung mit Neuenburg. (Kommissionspräsident: Berr Em. Probft, Bern.)

Der Direktion der Juftig.

Expropriationen.

Der Direttion der Polizei.

- 1. Naturalisationen.
- 2. Strafnachlaßgesuche.

Der Direttion der Finangen.

- 1. Räufe und Verkäufe von Domanen.
- 2. Bericht und Antrag betreffend Durchführung des Ber= mogenssteuergesetes im neuen Rantonsteil.

Der Direttion der öffentlichen Bauten.

Straken= und andere Bauten.

Der Direttion der Forften.

Waldkäufe und =Verkäufe.

44*

Anzüge und Anfragen:

- 1. Anzug des Herrn Schwab vom 23. November 1893 betreffend Ausarbeitung eines Dekrets über die Berwendung des Alkoholzehntels.
- 2. Anzug des Herrn Daucourt und Mithafte vom 29. November 1893 betreffend Ausarbeitung eines Gesetzes über das Lehrlingswesen.
- 3. Anzug des Herrn Halbemann vom 30. November 1893 betreffend Verkäufe von Pfrunddomänen.
- 4. Anzug des Herrn Lüthi vom 1. Dezember 1893 betreffend Kulturschaden bei militärischen Uebungen.
- 5. Anzug des Herrn Rehmond und Mithafte vom 1. Dezember 1893 betreffend Einsetzung einer Handels= und Gewerbekammer.
- 6. Anzug des Herrn Gurtner vom 1. Dezember 1893 betreffend Revision des Art. 7 des Gesetzes über die Einkommenssteuer vom 18. März 1865.
- 7. Anzug des Herrn Weber und Mithafte vom 1. Februar 1894 betreffend Ermöglichung und Bildung landwirtschaftlicher Schiedsgerichte.

Mahl:

Des Oberingenieurs.

Für den ersten Tag werden die Vorträge der Direktionen und das Reglement für den Großen Kat auf die Tagesordnung gesetzt.

Mit Hochschätzung!

Der Großrats=Präsident G. Ins.

Erste Sitzung.

Montag den 5. Mües 1894,

nachmittags 2 Uhr.

Vorfigender: Präfident Whß.

Der Namensaufruf verzeigt 160 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 103, wovon mit Entschuldigung: die Herren Belrichard, Benz, Brunner, Burrus, Chossat, Chossat, Friedli, v. Grünigen, Höberli (Narberg), Höberli (Münchenbuchsee), Hennemann, Henzelin, Howald, Iten, Meyer (Biel), Michel (Interlaken), Kosselet, Schweizer, Stämpsli (Schwanden), Stoller, Weber (Viel), Will; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Aebi, Affolter, v. Allmen, Beutler, Bircher, Boillat, Boß, Bourquin, Brahier, Brand (Tavannes), Cattin, Chodat, Choulat, Clémençon, Comte, Coullery, Daucourt, Dubach, Elsäßer, Etter (Jezistofen), Etter (Maikirch), Fahrnh, Fleurh, Folletête, Freiburghaus, Frutiger, Gerber (Steffisburg), Glaus, Grandjean, Guenat, Hadorn, Hilbrunner, Hofer (Oberönz), Hosnann, Horn, Hubacher, Huspen, Freiher, Renger, Kunz, Kuster, Lanz, Leuenberger, Marschall, Maurer, Meyer (Laufen), Minder, Morgenthaler (Leimiswhl), Moser (Bern), Moser (Hern), Moser (Hern), Moser (Hern), Keihen, Keihegeger, Dr. Schenk, Schneeberger (Orpund), Stämpsli (Bern), Stausser, Streit, Schneeberger (Orpund), Stämpsli (Bern), Stausser, Streit, Schneeberger (Orpund), Stämpsli (Bern), Stausser, Streit, Studi (Ins.), Studi (Wimmis), Thönen, Tièche (Biel), Tschanen, Walther (Oberburg), Wermeille, Wolf, Zehnder, Bingg (Dießbach), Zingg (Ins.).

Präsibent. Es ist ein eigenartiger Jufall, daß der Tag, an dem der Große Kat zur letzen Session unter der alten Berfassung zusammentritt, zusammenfällt mit dem Tag der Uebergabe der Stadt Bern am 5. März 1798, nachdem im Grauholz der letzte Verzweislungskampf von den wenigen Verner Truppen ausgekämpft worden war, die sich dort der fremden Uebermacht entgegengestellt hatten. Genau um die nämliche Stunde, zu welcher sich heute der Große Kat hier versammelt, hat der General Schauen-burg an der Spitze seiner Division seinen Einzug in die Stadt Vern gehalten, in die Stadt, die seit ihrer Grün-

dung nie einen Feind hatte einziehen laffen muffen. Nun will ich keine Vergleichung zwischen der damaligen und ber heutigen Zeit anftellen. Wir wollen dankbar fein dafür, daß unfer Schweizerland durch die Zeiten der tiefsten Erniedrigung sich hindurchgearbeitet hat und gegenwärtig so dafteht, daß wir unsere Freude daran haben dürfen und daß es auch gegenüber den andern Machten diejenige Stellung einnimmt, die ihm gebührt. Aber wir wollen doch nicht diejenigen vergessen, die an diesem letten Tage für die Ehre und ich fage speziell für die militärische Ehre Berns im Grauholz gekampft haben. Männer, die – wie der Verfasser der aus Anlaß der Errichtung eines Denkmals im Grauholz erschienenen Denkschrift sich ausgesprochen hat — für eine verlorne Sache und im Bewußtsein, daß es sich um eine verlorne Sache handelt, tämpfen und in einem Moment allgemeiner Demorali= sation, dem Ruf des Vaterlandes folgend, ihr Blut ein= setzen, verdienen ein Denkmal der Rachwelt im Berzen des Volkes und auch ein äußeres, fichtbares Zeichen, wie es ihnen auf Anregung des kantonalen Offiziersvereins in Form eines bescheidenen Dentsteins gefett worden ift mit der Inschrift — nicht nur im hindlick auf die Bergangenheit, sondern auch als Mahnung für die Zukunft: "Seid einig!" Und wenn unfer Bernervolf ben Braven, die im Grauholz gefallen, seine Anerkennung in der Beise bezeugt hat, so wird es sicher Ihrer Behörde nur eine angenehme Pflicht sein, am Todestag der im Grauholz Gefallenen mit ben wenigen Worten zu gedenken, die ich mir soeben an Sie zu richten erlaubt habe, und Sie werden mir beiftimmen, wenn ich Sie freundlich ersuche, zur Erinnerung und zu Ehren der im Grauholz am 5. März 1798 gefallenen Berner fich von Ihren Sigen erheben zu wollen. (Beifall. Der Kat erhebt sich.)

Cagesordnung:

Bereinigung des Craktandenverzeichniffes.

Das Dekret betreffend Erhebung des Lorraine=Breitenrainbezirks zu einer felb= ständigen Kirchgemeinde der Stadt Bern wird zur Borberatung an die Bittschriftenkommission gewiesen. Sonst giebt das Traktandenverzeichnis zu keinen Bemerkungen Anlaß.

Berichtigung der Kantonsgrenze Bern-Neuenburg.

(Siehe Nr. 8 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 18**94**.)

Marti, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsrats. Dieses Geschäft steht schon seit längerer Zeit auf der Traktandenliste, konnte aber wegen Anständen zwischen den Beteiligten bis jetzt nicht erledigt werden. Es handelt sich um eine Grenzbereinigung zwischen den Kantonen Bern und Reuenburg, und es hat dieser Gegen=

stand furz folgende Geschichte.

Wie Ihnen bekannt ist, war der Lauf der obern Zihl von ihrem Austritt aus dem Neuenburgerfee an ein sehr gewundener. Die ganze Partie zwischen dem Neuen= burger- und Bielersee wurde dann in die Juragewässer-korrektion einbezogen. Die Zihl wurde infolgedessen geradegelegt und dadurch die versumpfte Gegend ent= mäffert. Es bildet diese Korrektion der obern Bihl nicht einen Teil derjenigen Unternehmung, bei der der Ranton Bern beteiligt war, sondern fie gehörte zu derjenigen Unternehmung, die von den welschen Kantonen Neuen= burg, Waadt und Freiburg ausgeführt wurde und die nicht nur in der Korrektion der obern Bihl, sondern auch der Brope, die von dem Murten= in den Neuenburgerfee fließt, bestand. Der Ranton Bern hatte also zu Diefer Korrektion direkt nichts zu sagen, sondern er wurde nur beigezogen, als es sich um die Kollaudation der betreffenden Arbeiten handelte, die im Jahre 1885 von der Gidgenossenschaft abgenommen und als richtig ausgeführt erklärt wurden. Es haben zwar damals schon die technischen Organe des Kantons Bern gegen die bedingungslose Abnahme Widerspruch erhoben, indem man behauptete, es seien die Seedamme, namentlich diejenigen im Bielerfee, zu wenig hoch angelegt; im Interesse der Schiffsahrt mussen dieselben wahrscheinlich früher oder später erhöht werden. Der Ranton Bern verlangte deshalb, daß die Seedamme im Bielerfee, die nun in fein Gigentum übergegangen find, eventuell auf Kosten der obern Kantone erhöht werden; die Eidgenoffenschaft ist jedoch auf diese Reklamation nicht eingetreten.

Infolge der Geradlegung der Zihl find nun verschiedene Landabschnitte, die früher auf der neuenburgischen Seite lagen, auf die bernische Seite gekommen, sowie anderseits bernische Landabschnitte, wovon einer ein ziem= lich großer im Grifachmoos, auf die neuenburgische Seite zu liegen kamen. Es hat fich nun von felbst verstanden, daß die Grenzbereinigung in der Weise stattfinden muffe, daß die so abgetrennten Parzellen dem Kanton zugeteilt werden, auf deffen Seite fie infolge der Korrektion zu liegen kamen. Die Grenze zwischen den beiden Kantonen bildete früher vom Neuenburgersee weg die linksseitige Uferlinie dis zur Zihlbrücke. Dort setzte die Grenzlinie auf das rechte Ufer hinüber und blieb dort dis zum Bielersee. Die Grenze war also keine rationelle. Nach der Korrektion der Bihl fand man von Anfang an, es fei das einfachste, daß die neue Grenze durch die Längs= are der Zihl gebildet werde, also mitten durch die Zihl Es hat nun die Eidgenoffenschaft die Rantone Bern und Neuenburg schon im Jahre 1885 eingeladen, sie sollen sich über die Details der Bereinigung verständigen. Es steht nämlich der Eidgenoffenschaft das Oberaufsichtsrecht über das Juragewässerkorrektionsunter= nehmen zu in der Weise, daß sie darüber zu wachen hat, daß das Unternehmen auch gehörig unterhalten wird, welche Aufficht über die Unterhaltungspflicht aber nicht möglich ist, wenn die Eidgenoffenschaft nicht weiß, wo die Grenze durchgeht. Die beiden Kantone waren nun von Anfang an einig, daß die gegenseitig abgeschnittenen Gebietsteile einfach zu dem betreffenden Kanton geschlagen werden, auf deffen Seite fie jest liegen, ohne dabei auf eine rechnungsmäßige Erörterung des Wertes diefer Gebiets=

teile des Nähern einzutreten; denn es handelte fich da um ein Ereignis höherer Gewalt, und im großen ganzen find die verschobenen Gebietsteile nicht von erheblicher Bedeutung. Dem Kanton Bern ist zwar ein viel größerer Teil abgeschnitten worden, etwa 80 ha, mährend Neuen= burg nur etwa 4 ha verloren hat; allein es hat gleich= zeitig auch zwei Gebäude verloren, auf die es zum Teil einen größern Wert legt, so namentlich das Schloß Bihl= brück, ein uraltes Schloß, das Ihnen wahrscheinlich bekannt ist, und auf welches Neuenburg, angeblich wenigstens, als historisches Denkmal einen sehr hohen Wert legt. Neuen= burg sagte, es konne solche historische Denkmäler, welche dem Kanton wohl anstehen und ihm Relief geben, nicht ohne weiteres abtreten; wenn schon der bauliche Wert des Schlosses nicht groß sei, so habe dasselbe doch für Neuenburg eine ideale Bedeutung. Ferner kam auf Bernerseite zu liegen die fogen. Maison rouge-Besitzung, bestehend in einem Wirtschaftshaus und einem landwirtschaftlichen Komplex. Die Besitzung ist zwar nicht groß, bietet aber doch einen größern Wert dar, als das schlechte Land im Grifachmoos, das zwar jest auch nicht mehr fo schlecht ift. Ich sage also: die Parteien haben fich in Bezug auf die Bezeichnung der abzutretenden Gebietsteile nicht in nahere Erörterungen eingelaffen, fondern fich auf den gegenseitigen Austausch geeinigt und erklärt, fie über= laffen es im übrigen den refp. Kantonen, fich mit den betreffenden Gemeinden auseinanderzuseten. Go hat z. B. die Gemeinde Gals mit den im Grifachmoos gelegenen 80 ha ein Steuerobjett von etlichen 60 oder 70,000 Fr. verloren, und fie hat deshalb ein gewiffes Recht, eine Ent= schädigung zu verlangen. Das gleiche ist auf neuen-burgischer Seite der Fall. Nun hat der Kanton Bern im alten Bihlbett das Fischezenrecht befeffen, das er für 4 ober 5000 Fr. verkaufen konnte. Das ift ein Objekt, das man der Gemeinde Gals als Entschädigung abtreten tann, wobei fich dann zeigen wird, ob man ihr mit Ruckficht auf die Gebietsverminderung später noch eine Rom= benfation leiften fann und foll.

Es haben sich aber noch weitere Anstände gezeigt. Ginen Hauptanstand habe ich bereits im Eingange berührt. Derselbe bestand darin, daß Bern von Neuenburg verlangt hat, wenn die Seedämme im Bielersee erhöht werden müssen, die obern Kantone hieran einen Beitrag leisten sollen. Neuenburg hat sich nun aber entschieden geweigert, diesem Begehren Rechnung zu tragen, indem es saste, die Arbeiten der obern Kantone seien im Jahre 1885 kollaudiert und von der Eidgenossensschaft abgenommen worden; infolgedessen habe sich auch die Gemeinschaft der obern Kantone aufgelöst, so daß auch rechtlich keine Möglichkeit vorhanden wäre, daß sich diese Gemeinschaft wieder zusammenthun könnte, um für allfällige Mängel an den Seedämmen eine Entschädigung zu leisten.

Eine weitere Differenz bestand darin, wie der Unterhalt an der Zihl geteilt werden solle. Es ist selbstwerständlich, daß es mit der Korrektion allein nicht gemacht ist, sondern bei dem schwachen Gefälle der Zihl muß man von Zeit zu Zeit Außbaggerungen vornehmen, und deshalb muß man wissen, wie man die Unterhaltungspssicht verteilen will. Man kann sich natürlich nicht mitten durch den Kanal einen Strich gezogen denken und auf der einen Seite die Außbaggerung dem Kanton Bern und auf der andern Seite dem Kanton Keuenburg überlassen, sondern man muß die Zihl der Quere nach abteilen und sagen: der obere Teil soll von Keuenburg, der untere von Bern außgebaggert werden.

Eine weitere Differenz entstand wegen der Fischezenrechte. Der Kanton Reuenburg hat aber in der Folge darauf verzichtet, und so find sie in bernischem Besitz

geblieben.

Nichtsdestoweniger glaubt Bern, bei einem folchen Abkommen komme es gleichwohl noch zu kurz und es fei billig, daß Neuenburg wenigstens etwas an die Ror= rektion der Straße bei der Bihlbrude beitrage. Es führt nämlich über die alte Bihl eine aus großen Duadersteinen maffiv gebaute fteinerne Brude mit einem Gfelruden, die mit der Zufahrt ein Gefäll von 10 % aufweift. Der Unterhalt dieser Brücke war Sache Neuenburgs. Nun ist aber diese Brücke durch den Kanal abgeschnitten worden, Reuenburg hat eine neue eiserne erstellt, und die alte Brücke ift auf Bernerseite zu liegen gekommen Run glauben wir, die betreffende Bufahrt muffe korrigiert werden, indem fich aus der Gemeinde Gals, dem großen Moos 2c. namentlich ein bedeutender Marktverkehr nach Neuenburg hinüberbewegt; überhaupt wird die Brücke viel benutt, obicon die schlechten Berhältniffe, in welchen fie fich befindet, eine Benutung fast unmöglich machen. Wir haben nun verlangt, Neuenburg solle an die Korrektion einen Beitrag leisten und schließlich hat man sich auf die Summe von Fr. 5000 geeinigt.

So ist schließlich zwischen den beiden Kantonen folgende Konvention zu ftande gekommen: (Siehe Rr. 8

der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates).

Es hat sich nun nachher erzeigt, daß bei der Grenzberichtigung einem Umstand nicht Rechnung getragen wurde, der auf die Grenze im Reuendurgerse einen nicht unerheblichen Einfluß hat. Es ist nämlich auf dem Plane die Grenze vom Ursprung des rechtusrigen Seedammes im Neuendurgersee durch das Wasser hindurch gezogen worden dis direkt zur Ausmündung der Brohe in den Neuendurgersee. Nun ist aber infolge der Korrektion das Wasser ziemlich weit hinter diejenige Grenze zurückgetreten, die auf dem Plane als Kantonsgrenze eingezeichnet ist. Infolgedessen liegt der ganze Alluvialboden, der sich dem User nach, dem großen Moos nach gegen den Aussluß der Brohe hinzieht, auf bernischem Gediet, und er ist auch bereits von uns als Wald angepslanzt worden. Es muß deshalb die Linie auf Ort und Stelle abgegrenzt werden, so daß sie vielleicht 7—800 Meter weiter außen als Maison rouge gezogen wird und zwar durch das Wasser selbst, und daß man sie durch Marchssteine festsehen muß.

Wir haben immer geglaubt, Neuenburg werde das getroffene Uebereinkommen ratifizieren. Dasfelbe hat aber doch ziemlich viel Anstand gefunden, indem die Nachbarn von Neuenburg glauben, fie feien nach allen Richtungen hin benachteiligt, während es in Wirklichkeit nicht der Fall ist, sondern die Abmachung durchaus eine loyale genannt werden kann. Es wurde eine Kommission gewählt, die fich auf Ort und Stelle begab und einen fingerdicken Bericht ausarbeitete, in welchem alles Mög= liche und Unmögliche steht. Es hat mir jedoch der Abgeordnete der neuenburgischen Regierung erklärt, der neuenburgische Große Rat werde ebenfalls heute zusam= mentreten und die Regierung verspreche, daß die Genehmi= gung des Bertrages in diefer Grogratsfeffion erfolgen werde. Wir verlangen nun aber von Ihnen nicht eine Ratifikation der Konvention; denn eine folche wurde fich nicht empfehlen, bevor man ganz sicher ist, daß die Konvention auch von der andern Seite ratifiziert werden wird. Wir ftellen deshalb den Antrag, der Große Rat

möchte die Regierung ermächtigen, auf Grund der zwischen den beibseitigen Regierungen und ihren Vertretern stattgefundenen Verhandlungen eine Uebereinkunst betressend die Berichtigung der Kantonsgrenze zwischen Vern und Neuenburg an der obern Zihl desinitiv abzuschließen. Auf diese Weise sind wir dann ganz sicher, daß die Sache nicht nur in materieller Beziehung auf Ort und Stelle noch ganz klargestellt wird, sondern daß sie auch sormell in korrektester Weise erledigt werden kann, indem der Große Rat von Neuendurg seiner Regierung die gleiche Ermächtigung erteilt, so daß dann die Uebereinkunst zwischen den beiden Regierungen desinitiv abgeschlossen werden kann. Ich empsehle Ihnen den Antrag des Regierungsrats zur Annahme.

Probst, Emil, Berichterstatter der Kommission. Ihre Kommission hat dem gedruckten Bortrage der Baudirektion sowie dem einläßlichen mündlichen Bericht des Herrn Regierungspräsidenten nichts beizufügen. Sie empsiehlt Ihnen einstimmig die Annahme des gestellten Antrages.

Angenommen.

Perfärkungsarbeiten an der Sirdenfeldbrucke in Bern.

Der Regierungsrat beantragt, zur Vornahme von Verstärkungsarbeiten an der Kirchenfeldbrücke in Bern einen Kredit von Fr. 25,000 aus Rubrik XF zu bewilligen.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Es ist Ihnen bekannt, daß Ende der 70er und
anfangs der 80er Jahre eine englische Gesellschaft sich
gebildet hat, welche sich zum Zwecke setzte, auf dem
Kirchenseld ein Villenquartier zu erstellen. Es war das
eine Art Spekulation, aber nicht gerade eine ausschweisende,
indem man von vornherein wissen konnte, daß keine
übermäßige Dividende sich herausstellen werde; denn
erstens mußte die Gesellschaft das Land kaufen, wenn
auch zu einem billigen Preis, und zweitens mußte sie die
Kirchenseldbrücke ganz auf ihre Kosten erstellen, was eine
Ausgabe von 5/4 Millionen erforderte.

Öbschon die Brücke eigentlich im Interesse der Stadt Bern gebaut wurde, so hat dennoch der Staat damals gefunden, er habe auch ein Interesse an der Brücke, indem sie einer besserbindung und zwar eine Berbindung, die einer Staatöstraße II. Klasse gleichkomme, zwischen Bern und dem Amt Konolsingen eröffne. Nach einer Keihe von Unterhandlungen sind die Leistungen des Staates vertraglich festgestellt und am 26. November 1881 vom Großen Kat genehmigt worden. Diese Leistungen lauten folgendermaßen:

"1. Der Staat leistet an den Bau der Straße von der Muri-Allee bis zur Kirchenfeldbrücke einen Beitrag gleich der Hälfte der Baukosten, jedoch höchstens 40,000 Franken.

2. Derfelbe übernimmt den künftigen Unterhalt der Fahrbahn dieser Straße, sowie denjenigen der Kirchenfeldbrücke, während der Unterhalt der beiden Anfahrten auf ber Stadtseite, sowie des Zufahrtplages auf der Kirchenfelbseite als Straßen und Plätze der Stadt Sache der Einwohnergemeinde, jedenfalls nicht Sache des Staates sein wird.

3. Das für den Bau der Brücke und der genannten Straße erforderliche Grundeigentum des Staates (un= gefähr 1220 m²) soll unentgeltlich abgetreten werden.

4. Das Gebäude der Hauptwache wird einstweilen nicht abgetreten; dagegen ist zur Erweiterung der dortigen Zusahrt die nordöstliche Ecke dieses Gebäudes auf Kosten des Staates in zweckentsprechender Weise abzutragen. Die Zusahrtsstraße zwischen der Brücke und der Herrengasse ist einstweilen nicht auszusühren, sondern nur ein Wegfür Kußaänger provisorisch offen zu halten.

für Fußgänger provisorisch offen zu halten.
5. Der Staat behält sich die Brüfung und Genehmisgung der Plane der zu subventionierenden Straße, sowie der Brücke und ihrer Anfahrten vor, wobei schon jetzt die Bedingung gestellt wird, daß die Brückeneingange

etwas verbreitert werden.

6. Die Baudirektion ist beauftragt, mit der Kirchenfeldgesellschaft unter Katisikationsvorbehalt eine Uebereinkunft zu vereinbaren, welche das Nötige über die ganze Bauanlage, soweit dieselbe den Staat interessiert, enthalten soll.

7. Dieser Beschluß tritt erst dann in Kraft, wenn das Unternehmen nach allen Richtungen gesichert ist und die gesuchstellende Gesellschaft eine Million Franken bei einem hiesigen Bankhause als Kaution hinterlegt haben wird."

Die Genehmigung dieser Leistungen erfolgte unter Annahme der vom damaligen Präsidenten, Herrn Karrer, beigefügten Bedingung, es solle der Brückenbau vom Staate überwacht und kollaudiert werden, d. h. die Uebernahme der Brücke solle erst nach gehöriger Erprobung

Die Bauten nahmen nun ihren Fortgang und im September 1883 wurde die Brücke provisorisch übergeben, nachdem sie eine Probebelastung mit Erfolg bestanden hatte. Es ist hierüber ein Protokoll vom September 1883 vorhanden, das die Details der Erprobung enthält und zum Schlusse konstatiert: "Das Gesamtergebnis der Probe darf somit wohl als ein durchaus besriedigendes bezeichnet werden." Es war nun vorgesehen, daß die desinitive Uebernahme der Brücke durch den Staat ein Jahr nach der provisorischen stattsinden solle. Das ist auch geschehen und zwar auch damals wieder unter allen gebotenen Vorsichtsmaßregeln. Die Brücke wurde durch die technischen Organe erprobt und das Protokoll des Herrn Oberingenieurs konstatiert:

"Der Unterzeichnete bescheint hiemit, nachdem er eine nähere Untersuchung der von den Herren Ott & Cie. ausgeführten Arbeiten der Kirchenfelddrücke vorgenommen, und die nicht leicht zugänglichen Bestandteile der eisernen Oberbaukonstruktion noch speziell durch Herrn Ingenieur Sänger hat untersuchen lassen, der keine eigentlichen Mängel an denselben konstatiert hat, daß sich diese Brückenarbeiten in vertragsmäßigem Zustande besinden und daß mithin laut § 20 des Bedingnishestes und laut Art. 7 des unterm 24. Dezember 1881 zwischen dem Staat Bern und der Bern-Land-Company abgeschlossenen Bertrages, die Kirchenseldbrücke desinitiv vom Staate übernommen werden kann."

Letteres wurde benn auch am 24. September 1884 vom Regierungsrat beschloffen. Bei ber großen Wichtigkeit

ber Sache beschloß er jedoch, vorher noch einen Spezial= experten zuzuziehen, um die Solidität der Brücke noch besonders im Detail zu untersuchen. Es war dies der bekannte herr Ritter, Profeffor bes Brudenbaues am Polytechnikum in Zürich. Herr Ritter hat im April 1884 ein Gutachten abgegeben. Ich will Sie nicht mit der Berlesung dieses weitläufigen Gutachtens aufhalten. Es behandelt erstens das Programm für die Belastungsproben und zweitens die Belaftungsproben felber, die auf verschiedene Weise, namentlich auch mit Artillerie stattfanden und die zu dem Refultate führten, daß das Befinden in seinen Schlußfolgerungen folgende wesentliche Thatsache enthält: "Wir durfen den Schluß ziehen, daß die Konstruktion von groben Fehlern frei ist." Herr Ritter hat auseinandergesett, daß bei Untersuchung eines solchen Eisenwerkes es sich darum handle, zu konstatieren, von welcher Bedeutung die momentanen Schwankungen seien und von welcher Bedeutung die bleibenden Depreffionen. herr Ritter kommt hier zu folgendem Schluß: "Im Blick auf diese freilich noch dürftigen Daten, erscheinen nun die bei der Rirchenfeldbrücke gefundenen bleibenden Senkungen (bei der erften Probe 5, bei der Einweihung noch weitere 5 bis 10 mm) etwas hoch; doch im Berhältnis zu den großen Dimenfionen, welche das Bauwerk in der Länge und Breite und namentlich auch in der Höhe besitzt, kann man dieselben immer noch verschwindend klein nennen, und da auch die Untersuchung der einzelnen Konstruktionsglieder nichts Auffälliges ergeben hat, so darf man das Gesamtresultat der Probe unbedenklich als ein befriedigendes, die Brücke als vollkommen tragfähig bezeichnen. Immerhin ist es ratsam, die Konstruktion von Zeit zu Zeit einer Prüfung zu unterziehen, wobei außer auf den Anstrich, besonders auf die Bernietung der Streber mit den Gurtungen und auf die Auflager der Bogen acht zu geben ift." Endlich hat er über die Brücke im allgemeinen folgendes Urteil gefällt:

"Während bei der Schwarzwasservicke als Bogenlinie eine Parabel gewählt wurde, sind die Bogen der Kirchenfeldbrücke nach einer Kreislinie gekrümmt; ferner stehen bei letzterer die Pfosten zwei dis dreimal weiter voneinander ab, als bei ersterer. Diese beiden Aenderungen gereichen der Kirchenfeldbrücke nach meiner Ansicht nicht zum Borteil; denn sie bedingen beide eine größere Abweichung der Drucklinie von der Mittellinie des Bogens und verlangen daher mehr Material, ohne auf der andern Seite Borteile zu bieten. Ueberdies nötigte der große Pfostenabstand zu einer größern höhe des die Fahrbahn tragenden Fachwerkes, wodurch dieses gegenüber dem leichtgliedrigen Bogen ein etwas zu schweres Ausssehen erhalten hat.

"Zu bedauern ist ferner, daß man, um an Kosten zu sparen, die Steinkonstruktion auf das äußerste Minimum beschränkt hat; etwas umfangreichere Mauerwerkmaffen namentlich drei von den Bogenauflagern dis zur Fahrebahn reichende Pfeiler, hätten dem vor der Bundesshauptstadt besindlichen großartigen Bauwerke ein monumentaleres Aussehen verliehen.

"Doch auch so bietet dasselbe Laien und Fachleuten großes Interesse. Nicht nur, daß es der Stadt zur Zierde gereicht und sie mit dem gegenüberliegenden Ufer in bequemster Weise verbindet, sondern der Bau der Kirchenfeldbrücke bezeichnet auch in technischer Hinsicht einen Fortschritt; denn kaum hätte man es vor zwei Jahrzehnten gewagt, sich in kühner, siegesbewußter Weise über ein so bedeutendes Verkerbrähindernis hinweg zu setzen;

mit solch geringen Kosten wäre dies überhaupt nicht möglich gewesen.

"Leider steht die Brücke auch zugleich da als letzter Zeuge von der fruchtbaren Thätigkeit einer der bedeu-

tendften ichweizerischen Brückenfirmen."

Es ist nun, wie Sie wissen, von anfang an die Brücke im Publikum nicht günstig beurteilt worden, weil sie von Anfang an außerordentliche Schwankungen aufgewiesen hat, die namentlich bei den großen Festen — Schüßensest und Gründungssest — bei jedermann ein beängstigendes Gefühl hervorgerusen haben. Bon allen Seiten machten sich daher Stimmen geltend, welche verlangten, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen werde. Es ist auch mir, nachdem ich kaum mein Amt angetreten hatte, eine Zuschrift des Kirchenseldleistes zugekommen, welche allen diesen Bedenken Außdruck giebt und verlangt, daß die Baudirektion darüber eine beruhigende Erklärung erlasse. Ich habe eine solche Erklärung damals auch erlassen in der Weise, daß gestützt auf die Gutachten der hierseitigen technischen Organe eine unmittelbare Gefahr absolut nicht vorhanden sei.

Bor zwei Jahren mußte man die Brude neu an= streichen und locker gewordene Rieten festmachen. Bei diesem Anlasse hat der Bezirksingenieur eine nähere Untersuchung der Brücke vorgenommen und ist dabei zu dem Resultate gelangt, es sollen daran Berstärkungen vorgenommen werden, abgesehen davon, ob eine mittel= bare oder unmittelbare Gefahr vorhanden sei, nur schon im Hinblick auf den fatalen Eindruck, den diese Schwan= tungen beim Bublitum hervorrufen, der bei einer größern Ansammlung von Leuten einmal zu einer Panik ausarten könnte, die eine Katastrophe zur Folge haben könnte. Die Berftartungsantrage, welche bamals bie technischen Organe der Baudirektion machten, gingen so weit, daß ich nicht ohne weiteres dem Regierungsrate beantragen wollte, die nötigen Kredite bewilligen zu Laffen; denn es hat fich um Summen von Fr. 100—150,000 gehandelt; ja es war sogar ein Projekt vorhanden, die Pfeiler in Stein aufzumauern, was Kosten im Betrage von Fr. 250,000 im Gefolge haben würde. Die Baudirektion hat deshalb die Experten wieder kommen laffen, welche schon bei der Kollaudation mitwirkten, nämlich 1. herrn Professor Ritter, die größte Autorität, die wir in der Schweiz in diesem Fach haben und der die Brücke bereits einmal begutachtet hatte, also wissen mußte, wie die heutige Sachlage der damaligen entspreche, 2. wurde Herr Ingenieur Probst, der bei der Firma, welche die Brücke baute, beteiligt war, allein, wie Sie wiffen, ebenfalls eine Autorität im Brückenfache ift, beigezogen, um fich auch seinerseits darüber auszusprechen, wie er die Sachlage beurteile. Die Herren erklärten nun, man könne ein bestimmtes Urteil nur abgeben, wenn man sowohl die horizontalen, als die vertikalen Schwankungen genau meffen konne; hiefur hatten bis jest alle Prazifionsinstrumente gefehlt, man habe die Sache nur approximativ meffen können, was bei einer so delikaten Frage durchaus nicht genüge. Sie haben aber weiter erklart, es feien in neuester Zeit von einem Dresdener Professor solche Prazisionsinstrumente konftruiert worden, worauf die Baudirektion die Ermächtigung erteilte, diesen Profeffor mit feinen Inftrumenten tommen zu laffen und eine gründliche Untersuchung der Brücke und ihrer Schwankungen vorzunehmen. Das ift nun geschehen, und im November 1893 ging das Befinden ein. Dasfelbe

enthält in wiffenschaftlicher und rechnerischer Beziehung außerordentlich viel Intereffantes, aber gerade das nicht, was ich wiffen wollte, ob die Brücke eine gefährliche fei oder nicht. Diese Frage wurde, wenigstens in der Haupt= fache, umgangen, und die Experten fagten nur, da bas Publikum Angst habe, so werde es sich empfehlen, Ver= stärkungen vorzunehmen, und zwar sollen dieselben be= stehen in:

"a) Berftärkung der vier untersten Bogenkreuze auf den

vierfachen Querschnitt;

b) Anspannung der vorhandenen Bogen= und Pfeiler= streben, soweit sich eine solche ohne zu große Kosten ausführen läßt;

Verstärkung der Windstrebenbefestigung an den Widerbogen der Brücke;

d) Beobachtung der Wirkung diefer Berbefferungen und eventuell Bornahme weiterer Berftartungen."

Die Baudirektion hat hierauf den Oberingenieur an= gefragt, was diese vorgeschlagenen Verstärkungen koften würden, und es ftellte fich heraus, daß zur Ausführung derfelben eine Summe von Fr. 153,400 erforderlich mare. Ich glaubte nun, zu einem solchen Resultate nicht ohne weiteres Ja und Amen fagen zu follen, sondern ich habe gefunden, es fei am Plate, die Berren Experten zu einer definitiven Beantwortung der Frage einzuladen, ob die Brücke verstärkt werden müsse, ob also Gefahr vorhanden sei oder ob man die Sache noch kurzere oder längere Beit aufschieben könne, und zwar möchten fie diese Frage beantworten sowohl zur Deckung ihrer eigenen Berant-wortlichkeit, als zur Deckung berjenigen ber Regierung. In einem zweiten Gutachten, vom 16. Februar 1894, ift seitens der Herren Experten folgende Antwort ein= gelangt:

"Mit Schreiben vom 27. Januar legen Sie den Unterzeichneten, im hinblick auf das von ihnen im Dezember abgegebene Gutachten über die Kirchenfeldbrücke noch folgende zwei Erganzungsfragen zur Beantwortung

1) Können die beobachteten Schwankungen und die kleine Bermehrung derfelben bei gang großem Menschengedränge, wie Sie sie für möglich halten, hinsichtlich De= formation einzelner Konstruktionsteile ober schädlichem Einfluß auf die Beschaffenheit des Eisenmaterials nach einiger Zeit eine Gefahr veranlaffen?

2) Sind die von Ihnen vorgeschlagenen Vorsichtsmaßnahmen dringend geboten oder ift ein beobachtendes

Abwarten zuläffig und auf wie lange?

"Wir gestatten uns, diese Fragen wie folgt zu be= antworten.

"Die von uns angestellten Beobachtungen und Berechnungen haben die bon uns schon früher ausgesprochene Bermutung bestätigt, daß die Schwankungen der Kirchenfelbbrucke im wesentlichen der Clastizität des Eisens zuzuschreiben find und nur beshalb das an andern großen Brücken mahrnehmbare Maß überfteigen, weil die Tragmande lotrecht stehen und die Querverbande ver= hältnismäßig leicht find. Wir konnten aus diesem Grunde in einer Berzögerung der Berftärkungsarbeiten keine un= mittelbare Gefahr erkennen, sondern waren vielmehr der Anficht, daß vorerst eine möglichst sorgfältige und all= seitige Brüfung der Angelegenheit Plat greifen solle.

"Diese Prüfung ift nun aber für einmal abgeschloffen. Weiteres Zuwarten wird schwerlich größere Aufklärung verschaffen. Wir find aber durchaus der Anficht, daß

mit den Verstärkungsarbeiten jest begonnen werden sollte. Erst nach Ausführung der von uns vorgeschlagenen Ver= stärkungen wird es am Plate sein, weitere Beobachtungen anzustellen und mit der Verstärkung eventuell einen Schritt weiterzugehen. Dagegen war es niemals unfere Unficht, daß Verstärkungen überhaupt überflüffig wären.

"Ob und inwieweit die Schwankungen der Brücke deren Solidität gefährden, läßt fich schwer sagen. Die Brücke befindet sich schon über zehn Jahre in ihrem gegenwärtigen Zustande, ohne daß man nachteilige Folgen der Schwankungen, wie auffallend zahlreiche Nietenlocke= rungen, Deformation einzelner Konftruktionsteile 2c., hätte bemerken können. Voraussichtlich wurden auch die nächsten Jahre hieran nichts ändern. Allein im Laufe der Zeit könnten sich doch langsam und namentlich kleinere und junächst noch verborgene Schäben berart vergrößern, daß ihre Befeitigung erhebliche Umftändlichkeiten und Roften

verursachen würde.

"Aber auch wenn dies nicht der Fall sein sollte, so bilben die ftarken Schwankungen der Brücke einen Mangel, deffen Beseitigung oder Milberung icon mit Rudficht auf das Bublitum angestrebt werden follte. Wir konnen uns nicht verhehlen, daß hier in gewiffer Sinficht eine wirkliche Gefahr besteht. Im Bolte hat nun einmal die Meinung Wurzel gefaßt, daß die Kirchenfeldbrücke der nötigen Sicherheit entbehre. Die Berficherung der Fach= manner, daß dem nicht so sei, ift nicht im stande, diese Unficht auszurotten. Bei ftartem Menschengedränge werden die Schwankungen so bedeutend, daß sich thatsächlich bei einem großen Teil der Paffanten ein unbehagliches Gefühl einstellt. Erwägt man nun, daß unter solchen Umständen eine Panik ausbrechen und große Menschen= mengen fich gegen das Geländer brängen könnten, das für folche Borfalle nicht berechnet ift, fo wird man fich der Neberzeugung kaum verschließen konnen, daß eine gewiffe, wenn auch nicht unmittelbare Gefahr vorhanden ift.

"Unsere Anficht geht somit dahin, daß die von uns beantragten Berstärkungen dringend geboten sind, daß mit denselben nicht länger gewartet werden sollte und daß fie auf alle Fälle vollendet sein sollten, bevor sich wieder ein größeres Menschengedränge auf der Brücke einstellt."

Hiermit war natürlich auch für den Regierungsrat dieses Geschäft spruchreif und zwar in dem Sinne, daß wir nach dem Rat der Experten die vorgeschlagenen Berftärfungen vornehmen muffen, allerdings nicht auf einmal, fondern successive. Wir glauben, es genüge, dies Jahr eine Gruppe im Koftenbetrage von 25,000 Fr. außzuführen. Nachher wird man die Brücke wieder beobachten und eventuell weitere Verstärkungen vornehmen bis man glaubt, es sei genug. Die Regierung stellt Ihnen beshalb den Antrag, Sie möchten zu dem angegebenen Bweck für diefes Jahr aus bem Stragenbaukredit einen Rredit von 25,000 Fr. bewilligen. Die Regierung wird fich angelegen sein laffen, den Großen Rat auf dem Laufenden zu erhalten, und es ist zu hoffen, daß wenn einmal einige diefer Verftärkungen ausgeführt find, die Schwantungen der Brude fo gemildert fein werden, daß teine Beranlaffung mehr vorliegt, weitere Verstärkungen vorzunehmen.

Bühlmann, Berichterftatter der Staatswirtschafts= tommission. Ich habe dem ausführlichen Bericht des herrn Baudirektors wenig mehr beizufügen. Die Staats= wirtschaftstommiffion hat sich aus den Gutachten über=

zeugt, daß es in der That dringend geboten ift, in Bezug auf die Kirchenfeldbrücke etwas zu thun. Wir haben uns dabei nicht verhehlt, daß der Staat damals, als er die Brücke übernommen hat, ein sehr zweifelhaftes Geschenk erhielt, indem er damit in den Befit eines Objektes gelangte, das, wie wir hören, bedeutende Unterhaltungs= kosten zur Folge haben wird. Wir haben aus den Gutachten auch die Ueberzeugung gewonnen, daß eine un= mittelbare Gefahr nicht vorhanden ift und daß die Schwankungen der Brude, wenn auch laftig, fo boch begreiflich find. Auch die neuesten Beobachtungen von Seite ber Herren Ritter und Probst gehen dahin, es sei eine unmittelbare Gefahr nicht vorhanden und es seien die Schwankungen nicht auf eine gewisse Schwäche der Brücke zurückzuführen, es feien vielmehr andere Umftande, welche durch die gemachten Vorschläge beseitigt werden können, welche die Schwankungen jur Folge haben, namentlich die außerordentlich senkrechte Lage der Wände. Es ist der Brücke kein Einzug gegeben worden, wie man sich landläufig ausdrückt. Dazu mögen noch andere Faktoren kommen, die technischer Natur find und welche ich nicht auseinanderseten will. Die Experten tommen gur Ueberzeugung, daß mit den vorläufig in Aussicht genommenen Arbeiten, welche etwa 25,000 Fr. kosten werden, die Schwankungen wenigftens teilweife beseitigt werden konnen. Sollte dies nicht der Fall fein, fo ift eine Berftartung der Konstruktion durch Mauerwerk in Aussicht genommen, d. h. ein teilweiser Ersatz der eisernen Pfeiler durch fteinerne. Ein zweites von der Baudirektion eingeholtes Gutachten über die Frage der unmittelbaren Gefahr lautet nun so, daß wenn man schon nicht annehmen kann, es sei eine Gefahr vorhanden, doch gewiffe Umstände gebieten, die Verantwortlichkeit nach dieser Richtung zu decken. Wir sind deshalb durchaus einverstanden, daß die vorgesehenen Arbeiten ausgeführt werden und also ein Kredit von 25,000 Fr. bewilligt wird. Wir wollen hoffen, das Refultat der Verftarkungsarbeiten werde so sein, daß weitere Auslagen nicht nötig find. Sollte dies nicht der Fall sein, so muß man schon jest bedeutende Ausgaben in Aussicht nehmen, bis man ein absolut sicheres Resultat vor sich hat.

Egger. Es fällt Ihnen vielleicht auf, bag ich in einer Angelegenheit das Wort ergreife, wo ich absolut nicht Fachmann bin. Ich tann indeffen ben Moment nicht vorbeigehen laffen, ohne meine Meinung zu äußern. Ich halte dafür, daß wenn man auch diese Berftarkungen anbringt, die Brude nicht biejenige Solidität erhalten wird, welche sie eigentlich haben sollte. Ich stelle deshalb ben Antrag, die Sache in dem Sinne an die Regierung zurückzuweisen, daß man steinerne Pfeiler in Aussicht nimmt. Ich habe das Gefühl, daß es schade wäre für das Geld, bas man ba in guton Treuen für Berftartungsarbeiten auswerfen will. Ich mußte mich fehr irren, aber man wird später doch dazu kommen, steinerne Pfeiler anzubringen. Es handelt fich da nicht nur um das Materielle, sondern um Menschenleben, und unter Umftanben eine ganze Summe von Menichenleben. 3ch habe das Gefühl, daß das vorgeschlagene Vorgehen kein absolut solides ift, und ich bin überzeugt, daß niemand im Saale ift, ber durch diese Brücke Menschen früher oder später gefährdet wiffen möchte. Nach meinem Dafürhalten find nur fteinerne Pfeiler abfolut folid. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Präsident. Der Antrag des Herrn Egger hat den Charakter einer Ordnungsmotion. Ich ersuche Sie deshalb, die Diskussion auf diese Ordnungsmotion zu beschränken.

Tièche (Bern). Ich muß herrn Egger entgegnen. Bon einer eigentlichen Gefahr des Zusammensturzes kann absolut keine Rede sein und ist nach den Gutachten volltändig auszuschließen. Es sind lediglich kleine Schwantungen vorhanden, da das Eisen eben elastisch ist, und diese Schwantungen, auch wenn sie nur klein sind, machen sich sehr bald fühlbar. Steinerne Pfeiler anzubringen, wäre nahezu unmöglich; wie wollen Sie neben den alten Jundationen, welche pneumatisch sundiert sind, neue Pfeiler einsehen! Dagegen kann man die Brücke durch Eisen verstärken, und ich bin deshalb der Ansicht, man solle auf die Bemerkungen des herrn Egger nicht eintreten.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich habe bereits gesagt, daß ein eventueller Vorschlag der technischen Organe dahin lautete, steinerne Pfeiler anzubringen. Ganz oberstächlich wurden die daherigen Kosten auf 250,000 Fr. berechnet. Diese Summe müssen Sie heute sofort dewilligen, wenn Sie steinerne Pfeiler wollen, während die Experten sagen, man könne sich gegenwärtig mit 25,000 Fr. behelsen; es sei viel klüger, nach und nach vorzugehen und diesenigen Verstärkungen vorzunehmen, die nötig sind. Es ist gar nicht gesagt, daß steinerne Pfeiler alle Uedelstände, welche die Brücke besitzt, heben würden. Es ist natürlich sehr bequem und billig, zu sagen, wir wollen statt 25,000 250,000 Fr. ausgeben. Aber ich glaube doch, der Große Kat solle sich nicht auf eine solche Bahn begeben, nachdem alle technischen Organe sagen, man solle sich auf eine Verstärkung der Brücke beschränken.

Steck. Ich möchte boch den Antrag des Herrn Egger nicht fo einfach unter den Tifch wischen laffen. Gegenüber der Aussage des herrn Tieche, daß die Schwankungen nur unbedeutend seien, ift zu bemerken, daß dies richtig sein mag für den gewöhnlichen Tages-verkehr. Wenn sich aber eine größere Menschenmenge auf der Brücke befindet, so sind die Schwankungen, wie ich aus eigener Erfahrung fagen kann, ganz bedeutend. Die Brücke schwankt fast wie ein Schiff auf bem Meer, und man hat das Gefühl, man muffe fich am Gelander festhalten, wenn man nicht umfallen wolle. Nun wird diese Brude durch Taufende von eifernen Rieten gusammengehalten. Infolge der Schwankungen müssen sich die Rieten lockern. Je lockerer aber die Nieten sind, desto größer müssen auch, bei gleicher Belastung, die Schwan= kungen werden. Ich möchte nun nicht, daß man die Sache so geringfügig behandelt, sondern ich glaube, es stehe dem Großen Kat besser an, dieselbe ernster zu nehmen, als vielleicht nötig wäre. Niemand kann ganz bestimmt fagen, wie die Sache einmal kommen wird. Die Brude in Monchenftein ift auch von Experten untersucht worden; allein wie ift es schließlich gegangen! Wir sollten beshalb die Sache bei Zeiten ernfter nehmen und einen Antrag, der dahin geht, gründlich Abhülfe zu schaffen, nicht ohne weiteres ablehnen. Ich will nun nicht sagen, daß ich den Antrag des Herrn Egger gerade für praktisch halte und zwar beshalb nicht, weil ich nicht glaube, daß, wenn wir die Sache an die Behorde gurudweisen, wir viel weiter kommen werden. Berr Egger

wird einfach neue Gutachten erhalten, welche die eigent= liche Frage umgehen, bis man den Experten auf den Leib rückt, wie es die Regierung gethan hat, was ich ihr verdanke. Nach einem halben Jahre wird es dann doch heißen, man wolle fich auf kleinere Berftartungen beschränken, die Roften feien fonft zu hoch, um fo mehr, als die Brude eigentlich nur der Stadt biene. Ich glaube also nicht an den praktischen Erfolg des Antrages des Herrn Egger, so gut er gemeint ist und so fehr ich ihn in seiner Tendenz begruße. Dagegen scheint es mir, man follte die vorgesehenen Verftartungsarbeiten nicht auf mehrere Jahre verteilen und in diesem Jahre ein Stud und im nachften ein weiteres ausführen, fondern man follte gerade die gesamten Berftartungsarbeiten ausführen, bis unbedingte Garantie geboten ift. Wie weit bas gehen foll, kann ich als Nicht-Sachverständiger nicht fagen; allein ich mochte einen höhern Rredit, fagen wir Fr. 50,000, in Aussicht nehmen.

Präsident. Das ist ein Antrag, der nicht zur Ordnungsmotion gehört, sondern dem Antrag der Regiezung gegenüberzustellen sein wird.

Egger. Der Herr Baudirektor beruft sich darauf, daß ein solides Borgeben Fr. 250,000 erfordern würde. Allein um Fr. 250,000 zu ersparen, würde ich nicht ben geringften Burger opfern helfen, und ich bin überzeugt, daß niemand von Ihnen dies thun möchte. Wenn Sie folid vorgehen wollen, fo bleibt nur eines übrig: Er= ftellung fteinerner Pfeiler. Dann wird ein Wert gebaut, das Jahrhunderte halt. Ich gebe auch nicht gerne zwei Baten aus, wenn man es mit einem machen fann; aber wenn es sich um Menschenleben handelt, kommt der Finanzpunkt in letzter Linie in Frage. 250,000 Fr. find für den Kanton Bern eine Kleinigkeit. Wir haben so viel bewilligt für das hiftorische Museum — wir würden es heute vielleicht nicht mehr thun — und wenn man für ideale Zwecke so viel Geld ausgiebt, so soll man gleich= viel auch ausgeben, wo vielleicht hunderte von Menschenleben auf dem Spiele find. Ich beharre auf meinem Antrag.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich muß entschieden dagegen Einsprache erheben, daß von Leuten, welchen alle und jede Sachstenntnis abgeht, solche Anträge gestellt werden, Anträge, welche die Gutachten der technischen Organe des Staates und der beigezogenen Experten ersten Kanges als bedeutungslos hinstellen. Auch gegen den Antrag des Herrn Steek muß ich mich erheben, der erst gar keinen Sinn hat. Herr Steek will sofort 50,000 Fr. dewilligen, obwohl man vorläusig nur 25,000 Fr. brauchen kann. Die Verstärtungsarbeiten haben auch ihre Grenzen, und diese sind ausgemittelt. Der Bericht des Oberingenieurs sagt in dieser Beziehung:

"Die nachfolgenden Borichlage der Experten werden durch Beifügen des annähernden Koftenanschlages erganzt:

- 1) Anbringung von Strebenkreuzen in den Trapezen zwischen Fahrbahn und Bogentrager, ungefährer Gifensbedarf 40 t Fr. 23,000;
- bedarf 40 t Fr. 23,000;
 2) Verstärkung der untersten Bogenkreuze auf den viersachen Querschnitt circa 30 t Fr. 17,000;
- 3) Berstärfung der Streben an 3 Hauptpfeilern auf den vierfachen Querschnitt 35 t Fr. 21,000;

4) Strebepfosten an den 3 Hauptpfeilern, Gisenbedarf 45 t Fr. 22,500, 500 m 3 Mauerwerkmasse nebst Fundation 2c. Fr. 70,000."

(Herr Egger sieht hieraus, daß auch Mauerwerk in Aussicht genommen ist, und zwar im Betrage von 70,000 Fr. Das ist doch auch schon etwas. Die Experten sagen, man musse die Fundamente, die zu sehr nur aus Eisen erstellt seien, verstärken.)

"Nun waltet nicht die Ansicht ob, diese Berstärkungen alle auf einmal anzubringen, sondern es zuerst mit den weniger kostspieligen zu versuchen, in der Meinung, deren Erfolg abzuwarten und dann je nach Umständen weiter vorzugehen.

"Der Antrag der Experten geht dahin:

a. Berftartung ber vier unterften Bogenfreuze (nach Borfchlag 2);

b. Anspannung der vorhandenen Bogen- und Pfeiler- ftreben;

c. Berftärfung der Windstrebenbefestigung an den Widerlagern der Brücke."

"Die Arbeit sub a wird ca. Fr. 17,000 erfordern; für diejenige sub c liegt noch keine Berechnung vor, und die Anspannung der Streben sub b läßt sich nicht wohl zum voraus devisieren.

"Man kann die diesjährigen Arbeiten auf Fr. 25,000

schätzen.

"Da allseits die Ansicht vorherrscht, daß etwas zur Milberung des Uebelftandes der Schwankungen und zur Beruhigung des Publikums geschehen sollte, beantrage ich Ihnen:

"Sofortige Anordnung der Ausbefferungen nach Borfchlag der Herren Experten, und Einholung eines detaillierten Kostenanschlages mit Uebernahmsbedingungen bei

der Firma Probst, Chappuis und Wolf."

Ich finde, die Herren Egger und Steck sollten nicht päpstlicher sein wollen, als der Papst. Es hat das nur den Sinn, daß man das Publikum mit Absicht beunruhigen will, und dagegen möchte ich mich des Bestimmtesten verwahren. Eine solche Gefahr, wie die Herren Egger und Steck sie annehmen, ist gar nicht vorhanden; es handelt sich nur um Beseitigung der Schwankungen im zulässigen Maß. Vollskändig können sie nicht beseitigt werden, weil das Eisen elastisch ist. Lassen Sie sich also durch solche Gefühlsergüsse, hinter welchen vielleicht noch andere Tendenzen stecken, nicht beunruhigen. Was wir vorschlagen, ist absolut genügend, und man soll die Sache nicht weiter treiben, als nötig ist.

Steck. Ich erlaube mir zunächst, einen Bunsch auszusprechen. Ich hatte benselben schon in der letten Session auf dem Herzen, hatte aber nicht Gelegenheit, denselben auszusprechen Ich möchte nämlich den Herrn Regierungs-Präsidenten ersuchen, er möchte die Redner nicht immer verdächtigen, als ob sie unwürdigen Motiven solgen; er hat dies schon gethan bei Anlaß der Interpellation betreffend Beschäftigung einheimischer Arbeiter, die ganz aufrichtig gemeint war. Heute kommt er wieder, und sagt, man rede nur so, um das Publikum zu beunruhigen. Ich möchte den Herrn Regierungs-Präsidenten in aller Ruhe und Höllichkeit ersuchen, solcher Verdächtigungen sich künstig zu enthalten.

Marti, Baudirektor. Ich möchte persönlich die Bemerkung machen, daß ich keine Verdächtigung ausgesprochen habe, sondern nur gesagt habe, solche Reden führen nur dazu, das Publikum zu beunruhigen. Ob Herr Steck das wollte oder nicht, weiß ich nicht.

Steck. Es ist so, wie ich gesagt habe. Ich will indessen diese Bemerkung nicht weiter verfolgen und nur zur Sache noch etwas anbringen. Ich stütze mich auf meine eigenen Ersahrungen. Wenn größere Menschenmassen auf der Brücke sind, so sind die Schwankungen wirklich so bedeutend, daß man begreift, daß das Publikum ängstlich wurde. Ich bin nun der Meinung, wenn man eine Reihe von Reparaturen in Aussicht nehme, so solle man sie gerade vollständig ausführen.

Präsident. Ich muß herrn Steck unterbrechen; bas gehört nicht zur Ordnungsmotion.

Steck. Der Herr Baudirektor ist ebenfalls auf die Sache eingetreten, und deshalb glaubte ich, es auch thun zu dürfen, kann es aber auf später versparen.

Blosch. Ich möchte mir nur einige wenige Worte erlauben. Wenn ich die herren Egger und Steck reden höre, so kommt mir unwillkürlich das Sprichwort in Erinnerung: "Schufter bleib bei beinem Leiften". Wenn diese Herren vom Brückenbau reden, so ist das gerade so, wie wenn ich über Uftronomie sprechen wollte. Jeder Brückenbau hat Schwankungen, und daß auch die Kirchenfeldbrücke etwas schwankt und daß fie, als Herr Steck vom Schükenfest heimkam, noch etwas mehr schwankte, gebe ich zu (Heiterkeit). Ich kenne Herrn Steck allerdings zu wenig, um sagen zu können, welche Schwankungen der Brücke auf Rechnung des Weines zu feten find. Die Regierung stellt den Antrag, es möchte die Brücke verstärkt werden. Ich finde nun, wir sollen einfach auf diesen Antrag der Regierung abstellen und die verlangten 25,000 Fr. bewilligen. Ist noch mehr erforderlich, so kann man immer noch weiter gehen. Aber schon heute zu sagen, man folle fteinerne Pfeiler erftellen, die vielleicht gar nicht zu erstellen möglich find, ift lächerliches Zeug. Ich unterstütze darum den Antrag der Regierung, und wenn es nötig ist, wollen wir noch weiter gehen; aber wir wollen nicht Sachen ins Blaue hineinreben, von benen feiner von uns etwas verfteht. (Seiterkeit.)

Dürrenmatt. Als ausgesprochener Gegenfüßler bes herrn Sted kann ich immerhin nicht umbin, mich seinem Protest anzuschließen, dem Protest gegen den Ton, wie er in diefer Sache angeschlagen worden ift. Der herr Regierungs-Präfident und herr Blosch wollen einem sofort das Maul verbinden mit dem Ausspruch: Schufter bleib bei beinem Leiften. Wenn die Sache fo fteht, daß nur Baumeifter über den Brüdenbau reden dürfen, fo wollen wir die andern alle heimschicken; dann haben wir nichts zu thun im Großratssaal. Es scheint mir denn auch, nach den Erfahrungen, welche die Herren vom Fach gemacht haben, nach den Artigkeiten, welche die Herren bom Fach von den andern herren vom Fach entgegen= nehmen mußten in den Brudengutachten betreffend Monchenftein, sollte man in diesen Dingen etwas bescheidener auftreten, und man follte einen Laien nicht zum voraus mit den Worten niederdonnern, wie der Herr Regierungs-Präsident es that: Ich verbitte mir, daß jemand, der keine Sachkenntnis hat, fich dreinmischt!

(Marti. Das ift nicht wahr). Nebrigens ift es auch nicht ftatthaft, nicht einmal von Seite des Herrn Regierungs-Präsidenten, einen Redner zu unterbrechen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellen will, es dürsen nur Fachleute über einen solchen Gegenstand reden, so wäre man vielleicht im Kanton Bern, als man die Jurabahn baute, nicht dazu gekommen, einen Fürsprech an die Spitze dieses Unternehmens zu stellen (Tièche [Bern]. Bei der Sache bleiben!). Ich bleibe bei der Sache, ich bleibe vollständig bei dem Gedanken, den der Herr Regierungs-Präsident berührt hat. Hätte man sich damals auf seinen Standpunkt gestellt, so würde man auch Techniker an die Spitze der Jurabahn gestellt haben und nicht Leute aus andern Berufskreisen.

Präsibent. Wir wollen uns in dieser Sache, wo es sich um eine Arbeit zum Wohl und Besten der Mitbürger handelt, um Gesahren abzuwenden, nicht zu sehr erhigen, sondern möglichst bei der Sache bleiben.

Egger. Nur noch ein Wort gegenüber Hern Regierungs-Präsident Marti. Er hat gesagt, es stecken wahrscheinlich andere Motive dahinter, daß man solid vorgehen wolle. Das weise ich entschieden von der Hand. Mich leitet einzig der Gedanke, daß die Brücke solid gemacht werden soll.

Abstimmung.

Für die Ordnungsmotion Egger . . Minderheit.

Präsident. Die Diskussion dauert fort über die Anträge der Regierung und des Herrn Steck.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Ich möchte Sie doch warnen, blindlings
einen Kredit von 50,000 Fr. auszuwersen, ohne daß man
weiß, wie er verwendet werden soll. Wir sind in Bezug
auf die auszuführenden Arbeiten unbedingt auf die Gutachten angewiesen, und man kann nicht Summen erkennen,
die mit den Borlagen der Techniker in keinem Zusammenhang stehen. Die Sachverständigen sagen uns, vorläusig
genügen die und die Arbeiten, welche einen Kredit von
25,000 Fr. erfordern und die unter allen Umständen ausgeführt werden müssen, auch wenn dann später weitere
Berstärkungen angebracht werden. Ist der Ersolg dann
nicht der erwartete, so kann man dann weitere Arbeiten
vornehmen. Ich möchte Ihnen daher sehr empsehlen,
den Antrag der Regierung anzunehmen.

Steck. Ich bedaure sehr, daß in dieser wichtigen Frage keine gedruckte Borlage da ist, sodaß man darauf angewiesen ist, im Kopf zu behalten, was alles sür Arbeiten in Aussicht genommen sind. Allein ich glaube mich nicht zu täuschen, daß successive eine ganze Reihe von Verstärkungen angebracht werden sollen. Jede Verstärkung exfordert eine gewisse Summe. Es ist nun die Absicht die, eine erste Verstärkung anzubringen, um zu sehen, wie sie wirke. Später sollen dann die weitern Verstärkungen folgen, sosern es nötig sein sollte. Alle diese Verstärkungen zusammen kosten natürlich mehr als 25.000 Fr., und ich meine nun, der Große Kat würde von seiner Verantwortlichseit besser entlastet, wenn er sagen würde, wir geben der Regierung so viel Kredit,

daß sie unter Umständen auch noch die zweite in Ausssicht genommene Verstärkungsarbeit aussühren lassen kann. Ich sinde, wir sollten hier nicht knausern und nicht sagen: wir wollen uns mit möglichst wenig begnügen, um zu sehen, ob das genügt. Die erste Verstärkungsarbeit wird offenbar nicht genügen, und dann müssen wir nächstes Jahr wiederum einen Kredit bewilligen. Warum also nicht gerade beides machen, damit wir zu unserer Veruhizung sagen können, wir haben sogar mehr gethan, als die Experten für unbedingt nötig erachteten. Ich sehe darum nicht ein, daß es etwas Anormales wäre, einen Kredit von 50,000 Fr. auszusehen. Wenn die Kegierung ihn dann nicht braucht, um so besser. Ich beantrage also, den Kredit auf 50,000 Fr. zu erhöhen.

Präsident. Ich fasse den Antrag des Herrn Steck so auf, daß er einen Kredit im Betrage von 50,000 Fr. beschließen Lassen will, damit aber nicht den Auftrag verbindet, daß für diese vollen 50,000 Fr. Verstärfungs-arbeiten ausgeführt werden sollen, sondern nur soweit, als die Regierung für nötig erachtet.

Schmid (Andreas). Man konnte wirklich glauben, die Regierung und die Staatswirtschaftstommiffion feien in dieser Frage ungeheuer leichtfinnig und ohne Ueber= legung vorgegangen. Um dies zu widerlegen, glaube ich, es fei meine Pflicht, den Antrag der Regierung zu unterftugen. Es liegen in diefer Sache ausführliche Gut= achten von Gelehrten und Technikern vor, die unter den Mitgliedern der Staatswirtschaftskommission zirkuliert haben, und überdies hat herr Ingenieur von Graffen= ried fein Gutachten abgegeben. Wer nun herrn v. Graffen= ried in seiner Gemiffenhaftigkeit kennt, wird überzeugt fein, daß sich derfelbe wohl überlegt hat, welche Arbeiten er der Regierung vorschlagen wolle. Herr v. Graffen= ried schlägt nun vor, man solle einstweilen die und die Berftärfungen im Roftenbetrage von 25,000 Fr. vornehmen. Er wünscht nicht, daß man dies Jahr mehr thue, indem er sehen möchte, wie sich diese Verstärkungen machen werden und welche weitern Arbeiten fie noch erfordern. Herr v. Graffenried will also nach einem bestimmten Arbeitsprogramm vorgehen und die Sache nicht überstürzen. Ich glaube nun, es wäre für Herrn v. Graffenried verletzend, wenn wir ihm sagen würden: Ihr habt die Sache schlecht untersucht, es sollen nicht nur für 25,000, fondern für 50,000 Fr. Berftartungen angebracht werden. Ich möchte Sie sehr davor warnen, weiter zu gehen, als die Gutachten und die Regierung und die Staatswirtschaftskommission Ihnen empfehlen. Die Sache ist wohlüberlegt, und es ist nach meinem Dafürhalten unthunlich, weiter zu gehen, als vorgeschlagen wird.

Steck. Ich habe keineswegs daran gedacht, daß man die Sache so auffassen könnte, als wollte ich mit mit meinem Antrag gleichsam ein Mißtrauensvotum aussprechen. Es ist mir nicht eingefallen, weder die Regierung noch die Staatswirtschaftskommission eines leichtssinnigen Borgehens zu bezichtigen. Hingegen weiß man aus Erfahrung, daß die Behörden möglichst zu sparen suchen; sie suchen die Sache möglichst dillig zu machen, weil sie befürchten, ein höherer Kredit werde nicht bewilligt. Ich möchte ihnen daher einen höhern Kredit geben, den sie nach Gutsinden sollen verwenden können.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich habe noch eine Bemerkung anzubringen gegenüber Herrn Steck. Ich habe in meinem Bortrage ausdrücklich gesagt, daß die vorgesehenen Berstärkungen den
Gesamtbetrag von Fr. 153,400 erreichen. Es können
aber dies Jahr nur Fr. 25,000 verwendet werden, und
die Experten empfehlen, nur successive vorzugehen, damit
man nicht etwas macht, das nicht nötig ist und den
Iweck nicht erfüllt. Es wird damit dem Großen Rat
kein Sand in die Augen gestreut, sondern man weiß, daß
man sich darauf gesaßt machen muß, im Berlaufe mehrerer
Jahre die verschiedenen Verstärkungen auszusähren, die
rund Fr. 150,000 und vielleicht noch mehr kosten werden.

Abstimmung.

Die Regierung macht dem Großen Rat durch Zuschrift die Mitteilung, daß sie die Verordnung über daß Einfammeln der Maikäfer zurückgezogen habe, da zum Erlaß der darin aufgestellten Strafbestim= mungen ein Geseh nötig sei.

Das Präsidium giebt Kenntnis von einer Petition des Grütlivereins Bern betreffend das Ehrensfolgengeset, dahingehend, es möchte das genannte Geset in der zweiten Beratung nach folgenden zwei Grundsägen abgeändert werden:

"1. Der Berluft der bürgerlichen Rechte und Ehren soll die an ihrem finanziellen Fall unschuldigen Mitbürger nicht treffen, und er soll auch bei den mehr oder minder schuldig befundenen je nach dem Grade ihres Berlouldens zeitlich bewessen werden:

Verschuldens zeitlich bemessen werden;
2. der Staat soll dafür sorgen, daß dieser Grundssatz bei Konkursen und fruchtlosen Pfändungen durchzeführt werde; er soll nicht dem Schuldner die Last aufladen, um seine Unschuld zu prozessieren."

Wird auf bem Rangleitisch aufgelegt.

Schluß ber Sitzung um 41/2 Uhr.

Der Redacteur: Knd. Schwarz.

Zweite Sitzung.

Dienstug den 6. Mües 1894,

vormittags 9 Uhr.

Vorfigender: Prafident Wh &.

Der Namensaufruf verzeigt 206 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 57, wovon mit Enschuldigung die Herren: Belrichard, Benz, Brunner, Burrus, Choffat, Choquard, Friedli, v. Grünigen, Häberli (Aarberg), Hegi, Hennemann, Henzelin, Howald, Itten, Rosselt, Schmid (Karl, Burgdorf), Schweizer, Stämpsli (Schwansben), Stoller, Will; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren von Allmen, Bircher, Boillat, Boß, Brahier, Buchmüller, Choulat, Clémençon, Comte, Coullery, Dauscourt, Essäer, Glaus, Grandjean, Guenat, Husson, Jobin, Juzeler, Kaiser, Kloßner, Maurer, Meher (Laufen), Moser (Bern), Mouche, Péteut, Kätz, Dr. Keber, Kenser, Rieben, Dr. Schenk, Schmid (Andr., Burgdorf), Schneeberger (Orpund), Stämpsli (Bern), Thönen, Tièche (Biel), Wersmeille, Wolf.

Das Protokoll ber geftrigen Sitzung wird abgelesen und genehmigt.

Tagesordnung:

Reglement

für

den Großen Rat des Kantons Bern.

(Siehe Nr. 7 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1894.)

Prafibent: Ich nehme an, Sie werden einverftanden sein, daß wir auf die Beratung eintreten, und wenn nicht in dieser Beziehung das Wort verlangt wird, so würde ich die Eintretensfrage als erledigt ansehen. Ferner schlage ich vor, die Beratung, um rascher zum Ziel zu gelangen, abschnittweise vorzunehmen, was nicht ausschließt, daß man bei einzelnen Abschnitten auf die artikelweise Beratung zurücksommen kann.

Einverstanden.

I. Berfammlung bes Großen Rates.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Sie wer= den sich erinnern, daß im Jahre 1890 eine Motion auf Revision des Großratsreglements eingebracht worden ift. Die hiefür niedergesette Kommission hat damals zwei Sitzungen gehalten, jedoch gefunden, die weitern Arbeiten sollen sistiert werden bis die Revision der Verfassung erledigt fei. Wir haben uns schon damals Mühe gegeben, die Reglemente der Eidgenoffenschaft und der übrigen kantonalen Parlamente uns zu verschaffen. Dieselben haben cirkuliert, so daß sich die Mitglieder der Kommission orientieren konnten, was in andern Raten Regel ift. Rach Annahme der Berfaffung haben wir unfere Beratungen wieder aufgenommen und auf Grundlage bes alten Reglements in verschiedenen Sitzungen die Beratung durchgeführt. Eine Redaktionskommission, bestehend aus den Herren Sahli, Folletête und meiner Wenigkeit, hat dann unter Beiziehung des Herrn Staatsschreibers, der und, beiläusig bemerkt, vorzügliche Dienste leistete, der Gesamtkommission eine endgültige Redaktion vorgelegt. Es haben dann wieder Beratungen stattgefunden, und in der Januarsession lag der Entwurf fertig vor. Die Beratung wurde aber damals verschoben, um dem Regierungsrat Gelegenheit zu geben, fich über den Ent= wurf auch noch auszusprechen. Dies ift geschehen, und es hat der Regierungsrat verschiedene Abanderungs= anträge gestellt, die meistens redaktioneller Natur waren. Wir haben dann seither, unter Beiziehung des herrn Regierungspräsidenten, neuerdings eine Sitzung abgehalten, und es haben sich dabei alle Differenzen ausgleichen lassen, so daß Ihnen heute eine Borlage vorliegt, die sowohl von der Kommission, als von der Regierung ein= stimmig genehmigt worden ift.

Bevor ich zum ersten Titel übergehe, möchte ich mir erlauben, noch einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken. Wir haben dafür gehalten, die ganze Anlage des Reglements solle mehr eine sachliche Gruppierung der verschiedenen Bestimmungen vorsehen, als eine zeitliche Gruppierung. Wir haben uns davon namentlich das versprochen, daß man die verschiedenen Bestimmungen leichter auffindet. Wir haben ferner geglaubt, es solle das Reglement auch mit Marginalien versehen werden. Endlich thaten wir unser möglichstes, damit das Reglement etwas kürzer werde, als das disherige. Aus den Reglementen anderer Parlamente konnten wir uns überzeugen, daß das gegenwärtige Reglement etwas an Langatmigkeit leidet. Dasselbe enthält 11 Titel mit 108 Paragraphen; wir haben es nun dazu gebracht, das neue Reglement auf 9 Titel mit 74 Paragraphen zu reduzieren.

Dabei haben wir allerdings ein ganzes Kapitel weggelassen, nämlich das Kapitel über den Ausschluß aus dem Großen Kat und die Einstellung in den Funktionen. Wir halten dafür, es sei diese Materie gesetslich bereits genügend normiert, es sei nicht nötig, dies aufzunehmen. Wir wollen auch zu unserer Ehre hoffen, daß selten solche Fälle vorkommen, und wir haben uns auch überzeugt, daß in keinem Reglement eines andern Parlaments solche Bestimmungen aufgenommen sind. Im weitern haben wir uns auch Mühe gegeben, das Reglement mit den Bestimmungen der neuen Versassung in Einklang zu bringen. Das Reglement soll dann mit der Versassung in eine Broschüre vereinigt und den Mitgliedern des Großen Kates zugestellt werden.

Was nun den ersten Titel anbetrifft, so bestimmt der Art. 1, daß sich der Große Kat zur Frühjahrssesssion im Jahre der Gesamterneuerung am ersten Montag des Juni versammelt, in den andern Jahren dagegen am dritten Montag im Monat Mai. Wir hätten das Letztere auch gerne für die Gesamterneuerung durchgeführt; es war das aber nicht möglich, weil die Versassung vorschreibt, daß die Amtsdauer einer neuen Periode mit dem 1. Juni

zu beginnen habe.

Bu Urt. 2 möchte ich barauf aufmerksam machen, daß die dortigen Bestimmungen in den §§ 7 und 9 des alten Reglements enthalten sind.

Bei Art. 6 möchte ich auf einen Redaktionsfehler aufmerksam machen. Es ist dort von einem Sitzungsgeld

die Rede; es foll aber heißen "Taggeld".

Nach Art. 9 hatte die Kommisston einen Artikel eingeschoben, der jedoch auf Antrag der Regierung gestrichen wurde: "Jedem Mitglied des Großen Rates soll ein anständiger Sixplat und, wenn möglich, ein Pult zugewiesen werden." Der Vertreter der Regierung hat nachzuweisen gesucht, daß das Lettere in baulicher Beziehung nicht wohl möglich sein werde, indem man bereits Untersuchungen angestellt habe. Die Kommission hat sich dann darauf geeinigt, Ihnen zu beantragen, die Regierung sei einzuladen, die Frage zu prüsen, ob nicht eine neue und bessere Bestuhlung durchgesührt werden könne und ob nicht Vorkehren getrossen werden können, damit die einzelnen Mitglieder ihre Akten unterbringen können. Ich möchte diesen Antrag namens der Kommission hiemit gestellt haben.

Marti, Regierungspräsident. Die Regierung hat sich gegenüber diesem Reglement durchaus neutral verhalten, indem sie der Ansicht ist, es sei Sache des Großen Rates, seine Geschäftsordnung so aufzustellen, wie er es sür gut findet. Sie hat sich deshalb nur in wenigen Punkten erlaubt, der Kommission ihre Bemerkungen zu machen und sich im übrigen darauf beschränkt, Kedaktionsverbesserungen oder die Ausmerzung von überstüssigen oder sehlerhaften Artikeln und Bestimmungen zu befürworten, und es gehen infolgedessen Kommission und Regierung in allen Teilen einig.

Zum Abschnitt I hat die Regierung nichts zu bemerken. Es ist richtig, daß es im Wunsche der Kommission
gelegen hätte, man möchte den Großratssaal etwas komfortabler einrichten. Es schwebte der Kommission wahrscheinlich die Einrichtung in der Bundesversammlung
vor, wo jedes Mitglied sein Pult und seinen Fauteuil
hat. Allein in letzter Zeit wurde von verschiedenen
Seiten gesagt, man könnte mit Erfolg auch in der

Bundesversammlung die Pulte abschaffen; es wäre beffer, die Herren würden aufmerkfamer zuhören. Es wurde das 3. B. ausgeführt in dem politischen Jahrbuche von Herrn Professor Hilty. Immerhin ist in der Bundesver-fammlung die Sache deshalb etwas anders, weil die Sitzungen derselben regelmäßig mindestens drei Wochen dauern. Da ift es nun felbstverftandlich, daß ein Abgeordneter während biefer Beit auch feinen häuslichen oder handelsgeschäften gerecht zu werden sucht, und zu diesem Zweck ift ein Bult fehr angenehm. Allein das haben wir hier gar nicht zu erörtern; denn wenn man jedem Mitglied des Großen Rates ein Bult zur Berfü-gung stellen wollte, mußte die Zahl der Mitglieder auf 150 reduziert werden. Es ist daher eine materielle Un= möglichteit, jedem Mitgliede ein Bult zur Berfügung zu ftellen. Die Kommiffion hat fich beshalb auf ben Wunsch beschränkt, man möchte die Bestuhlung etwas verbessern und an den Rücklehnen Portefeuilles anbringen, in welchen die Aften untergebracht werden können; es wird das viel zur Annehmlichkeit beitragen. Es soll das, wenn möglich, schon dis zur nächsten Session geschehen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, man hätte den Raum unter der Tribüne noch zum Saal nehmen und die Tribüne nach rückwärts erweitern können. Allein bas gabe fo bebeutende bauliche Beränderungen, daß man vorläufig davon abstrahieren zu sollen glaubte. Es find auch in Bezug auf die Tribune bis jetzt noch feine Klagen laut geworden.

Ich schließe mich also ben Wünschen bes Herrn Kommissionspräsidenten in dem ausgeführten Sinne an und werde dafür forgen, daß denselben Rechnung getragen

miro.

Bühler. Ich möchte mir erlauben, zu beantragen, cs sei der Schlußsatz des Art. 6 wie folgt zu faffen: "Diejenigen, welche bei diefem wiederholten namens= aufrufe oder bei einer Abstimmung, die unter Namensaufruf stattfindet, ohne vorherige Entschuldigung beim Präsidenten abwesend sind, verlieren ihren Anspruch auf das Sizungsgeld." Nach Art. 6, wie er gedruckt vorliegt, müßten nur diezeigen Mitglieder auf das Taggeld verzichten, welche bei einem Namensauf-ruf abwesend find, welcher stattsindet, um zu konstatieren, ob die Beschluffähigkeit vorhanden ift oder nicht. Diejenigen Mitglieder aber wären nicht ausgeschloffen, welche bei einer wichtigen Abstimmung abwesend find, die unter Namensaufruf stattfindet. Solche Namensaufrüfe finden nur selten statt, nur bei ganz wichtigen Fragen, und da glaube ich, die Mitglieder follen verpflichtet fein, bei solchen wichtigen Abstimmungen anwesend zu fein, oder fie sollen fich wenigstens die Mühe nehmen, fich vorher entschuldigen. Das Reglement des Nationalrates enthält genau die gleiche Bestimmung. Wer im National= rate bei einer Abstimmung, die unter Namensaufruf stattfindet, nicht anwesend ist, verliert den Anspruch auf das Taggeld. Ich glaube, wir sollen auch von den Mitgliedern des Großen Rates verlangen können, daß fie bei solchen wichtigen Berhandlungen und Abstimmungen anwesend find. Ich empfehle Ihnen die von mir ge= machte Einschaltung zur Annahme.

M. Boinay. L'art. 11 renferme une disposition très peu claire: « Les rédacteurs sont tenus d'admettre l'insertion gratuite dans leurs feuilles de rec-

tifications d'erreurs. > On se demande quels sont ces rédacteurs. S'agit-il des rédacteurs de journaux représentés ici, dans la salle du Grand Conseil? Mais ces rédacteurs ne sont soumis à aucun contrôle. Il peut arriver cependant qu'on prie l'un d'eux de rectifier tel ou tel article: — Pardon, dira-t-il, je n'ai rien à rectifier, je n'ai pas de correspondant attitré au Grand Conseil. A qui faudra-t-il alors s'adresser?

Il y a autre chose. Pour demander la rectification d'une erreur, il faut pouvoir s'appuyer sur un texte de loi précis. Un journaliste retourne à sa façon le discours d'un orateur et lui fera dire des choses qui ne sont pas sorties textuellement de sa bouche; l'orateur se sentira blessé et enverra au journaliste son discours tout entier pour qu'il le publie dans les colonnes de son journal. Le cas s'est présenté: je connais des journalistes qui ont été obligés de publier des discours prenant plusieurs colonnes, pour relever une seule phrase qu'ils avaient mal comprise.

Le code pénal renferme des dispositions plus précises qui donnent à tout orateur du Grand Conseil le droit d'exiger une rectification du journal qui aurait publié son discours et de s'adresser au juge, si le journal refuse la réparation qui lui est demandée. La règle est fixe: le journal doit publier la rectification si elle ne dépasse pas le double de l'article

inséré.

Dans ces conditions, je propose la suppression de ces mots: « Les rédacteurs sont tenus d'admettre l'insertion gratuite dans leurs feuilles de rectifications d'erreurs. »

Präsibent. Ich möchte Herrn Boinah darauf aufmerksam machen, daß während im französischen Texte von «correspondants» und «rédacteurs» die Rede ist, sich im deutschen Texte eine solche Unterscheidung nicht sindet; es ist dort nur von Berichterstattern die Rede. Bei diesem Anlasse teile ich mit, daß wegen Krankheit des Uebersetzers Herr Folletöte die Freundlickeit hatte, die Uebersetzung zu besorgen. Es ist nun wohl denkbar, daß in redaktioneller Beziehung hie und da noch etwas geändert werden muß, um den französischen Text mit dem deutschen in Uebereinstimmung zu bringen. Ich teile dies mit für den Fall, daß sich Inkonsequenzen herausstellen sollten.

Steffen (Madiswyl). Ich möchte Ihnen zu Art. 2 litt. b eine kleine Redaktionsänderung vorschlagen. Es heißt dort: "Das Einberufungsschreiben, welches späteftens zehn Tage vor Beginn einer Versammlung erlassen werden soll . . ." Ich glaube nun, die Hauptsache sei nicht, wann die Einladung erlassen, sondern wann sie verschiet wird; man kann ein Schreiben erlassen, dasselbe aber erst zwei oder drei Tage später versenden. Ich beantrage deshalb, das Wort "erlassen" zu ersesen durch "an die Mitglieder versandt".

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Was den Antrag des Herrn Steffen betrifft, so wollte die Kommission unsprünglich in dem Sinn vorgehen, wie Herr Steffen es wünscht; aber dann hätte nicht die Redaktion gewählt werden dürsen, die Herr Steffen vorschlägt; denn "erlassen" und "versenden" ist das gleiche. Man hätte vielmehr sagen müssen, das Einberusungsschreiben

folle zehn Tage vorher in den Händen der Mitglieder sein. Nun hat man aber gefunden, die Zeit sei in diesem Falle für die Staatstanzlei zu weit vorgerückt; es genüge, wenn die Schreiben zehn Tage vorher auf die Post gegeben werden, so daß anzunehmen ist, daß dieselben acht Tage vor Beginn der Session in den Händen der Mitzglieder sind.

Was den Antrag des Herrn Bühler anbetrifft, so glaube ich, daß sich die Mitglieder der Kommission mit demselben ganz gut einverstanden erklären können; wenn

nicht, so mögen fie fich darüber aussprechen.

Was endlich den Antrag des Herrn Boinah betrifft, so glaube ich, es liege kein Grund vor, den letten Sat des Art. 11 zu streichen, wonach die Redaktoren und Berichterstatter der öffentlichen Blätter gehalten sind, Berichtigungen von Frrtümern unentgeltlich in ihre Blätter aufzunehmen. Es ist das keine neue Bestimmung, sondern sie war schon disher im § 53 des Reglements enthalten. Bis jett hat dieser Paragraph nie zu Misverständnissen Anlaß gegeben, hat aber doch davor geschützt, daß die Aufnahme durchaus motivierter Berichtigungen von Fretümern nicht verweigert werden konnte. Ich halte deshalb dafür, es solle dieser Sat beibehalten werden.

Abstimmung.

1) Herr Steffen läßt seinen Antrag zu Art. 2 fallen, da das Präsidium erklärt, daß nach seiner Auffassung und derzenigen der Kommission "erlassen" und "versen= den" das nämliche bedeute.

2) Bu Art. 6 wird die von Herrn Buhler heantragte

Einschaltung ftillschweigend angenommen.

3) Für ben Art. 11 nach Entwurf (gegenüber bem Antrag Boinan auf Streichung bes letten Sates)

Mehrheit.

4) Die übrigen Artikel sind nicht bestritten und werden als angenommen erklärt.

II. Das Bureau bes Rates.

Scherg, Berichterstatter der Kommission. Bu Art. 12 ist aufmerksam zu machen, daß das Bureau um zwei Mitglieber verftartt worden ift, indem wir ftatt zwei vier Stimmenzähler vorschlagen. Es hangt bas zusammen einerseits mit der größern Bedeutung, welche das neue Bureau hat gegenüber zu der Zeit, als das alte Regle= ment erlaffen wurde, indem das Bureau weit mehr als früher dazu kommt, Rommissionen zu bestellen. Es hängt bamit auch eine Neuerung in Art. 19 zusammen, wo vorgeschlagen wird, daß die Ernennung von Kommissionen in besonderer Sitzung zu geschehen habe, an welcher alle Mitglieder des Bureaus teilzunehmen verpflichtet feien. Wir glauben, diese Vorschläge rechtfertigen fich von felber. Die Minderheit beklagte sich häufig, daß fie keine Ber= tretung habe, welcher Rlage dann abgeholfen werden fönnte. Bu den andern Artikeln habe ich nichts zu be= merken.

Angenommen.

III. Die Ranglei.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. In Art. 22 wurde eine Neuerung vorgenommen, die sich auf das Protokoll bezieht: "Dem Protokl sind die gedruckten Entwürfe, welche der Beratung zu Grunde liegen, sowie sämtliche Erlasse des Großen Kates als Beilagen beizuheften." Es hat sich der Nebelstand gezeigt, daß man mitunter wohl das Protokoll der Verhandlungen hatte; aber wenn man die Vorlagen selbst aufsuchen wollte, so fand man sie nirgends.

Bu Art. 27 ift zu bemerken, daß wir den früheren felbständigen Titel "Weibel" an den Titel von der

Kanzlei angehängt haben.

Ungenommen.

IV. Die Rommiffionen.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Hier ist darauf ausmerksam zu machen, daß die Kommission eine neue Kommission, die sog. Justizkommission, vorschlägt. Die Aufgaben derselben sinden Sie in Art. 31 umschrieben. Es ist nichts Reues, was wir ihr übertragen, sondern man will nur der Staatswirtschaftskommission Geschäfte abnehmen und einer eigenen Kommission übertragen. Wir halten dafür, es sei angezeigt, der Staatswirtschaftskommission dieses höchst wichtige Pensum abzunehmen und einer eigenen Kommission zu übertragen, um allsällige Mißbräuche und Mängel im Justizwesen aufzubeden und eventuell Anträge auf Abhülse zu stellen.

Sahli. Ich möchte Ihnen vorschlagen, es beim alten Modus bewenden zu laffen, wonach die Staatswirtschaftstommiffion den gesamten Staatshaushalt, mit Einschluß des Justizwesens, zu prüfen hat. Während den langen Jahren, wo das alte Reglement in Kraft war, hat sich, wie ich glaube, kein Bedürfnis nach einer Aen-berung gezeigt. Ich weiß zwar wohl, was zu der Ansicht Anlaß gab, man solle eine besondere Justizkommission einsehen. Es sind die Uebelstände, die sich in der letzen Zeit — ich denke an die Krawalluntersuchung und andere Anlässe - erzeigten. Aber jeder, der mit der Sache etwas genauer vertraut ift, wird bezeugen muffen, daß hieran die Rommiffion nichts andern kann. Es wurde in der letten Seffion von herrn Whß der Anzug geftellt, man möchte den Strafprozeg vereinfachen, um diefe lang= wierigen Untersuchungen aus der Welt zu schaffen, und Sie haben diesen Anzug erheblich erklärt. Hier liegt das Uebel; aber nicht bei den Gerichtsbehörden. Diese letztern besorgen ihre Funktionen ehrlich und redlich. Natürlich tann eine Untersuchung, wo die Atten 2000 Seiten füllen, bie von drei Mitgliedern des Gerichts und vom General= profurator gelesen werden muffen, nicht von heute auf morgen erledigt werden. Es muß dafür geforgt werden, daß die Untersuchung kurzer und summarischer geführt wird, und da hilft nur eine Revifion des Strafverfahrens. Ich mache auch darauf aufmerksam, wie sich die Sache prattisch gestalten würde. Bis jest wurden diese Fragen

von der Staatswirtschaftskommission behandelt, und in dieser sitzen immer einige Juristen, die in Bezug auf den Gang der Dinge auf dem Laufenden sind. Wir haben denn auch oft bei Anlaß der Behandlung des Staatsverwaltungsberichtes über solche Fragen hier zu sprechen gehabt, und sie find jedesmal gründlich erörtert worden. Stellen wir nun eine Justizkommission auf, jo muß dies beim Obergericht den Eindruck machen, als ob man ihm gewiffermaßen ein Mißtrauensvotum er= teilen und ihm in Zukunft beffer auf die Finger feben wolle. Dazu haben wir, das möchte ich konstatieren, absolut keine Beranlassung, und ich möchte da nicht ohne Not gewiffermaßen einen Konflitt hervorrufen. Und wie wird sich die Sache weiter machen? In die Justizkom-mission werden Sie Juristen wählen, und dann tritt die Eigentümlichkeit zutage, daß das Obergericht Auffichts-behörde ist über die Abvokaten, und hier im Großen Rat find dann die Advokaten Auffichtsbehörde über das Obergericht! So etwas kann ich mir nicht zusammenreimen, und es war dies vielleicht schon bei Aufstellung des alten Reglements das Motiv, weshalb man keine besondere Justizkommission wollte. Ich bin überhaupt nicht dafür, zu viele ftandige Kommiffionen zu bestellen. Ich bin bafür, daß Kommissionen ad hoc bestellt werden, aber nicht dafür, die ständigen Kommissionen zu sehr zu ver= mehren. Ich will nicht weitläufiger sein und empfehle Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Der herr Borredner hat gefagt, es sei kein Bedürfnis vorhanden, eine Juftigkommiffion aufzustellen. Ich ware ber gleichen Unficht, wenn man fich fagen konnte, daß in unferem Justizwesen alles in Ordnung sei. Daß dies der Fall ist, hat der Herr Vorredner nicht zu behaupten gewagt. Weshalb wird die Justizkommission angegriffen? Ledig-lich deshalb, weil die Sache von gewisser Seite mißverstanden wird. Wir wollten damit fein Migtrauensvotum gegenüber dem Obergericht aussprechen, und wir halten dafür, es sei eine Empfindlichkeit von diefer Seite nicht gerechtfertigt. Die Regierung muß ihre Geschäftsführung von der Staatswirtschaftstommission ebenfalls untersuchen laffen; es ist aber bis jett noch keinem Mitglied der Regierung eingefallen, darin ein Mißtrauens= votum zu erblicken. Allerdings hat auch die Staats= wirtschaftskommission die Gelegenheit und die Pflicht, Mißstände im Justizwesen aufzudecken; allein eine Justigkommission wird mehr sehen und mehr zu stande bringen. Sodann liegt es selbstverständlicherweise auch in der Natur des Obergerichts, daß es diejenigen Mißbräuche abzustellen sucht, welche an Hand der bestehenden Gesetzgebung vorkommen, während die Mitglieder der Juftizkommission eher darauf hinarbeiten werden, daß die Gesetze abgeändert werden, die zu Mißbräuchen führen. Und was die Bestellung der Justizkommission betrifft, so brauchen nicht lauter Juristen in dieselbe gewählt zu werden; denn es giebt auch sonst noch Leute, die von ben Gefeten etwas verstehen, was ich schon fagen darf, da ich ja selbst zu den Advokaten gehöre. Ich wieder= hole, daß die Kommiffion nicht im geringften daran gedacht hat, dem Obergericht irgend ein Migtrauensvotum zu erteilen. Ich beantrage Beibehaltung der Juftig= kommission.

Steck. Ich möchte den Antrag des Herrn Sahli

unterstützen und zwar aus folgenden Gründen: Es ift ein alter gefunder Grundsat, daß das Gerichtswesen von der Verwaltung und Gefetgebung vollkommen unabhängig fein foll. Das ift ein Fundamentalgrundsat jedes freien Staates. Wenn man nun eine eigene Großratskommission einsett, die gewissermaßen eine Aufsichtsbehörde über die Praxis der Gerichte ist, so scheint mir dies, man mag sagen was man will, eine Verletzung des alten Grundsatzes der Gewaltentrennung zu sein. Es ist mir deshalb biese neue Kommission nicht fehr sympathisch, und es scheint mir im Interesse ber Unabhängigkeit des Gerichts= wesens vom Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung richtiger zu fein, wenn man auf diese Spezialkommission verzichten wurde. Wenn Verbefferungen auf diesem Gebiete nötig find, wird man diese durchführen können ohne eine besondere Kommiffion. Als gesetzgebende Behörde sollen wir das Gerichtswesen auf seinem Gebiete frei gewähren laffen und nicht ftändig hineinregieren wollen.

Ich möchte ferner noch eine kleine Anregung machen. Es scheint mir nämlich, es sollte in Art. 35 das Wort Minderheit durch "Minderheiten" ersetzt werden. Es giebt bekanntlich verschiedene Minoritäten. In der Ver-fassung ift allerdings nur der Ausdruck "Minderheit" gebraucht, und ich mochte keinen großen Streitpunkt daraus machen, daß man den Plural anwendet; aber ich möchte darauf hinweisen, daß, wenn auch nur der Ausdruck "Minderheit" gebraucht wird, meine Auffassung die ist, daß darunter die verschiedenen Minderheiten zu verstehen sind. Wenn das Wort "Minderheit" in diesem Sinne ausgelegt wird, so kann ich auf den Antrag verzichten, den Plural zu brauchen.

Abstimmung.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Sahli, feine Minderheit. Justigkommission vorzusehen). . .

Im übrigen ift der Titel IV nicht beanstandet und wird vom Präfidium als angenommen erklärt.

Feller. Ich war ber Meinung, es handle sich vorläufig nur um die Juftizkommission; da aber, wie es scheint, der ganze Abschnitt in Diskussion war, möchte ich ersuchen, mir nachträglich noch das Wort zu Art. 34 zu erteilen.

Präsident. Der Abschnitt IV ift erledigt; dagegen steht es herrn Feller frei, nach Beendigung der Beratung einen Antrag auf Zurücktommen zu stellen.

M. Reymond. Je demande la parole pour une motion d'ordre. Il est facile de prévoir qu'arrivée à la fin de la discussion, nous serons obligés de revenir sur une quantité d'articles, et vous devez être convaincus que si nous continuons à discuter le règlement de cette façon, nous aurons des débats très mouvementés. Je voudrais qu'on trouvât un autre mode de discussion ou qu'on en revînt à la discuscussion article par article. Le projet de règlement du Grand Conseil n'a été présenté que hier d'une façon définitive aux députés de langue française; chacun d'eux n'a donc pas eu le temps de l'examiner sérieusement. En discutant article par article, on éviterait peut-être des confusions pareilles à celles qu'on vient de constater.

Präsident. Es ist bei Beginn der Sitzung beschlossen worden, die Beratung abschnittweise vorzunehmen. Indessen kann jederzeit auf die artikelweise Beratung übergegangen werden, so daß dem Antrag des Herrn Reymond nichts entgegensteht; nur möchte ich Herrn Reymond ersuchen, seinen Antrag nicht allgemein zu stellen, sondern jeweilen bei demjenigen Abschnitt, bei dem er die artikelweise Beratung für angezeigt erachtet.

M. Reymond. Je demanderai qu'au moins on ne discute pas plus de 3 articles à la fois, et non 7 à 8 comme jusqu'à présent.

Abstimmung.

Für den Antrag Rehmond Minderheit.

V. Beratung.

Scherg, Berichterstatter der Kommission. Es ließe fich natürlich über die meisten Artitel etwas fagen; aber da Sie den Entwurf schon im Januar erhalten haben, so haben Sie genügend Gelegenheit gehabt, benfelben zu studieren, und es wird Ihnen nur recht sein, wenn die Berhandlungen nicht unnötig verlängert werden. Die Abanderungen, welche infolge der Bemerkungen der Regierung vorgenommen worden find, find meiftens nur redaktioneller Natur. Bu Art. 36 mochte ich bemerken, baß wir die Bestimmung betreffend geheime Sitzungen weggelaffen und nur gesagt haben: "Die Sitzungen des Großen Rates sind in der Regel öffentlich." Sollte der Große Rat es einmal für nötig finden, eine geheime Sitzung abzuhalten, so ift dies nicht ausgeschloffen.

M. Folletête. A l'article 43, je proposerai une

petite modification à la première phrase.

Il a toujours été d'usage que les membres de la commission aient la parole avant l'ouverture de la discussion générale. Ce principe ne me semble pas assez clairement exprimé dans l'art. 43. Je voudrais donc donner satisfaction à ce sentiment et continuer la tradition, par la proposition suivante: «La parole est d'abord donnée aux membres de la commission, puis le président ouvre la discussion générale. »

Je répète qu'il ne s'agit ici que d'accentuer, de renouveler une tradition qui a été jusqu'à présent constamment observée au sein de cette assemblée.

Prafibent. Das ware ein Antrag zu Art. 42? Berr Folletete möchte den Mitgliedern der Rommiffion vor Eröffnung der allgemeinen Umfrage noch das Wort erteilen.

M. Folletête. Le nouveau projet, art. 43, porte: «Là dessus, le président ouvre la discussion générale »; mais l'art. 42, dans son dernier alinéa parle des autorités et des commissions qui se sont préalablement occupées de l'affaire: «Lorsque deux autorités (p. ex. le Conseil-exécutif et une commission) se sont préalablement occupées de l'affaire, c'est l'autorité qui a introduit l'objet en délibération qui rapporte d'abord, puis la commission (ou l'autorité) qui l'a préavisé. »

Mais à côté des rapporteurs des commissions qui ont toujours la parole les premiers, cela se comprend, je voudrais, je le répète, consacrer et renouveler la tradition qui porte que les membres de la commission, et non seulement les rapporteurs, continuent à avoir la parole avant l'ouverture de la

discussion générale.

Marti, Regierungspräsident. Ich glaube, die Sache sei so verstanden, wie Herr Folletête es wünscht. Es heißt hier: "Haben zwei Behörden (z. B. der Regierungserat und eine Kommission), den Gegenstand vorberaten, so erstattet zuerst diesenige Behörde Bericht, welche den betreffenden Gegenstand eingebracht, und dann die Kommission (oder Behörde), welche denselben begutachtet hat." Darin ist klar ausgesprochen, daß alle Mitglieder der Regierung und der Kommission in der Diskussion die Priorität haben. Ich sehe deshalb nicht ein, daß der Antrag des Herrn Folletête eine Verbesserung des Entewurfs enthalten soll.

M. Folletête. Ce qui vient d'être dit par le président du gouvernement confirme mon opinion. Il entend bien que les choses doivent se passer ainsi, et c'est ainsi qu'elles se sont passées jusqu'à présent; mais le contraire pourrait arriver une fois ou l'autre; il y a eu même des cas où cela s'est présenté et c'est justement le motif qui m'a engagé à demander qu'on dise dans le règlement qu'avant la discussion générale, les membres de la commission ont la parole. Je crois que ma proposition peut être acceptée sans inconvénient. Je ne veux, je le répète encore une fois, que la confirmation du système pratique suivi jusqu'à maintenant.

Gugger. Ich möchte Ihnen beantragen, in Art. 43 bas zweite Alinea zu streichen. Dasselbe lautet: "Die Anrede an den Großen Kat geschieht mit den Worten: "Herr Präsident, meine Herren!" Ich glaube, wir dürfen das ganz gut dem Takt und dem Anstande des einzelnen Mitgliedes überlassen, und ich sehe nicht ein, weshalb man hier für alle Zeiten eine bestimmte Formel ins Reglement hineinnehmen will. Ueberlassen wir das dem jeweiligen Sprachgebrauch und der Uebung.

Sahli. Ich möchte mich gegen den Antrag des Herrn Gugger aussprechen. Wir wollen mit diesem Sat vorbeugen, daß verschiedene Anreden gebraucht werden. Die einen haben die Gewohnheit, zu sagen: "Hochgeachteter Herr Präsident, hochgeachtete Herren"; andere sagen: "Verehrteste Herren" und wieder andere brauchen noch andere Anreden. Wir haben daher geglaubt, es sei nicht unzweckmäßig, wenn man eine einheitliche Anrede vorschreibe. Wenn Sie aber lieber wollen, daß Sie hie

und da angeredet werden mit "Hochgeachteter Herr Präsibent, hochgeachtete Herren Großräte", so habe ich gegen den Antrag des Herrn Gugger nichts einzuwenden und die Kommission wahrscheinlich auch nichts. (Heiterkeit).

Dürrenmatt. Herr Präsident, meine Herren! Ich nehme nämlich an, diese Anrede sei jest noch nicht abgeschafft. In Art. 38 sollte nach meinem Dasürhalten im zweiten Alinea eine etwas genauere Redaktion gewählt werden. Es heißt dort: "Der Boranschlag des künftigen Rechnungsjahres soll jedenfalls vor Ablauf des laufenden Jahres behandelt werden." Ich glaube, mit dem "lausenden Jahr" ist das vorhergehende Jahr gemeint. Man könnte von jedem Gegenstand, der behandelt wird, sagen, er werde im "lausenden" Jahr behandelt. Man wird nicht gerade am 31. Dezember nachts um 12 Uhr über einen Gegenstand verhandeln. Ich würde deshalb sagen "des vorhergehenden Jahres"; doch

ift dies nur eine untergeordnete Bemerkung.

Zu Art. 39 möchte ich ein neues Alinea vorschlagen, des Inhalts: "Anträge betreffend Käufe und Verkäufe, fowie die Beftimmung öffentlicher Befoldungen follen den Mitgliedern wenigstens drei Tage vor deren Behandlung gedruckt vorgelegt werden." Sie wiffen, welches der Sang der Beratung bei folchen Gegenftänden ift. Wenn ein größeres Traktandum nicht spruchreif oder einer der Referenten verhindert ift, so heißt es, man wolle zwischen-hinein einige "kleinere Geschäfte behandeln". Unter diesem Titel wird dann manchmal über Ausgaben verhandelt, die in die Hunderttausende gehen und während der Referate der Herren Berichterstatter der Regierung und der Staats= wirtschaftskommission findet oft eine ziemlich laute Unterhaltung ftatt, fo daß es auch denjenigen Mitgliedern, welche gerne zuhören möchten, nicht möglich ift, die Berichterftattung zu verstehen. Da kommt es benn oft vor, daß die wenigsten Mitglieder wiffen, mas verhandelt worden ift. Später kann man es dann im Tagblatt des Großen Rates lesen, und dann macht man einem daheim Vorwürfe: Wie kommt es, daß da niemand etwas dazu gefagt hat? Dem mochte ich vorbeugen. Was ich beantrage, ift, glaube ich, nicht zu viel verlangt, und die minimen Druckfosten konnen nicht in Betracht fallen. Nach der Verfaffung fallen Räufe und Verkäufe unter Fr. 10,000 in die Kompetenz der Regierung. Es ist also schon durch die Berfassung dafür gesorgt, daß der Große Rat in den gedruckten Anträgen nicht mit Bagatellen behelligt werden tann; es ift übrigens feine lange Begründung notwendig.

Ein fernerer Antrag betrifft einen Uebelstand, der, glaube ich, noch in unsern Diskussionen herrscht und hie und da, wenn auch nicht häusig, zum Borschein kommt. Es betrifft dies die vorzeitigen indesektibeln Schlußruse und Unterbrechungen jeglicher Art, womit oft gegenüber einem mißbeliebigen Redner Stimmung zu machen gesucht wird. Ich glaube, es wäre am Plat, daß das Reglement gegen solche Störungen eine Borschrift enthalten würde. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, dem Art. 47 beizusügen: "Unterbrechungen und Schlußruse aus dem Schooße der Versammlung sind, vorbehältlich des Art. 49, untersagt und vom Präsidenten zu rügen, wenn sie vorkommen." Der Vorbehalt des Art. 49 bezieht sich auf die Stelle: "Wenn ein Redner den parlamentarischen Anstand verletzt, namentlich wenn er sich beseidigende Aeußerungen gegen die Versammlung oder deren Mit-

glieder erlaubt, so hat ihn der Präsident entweder von Amtes wegen oder auf Verlangen des oder der Beteiligten zur Ordnung zu rusen." Dieses Verlangen des oder der Beteiligten, daß der Präsident den Redner zur Ordnung ruse, sest voraus, daß ein Redner unterbrochen werden kann, und insosern muß eine Unterbrechung gestattet werden. Aber Unterbrechungen anderer Art, die nicht den Zweck haben, sich gegen ungebührliche Ausfälle zu schüßen, sollen nicht gestattet sein. Ich glaube, es sei im Interesse der Ruhe und der Objektivität der Verhandelungen nicht zu viel verlangt, daß man eine bezügliche Borschrift ausstellt.

Präsibent. Ich nehme an, die Worte in dem Antrage des Herrn Dürrenmatt "und vom Präsidenten zu rügen, wenn sie vorkommen" seien selbstverständlich und gehören nicht ins Reglement.

Dürrenmatt. Ich bin einverftanden.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte mich gegen den letzten Untrag des Herrn Dürrenmatt aussprechen, da ich denselben für unnötig halte. Der Artikel 49 giebt dem Präsidenten genug Mittel an die Hand, um unanständige Bemerkungen, sofern sie vorskommen, sofort zu unterdrücken.

Marti, Regierungspräsident. Was die Bemerkung des Herrn Dürrenmatt zu Artikel 38 anbelangt betreffend den Außdruck "des laufenden Jahres", so mache ich darauf aufmerksam, daß das Finanzgeset vorschreibt: "Der Regierungsrat hat den jährlichen Voranschlag dem Großen Kate vor dem Eintritt des betreffenden Rechnungsjahres vorzulegen." Wenn man also etwas ändern will, so wäre es dann jedenfalls das Richtigste, gerade diesen Paragraphen des Finanzgesetzes aufzunehmen. Uebrigens halte ich dafür, gerade der Antrag, zu sagen "des vorhergehenden Jahres" veranlasse eine Begriffsverwirrung; denn wenn man den Voranschlag vorlegt, ist man eben im laufenden Jahre und nicht im vorhergehenden. Der Antrag des Herrn Dürrenmatt wäre also ein Verschlimmsbesserung und ich empfehle Ihren denselben abullehnen

befferung, und ich empfehle Ihnen, denselben abzulehnen. Was den Antrag zu Artikel 39 betrifft, es sollen die Borlagen wenigstens drei Tage vor deren Behandlung gedruckt ausgeteilt werden, so bemerke ich, daß diesem Postulat in Artikel 2 in viel weitergehenderem Maße, als es vom Herrn Antragsteller verlangt wird, Rechnung getragen ist. Es heißt dort, es solle schon 10 Tage vor Beginn der Session das Einladungsschreiben erlassen werden. "Demselben sind auch sämtliche gedruckte Borlagen (Gesehes und Dekretsentwürse, Naturalisationen, Strasnachlaßgesuche, Käuse und Berkäuse) an den Großen Rat beizulegen." Es würde nun nicht zur Klarheit beitragen, wenn man über diesen nämlichen Gegenstand in Artikel 39 noch eine weitere Bestimmung ausstellen würde.

Was den Jusat zu Artikel 47 betrifft, so geht derselbe eigentlich nur den Großen Kat an. Immerhin halte ich dafür, es sei derselbe überscüssig, namentlich soweit er sich auf das Verbot bezieht, "Schluß" zu rusen; denn der Artikel 51 sagt ausdrücklich: "Wenn der Schluß der Umfrage verlangt wird, soll darüber ohne weitere Erverterung abgestimmt werden." Es hat also jedermann das Recht, Schluß zu verlangen. Ich halte deshalb dafür, es solle auch dieser Antrag des Herrn Dürrensmatt abgelehnt werden.

Sahli. Das alte Reglement sagt in § 75: "Wenn der Schluß der Umfrage verlangt wird, soll darüber ohne weite Erörterung abgestimmt werden, sosern kein Mitglied das Wort verlangt, welches noch nicht gesprochen hat. Wird der Schluß verworfen, so dauert die Umfrage fort." Es ist dies genau die gleiche Vorschrift, wie diejenige in Artikel 51 des neuen Reglements. Dieselbe hat seit dem Jahre 1865 Anwendung gefunden, und ich glaube, es sei dieser Paragraph für die Versammlung sehr oft eine Erlösung gewesen, wenn die Diskussion unnührerweise ins Unendliche fortgesponnen wurde. Ich glaube darum, es liege keine Veranlassung vor, eine Aenderung vorzunehmen.

Dürrenmatt. In betreff des Artikels 38 ist ber Unterschied wirklich zu unerheblich, als daß ich darauf bestehen würde. Am besten würde mir die Anregung des Herrn Regierungspräsidenten einleuchten, den betreffenden Passus aus dem Finanzgesetz von 1872 herüberzunehmen, doch stelle ich keinen Antrag.

Was hingegen die gedruckten Anträge betrifft, so bin ich mit der Verweisung des Herrn Regierungspräsidenten auf den Artikel 2 nicht befriedigt; denn dieser Artikel sagt nicht, was gedruckt vorgelegt werden soll. Es steht die nämliche Vorschrift auch im gegenwärtigen Reglement; aber trozdem konnte der Kat, so viel ich weiß, in höchst wichtige Käuse und Verkäuse niemals vor der Behandslung einen Einblick thun. Man hat nicht einmal eine Ahnung, was für Käuse und Verkäuse vorkommen werden; denn in den Traktanden heißt es nur "Käuse und Verkäuse". Auch weiß man nicht, was für Straßensbauten ze. vorkommen werden, so daß kein Mitglied im stande ist sich dargus paraubereiten

stande ist, sich darauf vorzubereiten.

Was die Ergänzung zu Art. 47 betrifft, so haben wir ebenfalls schon jett die Vorschrift gehabt, daß unparlamentarische Ausfälle gerügt werden sollen. Das vermochte aber nicht, den Großen Rat schon wiederholt vor etwas tumultuarischen Scenen zu bewahren. Wenn man es als Erlösung ansieht, wenn ein Tumult entsteht, so ist das Geschmacksache. Was den in Artikel 51 vorgeschenen Schlußruf betrifft, so bezieht er sich nicht auf den einzelnen Redner, sondern auf den Schluß der Diskussion. Wird aber während einer Rede Schluß gerufen, so geschieht dies in den wenigsten Fällen deshalb, um den Schluß der Diskussion zu verlangen, sondern um den betreffenden Redner vorzeitig zum Schluß zu zwingen. Ich sehe mich deshalb nicht veranlaßt, die beiden Anträge zu Artikel 39 und 47 fallen zu lassen.

Abstimmung.

1) Für ben Zusatgantrag Dürrenmatt	
zu Artifel 39	41 Stimmen.
9.9.	79 "
2) Für den Antrag Folletête zu	
Artifel 43	Minderheit.
3) Für den Antrag Gugger zu Art. 48	"
4) Für den Zusagantrag Dürrenmatt	
zu Artikel 47	,,

Die übrigen Artikel find nicht bestritten und werden als angenommen erklärt.

VI. Motionen und Interpellationen.

Scherz, Berichterstatter ber Kommission. Die Beftimmungen dieses Titels enthalten keinen neuen Inhalt; man hat nur die bezüglichen Bestimmungen des alten Reglements in einen Titel vereinigt.

Tanner. Ich beantrage, im letten Alinea des Art. 56 den letten Sat durch folgende Bestimmung zu ersetzen: "Einzig dem Interpellanten steht das Recht zu, die Erklärung abzugeben, daß er mit der erhaltenen Aus= kunft befriedigt ist, oder aber den in Artikel 54 bezeichneten Weg der Motion betreten wird." Sie haben gewiß alle schon mit mir das Gefühl gehabt, daß es für einen Interpellanten eine eigentümliche Stellung ist, daß er nicht einmal Gelegenheit hat, zu fagen, er danke für die Austunft und sei davon befriedigt oder aber er sei nicht befriedigt. Ich hatte anfänglich die Absicht, zu bean-tragen, das Wort "Interpellation" zu ersetzen durch "Anfrage", weil ich glaube, in dem Wort Interpellation liegen gewissermaßen einige Tropfen Gift. Eine Interpellation bedeutet mehr ober weniger, ins volkstumliche übersett, man wolle jemand anrempeln, und die Folge ift, daß diefe paar Tropfen Gift, die in dem Ausbruck Interpellation liegen, dann oft in der Antwort in drei ober vierfacher Dosis zurucktommen. Ich will nun aber an dem Ausdruck Interpellation nicht rütteln, da er aus dem alten Reglement herübergenommen ift; aber ich möchte wenigstens gewissermaßen einen Regulator anlegen und dem Interpellanten gestatten, zu sagen, ob er befriedigt sei oder nicht. Es wird für die Gemütsstim= mung des Antwortgebenden ein Regulator fein, wenn er weiß, daß er nachher noch etwas zu gewärtigen hat, und bem Interpellanten gereicht es zur Befriedigung, wenn er fagen kann, ob er befriedigt ift oder nicht.

Marti, Regierungspräsident. Ich glaube, der Antrag bes Herrn Tanner erreiche seinen Zweck nicht vollständig; er legt dem Interpellanten eine sehr lästige Verpslichtung auf; entweder muß er sagen, er sei befriedigt, oder er muß erklären, er werde eine Motion stellen. Anderseits aber bin ich vollständig der Ansicht, daß man einem Interpellanten den Mund nicht so weit verbinden soll, daß er nicht sagen darf, ob er befriedigt sei oder nicht; allein ich glaube, daß sei Sache des Präsidiums, und es macht sich auch in den Interpellanten Gelegenheit giebt, zu sagen, ob er befriedigt sei oder nicht. Ich glaube deshalb, man solle dies dem Präsidium überlassen in der Meinung, daß daßselbe hier eine coulante Praxis innehalten werde.

Tanner. Ich kann mich mit den Ausführungen des Herrn Marti nicht vollskändig einverstanden erklären. Ich will den Interpellanten nicht zwingen, wie Herr Marti sagt, eine definitive Erklärung abzugeben, ob er befriedigt sei oder nicht, sondern ich will ihm bloß das Recht dazu einräumen. Wenn bisher im Großen Rat eine Interpellation zur Behandlung kam, so hat nach der Antwort der Regierung der Herr Präsident sosort erklärt, die Interpellation sei damit erledigt. Der Interpellant wurde nicht angefragt, ob er befriedigt sei, und deshalb möchte ich eine bezügliche Bestimmung ausnehmen.

Berr Vizeprafident Bühler übernimmt den Borfitg.

Wyß. Nur eine kurze Bemerkung, veranlagt durch eine Wahrnehmung, welche ich während ber Zeit machte, da ich den Vorfitz zu führen die Ehre hatte. Auch für das Präfidium sind diese Interpellationen immer etwas schwierig, und soweit ich die Praxis des Großen Rates beobachten konnte, ift jeweilen nach der Auskunfterteilung ber Interpellant nicht mehr zum Wort gelangt, und es ift klar, daß in diefer Beziehung das Prafidium außer= ordentlich ftreng und gleichmäßig fein muß. Wollen Sie eine Bestimmung im Sinne des Antrages des Herrn Tanner aufnehmen, so erleichtert dies die Stellung des Präfidenten sehr. Er weiß dann, woran er sich zu halten hat und wieweit er dem Interpellanten eine Antwort gestatten darf. Nach der Auffassung des Herrn Tanner soll der Interpellant seine Antwort nicht dazu benützen dürfen, alles das zu widerlegen, was der Auskunfterteilende gesagt hat; wenn er dies thun will, so soll er zum Mittel der Motion greifen. Wohl aber soll der Interbellant eine furze Erklärung abgeben durfen, ob er befriedigt fei, ober fich weitere Schritte vorbehalte. Stellen Sie es bem Präfibenten frei, dem Interpellanten bas Wort zu geben oder nicht, so werden Sie damit, je nach der Persönlichkeit des Präsidenten, Ungleichheiten schaffen, welche geeignet sind, bei den Mitgliedern des Rates böses Blut zu machen. Auch kann der Präsident nicht wisen, wenn das Reglement keine Bestimmung enthält, wie weit ein Interpellant in feiner Antwort geben barf. Damit in allen Fällen die gleiche Elle gehandhabt wird, glaube ich, Sie thun beffer, den Antrag bes herrn Tanner anzunehmen, fofern Sie überhaupt ber Anficht find, daß ber Interpellant noch in irgend einer Weife jum Wort fommen foll. Ich perfonlich konnte den Antrag des Berrn Tanner gang gut unterftugen.

Marti, Regierungspräsident. Ich habe mich bereits materiell mit dem Gedanken des Herrn Tanner einverstanden erklärt, nur war meine Ansicht die, es sei das Sache des Präsidiums, gleich wie es auch in den eidgenössischen Käten der Fall ist. Nachdem nun aber der Herr Präsident des Großen Rates selber erklärt, er würde es begrüßen, wenn das Reglement eine Handhabe diete, die dem Präsidium zur Richtschnur diene, habe ich keinen Grund, dem Antrag des Herrn Tanner entgegenzutreten.

Sahli. Ich dagegen bin mit der Anschauung des herrn Tanner nicht einverstanden. Die Begriffe Motion und Interpellation find abgeschloffene Begriffe, und noch jungft wurde in der Bundesversammlung konstatiert, daß bie Interpellation nichts anderes fein folle, als Anfrage und Antwort. Die Antwort der Regierung foll nicht durch eine Erklärung des Interpellanten abgeschwächt werden. Wenn er dies thun will, fo foll er eine Motion stellen; das ist das parlamentarische Mittel, um gewisse Fragen unpräjudizierlich zur Behandlung vor die Rate zu bringen. Ich möchte den Begriff der Interpellation nicht denaturieren, sondern festhalten, wie er feit 1865 und schon vorher immer aufgefaßt worden ift, und ich sehe nicht ein, daß es für den Interpellanten beschämend ift, wenn die Antwort nicht zu feinen Gunften ausfällt. Jedes Mitglied hat ja das Recht, eine Motion zu ftellen und damit zu konstatieren, daß es mit der Interpellation nicht zufrieden ift. Allein die Interpellation als folche,

als parlamentarisches Inftitut, soll unabgeändert fortbeftehen. Wollte man dem Interpellanten noch das Wort gestatten, so würde dies, wie Herr Wyß andeutete, unter Umständen zu Unterbrechungen sühren und Unzukömmelichkeiten anderer Urt mit sich bringen. Und giebt man dem Interpellanten nur das Recht, zu erklären, er sei befriedigt oder nicht, so nütt ihm dies nichts. Ich möchte deshalb bei dem bisherigen Verschren verbleiben und beantrage daher, den Antrag des Herrn Tanner abzulehnen. Es ist übrigens noch zu bemerken, daß eine Interpellation nicht selten auch deshalb gestellt wird, um von einer Behörde einen Verdacht abzuwenden, also nicht bloß, um an derselben Kritik zu üben, und nicht selten erfolgt eine solche Interpellation im ausdrücklichen Einverständnis mit der Regierung.

herr Prafident Wyß übernimmt wiederum den Borfig.

Steck. Ich glaube doch, es wäre beffer, wir würden auf den Begriff der Interpellation gurucktommen, wie er in der Verfassung mit schmucklosen Worten festgestellt ift. Das Vorurteil, das man infolge der parlamentarischen Praxis gegen den Begriff der Interpellation hat, ist nach meiner Ansicht kein glückliches. Man faßt dieselbe, wie Herr Tanner sagte, als einen Akt auf, der ein gewisses Gift, ein gewiffes Mißtrauensvotum gegen die Regierung in sich schließt. Diefe Auffassung sollte fallen gelaffen werden. Austunft verlangen hat nach meiner Ansicht absolut nichts Gehäffiges. Daß es aber einen gehäffigen Beigeschmack erhalten hat, hält nach meiner Ueberzeugung viele Mitglieder davon ab, über Gegenstände der Staats= verwaltung Auskunft zu verlangen, weil sie sich nicht bem Obium aussetzen wollen, fie hatten eine Interpella= tion gegen die Regierung gerichtet. Diese Auffaffung bon bem Charatter einer Interpellation entspricht aber entschieden nicht derjenigen, welche ursprünglich nach der Verfassung der Interpellation zukam. Ich glaube, wir follten wieder auf die ursprüngliche Auffaffung gurudkommen. Wenn schon in vielen Fällen die Interpellation die Einleitung eines Angriffs gegen die Regierung sein soll, so ist es doch nicht nötig, daß in allen Fällen dem so ist, und es sollte die Aussaffung, daß man bei einer Interpellation wirklich nur in guten Treuen Auskunft zu erhalten wünscht, wieder mehr die Oberhand gewin= nen. Dies wäre der Fall, wenn man dem Interpellanten, nach Antrag des Herrn Tanner, Gelegenheit geben würde, die Auskunft zu verdanken oder zu sagen, er sei davon nicht befriedigt und werde eine Motion stellen. Wenn man im gewöhnlichen Leben Auskunft verlangt, und diese wird einem zu teil, so ist es entschieden unhöslich, wenn sich der Betreffende sofort umkehrt und kein Wort weiter mehr fagt. Ich glaube deshalb, man follte den Antrag des Herrn Tanner annehmen, doch würde ich, um dem Bedenken des herrn Regierungsprafidenten bezüglich der allzu zwingenden Fassung Rechnung zu tragen, beantragen, daß Wörtchen "daß" durch "ob" zu ersegen.

Tanner. Für den Fall, daß mein Antrag verworsen werden sollte, stelle ich, eventuell, den Antrag, das Wort "Interpellation" durch "Anfrage" zu ersehen, um der Sache das Gift zu nehmen, das in dem Wort Interpellation liegt. Mit der Ersehung des Wörtchens "daß" durch "ob" bin ich einverstanden.

M. Reymond. Je reconnais volontiers que l'art. 32 est assez précis, mais je voudrais qu'il fût dit d'une façon nette et claire dans le règlement que chaque fois qu'une motion est présentée, il appartient au Grand Conseil de décider si elle sera étudiée par le Conseil-exécutif ou une commission spéciale. Si personne ne demande la parole, on peut admettre que c'est le gouvernement qui est chargé de l'étude.

Präsibent. Es scheint mir, daß das, was Herr Reymond bezweckt, in Art. 32, Alinea 3, bereits vorgesehen ist. Auch wenn zur Behandlung eines Anzuges eine Kommission eingesetzt wird, werden die in Art. 32 aufgestellten Bestimmungen zutreffen.

M. Reymond. Deux mots seulement pour expliquer ma pensée. Quand je dis: le Grand Conseil décide, je conviens volontiers que ce n'est là qu'un changement à la rédaction de l'article. Jusqu'à présent, on procédait comme il est dit à l'art. 57 du règlement. Mais vous conviendrez avec moi que celui qui lit cet art. 57 ne sait pas qui fait le renvoi. Est-ce le bureau? Il est absolument nécessaire que cet art 57 soit plus clair: pour cela, trois mots suffisent.

Präfibent. In diesem Falle bitte ich Herrn Ren= mond, einen schriftlichen Antrag einzureichen.

Hirter. Ich erlaube mir, das Wort zu ergreifen betreffend den Antrag des Herrn Tanner. Ich glaube, es wird allgemein als wünschenswert anerkannt, daß einem Interpellanten die Möglichkeit gegeben sein soll, zu sagen, ob er befriedigt sei oder nicht. Es steht nur die Befürchtung entgegen, daß dann eine weitere Distussion entstehen könnte. Um dem vorzubeugen, möchte ich beantragen, zu sagen: "...ohne weitere Begründung die Erklärung abzugeben" zc.

Tanner. Ich bin mit dieser Ginschaltung einversftanden.

Scherz, Berichterstatter ber Kommission. Sie erinnern sich vielleicht noch, daß ich vor einigen Jahren, als ich die Motion betreffend Revision des Großratsereglements einbrachte, auch dem Gefühl Ausdruck gegeben habe, es werde mit einer Interpellation eigentlich nicht viel erreicht. Man interpelliert die Regierung über einen Gegenstand, erhält Antwort, und damit ist die Sache sertig. Die Antwort mag einen befriedigen oder nicht, das ist gleichgültig. Ich habe nun in der Kommission meinen Standpunkt auch geltend gemacht, und da meine Ansicht dort in Minderheit geblieben, möchte ich sie hier wieder aufnehmen. Bor allem trete ich Herrn Sahli entgegen, welcher sagt, der Begriff der Interpellation sei ein abgeschlossenen Reglemente vorlegen, woraus Sie sehen, daß in andern Großen Käten der Begriff der Interpellation ein ganz anderer ist. Für den Fall, daß Sie den Antrag der Kommission ablehnen, erlaube ich mir daher, den Antrag zu stellen, es sei der letzte Sat des Art. 56 zu streichen und ein neues Alinea aufzunehmen solgenden Inhalts: "Ist der Interpellant durch die erhaltene Auskunft nicht befriedigt, so kann er weitere

Aufklärung verlangen; genügt ihm auch die zweite Antwort nicht, so kann er sogleich seine Anträge in Form einer Motion abgeben. Eine weitere Diskussion ist in der gleichen Sizung nicht zulässig." Der Interpellant soll also Gelegenheit haben, zu sagen, ob ihm die erhaltene Antwort genüge, und wenn dies nicht der Fall ist, soll es ihm möglich sein, sein Anliegen sofort in Form einer Motion anhängig zu machen, ohne daß er später eine besondere Motion einreichen und dabei die Sache neuerdings begründen muß.

Sahli. Ich hätte persönlich gegen den eventuellen Antrag des Herrn Tanner, das Wort "Interpellation" zu ersehen durch "Anfrage", nichts einzuwenden, nur mache ich darauf aufmerksam, daß dann der Ausdruck Motion auch überseht werden müßte; denn man kann doch nicht wohl im gleichen Titel einen deutschen Ausdruck neben einen lateinischen stellen. Man müßte also sagen: "Anzüge und Anfragen". Nun sind aber diese Ausdrücke viel weniger gebräuchlich, als die Ausdrücke "Motion" und "Interpellation". Auch in der Redaktion müßten wesentliche Aenderungen vorgenommen werden. Ich glaube daher, man sollte auch von diesem Antrag Umgang nehmen.

Was den Antrag des Herrn Scherz anbetrifft, so bleibe ich dabei, daß die Interpellation ein abgeschlossener Begriff ist. Ich gebe gerne zu, daß in verschiedenen Kantonsräten die Interpellation anders aufgefaßt wird, und wenn Sie heute nach Antrag Tanner oder Scherz beschließen, so haben wir eben wieder einen andern Begriff von der Interpellation, als ich ihn habe und das disherige Reglement ihn festgesett hat. Ich wiederhole, daß die Art und Weise, wie Interpellationen bisher behandelt worden sind, zu keinen erheblichen Schwierigkeiten und Unzukömmlichkeiten geführt hat. Es ist nicht wahr, daß in jeder Interpellation ein Tropfen Gift liege, im Gegenteil, es liegen darin oft viele Tropfen Balsam für die Behörde, welche Gelegenheit erhält, sich zu recht

fertigen.

Dürrenmatt. Das bisherige Großratsreglement tennt vier Arten von parlamentarischen Ginzelinitiativen: die Interpellation, die Motion, die Mahnung und die Anregung bei Anlaß der Beratung des Staatsverwal-tungsberichtes und des Budgets. Nun vermisse ich in bem neuen Reglement die beiden letten wichtigen Formen ber parlamentarischen Thätigkeit bes Einzelnen, und ich möchte Ihnen vorschlagen, dieselben beizubehalten. Die Mahnung ist durchaus nicht identisch mit einer Interpellation oder einer Motion. Im bisherigen Großrats= reglement ist die Mahnung folgendermaßen definiert: "Mahnungen sind Begehren, die sich bloß auf Hand-habung und Vollziehung wirklich bestehender Vorschriften oder Verfügungen beziehen." Ferner enthalt das Regle= ment die Bestimmung, daß eine Mahnung fogleich in Beratung gezogen werden kann. Das ift nun unter Umständen von fehr großem Belang. Der Große Rat beichließt 3. B. ein Geset und setzt den Abstimmungstag über dasselbe fest. Nun stellen fich inzwischen Sinder= niffe ein, an die niemand dachte. In einem solchen Falle steht es jedem Mitglied frei, auf dem Wege einer Mahnung eine Abanderung des Beschluffes zu verlangen, und es ift nicht nötig, daß ein folches Begehren 24 Stunden auf dem Rangleitisch aufliegt, wie eine Motion. Es war

das bisher ein bequemes Auskunftsmittel für die Rege= lung kleiner Angelegenheiten, welche nicht gerade große Diskuffion und vorgängige Beratung erforderten. Ich werde selber im Falle sein, noch in dieser Seffion eine Mahnung einzureichen, die durchaus nicht den Zweck hat, die Regierung an eine vernachlässigte Pflicht zu erinnern, sondern nur ein Zuruckkommen auf einen früher gefaßten Beschluß bezweckt. Rennen wir den Begriff der Mahnung nicht mehr, jo weiß ich nicht, wie man in Zukunft eine solche Mahnung etwa an den Mann bringen könnte. Ebenso wichtig scheint mir die Bestimmung in Art. 61 des bisherigen Reglements zu sein: "Ausnahmsweise können bei der Beratung des Voranschlags, der Staatsrechnung und des Verwaltungsberichtes Anbringen, welche die Natur von Anzügen und Mahnungen haben, mündlich angebracht und alfogleich behandelt werden, wenn fie mit bem in Umfrage befindlichen Gegenstande in nahem Zufammenhange fteben. Die Versammlung ent= scheidet indeffen in erfter Beratung nur über die Erheblichkeit." Diese Bestimmung ift gerade dasjenige, was bisher den Beratungen über den Staatsverwaltungs= bericht und das Budget einen gewiffen parlamentarischen Reiz verliehen und manches Mitglied veranlaßt hat, über einen Gegenstand der Staatsverwaltung, der ihm am Herzen gelegen ift, sich auszusprechen, weil dieser Weg weniger umständlich und aufsehenerregend ist, als derjenige einer Interpellation oder einer Motion. Früher, zur Zeit der gnädigen Herren, ging man in Bezug auf solche erleichterte Initiativen noch weiter. Man hatte damals das Inftitut der Beimlicher. Diefelben hatten im Rat der Zweihundert erstens darüber zu machen, daß die Gesetze gehandhabt werden, und zweitens waren fie die Interpretatoren folder Mitglieder, welche nicht gerne selber das Wort ergriffen haben; sie hatten den Auftrag, für jedes Mitglied, das eine Anficht zur Geltung bringen, aber nicht mit seiner Person auftreten wollte, das Wort zu ergreifen. Das war für viele eine große Erleichterung, und ich habe mich schon oft gefragt, ob wir dieses In= stitut nicht auch heute noch brauchen könnten. Ich will indessen nicht darauf zurücktommen, sondern habe das nur erwähnt als Beifpiel bafür, daß man schon früher für die Erleichterung der privaten Anregung Sorge gestragen hat. Ich möchte daher die beiden Borschriften betreffend Mahnung und Anregung, die wir dis jetzt mit großem Nugen handhabten, im neuen Reglement nicht preisgeben, sondern ersuche Sie, wenigstens an der Mahnung festzuhalten. Ich glaube, Sie dürfen diesen Antrag annehmen bei aller Abneigung, die Sie gegen die Person des Untragstellers haben mogen. Es ift bas eine Vorschrift, die weder dieser noch jener Partei zu gute kommt, sondern lediglich im Interesse einer ersprieß- lichen Diskussion liegt.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Was die Mahnung andetrisst, so habe ich in der Kommission dasür gehalten, es sei dies eine vollständig unnütze Institution und es sei in der von uns vorgelegten Fassung alles enthalten, was nötig ist. Bisher lautete die Bestimmung des Reglements: "Anzüge sind Anträge zu irgend einer neuen Vorschrift oder Verfügung. Mahnungen hingegen sind Begehren, die sich bloß auf Handhabung und Vollziehung wirklich bestehender Vorschriften oder Verfügungen beziehen." Im neuen Reglement heißt es: "Jedes Mitzglied des Großen Rates hat das Recht, schriftliche Ans

trage auf Beratung eines Gegenstandes zu stellen. Jede folche Motion ift dem Präsidenten zu übergeben, welcher fie dem Großen Rate durch Berlefung zur Kenntnis Wir halten dafür, in dieser Fassung sei beides enthalten und es biete dieselbe eine genügende Garantie dafür, daß die Rechte der Mitglieder gewahrt werden.

Was die Beibehaltung des § 61 des disherigen Reglements anbetrifft, so muß ich den Antrag stellen, die Wiederaufnahme abzulehnen. In Art. 48 wird gesagt: "Das Mitglied, welches einen Antrag stellt, ist verpslichtet, benselben zu formulieren und dem Präsidenten, falls er dies verlangt, schriftlich einzureichen. Antrage, welche nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem in Be= ratung befindlichen Gegenstand stehen, werden als Motionen behandelt." Ich glaube, diese Borfchrift giebt genügende Garantie, daß die Mitglieder bei ber Beratung des Staatsverwaltungsberichtes oder des Boranschlages Anträge stellen können. Wenn jedoch die betreffenden Anträge nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem in Beratung befindlichen Gegenstand stehen, jo foll eine Motion gestellt werben. Die Rechte ber Mitglieder find also auch hier genügend gewahrt, und ich beantrage baher, die Unträge des Herrn Dürrenmatt abzulehnen.

Steck. Ich möchte ben Gegenantrag zum Antrag bes herrn hirter stellen. herr hirter schlägt nämlich jum Antrag des herrn Tanner den Zusat vor: "ohne weitere Begründung". Nun glaube ich, wenn es einem Interpellanten zusteht, erklären zu können, ob er befriedigt sei ober nicht, so soll man ihm auch gestatten, zu sagen, weshalb er nicht befriedigt sei. Man will bloß bermeiden, daß auf den Gegenstand weiter einge= treten werde. Ich würde deshalb sagen, "ohne weiteres Eintreten auf den Gegenstand der Interpellation". Bei dieser Faffung ware dem Interpellanten die Möglichkeit gegeben, zu sagen, warum er nicht befriedigt fei.

Da ich gerade das Wort habe, erlaube ich mir noch eine kurze Meinungsäußerung zum Antrag des Herrn Dürrenmatt, die Mahnungen wieder aufzunehmen. Ich Durrenmatt, die Mahnungen wieder aufzunehmen. Ich bin der Ansicht des Herrn Scherz, daß der Begriff der Motion, wie er im neuen Reglement festgesett ift, genügt.

Dürrenmatt. Ich erlaube mir doch noch ein Wort ber Entgegnung. Die Stelle, welche Herr Scherz aus bem neuen Urt. 48 citiert, enthalt eber das Gegenteil deffen, was der bisherige Art. 61 enthalten hat. Der Art. 61 spricht von Anbringen, welche die Natur von Unzügen und Mahnungen haben, aber gleichwohl behandelt werden können, ohne daß man einen besondern Anzug ftellen muß. Der Art. 48 bes neuen Reglements dagegen verlangt, daß Anbringen, die nicht in unmittel= barem Zusammenhang mit dem in Beratung befindlichen Gegenstand stehen, als Motionen behandelt werden sollen, und es wird manches Mitglied abhalten, seinen Gedanken Ausdruck zu geben, wenn man ihm erklärt: Du mußt eine besondere Motion einreichen und auf dem Traktandenverzeichnis als Motionsteller erscheinen. Ich möchte boch das Reglement so einrichten, daß die Privatinitiative der Mitglieder nicht gehemmt wird.

M. Reymond. La rédaction du second paragraphe de l'art. 55 dit ceci: «Si la prise en considération est votée, l'objet doit être renvoyé au préavis du Conseil-exécutif ou d'une commission. » Qui doit prendre cette décision? Est-ce le bureau ou le Grand Conseil? Je me permets de vous proposer à ce paragraphe l'adjonction suivante:

« Si la prise en considération est votée, le Grand Conseil décide si l'objet doit être renvoyé au préavis du Conseil-exécutif ou d'une commission. » Je veux bien que dans la règle — et c'est peut-être logique les motions présentées doivent être soumises à l'examen du gouvernement. Je veux bien par conséquent que ce soit exceptionnellement qu'on les fera examiner par une commission. Mais je pourrais vous citer de nombreux exemples qui établissent péremptoirement que le gouvernement ne possède pas toujours les données nécessaires pour examiner une motion et se prononcer sur sa valeur. Vous vous rappelez sans doute qu'une motion avait été déposée éventuellement à propos de la question d'une chambre de commerce à instituer chez nous. Cette motion fut examinée par la Direction de l'intérieur. Pouvonsnous dire avec certitude que cette Direction possède tous les renseignements suffisants pour savoir si elle doit l'accepter ou la repousser? Quantité d'autres exemples pourraient être cités à l'appui de ma manière de voir.

Je dois aussi attirer votre attention sur le fait que dans plusieurs cantons, un député au Grand Conseil, auteur d'une motion, a le droit de demander qu'une commission soit nommée, avant la prise en considération de cette motion, pour examiner celleci; il a même le droit — et ceci me paraît assez logique — de proposer lui-même le 1/3 des membres de cette commission; il est possible en effet que la commission soit composée d'éléments hostiles à la motion, et c'est ce qu'un Grand Conseil doit chercher à éviter; lorsqu'une motion est déposée sur son bureau, elle doit être examinée très impartialement; le Grand Conseil sera toujours libre après le préavis du gouvernement ou de la commission de dire si elle a sa raison d'être, oui ou non. J'incline à croire que de bonnes raisons militent en faveur de la nomination d'une commission spéciale chargée d'examiner les motions présentées, mais pour trancher la question en satisfaisant tout le monde, je proposerai simplement que le Grand Conseil décide chaque fois si la motion doit être renvoyée pour étude au gouvernement ou à une commission spéciale.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich halte dafür, es genüge die Redaktion des Entwurfs vollständig und beantrage baher, es sei der Antrag des Herrn Renmond nicht zu acceptieren.

Abstimmung.

I. Für den Zusatzantrag Rehmond zu

Minderheit.

II. Eventuell, für den Fall, daß dem Interpellanten noch das Wort gegeben werden soll:

1) Für die Redaktion Tanner-hirter (gegenüber der Fassung Steck) Mehrheit.

2) Für Fefthalten an diefem Ergebnis 84 Stimmen. Für den Antrag Scherz.... 25

Definitiv. Für Festhalten am Ergebnis der eventuellen Abstimmung (gegen- über dem Entwurf)	Mehrheit.	Dritte Sitzung.
III. Für Wiederaufnahme der Mah- nung, nach Antrag Dürrenmatt Dagegen		Mittwoch den 7. Müsz 1894,
IV. Für Beibehaltung des Art. 61 des bisherigen Reglements, nach Antrag Dürren- matt	Minderheit.	morgens 8 ¹ /2 Uhr.
7		

hier wird die Beratung abgebrochen.

Der Beginn der morgigen Sitzung wird auf $8^{1/2}$ Uhr angesett.

Schluß ber Sitzung um 121/4 Uhr.

Der Redacteur: And. Schwarz. Der Namensaufruf verzeigt 201 anwesende Mitglieber. Abwesend sind 62, wovon mit Entschuldigung: die Herren Belrichard, Brunner, Feller, Friedli, v. Grünigen, Häberli (Narberg), Hegi, Howald, Sahli, Schweizer, Stämpsli (Schwanden), Stoller, Willi; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, v. Bergen, Bircher, Blatter, Boillat, Boh, Choulat, Clemençon, Coullery, Cüenin, Fahrni, Freiburghaus, Frutiger, Grieb, Guenat, Chgar (Bütikosen), Hänni, Hari (Abelboden), Hofer (Oberönz), Husson, Fanger, Johin, Kaiser, Kohli, Krebs (Eggiwhl), Marolf, Marschall, Maurer, Mérat, Messer (Laufen), Morgenthaler (Ursenbach), Moser (Herzogenbuchsee), Mouche, Müller (Langenthal), Kenfer, Rieben, Riem, Schindler, Schlatter, Stämpsli (Bern), Steinhauer, Thönen, Trachsel, Wolf, Wüthrich, Ziegler, Jyro.

Vorfigender: Prafident Wyg.

Das Protokoll der gestrigen Sigung wird abgelesen und genehmigt.

Es ift eingelangt folgende

Interpellation :

Welche Schritte gebenkt die Regierung zur Förderung und Berallgemeinerung der landwirtschaftlichen Berufsbildung zu thun?

Jenni, Großrat.

Wird auf den Rangleitisch gelegt.

Tagesordnung:

Realement

für

den Großen Rat des Rantons Bern.

Fortsetzung der Beratung.

(Siehe Seite 184 hievor.)

VII. Abstimmung.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Dieser Abschnitt enthält keine neuen Bestimmungen, nur waren dieselben im bisherigen Reglement verstreut und wir haben sie unter diesem Titel zu vereinigen gesucht.

Dürrenmatt. Zu Art. 60 möchte ich vorschlagen, für den Namensaufruf nur 15 Mitglieder zu verlangen, um das gleiche Berhältnis beizubehalten, wie bisher. Bisher wurden 20 Mitglieder verlangt. Da nun der Große Kat um den vierten Teil reduziert worden ift, so glaube ich, es wäre am Plat, die Ziffer 20 ebenfalls um den vierten Teil, also von 20 auf 15, zu reduzieren.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich glaube, das Motiv, das Herr Dürrenmatt anführt, ist nicht ganz stichhaltig. Sie dürfen nicht vergessen, daß das bisherige Reglement, das 20 Mitglieder vorschreibt, im Jahre 1865 aufgestellt wurde, also zu einer Zeit, wo der Große Rat erheblich kleiner war. Ich beantrage daher, den Antrag des Herrn Dürrenmatt abzulehnen.

Abstimmung.

Für den Antrag Dürrenmatt . . . Minderheit.

VIII. Bahlen.

Scherz, Berichterstatter ber Kommission. Auch dieser Abschnitt enthält keine wesentlichen Reuerungen; wir hatten die Tendenz, so viel als möglich alle unnügen Bestimmungen wegzulassen.

M. Folletête. Je désirerais faire une adjonction à l'art. 13. Lorsque je suis entré au Grand Conseil en 1866, nous avions une toute autre pratique que celle introduite depuis lors. Les élections faisaient l'objet d'un tractandum absolument spécial et indépendant. Quelques années après, on a employé un système que je considère comme abusif. Pendant les délibérations, au beau milieu d'un discours, on distribue des bulletins de vote et l'on procède immédiatement aux opérations électorales, de telle sorte que l'orateur est obligé, tout en parlant, de déposer

dans l'urne son bulletin. Dans d'autres Grands Conseils, à Bâle par exemple, on procède autrement. Ici, on fait tout en même temps. Mon observation n'est pas personnelle, elle ne s'adresse surtout pas à l'honorable président du Grand Conseil qui n'a fait, à cet égard, que suivre les traditions de son prédécesseur. Mais je n'en voudrais pas moins que, toutes affaires cessantes, on procédât aux élections; on ne continuerait l'ordre du jour qu'une fois les résultats proclamés.

Je répète que je considère la nouvelle pratique comme abusive en ce sens qu'elle offense la dignité de l'assemblée; il ne me paraît pas digne du Grand Conseil de Berne de traiter avec précipitation de sérieuses affaires, comme le sont par exemple les élections du Conseil-exécutif, au lieu de le faire à tête reposée; le Grand Conseil doit à ses électeurs

plus d'égards.

C'est pour cela que j'ajouterais à l'art. 63 ces mots: «Pendant les opérations électorales, il ne pourra être délibéré sur d'autres affaires.» Cette observation donnerait matière à un article spécial; il me semble en tout cas qu'il y a quelque chose à faire.

Scherz, Berichterstatter der Rommiffion. Der Berr Vorredner hat diefen Antrag seiner Zeit auch in der Kommiffion gestellt. Dieselbe hat ihn jedoch mit großem Mehr abgelehnt, obschon zugegeben wurde, daß das, was zur Begründung angebracht wurde, burchaus nicht gang ju verwerfen fei. Herr Folletete macht barauf aufmertfam, daß es der Burde des Großen Rates nicht wohl anftehe, daß man während ber Bahlen noch andere Geschäfte behandle. Er hat auch darauf aufmerksam gemacht, daß es früher in biefer Beziehung anders war und daß man in andern Parlamenten von einer gleich= zeitigen Behandlung anderer Traktanden nichts wisse. Nun tann man ja verschiedener Unficht fein. Der Rachteil des Verfahrens, das Berr Folletete einführen will, ift ber, daß man unter Umftanden, wenn viele Wahlen zu treffen find, viel Zeit verliert. Es wird fich fragen, ob man wirklich glaubt, der Nachteil, der aus der gleich= zeitigen Behandlung anderer Geschäfte entsteht, sei so groß, daß man eine Aenderung treffen soll. In der Kommission hatte man das Gefühl, man habe die Zeit ohnehin fehr zu brauchen, und beshalb folle man das bisher übliche Verfahren beibehalten.

M. Folletête. En effet, j'avais présenté à la commission l'observation qui fait le sujet de ma proposition actuelle. Il m'a été répondu, comme vient de le dire M. le président de la commission, qu'en procédant de cette manière on gagnait du temps et que par conséquent on épargnait à l'Etat une certaine dépense considérée comme tout à fait superflue. Mais je crois qu'on a singulièrement réduit le nombre de votations auxquelles doit procéder le Grand Conseil; il ne fait plus les élections de fonctionnaires de districts: préfets, présidents de tribunaux, etc.; il ne procède plus qu'aux élections ordinaires. Je vous le demande, est-il convenable, décent, qu'on continue une discussion pendant l'élection du Conseilexécutif, c'est-à-dire de la plus haute autorité du pays, ou la ratification des naturalisations? Je ne le pense pas. Il me paraît par conséquent qu'il serait non seulement utile, mais digne de revenir à l'ancienne jurisprudence, c'est-à-dire de traiter toutes les affaires les unes après les autres, avec tout le sérieux qu'elles comportent.

Abstimmung.

Für den Zusakantrag Folletête zu Art. 63 Minderheit.

IX. Entichädigung ber Mitglieder.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Dieser Abschnitt hat in der Kommiffion Berschiedenes zu reden gegeben. Der erfte Entwurf wollte die Taggelder abichaffen und Sitzungsgelder einführen. Man ift dann aber wieder darauf zurückgekommen und hat sich auf den Vorschlag geeinigt, der Ihnen gedruckt vorliegt. Sie feben, daß wir das Taggeld um 2 Fr. hinaufgesett haben. Die Grunde für Diefe bescheidene Erhöhung find Ihnen fo gut bekannt, wie uns, so daß ich fie nicht auszuführen brauche.

Seit der letten Rommissionsfigung bin ich von verschiedenen Seiten barauf aufmerksam gemacht worden, es fei in Bezug auf die Reiseentschädigung nicht ganz richtig, daß diejenigen Mitglieder, welche ihre Strecke per Bahn zurücklegen können, gleichviel erhalten, wie diejenigen, welchen die Bahn nicht zur Verfügung steht. Ich möchte Ihnen daher perfönlich eine Aenderung des zweiten Alineas von Artikel 69 in dem Sinne vorschlagen beffere Redaktion vorbehalten: "Für die hin= und herreise wird den Mitgliedern, soweit sie die Eisenbahn benützen können, vom Kilometer 30 Rp., für diejenige Strecke, die nicht per Gisenbahn zurückgelegt werden kann, bom Rilometer 50 Rp. vergütet."

Bühlmann. Es ift zwar eine nicht gerade fehr angenehme Aufgabe, eine Erhöhung bes Taggelbes ju beantragen. Aber ich glaube doch, es sei Pflicht, geltend zu machen, daß der Rat bezüglich der Taggelberfrage entschieden einmal eine andere Stellung einnehmen muß. Es scheint mir, man könne verlangen, daß einem wenigstens die direkten Opfer vergütet werden. Es ist nun jeder= mann von uns überzeugt, daß mit dem vorgeschlagenen Taggeld die Auslagen des Aufenthalts in Bern nicht bestritten werden konnen, und es scheint mir deshalb, eine Erhöhung auf 10 Fr. wurde den Verhältniffen beffer Rechnung tragen, als der Vorschlag der Kommission. Ich will diesen Antrag nicht weiter begründen; allein ich glaube, es sei auch vom demokratischen Standpunkt aus durchaus nötig, daß man jedem Bürger ermöglicht, in den Großen Rat gewählt werden zu können, ohne daß er persönliche, direkte Opfer zu bringen hat. Ich beantrage alfo, das Taggeld auf 10 Fr. festzuseten.

Dürrenmatt. Die Großmut der Kommission und des herrn Bühlmann für die Mitglieder unseres Rates hat etwas Rührendes (Heiterkeit). Indessen muß ich bekennen, daß das Geschenk, das uns da gemacht werden will, mir doch nicht recht einleuchtet und daß mir dabei ber Spruch einfällt: «Timeo Danaos et dona ferentes.»

Ich fürchte die Danaer, wenn sie Geschenke bringen. Ich möchte Sie vor jeglicher Erhöhung des Taggeldes warnen, fowohl der Mitglieder des Rates, wie der Mitglieder des Bureaus. Mit 14 Fr. Entschädigung für den Präfi-denten, 8 Fr. für die übrigen Mitglieder des Bureaus, wenn fie in Thatigkeit find, und 5 Fr. für die Mitglieder des Rates follte man es, glaube ich, auch in Zukunft noch machen können. Wenn man gerecht fein will, fo muß man doch eingestehen, daß die allerdings nicht hohen Tag= gelder durch die Reiseentschädigung erheblich aufgebeffert werden, da diefelbe höher ift, als die Gifenbahn oder Post kostet. Allerdings macht diese Berbesserung bei einer längern Session weniger aus, als bei einer kürzern; allein die Regel ist immerhin noch, daß der Große Kat nur drei oder vier Tage hintereinander Sitzung hält und in diesem Falle wird das Taggelb durch die Keiseentschädigung ganz wesentlich aufgebeffert. Wenn ber Große Rat sich selber eine Erhöhung betretiert, so fürchte — das ift der Bunkt, wo ich von den Geschenken zu reden anfangen wollte - es wird dies auch in Bezug auf die Beamtungen der Administration Konsequenzen haben. Die kantonalen Staatsbeamten werden mit Recht sagen: Ihr Herren Großräte, wenn Ihr Euren Lohn erhöht, so verdienen wir eine Erhöhung noch viel besser, da wir das ganze Jahr, Tag für Tag, im Dienste des Staates stehen; vergleicht unsere Besoldungen mit den entsprechenden Besoldungen der Bundesbeamten. Dazu tommt, daß fo wie fo im Großen Rat die Tendeng herrscht, die Bestimmung der Besoldung der Gesetzgebung vollständig zu entziehen. So werden die Staatsbeamten nach dem schlechten Beispiel, das wir ihnen geben, mit Jug ebenfalls eine Erhöhung ihrer Befoldung verlangen tonnen. Gegenüber folchen Begehren möchte ich einen steifen Rückgrat haben und keine Rücksichten tragen muffen; ich möchte nicht, daß man uns selber die Erhöhung unter die Nase reibt. Herr Bühlmann empfiehlt eine Erhöhung sogar auf 10 Fr., aus demokratischen Gründen, wie er fagt. Ich muß Ihnen bekennen, daß mir diese Art ber Demokratie nicht einleuchtet. Mar fagt, man muffe das Taggeld fo stellen, daß es auch dem Minder= bemittelten möglich sei, sich in den Großen Rat wählen zu laffen. Seien wir in diefer Beziehung aufrichtig! Glaubt herr Bühlmann, wenn das Taggelb auf 7 oder 10 Fr. erhöht wirb, daß beswegen ein einziger Proletarier in den Großen Rat gewählt wird? Ich glaube es nicht. Die Arbeiterpartei, welche am meisten Grund hatte, diese Sprache zu führen, ift gegenwärtig durch zwei oder drei Mitglieder vertreten. Allein das find auch keine Proletarier. Herr Sted, der neben mir fitt, ift ein gutfituierter Rentier (Heiterkeit), und die übrigen Mitglieder find auch keine Proletarier, und es werden auch in Zukunft, selbst wenn Sie das Taggeld auf Fr. 15 erhöhen, keine Proletarier gewählt werden. Den Beweis haben wir in der Bundesversammlung. Dort beträgt das Taggeld fogar 20 Fr. Sat man dort vielleicht einen einzigen Arbeiter= schurz gesehen? Reine Rede! Die demokratische Deklamation läßt fich wohl hören; fie hat etwas Bestechendes; aber in Wirklichkeit ist sie eben nichts als Dekoration und Deklamation.

Man könnte vielleicht die Hoffnung haben — das Argument ist zwar noch nicht geltend gemacht worden; aber ich sehe es noch auftauchen — die Mitglieder werden dann fleißiger an der Arbeit fein, wenn fie beffer bezahlt werden. Ich habe auch in dieser Beziehung starke Zweifel, gerade mit Rücksicht auf die Erfahrung, die der Zuschauer in der Bundesversammlung machen kann. Unsere Deputierten mit 20 Fr. sind gar nicht sleißiger, als die Deputierten mit 5 Fr. im Großen Rat. Als die Herren wieder gewählt waren, stellte sich schon am Samstag der ersten Woche die Beschlußunfähigkeit des Nationalrates heraus. Also auch zur Förderung des Fleißes ist die Erhöhung des Taggeldes kein wirksames Mittel.

Und zulegt möchte ich noch fragen: Was macht es überhaupt für einen pittoyabeln Eindruck vor unserm Bolk, wenn der Große Kat in der letzen Session seiner Umtsdauer, nachdem er eine Steuererhöhung von 3/10 %00 dem Bolke vorzulegen beschlossen hat, sich selbst aus eigener Machtvollkommenheit noch eine Besoldungser-

höhung von 2 Fr. per Tag dekretiert ?!

Man wird uns mit Recht fagen: Sabt Ihr die Berfaffungsrevision zu einem Geschäft gemacht, habt Ihr die Reduftion deswegen befchloffen, damit die fünftigen Auserwählten einen desto größern Tagesfold beziehen können? Die Erhöhung ist auch nicht gerechtfertigt mit Rudficht auf die Taggelber, wie fie in andern Kantonen bestehen. In den meisten Kantonen, soweit ich mich informiert habe, find diefelben kleiner, als bei uns, und es find nur zwei oder drei Kantone, die ein etwas größeres Taggeld haben; mehrere Kantone haben die gleiche Entschädigung, wie wir gegenwärtig, dafür aber ift die Reiseentschädigung kleiner. Nun können wir doch nicht vor unfer Bolk treten und behaupten, ein Berner Großrat habe mehr Auslagen, als ein anderer. Wenn schon unser Kanton größer ift, als andere, so haben wir deshalb nicht An-spruch auf ein größeres Taggeld. Wenn wir 3. B. ein neues Urmengesetz unter Dach bringen wollen, so muffen wir auf die Stimmung des Volkes Rudficht nehmen; von andern Gefegen, die dem Bolke große Opfer zumuten, gar nicht zu reden. Die Taggelderhöhung ist auch nicht nötig; denn wenn man aufrichtig sein will, so muß man sagen, daß es möglich ift, beim jetigen Taggeld zu bestehen.

Die Sache erscheint mir so wichtig, und ich glaube, das Volk wolle auch wissen, wie jedes Mitglied in dieser Beziehung gestimmt ist, daß ich für die Abstimmung hierüber den Namensaufruf verlange (Heiterkeit).

Seiler. Ich habe geglaubt, der Antrag des Herrn Bühlmann werde von anderer Seite unterflützt. Da dies aber nicht der Fall zu sein scheint, so erlaube ich mir, dies zu thun, und zwar aus den von Herrn Bühl-

mann angeführten Gründen.

Herrn Dürrenmatt möchte ich entgegnen, daß die Sache vom Bolk ganz anders ausgelegt würde, als er behauptet. Gegenwärtig wird man ausgelacht, wenn man fagt, man müsse in Bern mit einem Fünffränkler auskommen. Daß ein Taggeld von 5 Franken keine Entschädigung ist, das sieht man sofort, wenn man einen Blick auf die Hotelrechnungen wirft. Hern Dürrenmatt läuft sein Geschäft natürlich gleichwohl. Beim Namensaufruf ist er gewöhnlich nicht da, und abends geht er heim und besorgt seine Geschäfte. Ich glaube, wir dürsen ganz gut auf 10 Fr. gehen. Diezenigen, welche glauben, sie werden wieder gewählt, mögen es sich zu lieb thun, und die andern sollen sagen: wir wollen auch large sein und den künstigen Mitgliedern des Großen Rates ein höheres Taggeld bewilligen. Ich unterstüße also den Antrag des Herrn Bühlmann.

Dr. Michel Ich möchte Ihnen vorschlagen, die in Art. 70 vorgesehene Anmeldungsfrist auf zwei Stunden sestzusen, sie also so zu belassen, wie sie in § 98 des gegenwärtigen Reglements sestgeseht ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß z. B. Mitglieder aus dem Oberland nach dem Wintersahrplan erst um 10 Uhr in Bern ankommen. Wenn also die Sitzung um 9 Uhr oder gar um 8 Uhr beginnt, so wäre es ihnen nicht möglich, rechtzeitig zu erscheinen und sie wären vom Taggeld ausgeschlossen, welche früh ausstehen und mit dem ersten Morgenzug hier anlangen, vom Taggeld ausgeschlossen würden.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte die Ordnungsmotion stellen, zunächst den Artikel 69 zu erledigen. Sollte nach Antrag des Herrn Bühlmann das Taggeld auf 10 Fr. erhöht werden, so möchte ich dann doch verlangen, daß die Herren schon bei Beginn der Sitzung da sind oder daß man ihnen wenigstens nur eine Frist von einer Stunde einräumt.

Der Rat erklärt sich mit dieser Ordnungsmotion ein- verstanden.

Marti, Regierungspräsident. Ueber die Taggelder= frage hat fich die Regierung nicht auszusprechen. Wohl aber mag es angezeigt sein, fich Rechenschaft über bie Mehrkosten zu geben, da dies den einen ober andern bestimmen kann, in biesem ober jenem Sinn zu votieren. Approximativ glaube ich nun bem Großen Rate fagen ju fönnen, daß die Mehrkosten nicht fehr bedeutende fein werden, die Finanzfrage also nicht ein hindernis sein kann. Nach der letten Staatsrechnung betrugen die Kosten für den Großen Rat 55,000 Fr. Die Reduktion der Mitgliederzahl würde im gleichen Berhältnis eine Berminderung der Kosten um 12,000 Fr. mit sich bringen, sodaß die Kosten beim bisherigen Taggeld 43,000 Fr. betragen würden. Erhöhen Sie das Taggeld auf 10 Fr., so werden sich die Kosten auf eirea 85,000 Fr. be-laufen, so daß die wirklichen Mehrkosten also ungefähr 30,000 Fr. ausmachen. Erhöhen Sie das Taggeld auf 7 Fr., so belaufen sich die Mehrkosten auf eirea 12,000 Fr. Das zu Ihrer Orientierung Ueber die Sache felbst spreche ich mich nicht aus; benn bas ift Sache bes Großen Rates, der feine Beschluffe auch vor dem Volk zu ver= treten hat.

Abstimmung.

(Der Antrag Dürrenmatt, die Abstimmung betreffend das Taggeld unter Namensaufruf vorzunehmen, wird nicht genügend unterstützt).

1) Für den Antrag Scherz betreffend Reiseentschädigung

Mehrheit.

2) Für ein Taggeld von 5 Fr. (gegenüber mehr)

Minderheit. 93 Stimmen.

fr. . . 38 "

Präsident. Die Diskussion dauert nun weiter über die Artikel 70—74 und wenn das Wort nicht verlangt wird, so möchte ich mir noch eine Bemerkung anzubringen erlauben. In Artikel 74 ist gesagt, daß das Reglement sofort in Kraft trete. Wenn Sie dies beschließen, so müssen wir sofort zwei weitere Stimmenzähler wählen und von morgen an muß ein Taggeld von 7 Fr. ausbezahlt werden. Ich glaube, das liege nicht in der Intention der Regierung, und deshalb schlage ich vor, das Wort "sofort" zu ersetzen durch "auf den 1. April".

Marti, Regierungspräsident. Der neue Große Rat wird sich zum ersten mal am 4. Juni versammeln, und da vorher voraussichtlich keine Sitzung mehr sein wird, beantrage ich, das neue Reglement auf den 1. Juni in Kraft zu erklären.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich untersstütze den Antrag des Herrn Präsidenten, damit schon vor dem Zusammentritt des neuen Großen Kates das Reglement in Kraft ist, wonach das Einberusungsschreiben 10 Tage vor Beginn der Session erlassen werden soll.

Bühlmann. Ich möchte Sie auf einen teilweisen Widerspruch zwischen ben Artikeln 70 und 5 aufmerksam machen. In Artikel 5 ist von Nachmittagssitzungen die Kede und gesagt, daß bei solchen der Appell am Schluß der Sitzung stattsinde. In Artikel 70 dagegen ist gesagt, daß nur Anspruch auf das Taggeld habe, wer beim Namensaufruf anwesend sei oder spätestens eine Stunde nachher sich melde. Wenn nun der Namensaufruf erst am Schluß der Sitzung stattsindet, so ist es natürlich nicht möglich, sich eine Stunde nachher zu melden. Ich glaube deshalb, es sei nötig, eine Aenderung zu treffen, vielleicht am besten in der Weise, daß man auf den Artikel 5 und die Bestimmung betreffend die Nachmittagssitzungen zurücksommt, da ja nicht ein Sitzungs-, sondern ein Taggeld ausbezahlt wird; eventuell wäre auch bei Nachmittagssitzungen der Appell bei Beginn der Sitzung vorzunehmen.

Präfident. Herr Bühlmann stellt also zu Artikel 70 keinen Antrag, sondern wird später beantragen auf den Artikel 5 zurückzukommen?

Bühlmann. 3a!

Abstimmung.

1) Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Michel)	99	Stimmen
Anmelbungsfrist)	51	"
auf 1. April	69	"
auf 1. Juni	65	,,

Das Präsidium frägt an, ob man auf einzelne Artikel zurückzukommen wünsche.

M. Folletête. Il y a entre la rédaction allemande de l'art. 19 et la traduction française une différence qui doit être observée. Le texte allemand dit: "Die Ernennung dersenigen Kommissionen, die dem Bureau obliegt, hat in besonderer Sizung zu geschehen, an welcher sämtliche Mitglieder des Bureaus teilzunehmen verpslichtet sind." Il faudrait "sämtliche an wesende Witglieder" pour répondre au texte français « tous les membres présents ». Il va de soi en effet que ce sont les membres présents du bureau qui participent à la nomination des commissions.

Das Zurückkommen wird beschlossen und der Antrag des Herrn Folletste stillschweigend angenommen.

Bühlmann. Wie ich schon vorhin ausführte, möchte ich auf den Art. 5 zurückkommen in dem Sinne, daß man einfach sagen würde: "Die Kontrolle wird ausgeübt durch den Namensaufruf, welcher zu Beginn der Sitzung stattfindet."

Das Zurückkommen wird beschloffen und ber Antrag Bühlmann stillschweigend angenommen.

M. Folletête. A l'art. 23, second paragraphe, je voudrais ajouter la possibilité d'approuver séance tenante le procès-verbal de la dernière séance d'une session: . . . fofern das "Brotofoll nicht vor Schluß der Sigung verlesen und genehmigt worden ist « pour autant que le protocole n'aurait pu être approuvé séance tenante , telle est l'adjonction que je propose.

Das Burudtommen wird beschloffen.

M. Folletête. Depuis que j'ai l'honneur de siéger au Grand Conseil, j'ai souvent vu qu'on pouvait approuver séance tenante le protocole de la dernière séance, quand cette séance n'a pas été longue et n'a pas été chargée de matières prêtant à des discussions prolongées. Dans ces cas, le chancelier prépare d'avance son procès-verbal, et en donne lecture avant le licenciement de l'assemblée.

Il vaut mieux suivre ce système, je crois, que de renvoyer l'examen du procès-verbal au président et aux vice-présidents. Ma proposition n'est pas impérative, elle ne demande pas qu'on approuve toujours séance tenante le procès-verbal de la dernière séance, mais qu'on le fasse chaque fois que cela sera possible. Dans le cas contraire, le dernier paragraphe sortirait ses effets et l'approbation du protocole serait donnée alors par le président et les vice-présidents.

Scherz, Berichterstatter ber Kommission. Ich beantrage Ablehnung dieses Zusatzes, weil unnötig. Wie Sie aus Art. 22 ersehen, verlangen wir für die Protokollführung etwas mehr, als bisher. So sollen die gedruckten Entwürfe einen integrierenden Bestandteil des Protokolls bilden. Nun ist aber klar, daß der Herr Staatsschreiber das alles nicht schon in der Sizung selbst dem Protokoll beifügen kann. Ich glaube daher, daß es nicht möglich sein wird, das Protokoll schon am Schluß der Sizung zu genehmigen, wenn man nicht lange warten will.

Abstimmung.

Für den Zusatzantrag Folletête . . . Minderheit.

Brand. Ich möchte auf den Art. 32 zurückkommen in dem Sinne, daß der Zusatz angebracht würde — Rebaktion vorbehalten —: "Bei der Bestellung der Kommissionen durch das Bureau sollen möglichst alle Ratsmitglieder der Reihe nach berücksichtigt werden."

Das Burudtommen wird beschloffen.

Brand. Ich möchte nicht etwa dem Bureau einen Borwurf machen, daß es bis jest nicht richtig vorgegangen sei. Ich respektiere sämtliche Zusammensehungen von Kommissionen. Hingegen ist es für Mitglieder, die saft nie die Ehre haben, in eine Kommission berufen zu werden, eine Zurücksehung, und dem möchte ich durch den beantragten Zusak Rechnung tragen.

Der Antrag Brand wird ftillschweigend angenommen.

M. Voisin. Je demande qu'on revienne sur l'art. 70. Je propose un délai de 1½ heure. L'été, les trains du Jura arrivent à Berne à 9¼ heures. Si la séance commence à 8 heures, il est impossible que les députés jurassiens se trouvent à ce moment dans la salle du Grand Conseil.

Mosimann. Ich stelle den Gegenantrag; Die Herren aus ber Stadt haben Zeit, da zu sein.

Minder. Ich möchte ebenfalls beantragen, auf den Art. 70 zurückzukommen und vorschlagen, man möchte, wenn die Sitzung schon um 8 Uhr beginnt, sich noch zwei Stunden später eintragen lassen können. Wer z. B. von Huttwyl kommt, dem ist es rein unmöglich, vor 10 Uhr in Bern zu sein, und es wäre nicht recht, wenn in diesem Falle keine Entschädigung ausgerichtet würde.

M. Voisin. Je me rallie à la proposition de M. Minder. Le délai accordé serait donc de 2 heures quand les séances commencent à 8 heures.

Abstimmung.

Für Zurückkommen 89 Stimmen. Dagegen 59 " Bühler. Ich möchte Ihnen beantragen, einfach eine Frist von zwei Stunden in Aussicht zu nehmen, ohne Rücksicht darauf, ob die Sizung um 8 oder um 9 Uhr beginnt. Mitglieder aus dem Oberland kommen erst nach 10 Uhr in Bern an und sie würden also kein Taggeld erhalten, auch wenn die Sizung erst um 9 Uhr beginnt, indem sie sich nicht mehr rechtzeitig melden könnten. Gestattet man nur eine Frist von einer Stunde, so wird nach und nach die Praxis Platz greisen, daß man ein Auge zudrückt und die Mitglieder gleichwohl notiert, auch wenn sie später kommen. Ich halte aber dasür, man solle nur Bestimmungen ausstellen, die man in Wirklichkeit auch halten kann.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich muß des Bestimmtesten verlangen, daß man hierauf nicht mehr zurücktommt. Rach Art. 28 der Verfassung ist zu Bershandlungen und Beschlüssen des Großen Kates die Answesenheit der Mehrheit seiner sämtlichen Mitglieder ersforderlich. Wenn man nun eine Frist von zwei Stunden einräumt, so werden wir bei Beginn der Sizung mitsunter gar nicht beschlußsähig sein, so daß der Kat die Verhandlungen einsach einstellen muß, was nicht dazu beitragen wird, die Würde des Kates zu heben. Hingegen glaube ich, man könnte den auswärtigen Mitzgliedern, welche abends gerne heimgehen, in der Weise gerecht werden, daß man den Art. 4 abändern und einssach sagen würde: "An andern Tagen beginnt die Sitzung morgens 9 Uhr."

Präsident. Ich fasse den Antrag des Herrn Scherz nur als eventuellen Antrag auf, für den Fall, daß der Art. 70 nicht abgeändert wird.

Weber (Biel). Ich mache barauf aufmerkfam, daß mit dem 1. Juni die mitteleuropäische Zeit eingeführt wird und möchte deshalb für den Beginn der Sitzungen nicht eine fixe Zeit festseten. Anderseits unterstütze ich den Antrag der Kommission, eine Stunde nach dem Namensaufruf die Appelliste abzuschließen.

v. Erlach (Münfingen). Ich möchte ebenfalls beantragen, nur eine Frift von einer Stunde einzuräumen. Wenn wir fagen, die Sitzungen follen in der Regel vier Stunden dauern, so können wir dann nicht in einem folgenden Artikel sagen, man dürfe die Hälfte dieser Zeit schwänzen.

Dr. Michel. Ich möchte ben Antrag des Herrn Bühler unterstüßen und mache nochmals darauf aufmerksam, daß die Mitglieder aus dem Oberland nicht rechtzeitig da sein könnten, auch wenn sie den ersten Zug benüßen.

Schmid (Andreas). Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß die von weiter herkommenden Mitglieder auch eine größere Reiseentschädigung beziehen. Wer z. B. von Huttwhl kommt, erhält eine Reiseentschädigung von 15 Fr., und da müssen sich eben die Herren dazu bequemen, schon am Tag vorher nach Bern zu kommen. Wenn Sie eine Frist von zwei Stunden einräumen, so können Sie sicher sein, daß wir zu Beginn der Sitzung oft nicht beschlußfähig sind.

Marti, Regierungspräfident. Der Antrag des Herrn Scherz, die Sitzungen stets um 9 Uhr zu beginnen, scheint mir weitaus der praktischste zu sein. Da vom 1. Juni an die mitteleuropäische Zeit gilt, so würde man faktisch nach Bernerzeit um halb 9 Uhr beginnen. Fangen die Sitzungen regelmäßig um 9 Uhr an, so genügt es dann, eine einstündige Frist die 10 Uhr einzuräumen.

Hirter. Ich möchte den Antrag des Herrn Marti unterstüßen, und wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es nur, um den Standpunkt der Stadtberner zu begründen. Wenn wir vorhin für Zurücktommen nach Antrag Minder stimmten, so thaten wir dies nicht wegen uns, sondern mit Rücksicht auf diesenigen Mitglieder, welche regelmäßig erst um 10 Uhr kommen (heiterkeit).

Schmid (Andreas). Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich mit dem Antrag des Herrn Regierungs= präfidenten einverstanden bin.

Abstimmung.

Definitiv. Für Festhalten an Art. 70 86 Stimmen. Für den eventuell angenommenen Antrag Boisin-Minder 85 "

Der eventuell gestellte Antrag Scherz, auf den Art. 4 zurückzukommen und den Beginn der Sitzungen auf 9 Uhr anzusetzen, wird stillschweigend angenommen.

Bühlmann. Es scheint mir doch, daß es etwas spät ist, im Sommer die Sitzungen erst um 9 Uhr zu beginnen. Es ist vielen Mitgliedern angenehmer, wenn die Sitzung schon um 8 Uhr beginnt, damit man am Nachmittag wieder heim kann. Ich würde deshalb beantragen, wenigstens zu sagen "in der Regel".

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte beantragen, diesen Zusatz abzulehnen. Es ist selbstverständlich, daß der Kat dies beschließen kann; aber ich möchte doch, daß im allgemeinen die Sitzungen um 9 Uhr beginnen sollen.

Präsibent. Ich nehme an, daß Sie im Prinzip mit dem Antrag des Herrn Scherz einverstanden sind, so daß Sie sich nur über den Zusatz des Herrn Bühl= mann zu entscheiden haben.

Abstimmung.

Für den Zusatantrag des Herrn Bühlmann Mehrheit.

Seiler. Ich beantrage, auf den Art. 69 zurückszukommen in dem Sinne, daß die Worte zu streichen wären: "auch wenn am nämlichen Tage mehrere Sitzungen stattfinden."

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Ich stelle den Gegenantrag.

Abstimmung.

Für Zurückkommen Minderheit.

Weitere Anträge auf Zurückkommen werden nicht gestellt.

Scherz, Berichterstatter der Kommission. Namens der Kommission möchte ich noch folgende Wünsche äußern: 1. Es möchte das neue Reglement mit der Verfassung zusammengebunden werden; 2. die französische Uebersetzung möchte bereinigt werden, indem Herr Folletête, der sich derselben unterzogen hat, dieselbe in sehr kurzer Zeit besorgen mußte; 3. es möchten denjenigen französischssprechenden Mitgliedern, welche es verlangen, auch die sämtlichen deutschen Vorlagen zugestellt werden, da bestanntlich der deutsche Text authentisch ist.

Es folgt nun noch die

Sauptabstimmung.

Für Annahme des Reglements. . . . Mehrheit.

Präsibent. Bevor wir zu weitern Traktanden übergehen, habe ich Ihnen eine betrübende Mitteilung zu machen. Es ist mir soeben die Kunde geworden, daß unser Mitglied Herr Rieben gestern einer Lungenentzündung erlegen ist. Herr Rieben wurde am 15. März 1880 als Mitglied des Großen Kates beeidigt und hat demselben meines Wiffens seither immer angehört. Der hinscheid des Herrn Rieben ist für uns um so schmerzlicher, als der Tod Herrn Rieben mitten aus unserer Thätigkeit hinweggenommen hat. Ich ersuche Sie, zum Andenken an den verstorbenen Kollegen sich von Ihren Sigen erheben zu wollen. (Geschieht.)

Im fernern teile ich Ihnen mit, daß das Bureau als Delegation des Großen Kates zur Teilnahme am Leichenbegängnis die Herren Aegerter und Anken absgeordnet hat.

Gesets

über

die öffentlich=rechtlichen Folgen (Ehrenfolgen) des Ronturfes und der fruchtlosen Pfändung.

Zweite Beratung.

(Siehe Nr. 12 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893. Die Verhandlungen der ersten Beratung sind Seite 465 ff. des Tagblattes des Großen Rates von 1893 abgedruckt.)

Präsident. Sofern das Eintreten nicht von irgend einer Seite bestritten wird, so nehme ich an, Sie seien damit einverstanden, so daß die Eintretensfrage als ersledigt angesehen werden kann.

§ 1.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter bes Regierungsrats. Schon bei § 1 ift ber Anlaß gegeben, von der Petition des Grutlivereins Bern zu reden. Diefe Petition stellt darauf ab, es sei in jedem einzelnen Fall von Konturs oder fruchtloser Pfandung durch den Richter festzustellen, ob eine Einstellung in der bürgerlichen Ehren= fähigkeit stattzufinden habe und auf welche Dauer, während der vorliegende Gefetesentwurf von dem Grundfat aus= geht, die Ginftellung finde von Gefetes wegen ftatt, hingegen könne der Schuldner, wenn er glaube, es treffe ihn kein Verschulden, nach zwei Jahren durch richterliches Urteil eine Abkürzung der Einstellung aussprechen lassen. Die Gründe, welche dazu geführt haben, Ihnen das vorliegende System zu empfehlen, habe ich schon früher auseinandergesett. Ich gestehe zwar offen, daß ich per= fönlich mit den Betitionären im Prinzip durchaus ein= verstanden bin. 3ch halte dafür, die Ginftellung in der bürgerlichen Ehrenfähigfeit fei eine Strafe oder wenigftens eine ftrafähnliche Rechtsfolge, die nicht an den bloßen Zustand des Konkurses oder der Insolvenz angeknüpft wer= ben, sondern nur den eigentlichen verschuldeten Konturfit ober Ausgepfändeten treffen foulte. Allein ich weiß, daß im Ranton Bern diefer Auffassung noch die andere gegen= über steht, die außerordentlich verbreitet ift, daß sich jeder Rontursit und jeder insolvente Schuldner in einem Zu= ftand der Unwürdigkeit befinde; er habe gezeigt, daß er nicht im ftande fei, seine eigenen Ungelegenheiten zu verwalten und solle deshalb in öffentlichen Angelegenheiten während einiger Zeit nicht mitsprechen können. Das ist die andere Auffassung, die in unserem Volke verbreitet ist und gegen die anzukämpsen, ich zur Zeit für nutlos erachte. Es kommt aber noch mehr dazu. Auch wenn man den Standpunkt einnimmt, es liege in der Ginftellung eine Strafe, eine Einbuße an Rechtsgütern, die an ein Berschulden geknüpft wird, kann man gleichwohl das System des vorliegenden Gesetzes zutreffend finden; benn man muß fich fagen, daß es schwer ift, den hunderten von Konkursiten und Ausgepfändeten nachzuweisen, woher ihre Verschuldung kommt. Sie aber wiffen es, fie wiffen, von wann an fie mehr Schulden hatten, als Vermögen, fie wiffen, welche Urfachen zu biefem Buftand geführt

haben, während der Richter eine lange Untersuchung vornehmen mußte, vielleicht auf 15 oder 20 Jahre zuruck, ohne dabei die mahre Urfache herauszufinden. Das ift ein praktisches Moment von sehr großer Tragweite, das um fo wichtiger wird, wenn man ins Auge faßt, daß von hundert Konkursiten oder insolventen Schuldnern 80 oder 85% doch eine Schuld trifft. Also auch wenn man fich auf den Boden stellt, die Ginftellung in der Ehrenfähigkeit fei eine Strafe ober eine strafähnliche Folge, darf man gleichwohl fagen, die Beweislaft, daß er nicht schuldig sei, treffe den Schuldner. Gegen die Behauptung, daß hier schlechthin ein Strafprozeß eintreten muffe, ift immerhin einzuwenden, daß die ftrafähnliche Folge der Einstellung im Bolke nicht als eine wahre Strafe aufgefaßt wird, gleich benjenigen, die im Strafgesethuch vorgesehen find, um den verbrecherischen Willen zu bekampfen. Es geht dies am besten daraus hervor, daß die gleichen Folgen auch den Bevogteten treffen, felbst wenn er nur wegen phyfischer Gebrechen oder wegen hohem Alter bevogtet wird. Ebenso wird berjenige eingestellt, welcher Armenunterstützung erhalten hat, ohne daß man untersucht, ob ihn ein Verschulden trifft und ohne daß man ein strasprozegualisches Versahren eintreten läßt. Sie werden nun jugeben, daß bei einem Bevogteten oder bei einem, der Armenunterstützung genoffen hat, nicht der strafrechtliche Gesichtspunkt der dominierende ist, daß man bort nicht an eine wirkliche Strafe bentt, sondern daß die Unfähigkeit, in öffentlichen Sachen mitzusprechen, der Grund der Ginftellung ift. Aus diefen Ermagungen empfehle ich Ihnen die Unnahme des § 1 des vorliegen= den Gesetzesentwurfes.

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Veranlaßt durch die Petition des Grütlivereins, hat die Kommission das ganze Gesetz nochmals einer gründlichen Durchsicht unterzogen. Mit Kücksicht auf die im Bolk herrschenden Anschauungen, glaubt sie jedoch, es solle an dem § 1 festgehalten werden. Kach der aussührlichen Berichterstattung des Herrn Justizdirektors will ich nur kurz noch auf einen Punkt eintreten. Die Petition äußert Bedenken, daß der besser situierte Konkursit rascher dazu kommen werde, sich zu rehabilitieren. Ich glaube, das ist nicht der Fall; denn bei einem solchen liegen viel kompliziertere Verhältnisse vor, als bei einem Arbeiter, und er wird mehr Mühe haben, sein Richtverschulden nachzuweisen. Auch ist das Versahren ein so einsaches und wenig kostspieliges, indem Gerichtsgedühren nicht erhoben werden, daß man an dem § 1 füglich sesschaften darf, namentlich auch mit Kückssicht darauf, daß die Gerichte ohnedies überlastet sind.

Steck. Ich habe mich dem Eintreten auf die zweite Beratung nicht widersetzt. Hingegen möchte ich doch bei den einzelnen Baragraphen diejenigen Anträge stellen, die der Anschauung der Petenten, die ich schon in der ersten Beratung vertreten habe, entsprechen. Wenn ich nun beim ersten Antrag, den ich zu § 1 stelle, gerade etwas allgemein rede, so hoffe ich, Sie werden mir dies zu gut halten; ich brauche das Gesagte dann bei den andern Paragraphen nicht zu wiederholen.

Wenn ich heute wieder die gleiche Anschauung geltend mache, die ich gerne schon bei der ersten Beratung zur Geltung gebracht hätte, so geschieht es nicht mit großer Hoffnung, daß Sie derselben Folge geben werden.

Indeffen habe ich doch gefunden, es sei Pflicht, für das, was ich als gut und recht anerkannt habe, weiter zu kämpfen und nicht die Flinte ins Korn zu werfen. Ich erscheine auch heute mit meinen Anträgen nicht so isoliert, wie das erste Mal, sondern ich kann mich auf zwei Betitionen stützen. Die einte wurde Ihnen bereits in ber letten Seffion zur Renntnis gebracht, und von der zweiten ist Ihnen gestern Mitteilung gemacht worden. Ich erlaube mir hier nur eine kurze Bemerkung. Es war früher nicht nur im Kanton Bern, sondern in der ganzen Schweiz dem Bolte verboten, zu petitionieren. Wer dies that, wurde eingesteckt und bestraft. Das blieb so bis zum Jahre 1831. Die Berfassung von 1831 enthielt dann das Petitionsrecht des Bolkes. Die Berfassung von 1846 hat dasselbe bestätigt, und seithet hat tein Menich mehr daran gedacht, es einzuschränken. Indeffen möchte ich doch fragen, was eigentlich das Petitions= recht dem Bolke nütt, wenn die Behörden die Betitionen nicht anhören wollen, und ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß, als die Petition des Grütlivereins Bern vorgelesen wurde, nicht nur viele Mitglieder fich ent= fernten, sondern auch die andern ihr keine Aufmersamkeit schenkten. Ich glaube, das sei nicht so gehandelt, wie die Anerkennung des Petitionsrechtes es verlangt. Die Petition des Grütlivereins Bern hat aktenmäßig nach= gewiesen, daß der Große Rat in der Frage der Chrenfolgen noch gang auf bem gleichen Standpunkt zu fteben scheint, den er bereits vor 14 Jahren eingenommen hat, und die Betenten haben gefunden, nach 14 Jahren follte man doch einigermaßen einer fortschrittlicheren Gefinnung Ausdruck geben. Die Betition hat ferner barauf aufmerkfam gemacht, daß die kompetentesten Männer fich in einer Weise ausgesprochen haben, die den Unschauungen der Petenten entspricht. Damals waren es nämlich die herren Brunner und Scheurer, welche dafür eintraten, man solle die Ehrenfolgen nicht unter allen Umftanben eintreten laffen, und es wurde gesagt, es werde das mit dem eidgenössischen Kontursgesetz tommen. Die Petenten haben nun gefunden, nach 14 Jahren wäre es nun Beit, biefes Berfprechen einzulöfen und gegenüber dem infol= venten Schuldner mildere Saiten aufzuziehen.

Ich kann mich also, wie gesagt, auf diese Betitionen stützen. Ich möchte aber noch einen Eideshelfer, wenn ich so sagen darf, ins Feld führen, der die Eigenschaft hat, daß er durchaus unverdächtig ist, rot angelaufen zu sein. Es ist dies Herr Nationalrat Benziger in Cinfiedeln, der in den "Schweizerischen Blättern für Wirtschafts - und Sozialpolitit" eine fehr intereffante Arbeit über die Unfallund Krankenversicherung veröffentlicht hat, also in der Zeitschrift, die von Herrn Müller, ben Sie ausgewiesen haben, verlegt wird. In seinem Artikel macht Herr Benziger nun eine Bemerkung, die mich ungemein frappiert hat und die auch Sie frappieren wird, wenn Sie bedenken, von wem fie stammt. herr Benziger, also ein sehr schwarzer Mann, läßt nämlich gelegentlich das Wort fallen: "Früher wurde ein mit oder ohne eigene Schuld ökonomisch Ruinierter noch in seinen Rechten geschmälert; er verlor das Wahlrecht u. s. w. Die neuere Gesetzgebung ist billiger und straft mit Ehren= und Rechtsverlust nur noch den, der durch eigene Schuld bankerott geworden ift." Das ift die Anschauung des Herrn Nationalrat Benziger von Ginfiedeln. Es ift zwar fehr naiv, zu glauben, in der ganzen Schweiz herrschen so freifinnige Anschauungen. herr Benziger hat nicht an den Kanton Bern gedacht,

wo man auch denjenigen, den kein Verschulden trifft, mit den Ehrenfolgen belegen will. Aus der Aeußerung bes herrn Benziger ergiebt fich, daß in der übrigen Schweiz die Anschauung selbst in sehr tonservativen Kreisen eine wesentlich andere geworden ift, als man fie im Kanton

Bern festhalten zu sollen glaubt. Sodann habe ich noch ein Moment anzuführen, von welchem ich glaube, es follte meinen Antrag etwas unterftühen. Das ist die letter Tage mit großem Trompetenschall verkundete Reorganisation der freifinnigen Partei der Schweiz, auf dem großen Parteitag in Olten, mit bem im ganzen Land eine neue Mera des Freifinns beginnen foll. Bis jest hat fich diefelbe aber nur barin gezeigt, daß die Freifinnigen Nein fagen wollen, und bas Examen, das sie nachher in Bezug auf den Gewerbe-artikel ablegen mußten, ift sehr schlecht ausgefallen. Noblesse oblige. Große Worte und Tage verpstichten, und wenn die Freifinnigen in Olten einen neuen Aufschwung genommen haben wollen, so sollten fie das in erfter Linie in Bern badurch zeigen, daß fie in einer folchen durchaus unsozialistischen Sache mit freifinnigen Anschauungen bervortreten und ihren Freifinn durch die That bekräftigen und nicht nur schöne Worte machen, oder Nein zu fagen beantragen gegenüber Anträgen, die von anderer Seite kommen. Es scheint mir, der Boden für solche wirklich freisinnige Anträge sollte besser geeignet sein, als bei der ersten Beratung des vorliegenden Gesetzes. Wenn dem nicht so ist, so thut es mir leid.

Nach dieser Einleitung möchte ich Ihnen fagen, was ich eigentlich verlange. Die Berlangen, welche ich ftelle, sind sehr bescheidene; sie gehen nicht etwa dahin, den fruchtlos Ausgepfändeten feine Chrenfolgen aufzulegen. Alles, was ich verlange, ift das, man möchte die Fälle berückfichtigen, die, wie ich glaube, sehr häufig find, in welchen ein Schuldner nicht zahlen kann, ohne daß ihn ein Verschulden trifft. Meine erste Forderung ist also die, es möchten die Unschuldigen nicht mit Ehrenfolgen belegt werden. Es trifft ja den Schuldner ohnedies schweres Uebel, indem ihm der größte Teil seiner Habe fortgenommen wird. Ich glaube, daß dies genügt, um jeden zu den außerften Unftrengungen zu beranlaffen, bamit er nicht in den Fall kommt, seine Habe den

Bläubigern überlaffen zu muffen.

Außer dieser bescheibenen und gerechten Forderung stellen wir die weitere Forderung, es möchte nicht dem Unschuldigen überlaffen werden, von sich aus seine Un= schuld zu schützen. Es ift in der ganzen Welt nirgends der Fall, daß der Unschuldige Anstrengungen machen muß, um seine Unschuld zu schützen, sondern wenn der Staat Rechtsnachteile auferlegt, so muß er auch die Schuld nachweisen. Daß der Unschuldige seine Unschuld nach= weisen soll, ist geradezu eine Abnormität. Ich möchte, daß der Staat von Amtes wegen die Unschuld schützt und die Rechtsnachteile nur den Schuldigen zu teil werden läßt.

Dies sind die beiden Forderungen, welche die Petenten stellen. Auch die Gegner anerkennen die Gerechtigkeit bieser Forderungen; aber fie fagen, aus praktischen Gründen könne man dies nicht einführen. Dieser lettern Ansicht bin ich nicht.

Gemäß diesen Grundfägen ftelle ich ju § 1 den Un= trag, im ersten Alinea den Zufat beizufügen "falls ihre Infolvenz nicht ohne ihr eigenes Verschulden herbeigeführt wurde". Ich möchte also sagen, es sollen nur diejenigen eingestellt werden, deren Insolvenz nicht ohne ihr eigenes Berschulden herbeigeführt ist. Auch möchte ich die Ehrensfolgen nicht dahin und daweg auf sechs Jahre eintreten lassen, sondern auf "höchst ens sechs Jahre", so daß die Möglichkeit gegeben ist, auf die Art des Verschuldens Rücksicht zu nehmen, indem es nicht recht wäre, wenn man alle mit einem gleich langen Verlust der Ehrens

fähigkeit belegen würde.

Ferner schlage ich vor, das zweite Alinea in folgender Weise abzuändern: "Die Einstellung erfolgt auf den Bericht des Konturs- und Betreibungsamtes, nach Anhörung der Beteiligten, durch Erkenntnis des Gerichts= präfidenten ober seines Stellvertreters, nach freiem Ermeffen, unter Revision aller Urteile durch den Appellations= und Raffationshof. Das Endurteil ift im Amtsblatt zu veröffentlichen." Sie sehen, daß ich mich ganz an das im Entwurf vorgesehene Verfahren anschließe, nur bag ich dasselbe von Amtes wegen eintreten lassen will. Es soll von Amtes wegen erkennt werden, ob ein Schuldner die Ehrenfähigkeit verlieren solle oder nicht, und das Berfahren ware das gleiche, wie Sie es für die Rehabilita= tion vorsehen. Natürlich hat auch der Schuldner das Recht, die Akten nach Gutfinden zu ergänzen. Es ift der Einwand erhoben worden, es gebe eine fo große Bahl von Fällen, daß der Gerichtspräfident diefelben nicht behandeln könnte. Deshalb fage ich "der Gerichts= präfident oder sein Stellvertreter". Ich nehme an, daß da, wo nicht mehrere koordinierte Richter find, Mitglieder des Amtsgerichts speziell zur Behandlung dieser Fälle bezeichnet würden. Man könnte dies um so eher thun, als alle Urteile noch den Appellations= und Kaffationshof zu paffieren haben.

Zum Schluß möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß es sich bei diesen Anträgen nicht darum handelt, die Insolvenz leichtfinnig zu behandeln, den insolventen Schuldner noch zu prämieren, sondern es handelt fich da um eine Strafe, die dem Schuldner zum ökonomischen Ruin hinzu auferlegt wird. Die bürgerlichen Rechte und Ehren von Taufenden find Ihnen in diefem Moment anvertraut. Sie haben es in der hand, zu erklaren, biefe Burger follen ihrer Ehren verluftig geben, oder aber sie zu schützen und zu sagen, diejenigen welche an ihrem ökonomischen Unglud nicht schuld find, sollen nicht auch noch die burgerlichen Ehren verlieren. Wenn Sie in die eine Wagschale die burgerliche Ehre legen und in die andere den Einwand, der Aredit werde geschädigt, wenn man nicht streng vorgehe, so glaube ich, diejenige Wagschale, in welcher sich die bürgerliche Ehre befindet, sollte viel tiefer ziehen. Wenn auch der Kredit etwas eingeschränkt werden sollte, so würde ich dies nicht als einen Nachteil erachten. Ich erblicke vielmehr einen Nachteil darin, daß so viel Kredit gemacht wird, und es wurde nichts schaden, wenn die Leute weniger Gelegenheit hätten, Schulden zu machen. Dieser Einwand tann daher gegenüber dem Nachteil, den man Taufenden von Mitburgern zufügt, nicht in Betracht kommen, und wir würden den schweren Borwurf verdienen, daß man diefe Bürger bürgerlich rechtlos macht. Ich empfehle Ihnen daher meine Anträge zur Annahme.

Hirter. Ich empfehle Ihnen Festhalten an der Fassung des Entwurfs. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Gesetz bereits einmal vom Volke verworfen wurde. Läge dieser Fall nicht vor, so könnte man vielleicht den

Anschauungen des Herrn Steck Rechnung tragen. wir uns nun in diefer Notlage befinden, daran find wir nicht einzig schulb, fondern herr Sted trägt mit die Schuld. Dem ersten Entwurf wurde Opposition gemacht, weil die fruchtlos Ausgepfändeten gleich behandelt wur= den, wie die Konkursiten. Seute wird aus andern Gründen Opposition gemacht. Allein wir konnen diesen Unschau= ungen nicht Rechnung tragen, sondern muffen darauf bedacht sein, ein Geset vorzulegen, auf deffen Annahme wir rechnen können. Wir können nicht beurteilen, wie viele gegen den ersten Entwurf stimmten, weil er zu scharf oder weil er zu mild war. Wir haben uns bei verschiedenen Kreisen und Gesellschaften erkundigt, und die Mitglieder der Kommiffion haben auf dem Lande herum nachgefragt und find alle mit dem Bericht ge= tommen, man muffe bem Gefet eine etwas ftrengere Faffung geben, wenn es angenommen werden folle. Berr Steck hat von benen gesprochen, welche durch das neue Gefet die burgerlichen Rechte verlieren. Ich glaube, ein ähnlicher Grund follte veranlaffen, für das Gefetz zu ftimmen, nämlich die Rückficht auf diejenigen, welche unter dem alten bernischen Gesetz ihre burgerlichen Rechte verloren haben. Es find das viele Taufende, und wenn bas Gefet biesen die Sand reicht und fie in ihre burgerlichen Rechte wieder einsett, so glaube ich, es ware an= gezeigt, dem Geset zur Unnahme zu verhelfen.

Präsibent. Ist Herr Steck einverstanden, daß über seine Anträge als Ganzes abgestimmt wird? Ich sasse fasse sanzes auf.

Steck. Es würde die Abstimmung vereinfachen, wenn zunächst über den Zusatz abgestimmt würde: "falls ihre Insolvenz nicht ohne eigenes Verschulden herbeisgeführt ist." Wird dieser Zusatz verworfen, so fällt der andere Antrag, Einstellung auf höchstens sechs Jahre, dahin; es soll dann bei dem verbleiben, was hier im Entwurf vorliegt.

Abstimmung.

Für den Entwurf 97 Stimmen. " " Zusatzantrag Steck . . . 7 "

§ 2.

Angenommen.

§ 3.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Zu § 3 stellen die vorliegenden Petitionen den Antrag, es sei die absolute Einstellung auf zwei Jahre zu streichen, es sei also die Rehabilitation vom ersten Tag der Einstellung an zu gestatten. Ich persönlich würde diesen Antrag sehr gerne unterstüßen; ich habe

es nicht gerne gesehen, daß eine solche Bestimmung in den Entwurf gekommen ist, die nicht grundsätlich ist, die nicht klar zum ganzen System des Entwurses paßt. Allein Sie haben diese Bestimmung in der ersten Beratung mit großem Mehr angenommen, und ich muß es deshalb auch Ihrem Kate überlassen, sich darüber auszusprechen, ob Sie dieselbe beibehalten wollen oder nicht.

Hirter. Die Kommission hat auch diesen Punkt der Eingabe der Grütlivereins eingehend geprüft, und ich glaube, die Mehrheit hätte fich gerne auf den Boden des früheren Entwurfes gestellt. Allein anderseits hat die Meinung das Nebergewicht erhalten, daß wir das Gefet bem Bolte nicht unverändert vorlegen dürfen. Man hat nun geglaubt, diefer Bestimmung den Vorzug geben zu follen, ftatt die Ginstellung auf acht oder zehn Jahre fest= zusetzen. Auf den erften Blick fieht es vielleicht etwas eigentümlich aus, daß man denjenigen, der unverschuldet die bürgerlichen Rechte verliert, gleich behandeln will, wie benjenigen, bem ein Berschulden nachgewiesen werden kann. Allein wir glauben, wir müffen den Anschauungen des Bernervolkes Rechnung tragen und nicht Vergleichun= gen anstellen mit andern Kantonen, sondern mit dem frühern Zustand. Früher ist einer überhaupt eingestellt gewesen, wenn es ihm nicht gelungen ist, sich mit den Gläubigern abzufinden. In diefer hinficht bietet der Entwurf nun doch einen bedeutenden Fortschritt. Statt der lebenslänglichen Einstellung haben Sie nur eine folche von zwei Jahren für diejenigen, welche tein Berschulden trifft, und von sechs Jahren für diesenigen, welche ein Verschulden trifft. Es ist ferner noch eines zu erwähnen. Der Centralvorstand der Grütlivereine sagt, er sei bereits für den ersten Entwurf eingestanden. Bon dort her hätte man also keine Aussicht auf neuen Zuzug bei der Abstimmung. Wir müssen uns daher nach einer andern Seite umsehen, um dem Gesetz zur Unnahme zu verhelfen.

Angenommen.

§§ 4, 5 und 6.

Angenommen..

§ 7.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich bitte Sie, den § 7 genau ins Auge zu fassen. Derselbe wird bei den Debatten über den vorliegenden Gesetzesentwurf im Bolk manche falsche Meinung richtigstellen können. Der § 7 sieht vor, daß gegen den gleichen Schuldner die Einstellung wiederholt eintreten kann. Es werden also diejenigen Bürger, die infolge der ersten Einstellung nicht zu ökonomischeren Leuten geworden sind, zum zweitenmale eingestellt werden. Wir werden eine Anzahl Schuldner haben, die fortwäherend eingestellt sind, weil sie neue Schulden machen und

sich von neuem austreiben laffen. Es führt dies dazu, daß derjenige Schuldner, der sich nach Ablauf der Einstellung Mühe giebt, seinen Berbindlichkeiten nachzukommen und nicht neue Schulden zu kontrahieren, mit Recht wieder den Aktivdürgern zur Seite gestellt werden darf, weil man sieht, daß bei ihm die Einstellung ihren Zweck erfüllt hat. Anderseits wird es solche geben, bei welchen das Chraefühl nicht mehr so groß ist, um sie abzuhalten, in den frühern Fehler zurückzufallen. Natürlich darf eine zweite Einstellung nicht wegen der frühern Schulden stattsinden, sondern nur wegen neuen Schulden, welche seit Ablauf der Einstellung entstanden sind.

Angenommen.

§ 8.

Angenommen.

§ 9.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterftatter des Regierungsrats. Der § 9 ift in der erften Beratung auf einige Bedenken gestoßen. Man hat geglaubt, es sollten folche Schuldner, welche feit dem 1. Januar 1892 aus= gepfändet worden find und die jest keinen Ehrenfolgen unterliegen, von dem Gefete ebenfalls betroffen werden. Ich habe Ihnen aber schon damals auseinandergesett und Sie haben diese Unschauung als richtig anerkannt daß es nicht wohl angehe, miteinander im Amtsblatt einige tausend Schuldner zu publizieren, dem Amtsblatt also ein dickes Heft beizugeben, das die seit dem 1. Ja= nuar 1892 infolvent gewordenen Schuldner enthielte. Ich möchte Ihnen heute empfehlen, an diesem Standpunkt festzuhalten. Dem Gläubiger bleibt es nach Un= nahme des Gefetes unbenommen, den Schuldner von neuem zu betreiben und mit geringen Roften die Ginstellung zu erzielen, falls er nicht wirklich befriedigt wird, welch letteres, wie ich glaube, in einer großen Zahl der Fälle geschehen wird.

Hirter, Berichterstatter der Kommission. Es wird allgemein über den gegenwärtigen Zustand geklagt, indem gegenwärtig bei fruchtloser Pfändung keine Ehrenfolgen eintreten, was zur Folge hat, daß sich die Schuldner nicht diesenige Mühe geben, wie sie sollten, um ihre Gläubiger zu befriedigen. Diesen Schuldnern möchten wir noch eine letzte Gelegenheit geben, indem wir das vorliegende Versahren einschlagen, ihren Verpssichtungen nachzukommen, bevor sie als der bürgerlichen Rechte verlustig publiziert werden. Ich möchte Ihnen den § 9 zur Annahme empfehlen.

Angenommen.

Auf die Frage des Präsidenten, ob man auf einzelne Artikel zurückzukommen wünsche, meldet sich niemand zum Wort.

Es folgt die

Schlußabstimmung.

Für Unnahme des Gefetes Mehrheit.

Auf Antrag des Präsidiums wird beschlossen, das Gesetz dem Bolke im Mai, bei Anlaß der Integral= erneuerung des Großen Rates, zur Abstimmung vorzu= legen.

Es ift eingelangt folgende

Mahnung.

Der Große Rat beschließt, die auf den 6. Mai angesetzte Volksabstimmung über den Schulgesetzentwurf auf einen spätern Zeitpunkt zu verschieben.

> U. Dürrenmatt. Egger. Boinah.

Wird auf den Kanzleitisch gelegt.

Wahl des Oberingenieurs.

Mit 119 von 121 gültigen Stimmen wird im erften Bahlgange gewählt, mit Amtsdauer vom 1. April an: herr Bezirksingenieur v. Graffenried in Bern.

Wahl von Stabsoffizieren.

Bei 113 gültigen Stimmen werden zu Majoren der Infanterie der Landwehr gewählt:

1) Gottfried Anffeler, geb. 1860, Hauptmann, in Kirchberg, mit 108 Stimmen ;

2) Gerold v. Erlach, geb. 1852, Hauptmann, in Bern, mit 109 Stimmen.

Nachkreditbegehren für die Polizeidirektion.

I.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung folgender Nachtredite für das Landjägerkorps: Rubrik III C 5 Einquartierung der Landjäger

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Diese Mehrkosten sind hauptsächlich daraus entstanden, weil anläßlich des Krawalls in Bern eine Anzahl Landjäger vom Land beigezogen und in der Hauptstadt untergebracht werden mußten. Die Staatswirtschaftskommission ist mit der Bewilligung einverstanden.

Bewilligt.

II.

Der Regierungsrat sucht ferner um Bewilligung fol= gender Nachkredite nach: Rubrik III b A 3, Polizeidirektion, Bureaukosten

				Fr	. 517.	40
			Fahndungskosten	"	172.	10
	B	4	Transporte und Ar=			
,			menfuhren	"	36 4 9.	72
	D	1 a	Nahrung der Gefan=			
			genen	"	97 9.	84
	D	1 b	Berpflegungskoften .	"	2409.	29
	\mathbf{C}	1	Roften in Straffachen	,,	4 503.	95
	\mathbf{C}	5	Polizeikosten	"	3827.	92
			í	Fr.	16,060.	22

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftstommission. Die Ausgaben auf diesen Rubriken können jeweilen bei Aufstellung des Budgets nicht genau normiert werden, da sie von der Zahl der Delikte und Untersuchungen abhangen. Rachkredite lassen sich daher nicht vermeiden.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Direktion des Innern.

I.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 3103. 66 auf Rubik IX H, Frauenspital.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschafts= kommission. Die Staatswirtschaftskommission ist mit der Bewilligung dieses Nachkredites einverstanden. Immerhin macht sie die Bemerkung, daß die Kosten des Frauen= spitals von Jahr zu Jahr bedeutend zunehmen, indem seit dem Jahre 1890 eine Erhöhung der Ausgaben um circa 7 oder 8000 Fr. eingetreten ist. Es ist freilich die Anzahl der Patientinnen von Jahr zu Jahr größer, und es ist natürlich, daß damit auch die Kosten zunehmen müssen. Aber immerhin hört man überall in Bezug auf den Frauenspital gewisse Klagen sich äußern, und trozdem ein eigener Berwalter da ist, hat die Staatswirtschaftskommission die Ueberzeugung, daß es vielleicht nichts schaen würde, wenn man einmal eine genauere Untersuchung vornähme. Es wird auch im ganzen Land herum über die Behandlung der Patientinnen geklagt. Es kam vor, daß von Seite von Afsistenzärzten nicht richtig vorgegangen, sondern Patientinnen auf eine Weise behandelt wurden, die nicht am Plaze ist. Alles das könnte am besten beseitigt werden, wenn einmal eine genauere Untersuchung vorgenommen würde. Die Staatswirtschaftskommission stellt in dieser Beziehung keinen Antrag; sie hat mich aber beauftragt, dieser Anregung hier Ausdruck zu geben.

Bewilligt.

II.

Der Regierungsrat sucht ferner um die Bewilligung folgender Nachkredite nach: Rubrik IX E 2 b Lebensmitteluntersuchungen . 208.85 F 1 Sanitätskollegium . . . 426.80 F 2 Sanitätsvorkehren . . . 2,677.70

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Der erste Posten betreffend Lebensmitteluntersuchungen rührt davon her, daß anläßlich des Truppenzusammenzuges zur Untersuchung der Lebensmittel und
Getränke ein eigener Lebensmittelinspektor bezeichnet
wurde Die übrigen Mehrkosten wurden veranlaßt durch
eine in Bern ausgebrochene Blatternepidemie, welche
Sicherheitsvorkehren und größere Nachimpfungen zur
Folge hatte. Wir beantragen Genehmiqung.

Bewilligt.

. Nachkreditbegehren für die Armendirektion.

Der Regierungsrat sucht um Bewilligung eines Nachfredits von Fr. 226. 15 auf Rubrik VIII. B 4, Rettungsanstalt Kehrsat, nach.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschafts= kommission. Es ist das eine geringfügige Ueberschreitung, bezüglich welcher wir Zustimmung beantragen.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Allgemeine Verwaltung.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung folgender Rachkredite: Rubrik I A I Großer Kat Fr. 12,662.40

teutte:			
if IAÎ	Großer Rat	Fr. 1	2,662.40
B 1	Ratsfredit	"	1,865.—
E 2	Staatskanzleiangestellte .	"	100.—
	Drucktoften	"	9,856.72
	Bedienung des Rathauses	"	304.9 0
\mathbf{F} 3	Deutsches Amtsblatt, Re-		
	dattion	"	286.80
F 4	Deutsches Amtsblatt, Druck	. "	1,194.3 0
G 4	Französisches Amtsblatt .	"	68.30
J 2	Entschädigung der Umts=		
	schreiber	"	4,372.65
	Bufammen	Fr. 3	0,711.07

Bühlmann, Berichterftatter ber Staatswirtschafts= kommission. Ein Hauptposten dieses Nachkredits, im Betrage von Fr. 12,662. 40 betrifft den Großen Rat und wurde veranlaßt durch die große Zahl Sitzungen, welche der Rat im Jahre 1893 hielt. Statt circa 20 Sitzungen wurden deren 34 abgehalten. Ferner wurde der Rats-fredit um Fr. 1865 überschritten infolge einer Beisteuer von Fr. 5000 an Liebesgaben für Brandbeschädigte in Grindelwald 2c. Die Staatskanzlei sucht um einen Nachfredit nach von Fr. 100 für Angestellte und von Fr. 9856. 72 für Drucktoften. In den lettern, veranlaßt durch die vermehrten Sitzungen des Großen Rates, sind auch die Anschaffungen von Papier für Wahlzettel inbegriffen. Wie Sie wiffen, ist es als zulässig erklärt worden, daß bei Wahlen gedruckte Wahlzettel verwendet werden; aber immerhin muß dazu das gleiche Papier verwendet werden, wie für amtliche Zettel. Bon diesem Recht ift ausgiebig Gebrauch gemacht worden, und des= halb mußten bedeutende Unichaffungen gemacht werden, jo daß der Kredit nicht genügte. Gegenwärtig ift noch ein Vorrat für etwa Fr. 3000 vorhanden, so daß dieser Nachkredit von rund Fr. 9000 nicht als Reinausgabe zu betrachten ist. Die Nachkredite für Bedienung des Ratshauses, Redaktion und Druck des deutschen und des französsischen Amtsblattes rühren ebenfalls von den vers mehrten Sitzungen bes Großen Rates her, und mas die Entschädigung der Amtsschreiber für Angestellte anbetrifft, so ift die Budgetsumme offenbar eine ungenügende. Die Bahl der Angestellten mußte vermehrt werden, und eine spezielle Vergütung mußte benjenigen Amtsschreibern ausgerichtet werden, welche bezüglich der Juragewäfferkorrektion mehr Arbeit hatten. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Ihnen, diese Nachtredite für die Allgemeine Berwaltung zu bewilligen.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Forftdirektion.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung folgender Rachkredite:

Rubrik XIV A 3 Forstwesen, Bureaukosten Fr. 200.38 XV C 1 Staatswalbungen,

Waldfulturen " 2160.71

XXII A 3 und B2 Jagd u. Fischerei,

Auffichtskoften . . . " 2745.85

Zusammen Fr. 5106.94

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftsfommission. Die Mehrausgabe für Waldkulturen mußte
gemacht werden für bedeutende Neuanpslanzungen in
Pslanzgärten, indem viele alte Pslänzlinge erfroren sind.
Die Mehrausgabe für Jagd und Fischerei wurde veranlaßt durch Prämien, die ausgerichtet werden mußten.
Es sind das aber nicht Nettoausgaben, sondern es stehen
ihnen Mehreinnahmen gegenüber, indem sich die Jagdpatentgebühren gegenüber dem Budget um Fr. 7444. 10
besser tellen. Die Staatswirtschaftskommission beantragt
Genehmigung dieses Nachtredits.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Direktion der Jandwirtschaft.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung eines Nachtredits von Fr. 783. 85 auf Rubrik XIII C 2, Land=wirtschaftliche Schule Rütti.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftsfommission. Diese Neberschreitung hat sich ergeben infolge
der Trockenheit des letzten Jahres, indem die Einnahmen
bedeutend geringere waren, als man voraussehen konnte.
Das Gesamtergednis ist um Fr. 10,301. 45 ungünstiger,
als im Jahre 1892, welchem Umstand bereits durch
Erhöhung des Kredits zum Teil Rechnung getragen
worden war. Der Bundesbeitrag ist um Fr. 2666
geringer, als im Jahre 1892 und zwar hauptsächlich
deswegen, weil der Bund die Löhne des Diensthersonals
gestrichen hat. Man muß daher den Ausfall der Anstalt
in anderer Weise wieder zukommen lassen. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Bewilligung dieses Nachkredits.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Erziehungsdirektion.

I.

Der Regierungsrat sucht um Bewilligung eines Nachkredits von Fr. 443. 12 auf Rubrik VI B 7 b, Poliklinische Anstalt, nach.

Bewilligt.

II.

Ein fernerer Nachtredit im Betrage von Fr. 3066. 46 wird nachgesucht auf Rubrit VI E 1, Seminar Hofwyl.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Dieser Nachkredit wurde veranlaßt durch
die Einrichtung einer Uebungsschule, was bedeutende Mehrkosten zur Folge hatte. Die Staatswirtschaftskommission ist auch der Ansicht, es sei die Einführung dieser Uebungsschule durchaus im Interesse des Seminars
geschehen, und sie beantragt daher, diesen Nachkredit zu
bewilligen.

Bewilligt.

III.

Der Regierungsrat beantragt ferner die Bewilligung eines Nachfredits von Fr. 12,600 pro 1894 auf Rubrik VIB 5 b, Physiologisches Institut, Einrichtungskosten.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Für Möblierung des physiologischen Instituts beantragt die Regierung, gestügt auf einen detaillierten Devis, einen Nachkredit von Fr. 12,600. Die Staatswirtschaftskommission hat den Devis geprüft und sich überzeugt, daß unnüge Anschaftungen nicht gemacht werden, die Summe im Gegenteil für ein Institut, das technische Einrichtungen aller Art nötig hat, nicht als eine hohe bezeichnet werden darf.

Bewilligt.

IV.

Ebenfalls pro 1894 wird von der Regierung ferner um die Bewilligung folgender Nachkredite nachgesucht: Rubrik VI B 7 r Pharmazeutisches Insti-

tut, pro 1894 . . . Fr. 9280.— Idem, pro 1893 . . , 7058.10 Zusammen Fr. 16,338.10

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Für den Umbau der alten Kavalleriekaserne
zur Anfnahme des pharmazeutischen Instituts hat der
Eroße Kat s. Z. einen Kredit von Fr. 58,000 bewilligt,
wobei in Aussicht gestellt wurde, daß auf dieser Summe
Ersparnisse werden gemacht werden können, aus denen
auch teilweise die Einrichtung werde bestritten werden
können. Es sind nun in der That Fr. 9000 erspart
worden. Allein die gesamten Keuanschaftungen und Einrichtungen haben Ausgaben im Betrage von rund
Fr. 25,000 veranlaßt, und die Staatswirtschaftskommission
ist einverstanden, einen Rachtredit in der Weise zu bewilligen, daß pro 1893 Fr. 7058. 10 und pro 1894
Fr. 9280 bewilligt werden, wodurch die gesamten Kosten
gedeckt werden können. Die Staatswirtschaftskommission
hat sich zwar veranlaßt gesehen, die Bemerkung zu machen,
daß man etwas rechtzeitiger einen Devis hätte ausstellen
können und daß es vielleicht möglich gewesen wäre, sich

etwas billiger zu behelfen. Allein die Ausgaben find größtenteils gemacht, und es wird nichts übrig bleiben, als diese ziemlich bedeutende Summe nachträglich zu bewilligen.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Gerichtsverwaltung.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung folgender Nachkredite:

Rachtre	dite:					
Rubrik	\mathbf{II}	\mathbf{C}	1	Gerichtspräsidentenbe=		
				soldungen	Fr.	1,029.65
		\mathbf{C}	3	Entschädigung der Stell=	•	
				vertreter	"	313.25
		\mathbf{C}	4	Entschädigung der Amts=	*	
				richter	"	5,304.10
		\mathbf{C}	5	Bureaukosten der Richter=		
				ămter	"	664.4 0
		\mathbf{C}	7	Außerordentliche Ge=		
				richtsbeamte	"	8,887.10
		D	1	Besoldung der Gerichts=		
				schreiber	"	1,401.60
		\mathbf{E}	1	Besoldung der Protura=		
		-		toren	"	503.7 0
		E	3	Bureaukosten	"	35 9.80
		G	4	Stellvertreter der Be-		
		~	17	treibungsbeamten	"	1,161.85
		G	5	Entschädigung der Be-		
		~	_	treibungsgehülfen	"	2 3,9 40 .80
		G	6	Bureaukosten der Be=		
	TTT-	ъ		treibungsämter	"	4,890.75
	IIIa	Ŋ	1	Oberhasle, Grundbuch=		1 071 10
	•	т		herstellung	"	1,351.10
	Ι	J	4	Verlust		3,643.10
				Zusammen	Fr.	53,451.20

Bühlmann, Verichterstatter der Staatswirtschaftsfommission. Zu den Hauptposten dieses Nachkreditbegehrens ist folgendes zu bemerken: Was die Amtsgerichte betrifft, so haben die Kosten derselben bedeutend
zugenommen, hauptsächlich infolge der Mehrarbeit, welche
sie dadurch erhalten haben, daß alle Haftpslichtfälle
durch das Amtsgericht beurteilt werden. Immerhin
glaubt die Staatswirtschaftskommission, es ließen sich da
ganz gut einige Ersparnisse machen, indem in vielen
Amtsbezirken die Sitzungen nicht immer gehörig ausgefüllt sind.

Für außerordentliche Gerichtsbeamte ist ein Nachtredit notwendig im Betrage von Fr. 8887.10, veranlaßt durch die außerordentliche Untersuchung anläßlich der Arbeiterstrawalle in St. Immer und Bern, wo spezielle Untersuchungsrichter ernannt wurden. Auch mußte in Bern ein provisorischer Untersuchungsrichter angestellt werden, weil die Geschäfte sich so häuften, daß der betreffende Beamte sie nicht mehr bewältigen konnte.

Ein fernerer Hauptposten betrifft die Rubrik Entschädigung der Betreibungsgehülfen im Betrage von Fr. 23,940.80. Diese Summe ist aber nur eine siktive Ausgabe, indem eine gleiche Summe in Form von Gebühren wieder ins Einnehmen kommt. Ferner hat sich herausgestellt, daß der Aredit für Bureaukosten der Betreibungsämter zu niedrig bemessen war und um Fr. 4890.75 überschritten werden mußte.

Endlich muß zur Deckung von Berluften an Amtsschreiber Winzenried in Belp ein Rachtredit von Fr. 3643.10
bewilligt werden. Wie Sie sich erinnern, hat Amtsschreiber Winzenried bedeutende Unterschleise begangen,
so daß der Staat schließlich um die genannte Summe in
Schaden gekommen ist. Zusammen betragen die verschiedenen Rachkredite rund Fr. 53,000, wozu dann noch
ein fernerer Verlust im Betrage von Fr. 14,000 an
Winzenried in seiner Stellung als Amtsschafsner
kommt. Rachdem nun eine regelmäßige Inspektion eingerichtet ist, hosst die Staatswirtschaftskommission, daß
solche Verluste in Zukunft möglichst selten mehr vorkommen.

Die Staatswirtschaftskommission beantragt Genehmisgung dieser Nachtredite.

Dürrenmatt. Es scheint mir, man follte bezüglich bes großen Berlustes von Fr. 14,000 an Amtsichaffner Winzenried noch gründlicher untersuchen, ob da nichts mehr zu erhalten ist. Ich möchte daher Rückweisung bieses Postens beantragen.

Scheurer, Finanzdirektor. Die ganze Unterschlagung war um Fr. 7500 höher, d. h. um diejenige Summe, für welche Bürgen vorhanden waren. Diese letzern wollten, sich zuerst wehren; aber infolge von Borsichtsmaßregeln, welche ihnen gegenüber vorher getroffen worden waren, haben sie sich unterzogen und bezahlt. Im übrigen war nichts erhältlich. Winzenried hat sich erschossen und in der gerichtlichen Bereinigung sind alle Forderungen verlustig gegangen, so daß weitere Maßregeln, durch die der Berlust reduziert werden könnte, keine Aussicht auf Erfolg hätten.

Präsident. Ift herr Dürrenmatt von dieser Austunft befriedigt?

Dürren matt. Ich erkläre mich nicht befriedigt (Heiterkeit); aber es wird nichts anderes zu machen sein. Ich halte meinen Antrag nicht aufrecht.

Dem Nachfreditbegehren wird stillschweigend entsprochen.

Nachkreditbegehren für die Saudirektion.

Der Regierungsrat beantragt, auf Rubrik X C 2, Pfrundgebäude, einen Nachkredit von Fr. 1030. 75 zu bewilligen.

Bühlmann, Berichterstatter ber Staatswirtschaftstommission. Dieser Nachtrebit ist nötig infolge größerer Unterhaltungskosten, und die Staatswirtschaftskommission ist mit der Bewilligung desselben einverstanden, da die Staatsgebäude natürlich unterhalten werden müffen, wenn fie nicht zu Grunde gehen sollen.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Militärdirektion.

Der Regierungsrat sucht um Bewilligung eines Nachkredits von Fr. 665 auf Rubrik IV A 2, Militärdirektion, Besoldungen der Angestellten, nach.

Bühlmann, Berichterstatter ber Staatswirtschaftskommission. Dieser Rachkredit wurde veranlaßt durch die Erkrankung eines Angestellten, für den ein Stellvertreter bezeichnet werden mußte.

Bewilligt.

Gefangenschaftsbauten in Schlofwyl.

Der Regierungsrat beantragt, zum Zwecke der Erftellung neuer Gefangenschaften in Schloßwyl einen Kredit von Fr. 19,900 zu bewilligen.

Marti, Baudirettor, Berichterftatter bes Regierungs= rats. Schon im Jahre 1887 wurde in Schlofwyl Die Notwendigfeit der Erftellung neuer Gefangenschaften bezw. des Umbaues der alten konstatiert und zwar in sehr bringlicher Weise, indem von allen beteiligten Behörden und Beamten bargethan wurde, daß die Gefangenschaften teine menschenwürdigen Lotale seien, sondern eigentliche Löcher, in welchen Gefangene unterzubringen der Staat sich schämen sollte. Nun befand man sich im Jahre 1887 gerade in einer etwas engen Finanzlage und beshalb verlangte die Finanzdirektion Verschiebung, was auch beschloffen wurde. Wie es geht, wurde die Sache verschoben, bis wiederholte Reklamationen einlangten. Diefe Reklamationen haben sich nicht nur permanent in allen Jahresberichten der Polizeidirektion wiederholt, sondern in letter Zeit find fie auch vom Gefangenschaftsinspettor erhoben worden und zwar in einer Weise, daß man nicht länger zuwarten kann. Die Vorarbeiten wurden schon im Jahre 1887 gemacht. Es handelt sich barum, sechs Bellen neu anzubauen und die alten als Reservezellen bei= zubehalten. Die Kosten waren im Jahre 1887 auf 17-18,000 Fr. gefchätt. Der Devis mußte nun aber etwas erhöht werden, weil die Baupreise bedeutend gestiegen find. Der Devis beläuft fich nun auf Fr. 19,900, und die Regierung beantragt Ihnen, diesen Betrag auf Rech= nung des Hochbautredits zu bewilligen.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Ich kenne die Berhältnisse in Schloßwyl persönlich. Der Zustand der Untersuchungsgefangenschaften ift wirklich ein solcher, daß es einen wunder nimmt, daß von freigesprochenen Untersuchungsgefangenen nicht schon längst Reklamationen eingelangt sind. Sie sind die reinsten Folterkammern, und es liegen deshalb auch von Schloßmyl ganz auffallend viele Geständnisse vor, indem sich die Gefangenen sagen, sie wollen lieber gestehen, damit sie aus diesen Löchern herauskommen. Es wird nun ein Neubau im Anschluß an die Landjägerwohnung vorgesehen und es sollen sechs neue Zellen eingerichtet werben, welche den Bedürsnissen bestaatswirtschaftskommission beantragt Zustimmung.

Angenommen.

Bericht der Regierung über erzielten Aursgewinn auf verkanften Wertschriften und Antrag auf Perwendung desselben.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Der Große Rat hat am 30. November 1893 auf den Antrag der Staatswirtschaftskommission beschloffen, es sei der Regierungsrat einzuladen, "zu untersuchen und Bericht zu erstatten, ob der aus dem Berkauf von Wertschriften im Jahre 1893 resultierende Rursgewinn nicht zur Amortisation der Bauborschuffe zu verwenden fei." Wie man fich erinnern wird, ift damals mitgeteilt worden, daß die Finanzdirektion im Laufe des Jahres 1893 eine bedeutende Summe eidgenössischer Rententitel verkauft habe und daß fich daraus ein bedeutender Kursgewinn erzeigen werde, von welchem die Staatswirtschaftskommiffion dafür halte, daß er nicht einfach in die laufende Berwaltung genommen, sondern dazu benützt werden follte, die ziemlich hohen Vorschüffe bes Staates für hoch-, Strafen- und Wafferbauten ju amortifieren. Der Stand der Wertschriften der Staats= kaffe betrug auf Unfang 1893 etwas zu 25 Millionen, zum größten Teil aus eidgenöffischer Gisenbahnrente bestehend. Es ist dies bekanntlich ein dreiprozentiges Papier, das jum Kurfe von 90 % übernommen wurde. Damals bachte man nicht daran, daß diefer Rurs jemals fich bedeutend höher ftellen werde. Un der Borfe ftund er anfänglich einige Prozent unter 90. Im Laufe der Beit hat aber diefes Papier viele Liebhaber gefunden, nament= lich in Frankreich, und so ftieg ber Kurs auf 94 und 95, eine zeitlang sogar bis auf 96. Der Regierungsrat hat nun geglaubt, diefen gunftigen Rurs benüten zu follen, um einen Teil diefer Papiere zu veräußern. Dazu hatte er verschiedene Grunde. In erster Linie mußte man fich fagen, daß es für den Staat ein großes Rifiko wäre, die sämtlichen dieser Papiere im Betrage von 25 Millionen zu behalten und die guten Kurfe nicht zu benüten, in= bem bei einer spätern Depreffion, was ja immer erwartet werden muß, der Staat Hunderttaufende einbugen wurde. Ein fernerer Grund war die lettes Jahr von der Sypothekarkasse vorgenommene Konversion durch Reduktion des Zinfes für Sparkaffeneinlagen zc. von 31/2 auf 31/4 %. Diese Konversion, bei welcher es sich um einige 60 Millionen handelte, ift auf einige Schwierigkeit gestoßen, indem anzunehmen war, daß nicht alle Gläubiger sich bieselbe werden gefallen laffen, ohne den Bersuch zu

machen, das Geld anderswo anzulegen. Es ist deshalb bei der Hypothekarkasse ein bedeutendes Geldbedürfnis eingetreten und infolge des Verkauss eidgenössischer Kententitel war der Staat in der Lage, der Hypothekarkasse momentan mit 10 Millionen unter die Arme greisen zu können. Dieses Geld hat man ihr natürlich nicht umsonst gegeben, sondern man hat es sich gehörig verzinsen lassen, so daß also die Staatskasse den Vorteil eines guten Zinses hatte und anderseits die Hypothekarkasse über alle Schwierigkeiten der Konversion hinweg-

gehoben wurde.

Mus diefen Berkaufen im Betrage von 13 Millionen ist ein Kursgewinn von etwas über 600,000 Fr. ent= standen, und indem der Regierungsrat der Einladung des Großen Rates Folge leistete, ift er heute in der Lage, Ihnen zu beantragen: "Es sei der Regierungsrat zu ermächtigen, in der Staatsrechnung pro 1893 die in diesem Jahre aus dem Verkauf von Wertschriften realisierten Kursgewinne, soweit hinreichend, zur Amortisation der Bauvorschüffe und von Vorschüffen der Staatskaffe ju verwenden." Das tann aber nur deswegen gefchehen, weil auch im übrigen die Ergebniffe der Finanzverwaltung von 1893 sehr günstig sind. Man wird sich erinnern, daß das Budget einen großen Ausgabenüberschuß vorgesehen hat im Betrage von Fr. 623,000. Wenn nun die Resultate der Berwaltung nicht so günstige wären, daß der Ausgabenüberschuß ohnehin verschwindet, so hätte es natürlich keinen Zweck, die erzielten Kursgewinne zur Amortisation von Vorschüffen zu verwenden und dann Die Staatsrechnung mit einem großen Defizit abzuschließen. Da nun aber glucklicherweife die Berhaltniffe fo liegen, daß man über diese 600,000 Fr. Kursgewinn frei verfügen kann, unbeschate eines günftigen Abschlusses der Staats-rechnung, so ist kein Grund vorhanden, dies nicht zu thun. Die Zeitungsmeldungen über die Staatsrechnung pro 1893 sind zwar zu optimistisch. Man sollte glauben, wir hätten einen Ueberschuß von Fr. 1,200,000, über welche Summe man nur fo verfügen und gegen die man vielleicht einen Beutezug organisieren könne. Das ist aber nicht der Fall, sondern das allerdings sehr gunftige Resultat besteht einfach darin, daß wir, abgesehen von ben Fr. 600,000 Rursgewinn, ftatt eines Ausgabenüber= schuffes von Fr. 600,000 einen bescheidenen Einnahmenüberschuß haben werden. Im Total ift das Ergebnis allerdings um circa Fr. 1,200,000 günftiger, als im Budget vorgesehen war; aber das schließliche Resultat, nach Verwendung der Kursgewinne zur Amortisation von Bauvorschüffen, ift doch nur ein bescheidener Ginnahmenüberschuß, immerhin ein Resultat, mit dem man zufrieden fein muß. Ich kann ferner mitteilen, daß die nicht unbedeutenden Nachfredite, welche heute bewilligt worden find, in den mitgeteilten Resultaten bereits inbegriffen find und am Ergebnis der Staatsrechnung nichts mehr ändern werden. Ich empfehle Ihnen den Antrag des Regierungsrats zur Annahme.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission hat mit großem Vergnügen von dieser Vorlage der Regierung Kenntnis genommen, und wir glauben, daß auch der Große Kat infolge Erheblicherklärung des seiner Zeit von der Staatswirtschaftskommission gestellten Postulates betressend Verwendung des Kursgewinnes mit der Vorlage einverstanden sei. Man hat schon damals grundsäslich

beschloffen, daß diese außerordentliche Einnahme, welche sich leider nicht oft wiederholen wird, zur Tilgung der bedeutenden Bauvorschüffe verwendet werden foll. dem Hochbautredit betragen die Vorschüffe circa 1,200,000 Franken und auch die Rubrik Straßen= und Wafferbauten weist bedeutende Borichuffe auf, die nach und nach amortifiert werden muffen. Seit einer Reihe von Jahren hat man die Borichugrechnung badurch zu tilgen gefucht, daß man einen Teil der bewilligten Kredite zur Amortisation bestimmte. Allein es war dies auch nur eine fiftive Rechnung, indem die Kredite so in Unspruch genommen wurden, daß schließlich eine neue Zunahme der Vorschüffe tonstatiert werden mußte. Wir begrüßen es daher sehr, daß ein großer Teil der Borschüffe durch diesen Kursgewinn gedeckt werden kann. Wir glauben, es sei diese Art und Beise der Verwendung eine durchaus richtige und begründete. Mit Bergnügen haben wir auch Renntnis genommen von dem guten Stand ber Staatsrechnung. Die Einnahmeposten, namentlich die Rubrik Erbschaftsund Schenkungssteuern und andere Rubriken, haben bedeutend höhere Beträge geliefert. Die Staatswirtschafts= kommiffion ift also mit der beantragten Berwendung des Rursgewinnes durchaus einverstanden, und nachdem sich die Regierung bezüglich der Form des Antrages mit der Staatswirtschaftskommission einverstanden erklärt hat, beantragen wir ohne weiteres Zustimmung.

Angenommen.

Der Beginn der morgigen Sitzung wird auf $8^{1}/_{2}$ Uhr festgesetzt.

Schluß der Sitzung um 121/4 Uhr.

Der Redacteur: Kind. Schwarz.

Vierte Situng.

Cagesordnung:

Defret

betreffend

einige Aenderungen in der Organisation der Bezirksbehörden des Amtsbezirks Bern.

(Siehe Nr. 10 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1894.)

Präsident. Wenn gegen das Eintreten nicht von irgend einer Seite Opposition erhoben wird, so nehme ich an, Sie seien damit einverstanden, daß sofort zur artikelweisen Beratung übergegangen wird.

Einverstanden.

§ 1.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Das vorliegende Detret zerfällt in zwei hauptteile. Der erfte Teil befaßt fich mit den Admini= strativbehörden, mit dem Regierungsstatthalteramt. Das Regierungsstatthalteramt Bern ift seit langerer Beit so mit Geschäften überlaftet, daß es einem Beamten unmöglich ift, fie alle felber beforgen zu können. Man hat nun im Befolbungsbekret von 1875 dadurch zu helfen gesucht, daß man vorgesehen hat, der Amtsverweser könne auch bei Berhinderung des Regierungsftatthalters durch Geschäfte in Funktion treten und nicht nur, wie es im Gefet vom Jahre 1831 über die Organisation der Regierungsstatthalterämter vorgesehen ift, bei Krankheit oder Abwesenheit des Regierungsftatthalters. Seither hat im Umt Bern fehr oft neben dem Regierungsstatt= halter, ohne daß derfelbe abwefend oder krank gewefen wäre, der Amtsverweser funktioniert. Im Jahre 1881 suchte man für den Regierungsstatthalter eine weitere Abhülfe in der Weise, daß man das Sekretariat von der Amtsichreiberei losgelöft und dafür einen eigenen Beamten eingesetht hat unter dem Titel Setretar-Archivar. Im Jahre 1889 wurde diese Stelle durch ein Dekret des Großen Rates noch weiter entwickelt, indem man dem Sekretär-Archivar weitere Angestellte zur Verfügung gestellt hat. Es wurde so möglich, die Geschäfte einigermaßen befriedigend zu bewältigen, weil man für die Sekretärftelle eine vorzügliche Kraft gewinnen konnte, indem der betreffende Beamte mehr leistete, als er zu leisten verpflichtet gewesen wäre, und auch solche Geschäfte besorgte, die sonst der Regierungsftatthalter oder der Amtsverwefer hatte besorgen muffen, wie z. B. Paffationen von Gemeinde- und Bogterechnungen und dergleichen zeitraubende Arbeiten.

Run läßt sich aber auf die Dauer eine weitere Abhülfe nicht mehr vermeiden; es muß neben den Regierungsstatthalter ein zweiter ständiger Beamter treten. Man hat früher etwa gesagt, man könnte dadurch helfen, daß man den Bezirk in einen Bezirk Bern-Stadt und einen Bezirk Bern-Land trennen würde. Allein ich halte dafür,

Donnerging den 8. Mürg 1894,

morgens 81/2 Uhr.

Vorfigender: Prafident Wy f.

Der Ramensaufruf verzeigt 180 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 83, wovon mit Entschuldigung: die Herren Belrichard, Brunner, Feller, Friedli, v. Grünigen, Höberli (Aarberg), Horn, Howald, Reiger, Sahli, Schweizer, Stämpfli (Schwanden), Stoller, Will; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Aebi, v. Allmen, Beguelin, v. Bergen, Beutler, Bircher, Blatter, Blösch, Boinah, Boß, Bourquin, Brahier, Chodat, Choulat, Clemençon, Coullery, Cüenin, Dubach, Eggimann, Freiburghaus, Gerber (Steffisburg), Glaus, Guenat, Halbimann (Eggiwhl), Hari (Abelboden), Hari (Reichenbach), Hilberunner, Hofer (Oberönz), Hofettler, Hunzifer, Hussen, Marschall, Maurer, Merat, Meyer (Laufen), Michel (Interlaten), Michel (Meiringen), Morgenthaler (Leimiswhl), Morgenthaler (Ursenbach), Moser (Herzogensbuchse), Mouche, Kätz, Kenfer, Rieben, Rieder, Kossielet, Ruchti, Küegsegger, Schindler, Schneeberger (Orpund), Sommer, Stämpfli (Bern), Steffen (Madiswyl), Steffen (Heimiswyl), Steiner, Tanner, Thönen, Tièche (Viel), Trachsel, Wolf, Ziegler, Byro.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird abgelesen und genehmigt.

iger, Vill;

burch die Bestimmungen der neuen Verfaffung sei diese Frage erledigt, indem diefelbe nur von einem Amtsbezirk Bern spricht und dann weiter fagt, es follen die gericht= lichen und administrativen Behörden desfelben anders organisiert werden können, als in andern Bezirken. Auch hat die Statistik ergeben, daß mit einer Trennung nicht geholfen ware, indem für die Beamten des Stadtbezirfs eine zu geringe Entlaftung eintreten würde, während anderseits die Beamten des Landbezirks nicht genug zu thun hatten. Es genügt, in dieser hinficht Ihnen einige wenige Bahlen vorzuführen. Der Stadtbezirk im Betreibungs- und Konkurswefen hatte im Jahre 1892 9329 Betreibungen und 69 Konkurse, während auf den Landbezirk nur 1291 Betreibungen und nur 7 Konkurse entfallen find. Aehnlich, wenn auch nicht ganz gleich, würden sich die Geschäfte teilen beim Regierungsstatt= halteramt. Es zeigt dies, daß mit der Ablösung des Landes nicht geholfen wäre, und es erklärt fich das auch, wenn man fieht, daß die Bevölkerungszunahme faft auß= schließlich auf die Stadt entfällt. Im Jahre 1856 hatte die Stadt 26,369 Einwohner und das Land 22,621, während im Jahre 1888 die Stadt 47,151 Seelen zählte und das Land 25,810. Sie feben alfo, daß fich die Bevölkerung der Stadt um mehr als 20,000 Seelen vermehrte, diejenige des Landes dagegen nur um etwa 3000 Seelen. Ich gebe auch schon heute ohne weiteres zu, daß die Trennung von Stadt und Land im Be= treibungs= und Konkurswesen ein Fehlgriff war und daß man viel richtiger gethan hatte, wenn man dem Beamten des Stadtbezirks einen Adjunkten an die Seite gegeben und ihm die Geschäfte des ganzen Bezirks übertragen hätte. Ich werde am Ende der vierjährigen Periode auf diese Frage zurücktommen.

Mit einer Trennung wäre also nicht geholfen gewesen, abgesehen davon, daß die Verfassung nur von einem Amtsbezirk Bern spricht und lediglich gestattet, die Behörden anders zu organisieren, als in den übrigen

Bezirken.

Im Revisionsprogramm ist bereits die Einsetzung eines zweiten Regierungsftatthalters vorgesehen worden. Man hat aber davor gewarnt, die Lösung in die Berfaffung felbst aufzunehmen, weil man fo gebundene Sande habe und möglicherweise auch eine andere Lösung gefunden werden konnte. Gine folche andere Lofung mare die Einsetzung eines Adjunkten des Regierungsftatthalters Von anderer Seite sprach man von einem ständigen Amtsverweser. Allein ich glaube, diese lettere Idee habe nur so lange in den Röpfen existiert, als man vor der Verfassungsrevision glaubte, es könne die ganze Angelegenheit durch ein Detret erledigt werden. Ich halte dafür, diese Ansicht sei damals falsch gewesen. Heute, unter der neuen Berfaffung, fällt die Frage aus Abschied und Traktanden, und es bleibt nur noch die Frage übrig: Soll ein zweiter Regierungsstatthalter oder ein Adjunkt des Regierungsstatthalters vorgesehen werden? Ich habe mich nach längerer Ueberlegung für einen zweiten Regierungsstatthalter aussprechen müssen und zwar haben mich dazu folgende Erwägungen geführt.

In einem privaten Geschäfte, wo ber Prinzipal nicht alles selber besorgen kann, muß er andere Leute anstellen, denen er seine Bertretung in der Weise überträgt, daß sie ihn in gleicher Weise verpslichten können, wie er sich selber verpslichten kann. Bei Aktiengesellschaften und auch schon bei Genossenschaften haben wir

Direktoren und neben ihnen noch Brokuristen. Dort ist diefe Einrichtung des untergeordneten Organs, das mit gleicher Selbständigkeit handelt, wie der Prinzipal, begreiflich. Es haftet für alle eingegangen Verpflichtungen immer nur ber Pringipal. Gang anders aber berhält es sich hier, wo es sich um öffentlich=rechtliche Funktionen handelt und nicht um privatrechtliche Berpflichtungen. Hier, wo der Beamte dem Publikum entscheidend und verfügend gegenübertritt, muß er dies thun konnen auf Grund eigener Kompetenz und auf Grund eigener Ber-antwortlichkeit. Rur wo folche Funktionen ganz interner Natur sind, wie z. B. auf der Steuerverwaltung, im innern Dienst und auf der Kantonsbuchhalterei, ist es möglich, einen Abjunkt zu haben, weil derselbe nicht nach außen, gegenüber dem Publitum, aufzutreten hat. Da ist es möglich, daß unter dem hauptbeamten ein untergeordneter Beamter funktioniert und durch die Unter= schrift und Berantwortlichkeit des Hauptbeamten gedeckt wird. Aber wenn man nach außen mit Entscheidungen und Verfügungen dem Bürger als Beamter gegenübertritt, kann man nicht einen Abjunkt aufstellen, der nicht felber voll und ganz verantwortlich ist, der nicht fraft eigener, sondern nur fraft abgeleiteter Amtsgewalt handelt. Es wäre das nur dann denkbar, wenn die Funktionen sich so einteilen ließen, daß die einen nach außen hervor= tretende Sauptfunktionen wären, die andern dagegen bloß untergeordnete, bloß administrative Funktionen, die den Bürger nicht direkt berühren. Dann ließe fich denken, daß der untergeordnete Beamte diese innern Funktionen besorgen würde. Allein stellen Sie sich vor, ein Adjunkt prüfe und paffiere eine Gemeinderechnung. Er kommt dabei mit den Gemeindebehörden in Konflift, fällt einen Entscheid aus und unterschreibt: Für den Regierungs= statthalter, der Abjunkt N. N. Da wird die Gemeinde Wir find mit der Entscheidung nicht einver= erflären: standen; der Abjunkt ist nicht der Regierungsstatthalter und wir wachsen daher noch an diesen lettern. Ober es hat der Adjunkt eine Vogtsrechnung geprüft und die Paffation eingetragen. Er hat dabei über Taufende von Franken entschieden, er hat den Bogt entlastet oder verantwortlich erklärt zc. Da wird es ebenfalls heißen: Das ist ja nur der Adjunkt; der hat nicht die gleiche Autorität, wie der Regierungsstatthalter. Oder der Adjunkt handelt im Namen des Staates und unter= Für das Regierungsstatthalteramt der Ud= schreibt: junkt R. N. Auch da kann gesagt werden, der Abjunkt sei nicht der gesetzlich vorgesehene Beamte, nur der Regierungestatthalter felbft konne Entscheidungen und Berfügungen treffen. Und wenn endlich der Adjunkt gegen= über andern Bezirken, gegenüber Kantons= und Bundes= behörden in Funktion tritt, sollen wir dann jeder Ber= fügung ein Exemplar des Defretes mitgeben, damit die betreffenden Behörden feben konnen, daß im Begirt Bern eine von der Organisation in den übrigen Bezirken abweichende Organisation besteht; soll man diesen Behörden jedesmal das Institut des Adjunkten erklären? Ich denke, das sei praktisch unmöglich.

Aus diesen Erwägungen heraus bin ich zur Neberzeugung gekommen, es müsse ein zweiter Regierungs= statthalter eingesetzt werden, ein Beamter, der kraft eigener Kompetenz eine gewisse Kategorie von Geschäften behandelt und dafür auch selber verantwortlich ist. Dies ist der Grundgedanke des § 1.

Nun hat man aber gefunden, es muffe zwischen den

beiden Regierungsstatthaltern doch eine gewiffe äußere Ordnung geschaffen werden, man muffe fie unterscheiden können, und deshalb wird im zweiten Abfat gefagt, es solle der eine als Regierungsstatthalter I und der andere als Regierungsstatthalter II bezeichnet werden und zwar folle fich diefe Bezeichnung nach dem Dienst= alter richten. Es würde also Herr Herrenschwand Regie= rungestatthalter I und der Neuzuwählende Regierungs= statthalter II. Es stellt sich dadurch ein natürliches Berhältnis her. Der neue Regierungsftatthalter muß vom älteren in seine Funktionen eingeführt werden; schon daraus wird sich eine Ueberordnung des Aelteren im Dienst ergeben, und es ift daher nur natürlich, daß man ihn als Regierungsstatthalter I bezeichnet. Man hätte auch die Zahl der Stimmen bei der Volkswahl zu Grunde legen können; allein das ist etwas so Zufälliges, so von Wahlfaktoren, welche nicht in das Verhältnis hineingehören, Abhängiges, daß diese Lössung keine glückliche gewesen wäre. Werden einmal beide Regierungsstatthalter gleichzeitig neugewählt, so soll siede die gegenseitige Stellung nach dem Alter richten; der altere soll Regierungsstatthalter I sein. Es ist dann allerdings möglich, daß der Regierungsstatt-halter II vielleicht der tüchtigere ist; allein wenn das Bolk die Beiden gleichzeitig wählt, so wird man nicht von vornherein zwischen dem tüchtigeren und dem weniger tüchtigen unterscheiben können, sondern man wird ein anderes Kriterium für die Unterscheidung haben muffen. Was die Verteilung der Geschäfte betrifft, so wird sich dieselbe nach der Beranlagung, den Fähigkeiten und der Erfahrung der beiden Beamten richten. Ich empfehle Ihnen den § 1 zur Annahme.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Kommission. Ich habe dem einläglichen Referat des herrn Bericht= erstatters der Regierung nur sehr wenig beizufügen. Das vorliegende Dekret ist ein Ausstuß der Bestimmung in den Art. 45 und 56 der neuen Berkassung. Schon bei Beratung ber neuen Berfassung wußte man, daß die Berhaltnisse auf dem Richteramt und dem Regierungs= ftatthalteramt Bern berartige find, daß absolut Abhülfe nötig ift. Man hat auch gewußt, daß fie eigenartige find und einer besondern Regelung bedürfen. Es wurde beshalb die Bestimmung aufgenommen, daß für das Umt Bern das Regierungsstatthalter= und das Richteramt besonders organifiert werden konnen. Seitens der Juftigbirektion haben nun fehr einlägliche Erhebungen ftatt= gefunden; es ift ein reichhaltiges Attenmaterial gesammelt worden, und es find namentlich auch die beteiligten Kreife dabei zum Wort gekommen, so daß man über die Be-durfnisse und das, mas die Erfahrung der letten Jahrzehnte ergeben hat, vollständig im klaren war und sich darüber vollständig Rechenschaft ablegen konnte. Diesem Umstand ist es denn auch zu verdanken, daß die vorberatende Kommission des Großen Rates sich mit der Justizdirektion und schließlich auch mit dem Regierungsrat über die Form, in der man die Lösung suchen wolle, vollständig einigen konnte. Es haben im Anfang Meinungsdifferenzen bestanden, indem die Kommiffion weiter gehen wollte, als der ursprüngliche regierungsrätliche Allein schließlich hat man sich auf einen gemeinschaftlichen Beschluß geeinigt. Im Verlauf der Debatten gab uns eigentlich nur noch der § 1 etwas zu schaffen, indem man sonft über alles andere einig war.

Es wurde nämlich die Meinung vertreten, es wäre richtiger, nur einen Regierungsstatthalter und einen Abjunkt vorzusehen, dem letztern aber gleichwohl regierungsstatthaltersamtliche Funktionen und Kompetenzen zu übertragen. Nun hat aber die Mehrheit der Kommission gefunden, das wäre doch kein richtiges Versahren, sondern wenn man zwei Regierungsstatthalter für nötig erachte — und in dieser Beziehung ist man einig — so solle man dem betreffenden zweiten Beamten auch den richtigen Ramen geben, damit das Publikum wisse, was er vorstelle, kurz damit jede Unklarheit über seine Stellung und sein Umt von vornherein abgeschnitten sei. So sind wir nach reislicher Beratung dazu gekommen, Ihnen vorzuschlagen, es möchte die Stelle eines zweiten Regierungsstatthalters in Aussicht genommen werden, der sich mit dem bereits vorhandenen Regierungsstatthalter in die Geschäftslast zu teilen hätte.

Es ift bann gesagt worden, man muffe boch zwischen den beiden Regierungsstatthaltern einen gewiffen Unterschied machen; es muffe einer als erfter und einer als zweiter Regierungsstatthalter bezeichnet werden; es wäre denkbar, daß sonst zwischen den beiden Konflitte aller Art entstehen; wenn der eine ein gewiffes Uebergewicht habe, fo fei Konflikten schon bedeutend vorgebeugt. Es dauchte der Gedanke auf, derjenige, welcher die größere Stimmenzahl erhalte, solle Regierungsstatthalter I sein. Allein das ist oft etwas Zufälliges, eine Frage der Konstellation der Parteien und durchaus nicht etwa eine Frage der Tüchtigkeit. Es wurde auch gefagt, man konnte die Betreffenden vielleicht speziell wählen laffen, den einten als Nr. I und den andern als Nr. II. Allein auch da haben sich Schwierigkeiten gezeigt. Man braucht sich nur vorzustellen, daß die gleiche Bersönlichkeit von den einten als Regierungsstatthalter I, von den andern als Regierungsstatthalter II vorgeschlagen wird. Da ist es dentbar, daß derjenige, der auf beiden Borschlägen steht, schließlich durchfällt, weil er weder als Regierungsstatt= halter I, noch als Regierungsstatthalter II die Mehrheit erhält. Damit wurde aber der Volkswille nicht respektiert, der dahin gegangen ift, es fei der Betreffende jeden= falls als Regierungsstatthalter zu wählen, sei es nun als Regierungsstatthalter I ober als Regierungsstatthalter II. So wußten wir denn nichts Befferes, als zu fagen, der ältere im Amt solle Regierungsstatthalter I, der jüngere Regierungsstatthalter II sein. Der ältere im Umt hat mehr Erfahrung; er hat gesehen, wie es geht, und wird dadurch von selbst ein gewisses Uebergewicht haben. Die Geschäftsverteilung zwischen den beiden Beamten soll dann jeweilen durch regierungsrätliches Reglement erfolgen, wo dann den perfönlichen Eigenschaften auch noch Rechnung getragen werden tann. Man wird dabei auch bald ein= mal feben, daß fich die Geschäfte des Regierungsftatt= halters im allgemeinen scheiden laffen in folche, welche mehr interner Natur find, die mehr im stillen Rämmer= lein ihre Erledigung finden, während ein anderer. Teil mehr externer Natur ift, mehr Repräsentation und Ber= fehr mit der Außenwelt erfordert. Nach diefen Gefichts= punkten, schwebt uns vor, wird fich die spatere Musscheidung der Geschäfte machen; aber man muß sich in dieser Beziehung eine gewisse Elastizität wahren, man muß fich den jeweiligen Berhältniffen, namentlich auch den perfonlichen Verhältniffen anpaffen, und deshalb wird in § 2 vorgeschlagen, daß die Ausscheidung der Funktionen burch ein Reglement des Regierungsrats erfolgen folle

auf den Antrag der beiden Regierungsstatthalter, wobei man den Verhältnissen und Bedürfnissen möglichst wird Rechnung tragen können. Ich habe das nun gleich vorgreislich erörtert, weil es einigermaßen dazu gehört, wenn man den § 1 in seinen Zielen und in seiner ganzen Anlage verstehen will. Ich empsehle Ihnen den § 1 ebenfalls zur Annahme.

Angenommen.

§ 2.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Re= gierungsrats. Der § 2 fieht vor, in welcher Beife die Geschäfte unter die beiden Regierungsstatthalter zu ver= teilen feien. Es foll vom Regierungsrate ein Reglement aufgestellt werden, das diesen Punkt ordnet, und zwar nach Unhörung der beiden Regierungsftatthalter. Ausscheidung der Geschäfte wird nicht schwer fein. Es tann dem einen, wie der Berr Berichterftatter der Rommif= fion bereits ganz richtig bemerkt hat, eine Kategorie von Geschäften übertragen werden, die sich mehr im Bureau, im stillen Kämmerlein abwickeln lassen: die Prüfung und Passation von Gemeinde= und Vogtsrechnungen, die Ent= scheidungen in Administrativstreitigkeiten, Behandlung der Wohnsitzangelegenheiten und =Streitigkeiten, Vormundschaftssachen, das Armenwesen, Bausachen — also alles Angelegenheiten, die sich auf schriftliches Gesuch oder gestütt auf schriftliche Atten im Bureau abwickeln laffen. Dem andern Beamten können die laufenden Geschäfte überwiesen werden, so alle Strafanzeigen, die Ueber-wachung der Kontrolle darüber, die Neberweisung an Untersuchungs= und Entscheidungsbehörde, die Ungelegen= heiten im Fahndungswesen, im Transportwesen, im Baßwefen, die Fremdenpolizei, das Haufierwefen, Ausstellung von Patenten an Handelsreisende, Untersuchung von außerordentlichen Unglücksfällen, Brandfällen, Ausstellung von Wirtschafts- und Spielbewilligungen, Ueberwachung ber Wirtschaftspolizei, Geschäfte, welche bie Fabrit- und Saftpflichtgesetzgebung mit fich bringt zc. Der eine der beiben Regierungsstatthalter wird also dem Publikum sozusagen wenig fichtbar fein, nur hie und da bei einer Audienz, bei einer kontradiktorischen Verhandlung. Der andere dagegen wird täglich und ftundlich mit dem Publikum in Berkehr fteben und die täglichen Geschäfte abwickeln. In dieser Weise werden sich die Geschäfte ganz leicht teilen lassen. Ist einer der beiden Regierungsstatthalter nicht da, wird z. B. der Regierungsstatthalter, der die laufenden Geschäfte besorgt, durch die Untersuchung eines Unglücksfalles oder die Voruntersuchung in einem Ver= brechensfall weggerufen, so wird der andere Regierungs= statthalter aus seinem Bureau hervortreten und während der Abwesenheit diejenigen Geschäfte erledigen, welche sofort erledigt werden muffen, aber fraft eigen er Umts= gewalt, weil jeder ber beiden befugt ift, irgend eine dem Regierungsstatthalter übertragene Handlung vorzunehmen. Sind beide verhindert, fo kommt die gewöhnliche Ber-tretung zur Geltung, d. h. der Amtsverweser tritt in Funktion, und man hat namentlich nicht nötig, immer sofort den Gemeindepräsidenten beizuziehen, was für diesen und die andern Personen, welche bei irgend einer Angelegenheit beteiligt find, immer eine unangenehme Sache ist.

Angenommen.

§ 3.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungerats. Mit bem § 3 gelangen wir nun zu bem zweiten Hauptteil des Dekrets, zu den gerichtlichen Behörden. Hier ift die Organisation so ziemlich auf der Sand gelegen; fie ift durch die geschichtliche Entwicklung gegeben. Es hat zwar nicht an Borschlägen gefehlt, die eine neue Organisation hätten schaffen mögen. So ging auch hier ein Vorschlag dahin, Stadt und Land zu trennen, wenigstens mit Bezug auf das Amtsgericht, also zwei Amtsgerichte einzusegen. Allein auch hier hat bie Statistik gezeigt, daß eine so geringe Anzahl Geschäfte auf das Land entfällt, daß dadurch eine wirkliche Entlaftung der für die Stadt vorhandenen Behörden nicht eintreten würde. Im Jahre 1890 find in Straf-fällen, die durch das korrektionelle Gericht oder die Ufsisen zu beurteilen sind, 558 Untersuchungen auf die Stadt entfallen, während nur 97 auf das Land kamen, also nicht einmal der fünfte Teil. Im Jahre 1891 entfielen 521 Untersuchungen auf die Stadt und 89 auf das Land. Un appellabeln Geschäften find im Jahre 1890 vor dem Gerichtspräsidenten im summarischen Berfahren behandelt worden 46 Fälle, welche die Stadt und 8 Fälle, welche das Land betreffen, und im Jahre 1891 analog 36 und 12 Falle. Bon Prozeginftruktionen entfielen im Jahre 1890 31 auf die Stadt und 7 auf das Land, im Jahre 1891 42 auf die Stadt und 10 auf das Land. Diese Bahlen zeigen, daß auch hier eine Trennung zu nichts geführt hatte. Nun hat man weiter vorgeschlagen, man folle ein Amtsgericht bilden, das nur aus ftandigen Beamten bestehe, man solle also fünf Umtsrichter wählen, von welchen jeder außerhalb des Umtsgerichts einen Teil der einzelrichterlichen Thätigkeit repräsentiere. Das hatte nun ein sonderbares Amtsgericht gegeben. In allen andern Bezirken hätten wir ein mitten aus den Bürgern herausbestelltes Umtsgericht gehabt, im Umtsbezirke Bern bagegen ein vollständiges Beamtengericht. Es ift klar, daß vieser Gedanke nicht durchdringen konnte, abgesehen da= von, daß die Sache auch unpraktisch gewesen wäre. Während den 153 Sitzungstagen in Straf= und Civil= sachen, die im letten Jahre notwendig waren, wäre niemand auf dem Einzelrichterstuhle geseffen, und es hätte das Publikum also nur an den Tagen kommen können, an welchen das Amtsgericht nicht Sitzung gehalten hätte. Das ware also eine höchst unpraktische Einrich= tung gewesen.

Nun hat sich historisch die Sache so gemacht, daß man notwendig auf die vorliegende Organisation verfallen mußte. Die Ueberlastung der Gerichtsbehörden von Bern hat sich zuerst beim Gerichtspräsidenten fühlbar gemacht. Nach der Gerichtsorganisation von 1847 hat

derselbe in seiner Hand vereinigt, die Funktionen als Civilrichter (Einzelrichter in Civilsachen, Vorsigender des Amtsgerichts in Civilsachen, seit dem Prozeß von 1883 auch Berichterstatter in allen Civilhandeln); des weitern hatte er zu abfolvieren alle Geschäfte, welche der Untersuchungsrichter zu beforgen hat, ferner die Geschäfte des Polizeirichters und des korrektionellen Einzelrichters, und endlich hat er das Amtsgericht in Straffachen zu leiten. Alle diefe Funktionen konnte nur ein Mann nicht besorgen, und im Jahre 1852 ift bem Gerichtspräfidenten deshalb, in Anwendung von Art. 55 der Gerichtsorganisation, ein Untersuchungsrichter zur Seite gegeben worden. Dieser Untersuchungsrichter hat genügt bis ins lette Jahrzehnt hinein. Dann aber haben fich die Geschäfte fo angehäuft, daß ein Untersuchungsrichter nicht mehr ausreichte. Man glaubte anfänglich, ihm in der Weife etwas helfen zu können, daß man ihm einen zweiten Aktuar gab, 1886 provisorisch und 1888 definitiv. Allein auch das hat nicht genügend geholfen; denn die große Bahl der Abhörungen, bei benen ber Untersuchungsrichter zugegen fein muß, ift es, welche die Zeit in Anspruch nimmt. Solche Abhörungen konnte der Aktuar nicht vornehmen. Zwar ift es dann in der Not gleichwohl geschehen, daß einer der Aktuare einfach den Untersuchungsrichter zu spielen anfing und Abhörungen vornahm. Das ging eine zeitlang, bis ein Anwalt gefunden hat, es biene ihm gut, um eine Untersuchung über den haufen werfen und als ungesetzlich kassieren zu laffen. Bon da an mußte dies natürlich aufhören. Aber dafür verfiel man auf einen andern ungeseglichen Ausweg, und die Behörde, welche darauf verfiel, war das Obergericht. Unsere oberfte hüterin des Gesetzes also mußte zu einem ungesetlichen Aushülfsmittel greifen! Das Obergericht schlug vor, einen zweiten Untersuchungerichter provisorisch funktionieren zu lassen, obschon die Gerichtsorganisation vor-sieht, daß man einen Untersuchungsrichter nur durch Defret des Großen Rates einsegen konne und ad hoc für einzelne Fälle, aber nicht, daß man einen bleibenden Untersuchungsrichter einsetzen durfe. Dennoch hat das Obergericht tein anderes Mittel gefunden, und auch die Regierung wußte nichts befferes, als fich dem anzuschließen. Seit zwei Jahren funktioniert der zweite provisorische Untersuchungsrichter, und wir schlagen nun vor, ihn definitiv zu machen und dadurch auf diesem Gebiet der Rechtspflege eine gefetliche und verfaffungsmäßige

Ordnung herzustellen.

Nun hat anno 1865 der Gerichtspräsident noch in einer andern Richtung zu schwer belastet geschienen, nämlich in Bezug auf die Polizeirichtergeschäfte und die Leitung des Amtsgerichts in Strafsachen. Man hat deshalb ein neues Dekret erlassen, und zwar hat damals der Große Rat eine kleine Ungesehlichkeit begangen, die sich auch im Dekrete ausspricht, indem dasselbe bestimmt: "in Anwendung und Ausdehnung des § 7 der Gerichtsorganisation" werde im Amtsbezirk Bern der Bizepräsident beaustragt: 1. Mit der Besorgung aller korrektionellen Geschäfte, namentlich der Leitung der Sitzungen des korrektionellen Gerichts; 2. mit der Stellvertretung des ordentlichen Untersuchungsrichters. Ferner wurde bestimmt, es dürfe der Bizepräsident während 70 Tagen im Jahr zur Untersuchung und Beurteilung von Polizeisgeschäften herbeigezogen werden, also auch wenn der Gerichtspräsident nicht abwesend oder krank oder sonst

noch einen Schritt weiter gegangen und hat diefen bloß zeitweise funktionierenden, nicht ständigen Strafrichter zu einem ständigen Strafrichter gemacht. Der Bizepräsident wurde beauftragt, neben der Leitung der Sitzungen des for= rektionellen Gerichts und der Stellvertretung des Untersuchungsrichters alle polizeirichterlichen und korrektionellen einzelrichterlichen Geschäfte zu übernehmen. Seute schlagen wir nun vor, diesen Strafrichter unter dem Namen Polizeirichter als ständigen Richter beizubehalten, ihn aber in der Weise zu entlaften, daß er nicht mehr Umterichter sein soll und auch nicht Bizegerichtspräsident, sondern er foll ausschließlich seine polizeirichterlichen und torrettio= nellen Einzelrichtergeschäfte besorgen. Früher hatte er die Berpflichtung, auch den Civilsitzungen des Amtsgerichts beizuwohnen, und er hat fich diese Berpflichtung nicht nur als folche gefallen laffen, fondern er würde sie als fein Recht beansprucht haben, wenn man sie ihm hätte absprechen wollen; benn es war damit der Genuß der Taggelder à 14 Fr. verbunden, was für 70 Sigungen 980 Fr. ausmachte. Man hat dann gefagt, man bezahle ihm diese Taggelder gleichwohl, aber er brauche nicht mehr zu figen. Das war so ein Pflästerchen, mit bem man fich wieder eine zeitlang behelfen konnte. Sauften fich die Geschäfte, fo ließ man einen Amtsrichter neben ihm funttionieren, bis diefelben wieder einiger= maßen nachgearbeitet waren. Wir schlagen nun vor, dem ständigen Polizeirichter nur diese Funktion zuzuweisen, ihm also auch die Sitzungen des korrektionellen Gerichts (im letten Jahr 83) abzunehmen; ferner wollen wir ihn entlasten dadurch, daß wir alle Rogatorien in Straffachen ben beiden Untersuchungerichtern zuweisen und ihm alle Stellvertretungen abnehmen, so daß er ausschließlich seinem Amt als Polizeirichter leben kann. Much bei diefer Ordnung der Dinge wird es noch immer einen ganzen Mann brauchen, um die Maffe der Geschäfte zu bewältigen. Im Jahre 1886 beliefen fich die Ge-schäfte des polizeirichterlichen und korrektionellen Ginzel-richters auf 3027, also per Tag zehn Geschäfte, worunter circa vierhundert solche, in welchen Unwälte erschienen find und plaidierten. Allerdings betrifft eine große Bahl Geschäfte Schulunfleiß, Holzfrevel zc., Geschäfte, welche sich gruppenweise abthun laffen; allein es bleibt immerhin eine große Zahl Geschäfte, die ziemlich langwierig sind. Im Jahre 1890 hatte sich die Zahl der Geschäfte bereits auf 3754 gesteigert mit mehr als 4000 angeschuldigten Personen. Sie sehen also, daß auch bei dieser neuen Ordnung der Dinge der Polizeirichter noch immer ein Versonen. schwer chargierter Beamter fein wird.

Nun ist aber der Gerichtsprästdent gekommen und hat erklärt, ihm biete der Entwurf keine Entlastung; man habe zwei Untersuchungsrichter geschaffen und den Polizeirichter besser gestellt; er aber habe nach wie vor die große Last der Civilgeschäfte zu besorgen nebst den Bollzie-hungsstreitigkeiten, Nachlaßsachen, Rehabilitationsgesuchen, Urteilsvollzüge, Rogatorien, Sühnversuche. Ich habe mich nicht so rasch überzeugen können, daß ein geschickter, sleißiger Mann die Geschäfte nicht allein oder wenigstens mit etwelcher zeitweiser Aushülfe besorgen könnte. Ich hatte deshalb schwer, an die Notwendigkeit eines zweiten Beamten zu glauben, weil noch im Jahre 1891 an einer Konserenz, welche ich mit den Beamten hatte, sie selbst mit der Lösung einverstanden waren, welche ich im ersten Entwurf dem Regierungsrate vorgeschlagen habe und weil die Beamten selbst in dem von ihnen eingereichten Entse

wurf keine andere Organisation vorsahen. Erst später kam herr Segler und erklärte, es muffe auch der Ge= richtspräfident entlaftet werden; er wiffe das felber am besten, da er die Stellung lange Jahre innegehabt habe und fich dabei fast habe aufreiben muffen; infolge des neuen Betreibungs- und Konturagefetes feien nun noch eine Reihe von schwierigen Geschäften dazu gekommen, denen man gar nicht Meister werde. Ich hatte gleichwohl Mühe gehabt, den zweiten Beamten zu acceptieren und Ihnen zu empfehlen, wenn nicht in letter Zeit eine neue Thatsache eingetreten wäre. Im Bezirk Bern hat nur noch die Kirchgemeinde Bern einen Friedensrichter gehabt. Nun ift aber letten Samstag beschloffen worden, den Friedensrichter abzuschaffen. Die betreffenden Geschäfte fallen damit ebenfalls dem Civilrichteramt zu, damit aber allerdings auch Einnahmen an Sporteln, Die dem Staat zukommen. Die Geschäfte werden fich vielleicht um 500 vermehren; wenn man diese zu den übrigen Geschäften hinzunimmt, so ist dann allerdings für zwei Beamte genug Arbeit da, und der Mehrbetrag, den der Staat für den neuen ständigen Beamten aufwenden muß, wird durch die Einnahmen aus den Sporteln erfest. Im Hindlick auf diese neue Thatsache habe ich mich mit zwei ständigen Beamten befreunden können, und wir schlagen Ihnen deshalb vor, für den Bezirk Bern einen ständigen Bizegerichtspräfidenten einzusetzen. Außerdem muffen vier Umterichter beibehalten werden, da, wie Sie aus § 13 ersehen können, der Gerichtspräfident im Strafamtsgericht nicht fitt und der Vizegerichtspräfident im Civilamtsgericht nicht, fo daß, wenn man nur drei Amtsrichter mahlen würde, jeweilen ein Suppleant beigezogen werden müßte. Um die Organisation einigermaßen mit derjenigen in den übrigen Bezirken homogen zu machen, hat es fich daher empfohlen, die vier Umtsrichter beizubehalten. Ich empfehle Ihnen den § 3 zur Annahme.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Kommis= fion. Der § 3 in seiner jetigen Fassung entspricht den übereinstimmenden Bunichen und Auffaffungen, wie fie seitens der gegenwärtigen Beamten des Richteramts Bern, seitens der Untersuchungsrichter und seitens des stadt= bernischen Advokatenvereins und des Vereins für handel und Industrie geltend gemacht worden find. Der lettere namentlich hat in feiner Eingabe betont, wie schwer das Publikum den Uebelstand empfinde, der sich darin geltend mache, daß die Geschäfte nicht vom Fleck kommen. Von einer Audienz in Straffachen zur andern geht es gegenwärtig im Minimum zwei Monate, weil dazwischen alle Tage bereits befett find. Das fann dem Publikum nicht dienen, sondern es will möglichst bald wiffen, was aus dem handel wird. Allein die Berhältniffe find eben mächtiger, als der Einzelne, und Sie haben aus der Schilderung bes Berrn Juftigbirektors erfeben konnen, wie man nach und nach dazu gekommen ist, immer etwas mehr nachgeben zu muffen, und daß doch alle Magnahmen nicht genügten, um wirklich Abhülfe zu schaffen. Wenn ich nicht Ihre Zeit schonen wollte, so könnte ich Ihnen aus meiner Erfahrung manches erzählen, wie es schon vor 20 Jahren ausgesehen hat, und seither ift es nicht beffer, fondern schlimmer geworden. Der § 3 faßt nun die ganze künftige Organisation zusammen; er ist die Grundlage der folgenden Paragraphen, und deshalb muß man sich schon hier über diese Grundlage klar werden. Allein den fehr einläglichen und vollständig erschöpfenden Darlegungen des Herrn Juftizdirektors weiß ich wirklich nichts mehr beizufügen.

Angenommen.

§ 4.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Der § 4 umschreibt nun die Funktionen des Polizeirichters. Er ift im Grund, wie auch die fol= genden Paragraphen, weiter nichts als die Ausführung des Grundgedankens in § 3. 3ch will aber zur Rlar= stellung dieser beiden Paragraphen, sowie der folgenden noch folgendes anbringen. In § 3 wird gesagt, es werden dem Gerichtspräsidenten die und die Beamten bei= geordnet. Das foll nicht etwa so aufgefaßt werden, als ob diefe Beamten nicht einen felbständigen Kompetenz= kreis hätten, als ob sie nicht eine eigene Stellung ein= nehmen und nur dem Gerichtspräsidenten untergeordnet und beigegeben würden, um an feiner Stelle zu funktionieren. So ift die Sache nicht aufzufaffen, sondern mit dem Wort "beigeordnet" will man nur aussprechen, der Ge= richtspräsident bleibe im übrigen die Spite der Berichts= verwaltung im Amtsbezirk; alles, was ans Richteramt Bern kommt und in feine der andern Rubriken fällt, muß der Gerichtspräfident an die Sand nehmen und besorgen. So hat man fich das Berhältnis gedacht.

Angenommen.

§§ 5 und 6.

Ohne Bemerkung angenommen.

§ 7.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. In § 7 werden die Funktionen des ständigen Bizegerichtspräsidenten umschrieben. Es liegt ihm ob die Anordnung und Leitung der Sitzungen des Amtsgerichts in Strafsachen. Ferner hat er alle Betreibungsangelegeneheiten zu besorgen. Es werden dies hauptsächlich Beschwerden gegen den Betreibungs= und Konkursbeamten sein, welche im Bezirk Bern bei den vielen Betreibungen ziemlich zahlreich vorkommen. Es werden ihm ferner die Konkurs= und Nachlaßvertragssachen zugewiesen, welche ziemlich schwierig und zeitraubend sind. Des weitern hat er zu erledigen alle Rogatorien in Civilsachen — also die Abhörungen, welche von auswärtigen Amtsstellen verlangt werden — sowie auch einige wenige Rogatorien

in Strafsachen. Wenn ein Rogatorium im Stadium der Hauptverhandlung an die hiesigen Behörden gelangt und das Begehren gestellt wird, es sollen Zeugen einvernommen werden, so könnte der Untersuchungsrichter dieselben nicht beeidigen, und deshalb hat man diese Rogatorien dem ständigen Bizegerichtspräsidenten überwiesen.

Angenommen.

§ 8.

Angenommen.

§ 9.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Sier kommt nun die Frage der Wahlart, die jeweilen bei solchen Organisationsgesetzen oder = Dekreten eine große Rolle spielt. Es fragtssich, ob Wahl durch die Behörden oder Wahl durch das Volk. Bei der Vorberatung haben fich diese beiden Unfichten ebenfalls geltend gemacht. Darüber war jedermann flar, daß die beiden Untersuchungsrichter durch das Obergericht gewählt werden sollen, indem fie nicht Beamte feien, zu deren Wahl fich das Bolk eigne; es seien das Beamte, welche besondere Eigenschaften haben müffen, namentlich geschäft= liche, die man daher muffe auslesen können und nicht den Zufälligkeiten der Bolkswahl anheimgeben durfe. Aber bezüglich des Polizeirichters und des Bizegerichts= präfidenten find die Unfichten außeinander gegangen. Man fagte, man follte biefe Beamten durch bas Bolk mählen laffen, weil fie beide entscheidende Richter seien, weil vor ihnen kontradiktorische Berhandlungen stattfinden, plaidiert werde u. s. w. Bezüglich des Bizegerichtspräsidenten hat sich der Regierungsrat mit der Kommission einver= ftanden erklären können, weil er sagte, es sei richtig, daß biefer Beamte in vielen Begiehungen an die Stelle des Gerichtspräsidenten trete, daß er einen großen Teil seiner Funktionen in Gemeinschaft mit den Amtsrichtern außüben muffe, welche vom Bolk gewählt feien, weshalb es gut sei, wenn er feine Wahl von der gleichen Autorität herleiten könne. Bezüglich bes Polizeirichters dagegen mußte der Regierungsrat an seiner Unficht festhalten, daß die Wahl durch das Obergericht die richtigere fei. Der Polizei= und korrektionelle Ginzelrichter ift außer= ordentlich ftart mit Geschäften beladen. Er muß sich zu einem eigentlichen Fachrichter entwickeln; er muß sich in das ganze Gewirr ber fleinen Polizeigefetgebung einleben, und wenn er einmal fo recht eingeschafft ift, fo darf er nicht von der Boltsmahl abhängig fein, sondern er soll eine Behörde über sich haben, welche ihn in feinem Umte kontrollieren und, wenn er ein fleißiger, fähiger Mann ift, ihn auch bestätigen kann. Es spricht auch noch ein besonderer Grund dafür, ihn nicht den Zufälligkeiten der Bolksmahl preiszugeben, weil er

mehr als ein anderer Richter in den Fall kommt, sich verhaßt zu machen. Ein einziger Fall im Armenwesen kann genügen, um ihn mit einer ganzen Gemeinde in Gegensaß zu bringen; es giebt überhaupt gewisse Kategorien von Fällen, wo er ganze Volkskreise gegen sich aufbringen kann, und deshalb empsiehlt es sich, diesen Beamten durch die hier vorgeschlagene Wahlart selbständig

zu ftellen.

Ein zweiter Bunkt, in welchem die Meinungen zuerst etwas variierten, betrifft die Besoldungsansätze. Man mußte fich fagen, es konnen die Befoldungen diefer vier ständigen Beamten nicht ganz so hoch gestellt werden, wie diejenige des Gerichtsprasidenten, indem in der Besoldung doch etwas die gegenseitige Stellung hervortreten muffe. Der Gerichtspräfident bezieht Fr. 5000, und wir schlagen nun vor, für die andern vier Beamten ein Maximum von Fr. 4800 aufzunehmen. Der Regierungs= rat hatte anfänglich einen Ansas von Fr. 4500 auf= genommen; er hat fich aber durch die Kommission überzeugen laffen, daß ein Maximum von Fr. 4800 durchaus gerechtfertigt ift. Der gegenwärtige Polizeirichter bezog eine Besoldung von Fr. 4000 fix, wozu noch die Tag= gelber als Amtsrichter in Civilsachen gekommen find, obschon er nicht gesessen ift, so daß die ganze Befoldung Fr. 4980 ausmachte. Er wird also auch beim neuen Ansatz nicht ganz so hoch zu stehen kommen; aber es würde sich auch nicht rechtsertigen, ihn auf Fr. 4500 herabzuschrauben. Anders verhält es fich vielleicht in Bezug auf die Untersuchungsrichter, welche eine etwas stillere, weniger aufreibende Thätigkeit haben. Da ift es möglich, die Besoldung auf Fr. 4500 festzuseten, was Sache des Obergerichts sein wird.

Angenommen.

§§ 10 und 11.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Re= gierungsrats. In den §§ 10 und 11 werden die neuen Bertretungsverhältniffe geordnet. Es ift in hiefigen Blättern an diesen Bestimmungen Kritit geübt worden, wie ich glaube von seiten eines beteiligten Beamten. Allein biefer Beamte hat übersehen, daß es fich in dem vor= liegenden Dekret nur darum handelt, die neuen Ber= tretungsfälle zu ordnen, daß wir in den gewöhnlichen Bertretungsverhältniffen für das Amt Bern nichts Abweichendes ichaffen können. Der betreffende Beamte hat vor einiger Zeit Ferien gehabt und mußte durch einen Umtsrichter vertreten werden. Nachher hatte er dann bas Bergnügen, dem betreffenden Umtsrichter einen Teil feiner Besoldung abtreten zu muffen, so daß er fand, das seien nicht gerade schöne Ferien gewesen. Allein so geht es allen andern Bezirksbeamten auch. Es besteht ein Dekret vom Jahre 1875, das durchaus ungerecht ift und das man abandern follte. Weshalb es nicht geschieht, will ich nicht erörtern. Wenn der Herr Finanzdirektor da ware, fo konnte er Ihnen Auskunft geben. Wir konnen nun hier für die Beamten des Bezirkes Bern nicht eine bevorzugte Stellung schaffen. Es kann fich alfo nur

darum handeln, die neuen Bertretungsfälle zu ordnen. Da bin ich nun mit der Aritik nicht einverstanden, wonach auch der Polizeirichter zu den Vertretungen solle beigezogen werden können. Ich will gerade dadurch, daß man ihm teine Vertretung überbindet, ihn weiter entlaften. Er hat eine Entlaftung am nötigften; er ift berjenige Beamte, bem man später vielleicht noch weiter beispringen muß, und deshalb möchte ich ihn mit Vertretungen nicht behelligen. Wenn der betreffende Korrespondent sagt, der Gerichts= präfident und der Bizegerichtspräfident haben so viel zu thun, daß fie nicht dazu tommen, einander zu vertreten, jo frage ich: Wie kann benn jest einer allein die Geschäfte beforgen? Es tommen ja nur die Geschäfte des Friedens= richters neu hinzu, und wenn fich zwei Beamte in die Geschäfte teilen, fo können fie fich bei einigem guten Willen gewiß aushelfen. Allein man muß guten Willen haben, und es giebt eben gewisse Leute, welche nur gerade so viel guten Willen haben, als fie ihn haben muffen. Es wird also möglich sein, die hier vorgesehene Vertretung durch= zuführen. Ift es nicht möglich, so können fie die Amts= richter beiziehen; aber wenn es dazu kommt, so wird man die Sache noch genauer untersuchen. Ich empfehle Ihnen die vorliegende Ordnung der Bertretungsverhält= niffe zur Annahme.

Angenommen.

§ 12.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. In § 12 war auch eine recht harte Ruß zu knaden, und ich muß gestehen, daß derselbe die Frage der Gerichtsschreiberei nicht so glücklich löst, wie ich fie gerne gelöst hatte. Im Umt Bern ift der Gerichtsschreiber ein außerordentlich schwer belasteter Mann, und ich habe mich nach allen möglichen Mitteln umgesehen, um ihm zu helfen. Man hat vorgeschlagen, einen Civilgerichts= schreiber und einen Strafgerichtsschreiber einzusetzen. Allein dieser Borichlag ift praktisch nicht durchführbar. Der Strafgerichtsschreiber mußte während 83 Tagen im Amtsgericht sitzen und könnte während dieser Zeit weder Aktuar des Polizeirichters, noch eines der beiben Untersuchungsrichter sein. Alfo mußte man neben ihm fähige, selbständig arbeitende Attuare anstellen und er befände fich außerhalb des Amtsgerichts in keiner würdigen Stellung; er wäre wie der hund im Regelries; er konnte Ladungen schreiben, Aktenrödel machen, Register anfertigen, Urteile ausfertigen; aber er gehörte zu teinem der ftandigen Beamten ganz. Damit wäre also nicht geholfen gewesen, und es ware auch nicht bamit geholfen, daß man die Aftuare des Polizeirichters und der Untersuchungsrichter selbständig stellt; denn man würde dadurch dem Gerichts= schreiber wohl einen Teil seiner Berantwortlichkeit, aber nichts von feiner Arbeit abnehmen. Nun bietet der ftandige Vizegerichtspräfident das Mittel, um den Gerichtsschreiber etwas zu entlasten, indem wir sagen, der Gerichts= schreiber solle im Amtsgericht in Straffachen durch den Aftuar des Vizegerichtspräsidenten bleibend vertreten wer= ben konnen. Der Gerichtsschreiber soll fich also um bas

Sekretariat des Amtsgerichts in Straffachen nicht mehr zu bekümmern brauchen. Ob wir ihn noch weiter werden entlasten können, ist zu untersuchen bei der demnächstigen Einführung der direkten Besoldung der Angestellten. Dort wird man darauf sehen müssen, daß man ihm Leute an die Hand geben kann, die durch ihre Eigenschaften, durch ihre größern Fähigkeiten, durch ihre Selbständigkeit im Arbeiten ihm etwas von seiner Last abnehmen können. Eine bleibende richtige Lösung der Frage ist also in dem vorliegenden Dekret nicht enthalten; aber ich empsehle Ihnen vorläusig das, was hier vorgeschlagen wird, zur Annahme.

Angenommen.

§ 13.

Angenommen.

§ 14

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Der § 14 sieht vor, daß dieses Dekret, soweit es auf die Wahl der neuen Beamten Bezug hat, am 1. Juni in Kraft treten soll. Es können dann die betreffenden Beamten gerade bei Anlaß der Gesamterneuerungswahlen der Amtsgerichte, der Gerichtsprässenten= und Regierungsstatthalterstellen gewählt werden. Ihre Amtsdauer würde mit dem 1. August beginnen — indem die übrigen Bestimmungen des Dekrets auf diesen Beitpunkt in Kraft erklärt werden — also gleichzeitig mit derjenigen aller übrigen Bezirksbeamten.

Angenommen.

Es folgt noch die

Schlußabstimmung.

Für Annahme des Dekrets Mehrheit.

Strafnachlaggefuche.

(Siehe Nr. 11 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1894.)

Die sämtlichen Gefuche werden stillschweigend nach

den übereinstimmenden Antragen der Regierung und der Bittschriftenkommiffion erledigt.

Maturalisationsgesuch.

Mit 73 von 90 gültigen Stimmen (erforderliche ²/s= Mehrheit: 60) wird auf den Antrag des Regierungsrats und der Bittschriftenkommission auf sein Ansuchen hin in das bernische Landrecht aufgenommen, in dem Sinne jedoch, daß die Naturalisation erst mit der Zustellung der Naturalisationsurkunde in Wirksamkeit tritt: Theophile Grandvoinet, von Verrieres-le-Jour im französischen Departement des Doubs, geb. 1873, Kellner in Bern, seit vier Jahren daselbst wohnhaft, mit zugesichertem Ortsburgerrecht der Einwohnergemeinde Oberlangenegg; derselbe hat sich über den Genuß eines guten Leumunds, den Besitz der bürgerlichen Rechte und Ehren, sowie über günstige Vermögens= und Erwerbsverhältnisse ausgewiesen.

Defret

betreffend

die Abtrennung des Lorraine Breitenrainbezirks von der untern (Rhdeck-) Kirchgemeinde und die Erhebung desfelben zu einer selbständigen Kirchgemeinde der Stadt Bern.

(Siehe Nr. 9 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1894.)

Das Eintreten wird ftillschweigend beschloffen.

Art. 1.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Der Art. 1 umfaßt zwei Alineas. Im ersten wird gesagt, daß der Bezirk Lorraine-Breitenrain von der untern Gemeinde abgetrennt und zu einer selbständigen Kirchgemeinde im Berbande der Gesamtkirchgemeinde der Stadt Bern erhoben werde. Es ist nämlich hier zu bemerken, daß sich die Kirchgemeindeorganisation der Stadt Bern wie folgt macht. Die Stadt Bern ist in Bezug auf die persönliche Zugehörigkeit zu einem Kirchenverband in drei Kirchgemeinden abgeteilt: Rydeck, Münster und Heiliggeist. Was dagegen die Bermögensverhältnisse ans betrifft, so steht das ganze Kirchengut mit samt den

Rirchengebäuden im Eigentum der Gefamtkirchgemeinde. Diese hat die Verwaltung des Vermögens und die er= forderlichen Ausgaben besorgt, und fie hat auch das Steuers detretierungsrecht gegenüber den sämtlichen Angehörigen der drei protestantischen Rirchgemeinden. In ber Berwaltung der Gesamtkirchgemeinde stehen dann auch drei Spezialarmenguter, die nicht, wie die übrigen Armen= guter, bei der Einwohner= bezw. bei der Burgergemeinde verblieben find, indem fie stiftungsmäßige Spezialzwecke haben. Der Ertrag dieser Kirchgemeinde = Armengüter wird jeweilen durch den Kirchmeier den betreffenden Geiftlichen ausgehändigt und diefe haben die Befugnis, disfretionar unter den armen Familien ihrer betreffenden Kirchsprengel die Berteilung vorzunehmen. Die Geift-lichen find gegenüber der Berwaltungsbehörde der Gesamtfirchgemeinde rechnungspflichtig. Die neue Rirchgemeinde würde nun also auch in diesen ökonomischen Gesamt= firchgemeindeverband der Stadt Bern eintreten. Nun wird es aber nötig werden — es ift dies in den Aften nicht auseinandergesett worden, und beshalb finden Sie auch hievon nichts in dem gedruckten Bortrag des Regierungsrats — das Spezialarmengut der bisherigen Nydeckgemeinde angemessen zwischen der künftigen Rydeckgemeinde und der neuen Lorrainegemeinde zu verteilen. Es fann dies durch eine einfache Bollziehungsmaßregel durch den Regierungsrat angeordnet werden ober es kann auch, wenn der Große Kat es vorzieht, ein spezieller Artikel ins Defret aufgenommen werden, der seinen richtigen Plat zwischen den gegenwärtigen Artikeln 2 und 3 finden

Der zweite Absatz des Art. 1 umschreibt das Terristorium der neuen Kirchgemeinde und zwar ganz konform den Wünschen der hiefigen Kirchgemeindebehörden und konform der Umschreibung, welche für den politischen Abstimmungskreis stattgefunden hat. Ich empsehle Ihnen den Art. 1 zur Annahme.

Angenommen.

Art. 2.

Angenommen.

Art. 3.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Die Eingabe der Rydeckgemeinde spricht den Bunsch auß, daß für die neuzugründende Kirchgemeinde zwei Pfarrstellen vorgesehen werden möchten. Gegenwärtig hat die Rydeckgemeinde drei Pfarrstellen, zweischon seit der Erhebung der Rydeckfirche zu einer eigenen Pfarrkirche, und im Jahre 1870 wurde eine dritte Pfarrstelle kreiert, deren spezielle Aufgabe die Uebernahme der kirchlichen Funktionen im Lorraine-Breitenreinbezirk war. Es ist nun selbstyerständlich, daß man der bisherigen Kirchgemeinde ihre ursprünglichen zwei Pfarrstellen beläßt.

Wenn man berücksichtigt, daß in der letzten Zeit eine ganze Bahl neuer Gebäude entstanden find, und daß namentlich auch die Gemeinde Bern auf dem Whler ein bedeutendes Arbeiterquartier erstellt hat, so ift es wohl nicht zu hoch gegriffen, wenn man die protestantische Gefamtbevölkerung der untern Gemeinde auf 12,000 Seelen annimmt, und ich glaube, es werde fich diese Zahl annähernd zu gleichen Teilen auf die alte und die neue Kirchgemeinde verteilen, so daß auf jede im Minimum eine protestantische Bevölkerung von 6000 Seelen entfällt. Dazu kommt, daß mit Rücksicht auf die Erstellung der Kornhausbrücke in nächster Zukunft eine bedeutende Un= fiedlung auf dem Spitalackerfeld entstehen wird. Gestügt auf diese Momente hat die Kirchgemeinde von Bern gefunden, es wäre nicht billig, wenn man der Nydeckgemeinde ihre zwei Pfarrstellen belaffen, für die neue Kirchgemeinde bei ungefähr gleicher Bevölkerungszahl da= gegen nur eine Pfarrstelle treieren würde. Es ift auch darauf hingewiesen worden, daß in der neuen Kirch= gemeinde namentlich viel Arbeiterbevolkerung fich angesiedelt habe und daß gerade dieser Bevölkerung gegenüber die kirchliche Thätigkeit befonders segensreich wirken könne, die Thätigkeit der individuellen Seelforge im Saus- und Krankenbesuch, im religiösen Unterricht und namentlich auch die kirchliche Liebesthätigkeit. Die Kirchgemeinde= behörden haben auch darauf aufmerksam gemacht, daß die beiden kirchlichen Richtungen, die positivere und die freiere, in der neuen Kirchgemeinde ungefähr gleich stark vertreten seien und daß beide Richtungen mit gleichem Eifer zur Erstellung bes neuen, würdig ausgestatteten Rirchengebäudes beigetragen haben, und daß es daher für die kunftige starke Minorität verlegend sein mußte, wenn sie mit Rücksicht auf den von der Majorität gewählten Geiftlichen quafi aus der Kirche ausgeschloffen würde. Der Regierungsrat hat grundfätlich die Berechtigung zweier Pfarrstellen, deren Errichtung seitens der Kirchendirektion vorgeschlagen war, nicht bestritten; er hat aber geglaubt, es follen noch nach zwei Richtungen hin Erhebungen gemacht werden: ob nicht eine andere Ver= teilung ber Pfarrstellen der Stadt Bern gefunden werden könne, so daß dadurch dem Bedürfnis der Lorraine Rechnung getragen werden konnte, sowie ferner, ob nicht die Gesamtkirchgemeinde der Stadt Bern sich zu etwas vermehrten Leiftungen verpflichten könnte, in der Weise, daß fie vielleicht die Wohnungsentschädigung für den zweiten Geiftlichen oder wenigstens einen erheblichen Teil berfelben übernehmen würde. Bis zum Abichluß diefer Untersuchung nimmt der Regierungsrat an, daß für die neue Kirchgemeinde vorderhand eine Pfarrstelle genüge und daß auf die Frage der Errichtung einer zweiten Pfarrstelle dann später zurückgekommen werden könne. Die Errichtung einer Pfarrstelle hat für den Staat keine Mehrbelaftung zur Folge, indem anderseits die bisherige dritte Stelle der Andertgemeinde dahinfällt. Ramens bes Regierungsrats empfehle ich Ihnen den Art. 3 zur An= nahme.

Scherz, Berichterstatter der Bittschriftenkommission. Ich schicke voraus, daß ich mir erlauben werde, in Bezug auf die Ausscheidung des Armengutes einen persönlichen Antrag zu stellen. Ich nehme aber an, ich werde dies thun können, nachdem der Art. 3 erledigt ist.

Aus den Akten konnte die Kommission entnehmen, daß der ursprüngliche Antrag der Kirchendirektion dahin

ging, in der neuen Kirchgemeinde zwei Pfarrstellen zu errichten. Nach eingehendem Studium der Atten hat die Rommiffion die Ueberzeugung gewonnen, daß man den Petenten unrecht thun würde, wenn man diese Frage so lösen würde, wie es der Regierungsrat in seiner Mehrheit vorschlägt. Die Petenten halten dafür, daß die Seelforge, der religiöse Jugendunterricht und die kirchliche Urmen= pflege die Kräfte eines Geiftlichen übersteige. Auch wurde hervorgehoben, daß es unbillig wäre, wenn die Nydeck-gemeinde zwei Geiftliche hätte, die gleich große Lorraine= gemeinde dagegen mit einem Geiftlichen austommen mußte, wenn also mit andern Worten der Geistliche in der Lorraine die gleichen Funktionen zu beforgen hätte, wie die beiden Beiftlichen der Andeckgemeinde. Aus den Atten geht auch hervor, daß die Lorraine fich große Mühe gab, eine Kirche zu erhalten — aus Privatbeiträgen sind Fr. 26,000 gefloffen — und es haben die kirchlichen Hauptrichtungen beide dazu beigetragen, und es ist so ein schönes Werk geschaffen worden. Es ware nun sehr zu bedauern, wenn nur ein Geiftlicher gewählt und dadurch die andere Richtung veranlaßt würde, sich an der kirch= lichen Thatigfeit nicht mehr zu beteiligen. Wir halten dafür, es fei dies ein Puntt, der entschieden auch Berückfichtigung verdiene. Wir haben ferner aus den Atten gesehen, daß der Gesamtkirchgemeinderat auf die Notwendigkeit der Errichtung zweier Pfarrstellen aufmerksam macht, ebenso der Nydeckfirchgemeinderat. Die Kirchen= direktion hat die Frage auch dem Synodalrat vorgelegt, und diefer ift ebenfalls einverftanden, daß es ein Gebot der Notwendigkeit sei, eine zweite Pfarrstelle zu bewilligen. Der Synodalrat führt aus, daß unter den 175 Kirch= gemeinden nur 13 find, welche eine protestantische Bevolkerung von über 4000 Seelen umfassen und dabei von nur einem Geiftlichen bedient werden. Er fagt ferner, daß die 175 Kirchgemeinden sich auf eine protestantische Gefamtbevölkerung von 484,338 Seelen verteilen; Die Durchschnittszahl einer einzelnen Kirchgemeinde beläuft sich somit auf 2761 Seelen. Es wird dann auch eine Vergleichung mit andern Schweizerstädten gemacht, indem die Berhältniffe in den Städten andere find, als auf dem Lande. In Bafel hat die Münftergemeinde bei 11,890 Seelen 6 Geiftliche, St. Peter bei 8086 Seelen 3 Geist= liche, St. Leonhard bei 12,797 Seelen 4 Geistliche und St. Theodor bei 14,400 Seelen ebenfalls 4 Beiftliche. St. Gallen hat bei 22,283 Seelen 6 Beiftliche, Genf bei 31,000 Seelen 16 Geistliche u. s. w. Es ist hieraus zu entnehmen, daß in den andern Schweizerstädten felten einem Geistlichen zugemutet wird, mehr als 4000 Seelen zu pastorisieren. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, und die Bittschriftenkommission hat diesem Motiv bei= gepflichtet, daß das Lorrainequartier sich in letzter Zeit erheblich vergrößert habe. Es ist ein vollständig neues Quartier entstanden, das Wylerfeldquartier, das einzig über 300 Kinder aufweift. Es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß nach dem Bau der Kornhausbrücke das Spitalackerfeld überbaut werden wird und zwar in ver= hältnismäßig kurzer Zeit. Durch Dekret vom 25. Juli 1870 wurde an der Nydeckfirche eine dritte Pfarrstelle errichtet und zwar in Betrachtung, "daß der zu dieser "Gemeinde gehörende Bezirk der Lorraine von dem Site "ber Kirchgemeinde bedeutend entfernt ift und die Bevölke-"rung dieses Bezirks in den letten Jahren in hohem "Maße zugenommen hat; daß zwei Geistliche nicht mehr "genügen, um die religiöfen Bedürfniffe diefer Gemeinde,

"mit Einschluß des Lorrainebezirks, zu befriedigen." Die vollständig gleichen Motive treffen heute wieder zu. Es ift wiederum eine Bermehrung um 3000 Seelen erfolgt, und es läßt sich daher vollständig rechtfertigen, daß man einen vierten Geistlichen anstellt. Die fünftige Nydecksgemeinde zählt, wie im Jahre 1860, ungefähr 6000 Seelen. Die beiden dortigen Pfarrstellen sind gesetzlich normiert, und es scheint nun nur recht und billig gu fein, wenn man den 6000 Seelen des Lorrainebezirks ebenfalls

zwei Pfarrstellen zuwendet.

Ich möchte dabei noch auf einen eigentümlichen Um= stand aufmerksam machen. Wenn Sie den gedruckten Bortrag ansehen, so finden Sie auf deffen vierter Seite vollständig die nämliche Motivierung für eine weitere Pfarrstelle, die ich soeben angeführt habe, nur der Schluß ist anders, als man erwarten sollte. Wenn man die Motivierung lieft, so muß man zur Ueberzeugung kom= men, daß eine weitere Pfarrftelle ein dringendes Bedürfnis ift. Der Bortrag aber fagt, trot feiner Motivierung: "Auf der andern Seite beabsichtigen wir jedoch über die Bahl und Verteilung der Pfarrstellen in den stadt= bernischen Rirchgemeinden eine besondere Untersuchung walten zu laffen, bevor wir auf die Frage der Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in der neu zu gründenden Kirch= gemeinde eintreten können." Die Bittschriftenkommission hat nun einstimmig gefunden, die Motivierung im Bor= trage sei so durchschlagend, daß man zu einem andern Schlusse kommen musse. Sie hat auch gefunden, daß nicht einzusehen sei, was für eine besondere Untersuchung noch notwendig fei. Die Bevölkerung ist bekannt, und es ergiebt fich, daß wir an der Landeskirche nicht zu viele Pfarrer haben — ich betone das ausdrücklich sondern daß sich eher geltend machen ließe, daß in der obern Gemeinde ein vierter Pfarrer angestellt werden sollte, und ich nehme an, es werde mit der Zeit auch ein bezügliches Begehren einlangen. Es ist auch nicht zu vergeffen, daß wir in den letzten Jahren z. B. der Gemeinde St. Immer eine zweite Pfarrstelle bewilligt haben bei einer Bevölkerung von 8000 Seelen, ebenso ber Gemeinde Langnau bei 6-7000 Seelen.

Die Bittschriftenkommission hat deshalb einstimmig dafür gehalten, es solle eine zweite Pfarrstelle bewilligt werden. Wir entsprechen damit dem Wunsch der ganzen Bevölkerung, dem Wunsch des Gesamtkirchgemeinderats und des Kirchgemeinderats der Rydeckgemeinde, sowie auch der Ansicht des Synodalrates, der Kirchendirektion und einer Minderheit des Regierungsrates. Man hat auch gefunden, man sollte sich in solchen Fragen nicht blog auf den Finangstandpunkt ftellen. Bei einem Ginnahmenüberschuß von 6-800,000 Fr., nach Abzug des budgetierten Defizits, follte man aus folchen Kleinigkeiten keine Finanzfrage machen. Ich glaube, es sei auch nicht die Absicht der Regierung gewesen, eine eigentliche Finanzfrage baraus zu machen, nur ift mir aufgefallen, daß ber Herr Finanzdirektor so sehr sich dagegen ereifert, und dies hat mich auf diesen Gedanken gebracht. Ich glaube, auch die Herren Kollegen in der Bittschriftenkommission haben meine Unficht geteilt, bei aller Bürdigung der

Leiftungen der Finangdirektion.

Ich beantrage daher, es möchte der ursprünglich von der Kirchendirektion vorgeschlagene Text wieder aufge= nommen und gesagt werden, es werden in der neuen Kirchgemeinde zwei Pfarrstellen errichtet.

Scheurer, Finanzdirektor. Der Regierungsrat hat

mich beauftragt, in dieser Frage betreffend die Bahl der Beiftlichen seinen Standpunkt hier zu vertreten, indem der Herr Kirchendirektor mit Rücksicht darauf, daß er eine andere Stellung eingenommen hat, selber gewünscht hat, es möchte ihm diese unangenehme Aufgabe abge-nommen und demjenigen Mitglied des Regierungsrates übertragen werden, das sich gewöhnt ist, in solchen Fragen gegenüber berechtigten und unberechtigten Bunschen, die von allen Seiten kommen, Opposition zu machen.

Das vorliegende Geschäft mußte der Finanzdirektion zum Mitrapport übermittelt werden, und dieselbe hat den Standpunkt eingenommen, es solle für die neue Kirch= gemeinde nur eine Pfarrstelle vorgesehen werden. Der Regierungsrat hat auf Anregung der Finanzdirektion die finanzielle Seite, welche diese Frage barbietet, auch ge= prüft, und ich glaube, es verlohne fich bas wohl; benn ein neuer Pfarrer absorbiert den Zins eines Rapitals von 100-150,000 Fr. Das ist doch immerhin eine Anforderung an den Staat, welche zu berückfichtigen ift, auch in Zeiten, wo man nicht gerade mit Defiziten zu tämpfen hat, aber auch nicht über folche Ginnahmenüberschüsse verfügt, wie man allgemein glaubt und wie sogar der Herr Präsident der Bittschriftenkommission annimmt. Der Einnahmenüberschuß hat durch den gestrigen Beschluß des Großen Rates bereits seine Verwendung gefunden, und er ift auch nur ein einmaliger; wie die Sache fich in andern Jahren geftalten wird, weiß man nicht. Der Einnahmenüberschuß ist also nicht bleibend; dagegen wird ein neuer Pfarrer eine bleibende Ausgabe erfordern. Wenn man dabei auch nicht einseitig und ausschließlich von der finanziellen Seite reden will, so muß man fie doch ins Auge faffen, und es wäre beshalb angemeffen gewesen, wenn diese Borlage nicht nur der Bittschriftenkommission, sondern auch der Staatswirt= schaftskommission zur Berichterstattung überwiesen worden wäre.

Welches ist nun der Standpunkt der Regierung? Der Regierungsrat hat gefagt, man könne hier nicht nur die Verhältnisse der neuzukreierenden Kirchgemeinde ins Auge faffen, sondern man muffe die gesamten bezüglichen Berhältniffe in der Stadt Bern in Berückfichtigung ziehen. Nach der letten Volkszählung hat Bern rund 47,000 Einwohner. Angestellt sind dermals 11 staatliche Pfarrer. Es kommen also auf einen Pfarrer, wenn man eine gleichmäßige Repartition vornimmt, nicht viel mehr als 4000 Seelen. Das ist nun an und für sich nichts abnormes; es ift das im Gegenteil eine geringere Seelengahl, als man fie in vielen andern Rirchgemeinden des Kantons findet. So werden von nur einem Geiftlichen bedient Meiringen mit 4737, Gsteig bei Interlaten mit 7975, Brienz mit 4406, Frutigen mit 4393, Steffisburg mit 6138, Thurnen mit 5076, Wahlern mit 5116, Bolligen mit 4339, Köniz mit 6392, Münfingen mit 5455, Rirchberg mit 5982, Langenthal mit 4269 und Tramelan mit 4406 Seelen Bevölkerung, alles Gemeinden mit großer territorialer Ausdehnung, die viel schwieriger ju paftorieren find und welche Schwierigkeiten darbieten, von welchen in Bern nicht die Rede fein kann. Allein wenn man eine solche Rechnung aufstellt, so kann man derfelben nicht einfach die Bevölkerung der Stadt Bern zu Grunde legen, sondern es sind daran bedeutende Ab= ftriche zu machen. Vorerst sind einige tausend Katholiken da, welche nicht in Betracht kommen. Ferner giebt es eine Reihe von nichtstaatlichen Pfarrern und von reli=

giösen Anstalten, welche den staatlichen Pfarrern viel bon ihrer Laft abnehmen. Man hat auch einen eigenen Infelprediger, der ebenfalls einige hundert Personen bedient; man hat einen eigenen Spitalprediger im Burger= spital, woselbst alle Sonntag Gottesdienst ist, der auch von andern Leuten besucht wird; wir haben organisierte firchliche Minderheiten, die von ordinierten Pfarrern bedient werden, und daneben giebt es noch eine Reihe von Rapellen von Setten, welche ebenfo geräumig und luxuriös eingerichtet find, als viele Kirchen auf dem Land. Endlich haben wir in Bern eine erhebliche Zahl von unkirchlichen Leuten, welche nicht in die Predigt gehen und die Pfarrer nicht mit Taufen, Kinderlehre und Sochzeithalten beläftigen und von denen man nur verlangen kann, daß fie gleichwohl die Kirchensteuer bezahlen. Bieht man alles das in Betracht, fo ift es viel gesagt, wenn man auf einen Pfarrer 3000 Seelen rechnet. Das ist nun gewiß eine Zahl, welche keine Ueberarbeitung der herren Pfarrer bedingt, sondern weit unter dem bleibt, was in andern Kirchgemeinden besteht. Wenn exemplifiziert wird, daß man in neuerer Zeit auch andern Gemeinden zwei Pfarrer gegeben habe, so ift das richtig. Man hat der Gemeinde Langnau einen zweiten Pfarrer bewilligt. Allein diese Gemeinde hat eine Bevölkerung von über 7000 Seelen und ein Territorium, daß man den ganzen Stadtbezirk mehrfach daraufstellen könnte. Auch Herzogenbuchsee hat zwei Pfarrer; allein es gehört zu der Kirchgemeinde nicht nur Berzogenbuchsee, sondern auch ein ausgedehnter Bergbezirk und etwa 12 Dörfer in der Ebene; die Kirchgemeinde besteht im ganzen aus 14 Einwohnergemeinden. Das fann man also zur Exemplifitation herbeiziehen, aber in umgekehrtem Sinn, als es im Vortrage der Kirchendirektion und der Eingabe des Synodalrates geschieht. Es beweist das nämlich, daß es gegenüber einer Reihe anderer Kirchgemeinden des Rantons eine Unbilligkeit ware, wenn man die Staats= finanzen in Anspruch nehmen würde, nm da zu helfen, wo ein Bedürfnis in viel geringerem Mage vorhanden ift.

Man hat aber auch die Neberzeugung, daß der Wunsch der Lorraine nicht der Ausfluß eines eigentlichen Bedürfnisses ift, sondern aus andern Gründen gestellt wird, des kirchlichen Friedens wegen, aus kirchenpolitischen Gründen. Man fagt, es bestehen in der Lorraine ver= schiedene kirchliche Richtungen und jede möchte einen ihrer Richtung entsprechenden Pfarrer haben; werde nur ein Pfarrer bewilligt, so werde die eine Richtung durch die andere majorisiert. Es gabe zwar auch einen Mittelweg. Man foll einen Pfarrer wählen, der eine Mittelrichtung befolgt und zu dem jedermann in die Predigt gehen könnte. Nach meiner Uebezeugung ist die Hauptsache nicht ein ausgezeichneter Kanzelredner, sondern ein Mann, der auch im übrigen der Bevölkerung imponiert und namentlich im Berkehr mit der armen Bevolkerung feine Pflicht erfüllt. Es muffen noch an vielen Orten alle Leute zum gleichen Pfarrer in die Predigt, auch wenn sie nicht ganz gleicher religiöser Richtung find. Es geschieht überall, daß positive Leute einen Reformer anhören muffen und umgekehrt, und meines Wiffens ift daran noch niemand gestorben. So furchtbar gefährlich ist bas also nicht.

Nun stellt sich der Regierungsrat also auf den Boden, daß er fagt: In der Gefamtfirchgemeinde Bern find genügend viele Geiftliche vorhanden; eine Bermehrung ift nicht notwendig. Zuzugeben ift allerdings, daß die Geiftlichen auf die einzelnen Kirchgemeinden nicht ganz richtig verteilt sein mögen. Die untere Gemeinde hat auf 12,000 Seelen drei Pfarrer, die mittlere Gemeinde auf 12,000 Seelen ebenfalls drei Pfarrer; dagegen in der obern Gemeinde tommen drei Pfarrer auf 22,000 Seelen. Das ift ein Migverhältnis, das auch ohne Rreirung einer neuen Kirchgemeinde Abhülfe erfordert hätte. Der Regierungsrat glaubt daher, es folle untersucht werden, ob nicht eine bessere Verteilung der vorhandenen Pfarrstellen stattsinden könne, und ich habe die Ueberzeugung, daß die Lorraine bei dieser andern Verteilung zu ihrem Rechte kommen wird. Indem der Regierungsrat also beschlossen hat, für diese neue Kirchgemeinde dem Großen Rate nur eine Pfarrstelle zu proponieren, hat er gleichzeitig be= ichloffen, die Kirchendirektion werde eingeladen, über die Bahl und Berteilung der Pfarrstellen in den ftadtberni= schen Kirchgemeinden eine Untersuchung walten zu laffen und darüber eine Vorlage zu machen. Ich habe nichts dagegen, wenn noch positiver und der jetigen Situation beffer angepaßt gesagt würde, der Große Rat lade die Regierung ein, über diese Berteilung mit Beforde= rung eine Borlage zu machen. Damit wäre gesagt, daß es der nächsten Zukunft vorbehalten sei, den Wün= schen der Lorraine zu entsprechen.

Ich füge noch bei, daß Aussicht vorhanden ift, daß in nächster Zeit die Frage eine ganz natürliche Lösung finden wird, indem Geiftliche vorhanden find, die infolge hohen Alters nicht mehr lange im Amte sein werden. Mit dem Rücktritt derfelben werden Umstände eintreten, die ich jest nicht näher auseinandersetzen will. Ich bemerke nur, daß man dann, ohne Benachteiligung der kirchlichen Interessen, den Wünschen der Lorraine wird

entsprechen können.

Dies sind die Gründe, aus denen der Regierungsrat zu seinem Antrag gekommen ist, den ich Ihnen zur An= nahme empfehle.

Gugger. Ich möchte Ihnen wärmstens den Antraq der Kommission empfehlen, für die neuerrichtete Kirch= gemeinde zwei Pfarrftellen vorzusehen. Wenn man eine neue Kirchgemeinde kreiert, so soll man auch alles, was dazu gehört, recht machen und so einrichten, wie es sein Deswegen kann man gleichwohl den Untrag des Herrn Finanzdirektors annehmen, es seien die Pfarrverhältniffe in der Gemeinde Bern näher zu prufen und es fei die Kirchendirektion einzuladen, darüber eine Vorlage zu machen. Die Gründe, welche für eine zweite Pfarrftelle sprechen, sind Ihnen vom Herrn Kommissionspräsidenten so ausführlich auseinandergesett worden, daß es nicht möglich ist, noch weiteres anzubringen. Ebenso sind die vorberatenden Behörden, mit Ausnahme des Regierungs= rates, für die zweite Pfarrstelle eingetreten. Es ift klar, daß in einem so großen Bezirk von 6000 Einwohnern die paftorale Thätigkeit eine außerordentlich große ift, namentlich wenn man es mit so vielen Armen und Aermsten zu thun hat, wie es in dieser neuen Gemeinde der Fall sein wird. Der gegenwärtige Pfarrer der neuen Gemeinde, den beide Richtungen definitiv gewählt zu sehen wünschen, und der schon lange Zeit im Quartier wohnt und mit den Berhältniffen und mit der Bevölke= rung vertraut ift, hat denn auch erklärt, die Pflichten und Aufgaben eines einzigen Pfarrers feien fo groß, daß er sich, wenn nur eine Pfarrstelle errichtet werde, nicht dazu verstehen könne, das Amt zu übernehmen. 3ch

benke, eine solche Erklärung sei auch etwas zu berückfichtigen. Im Vortrage des Regierungsrates wird in Bezug auf die alte Nydeckgemeinde gesagt: "Wie soll nun das Verhältnis der Pfarrstellen im Sinblick auf die neuzugründende Kirchgemeinde im Lorraine-Breitenrainebezirk für die Zukunft geordnet werden? Daß die alte Nydeckgemeinde auch fernerhin Anspruch auf zwei Pfarrstellen hat, wird nicht geleugnet werden können. Ihr Personalbestand in den Kirchengliedern ist mindestens der nämliche geblieden wie im Jahre 1860, wo das Bedürfnis nach einer zweiten Pfarrstelle gesetlich anerkannt wurde." Nun wird zugegeben, daß die neue Kirchgemeinde gleich groß ist, wie die künftige Nydeckgemeinde, und es wird sich die neue Gemeinde in nächster Zeit mit Kücksicht auf den Bau der Kornhausbrücke noch erheblich vergrößern. Wenn nun der Kegierungsrat sagt, für die alte Kirchgemeinde seien absolut zwei Pfarrer nötig, so liegt jedenfalls die gleiche Rotwendigkeit auch für die neue Kirchgemeinde vor. Ich empsehle Ihnen daher den Antrag der Kommission.

Was das Armengut anbetrifft, so bin ich einverstanden, daß ins Dekret ein Paffus aufgenommen wird, welcher fagt, daß das Armengut der bisherigen Rydecksgemeinde im Verhältnis auf die beiden neuen Gemeinden

verteilt werden foll.

Eggli, Rirchendirektor. Ich mochte mir nur einige Worte erlauben über die mutmaßlichen Ergebniffe einer Untersuchung über eine andere Berteilung der Pfarrstellen. Ich verspreche mir nach dieser Richtung nicht viel Positives. Etwas anderes ift es vielleicht in Bezug auf die andere Frage, ob die Gefamtfirchgemeinde von Bern fich ju vermehrten Leiftungen herbeilaffen würde. Rach der Bolkszählung von 1888 hatte die Stadt Bern eine protestan= tische Gesamtbevölkerung von 42,504 Seelen. Davon entfallen auf die untere Gemeinde, Lorraine-Breitenrain inbegriffen, 11,983 ober rund 12,000 Seelen. Auf biefe Seelenzahl kommen drei Geistliche, bezw. vier, sofern Sie der Lorraine einen zweiten Pfarrer zuerkennen. Die Münftergemeinde hat eine protestantische Bevölkerung von 10,641 Seelen mit drei Geiftlichen. Der Bebolkerungs= 3ahl nach ift fie die kleinfte. Wenn man aber, was in Bezug auf die politische Einteilung bereits geschehen ift, das Kirchenfeldquartier zur Münftergemeinde ichlagen würde, so würde die protestantische Bevölkerung bedeutend anwachsen, abgesehen von der seit der letten Bolks= gählung eingetretenen Bevölkerungsvermehrung. Man darf ferner nicht außer Acht lassen, daß im Münster, das die älteste Kirche, die Kirche des Schuspatrons von Bern ist, auch Spezialgottesdienste abgehalten werden, Frühgottesdienst während der heiligen Zeiten und auch Spätgottesdienste, an welchen alter Uebung gemäß die Bevölkerung aus der ganzen Stadt teilnimmt. Dazu tommt, daß die auswärtigen Cheeinsegnungen haupt= fächlich in der Münfterkirche ftattfinden. Mit Rückficht auf alles dies glaube ich, man könne auch hier nicht sagen, daß zu viel Geiftliche angestellt seien. Die obere Gemeinde weift nach ber Boltszählung von 1888 eine protestantische Bevölkerung von 19,880 Seelen auf, welche Zahl fich feither jedenfalls noch bedeutend vermehrt hat. Da besteht nun ein Mißverhältnis, aber nicht in der Weise, daß man etwa einen der drei Geiftlichen ver= wenden konnte, um in der Lorraine auszuhelfen, fondern das Migverhältnis besteht darin, daß dort eine Pfarrftelle zu wenig ist. Es liegt benn auch ein Begehren um Kreirung einer weitern Pfarrstelle vor, das die Rirchendirektion in nächster Zeit behandeln wird. Umgekehrt besteht aber eine Anomalie an einem andern Ort. Wir haben in Bern zwar teine französische Kirchgemeinde, sondern es ift dieselbe organisch in die Münftergemeinde verlegt; aber wir haben für die französisch-sprechende Bevolkerung zwei Geiftliche. Run macht aber bie franzöfisch-sprechende protestantische Bevölkerung nach einer Mitteilung des Herrn Kirchmeiers nur rund 1200 Seelen aus. Da konnte man also von einem Migverhältnis fprechen, das man vielleicht in späterer Zukunft zu heben fuchen wird. Aber so weit die Geiftlichen für die deutsch= sprechende Bevölkerung in Betracht kommen, glaube ich nicht, daß wir ein Austunftsmittel finden werden, um die Bedürfnisse der Lorraine=Breitenraingemeinde ohne Errichtung einer weitern Pfarrstelle befriedigen zu können. Ich habe geglaubt, Ihnen diese Aufschlüsse noch erteilen zu sollen.

Probst (Edmund). Vorerst möchte ich, weil das Dekret sich über die Errichtung einer neuen Pfarrstelle ausspricht, mitteilen, um allen Irrtümern vorzubeugen, daß es sich nicht darum handelt, eine neue Pfarrstelle zu errichten, sondern einzig darum, eine der Pfarrstellen an der Rydeck an die neue Kirchgemeinde übergehen zu lassen. Wenn Sie also für die neue Kirchgemeinde zwei Pfarrstellen beschließen, so handelt es sich nur um die

Errichtung einer neuen Pfarrftelle.

Sodaun möchte ich Ihnen noch aus andern Gründen den Antrag der Kommission empfehlen. Der Herr Finanzdirektor hat allerdings gesagt, es werde für die kirchlichen Bedürfnisse auch anderweitig gesorgt, durch Kapellen links und rechts. Ich glaube, gerade das sollte der Große Kat vermeiden, das Pietistenkapellen 2c. nötig werden. Wir wollen diese Sorte von Rirchengenoffen nicht noch extra unterstützen, und es ift Pflicht des Staates, daß er die Landeskirche, so lange wir eine solche haben, so ausstattet, daß sie allen Staatsbürgern gerecht zu werden im stande ist. Ich glaube, das sei der Standpunkt, der für die Errichtung neuer Pfarrstellen maß= gebend fein foll. Der herr Finanzdirektor hat uns auch gefagt, man wünsche einen zweiten Pfarrer aus Gründen bes kirchlichen Friedens. Das ist ganz richtig. Wenn wir nur einen Pfarrer erhalten, den uns die Rydeckgemeinde abtreten foll, so haben wir sofort Rampf. Wir werden den Pfarrer zu mahlen haben, und wie der Rampf ausfällt, wiffen wir noch nicht. Bielleicht fällt er zu gunften der Reformrichtung aus und dann werden uns die andern ben Rücken kehren, und doch find dies diejenigen, welche, das muß ich offen bekennen, die Kirche mehr besuchen. Es ift auch gesagt worden, das Lorraine-Breitenrain-quartier sei zum großen Teil ein Armenquartier. Das ift wahr. Aber nicht nur das; man wirft unferem Quartier noch andere Dinge vor; man fagt, wir haben Befferung nötig, und mit Ruckficht auf diese Befferung möchte ich Sie ersuchen, uns zwei Pfarrer zu gewähren und nicht bloß einen.

Steiger, Regierungsrat. Da im Regierungsrat Mehrheit und Minderheit nahe zusammen gingen, so erlaube ich mir auch noch ein Wort zur Empfehlung des Antrages der Bittschriftenkommission. Ich glaube, es lasse sich dieser Antrag, trotz den sehr gut angebrachten

Gründen des herrn Finanzdirektors, fehr wohl recht= fertigen. Wenn Sie die Ausführungen des herrn Fi= nangdirektors aufmerkfam verfolgt haben, fo werden Sie bemerkt haben, daß die Mehrheit der Regierung felbst zugiebt, bei einer nähern Untersuchung werde das Resultat für die Lorraine wahrscheinlich oder mit Sicherheit das sein, daß ihr zwei Geiftliche zukommen sollen; man solle aber noch etwas abwarten, bis eine Untersuchung vorgenommen sei. Das scheint mir nun die Schwäche bes Standpunktes der Mehrheit ber Regierung ju fein, daß fie nicht bestreiten kann, daß für die Lorraine zwei Pfarrstellen wünschenswert seien. Gin Zuwarten, wie es die Regierung beantragt, hätte wenig zu bedeuten, wenn die Kirchgemeinde Lorraine bereits einige Zeit bestanden hatte und nun mit dem Gesuch um einen zweiten Pfarrer einkäme. Allein so ist die Sache nicht, sondern die Ge= meinde wird ganz neu organifiert, sie steht also am Be-ginn ihrer Entwicklung, und da frage ich: Wenn doch das Bedürfnis unzweideutig auf die Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten Pfarrstelle hinweift, warum dann nicht in dem Momente, wo man sich überhaupt mit der Organisation beschäftigt, die Gemeinde gerade so ein= richten, wie man überzeugt ift, daß es doch kommen werde? Es ift bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Frage der Befetzung der Pfarrftelle eine fehr schwierige ist, so bald Sie nur einen Geistlichen gewähren. Und wenn man in einer Gemeinde einmal eine Spaltung hervorgerufen hat, so ift es dann oft schwer, nach= träglich die Sache etwas zu beffern. Wir wollen daher gerade von Anfang an thun, was wir in fechs Monaten oder in einem Jahr doch thun muffen. Ich kann mir nicht denken, daß eine Untersuchung über die Pfarrverhältniffe der Stadt Bern für die Lorraine etwas andern murbe. Die topographischen Berhaltniffe des Bezirks find berart, daß derfelbe notwendigerweise zusammengehört und kein Stück davon abgetrennt werden kann. Der Bezirk wird im Gegenteil noch zunehmen. Glauben Sie in der Stadt Verschiebungen vornehmen zu können, so können Sie dies auch thun, nachdem Sie der Lorraine zwei Pfarrstellen bewilligt haben. Die Zeit ift zum Blud vorbei, wo man geglaubt hat, ein Geiftlicher der Landesfirche habe nichts zu thun, als am Sonntag eine Predigt zu halten und in der Woche etwa zwei oder drei Unterweifungen. Man hat mehr und mehr eingesehen, daß ein richtiger Geistlicher nebst feinen genannten Funktionen im sozialen Leben unserer Zeit eine große und ernste Aufgabe hat; und nirgends mehr ist dieses Bedürfnis vorhanden, als in einer städtischen Bevölkerung mit ihrer großen Mannigfaltigkeit, ihren viel ausgeprägteren Gegenfähen von Reich und Urm und ihren Unschauungen und Richtungen aller Art. Man muß sich nicht über den untirchlichen Sinn gewiffer Schichten der Bevölkerung beklagen, wenn man nicht auch der Landes= kirche die nötigen Organe geben will, welche ihr ermög-lichen, in sozialer Richtung, auf dem Gebiet des Armen-wesens, der Schule, der Belehrung überhaupt, etwas Fruchtbares und Positives zu schaffen. Es wäre ein Fretum, zu glauben, es kommen in der Stadt Bern auf einen Geiftlichen nur 3000 Seelen. Die Zahl der Beift= lichen beträgt nach Abzug der beiden französischen Pfarrer nur neun (Scheurer: Ja, aber das find auch Leute! [Heiterkeit]). Es darf auch nicht einzig auf die paar wenigen Landgemeinden hingewiesen werden, welche eine größere Bevölkerung haben. Ich habe einen Blid in

bas Berzeichnis der Kirchgemeinden geworfen, und ich habe nahe an 50 Kirchgemeinden gefunden, welche nicht einmal 1000 Seelen zählen, und mehr als doppelt so viele haben nicht einmal 2000 Seelen. Es sind nur ganz wenige mit 5000, 6000 und 7000 Seelen. Und in Bezug auf diese wirft man der Kirche vor, sie thue zu wenig, und deshald fresse sich das Sektenwesen ein. Wir sollen die Uebelstände nicht groß werden lassen, ehe wir ihnen abhelsen, sondern wenn wir eine junge Kirchgemeinde vor uns haben, in welcher die Leute aller Kichtungen zusammenstunden, um ein einiges Gemeinwesen zu bilden, so wollen wir sie unterstüßen und ihr schon heute das geben, was wir ihr in 6 oder 12 Monaten doch geben müßten. Aus diesen Gründen möchte ich den Antrag der Bittschriftenkommission unterstüßen.

Scheurer, Finanzdirektor. Nur ein Wort, weil Herr Kollege v. Steiger von einer Mehrheit und einer Minderheit im Regierungsrat gesprochen hat. Es ist allerdings richtig, daß der Regierungsrat nicht einstimmig gewesen ist. Das hört man auch heute, indem ein Mitglied direkt gegen den Anträg des Regierungsrats plaidiert und das andere denselben mehr als nur schwach vertreten hat. Im Regierungsrat haben 4 Mitglieder gegen 3 gestimmt. Aber der Herr Präsident, der nicht stimmte, war ebenfalls mit der Mehrheit einverstanden und Herr Stockmar, der nicht anwesend war, so viel ich weiß, auch, so daß doch eine erhebliche Mehrheit vorhanden war. Heute ist die Sache umgekehrt. Zwei Mitglieder kämpsen gegen den Regierungsrat, und nur mir ist es vorbehalten, seinen Antrag zu verteidigen.

Sobann eine Bemerkung bezüglich des mutmaßlichen Resultats einer Untersuchung, wie sie der Regierungsrat beantragt. Der Herr Kirchendirektor betrachtet dieses Resultat nicht als ein sehr fruchtbares und positives. Ich sage aber: Was wird geschen, wenn zwei Pfarrestellen beschlossen werden? Dann haben wir nicht nur ein mutmaßliches, sondern ein sehr sicheres Resultat. Vorerst haben wir einen Pfarrer mehr, und nächstens werden wir noch einen weitern dazu bekommen; denn wenn 12,000 Seelen in der unteren Gemeinde 4 Pfarrer und in der mittlern 3 Pfarrer haben, so wird die obere Gemeinde mit 22,000 Seelen sich nicht mehr mit 3 Pfarrern begnügen wollen. Wie Sie hörten, hat auch der Herre bereits aufmarschieren lassen. Die Folge der Annahme des Antrages der Bittschriftenkommission wird also die sein, daß wir in kurzer Zeit in Vern eine Vermehrung um 2 Pfarrer, von 11 auf 13, haben.

Scherz, Berichterstatter der Bittschriftenkommission. Ich möchte doch auf einige Unrichtigkeiten in den Ausstührungen des Herrn Finanzdirektors aufmerksam machen. Es ist unrichtig, im Borhandensein eines Burger= und eines Inselhpitalpredigers für die andern Pfarrer eine Entlastung zu erblicken; denn diese beteiligen sich in keiner Weise an der Armenpslege und dem religiösen Unterricht. Und was das Verhältnis der Katholiken und Sektierer anbetrifft, so ist auch dies jedenfalls übertrieben dargestellt worden. Auch ist klar, daß wenn man auch eine der französischen Pfarrer nicht nach der Lorraine thun könnte; denn dort sprechen die Leute vorläusig nicht französisch. Die Bittschriftenkommission mußte sich sagen,

es stehe einer Untersuchung durch die Regierung nichts im Wege; allein zu gleicher Zeit sei es ein Gebot der Billigkeit, in der Lorraine zwei Pfarrstellen zu kreieren. Ich sehe nicht ein, weshalb das nicht sofort geschehen soll, wenn man doch die Rotwendigkeit zugiedt. Die Regierung kann deswegen gleichwohl einen Ausgleich zu treisen suchen, obwohl ich mit dem Herrn Kirchendirektor dafürhalte, daß ein solcher gar nicht möglich sein wird.

Abstimmung.

Art. 4.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Dieser Artikel muß nun eine kleine redaktionelle Aenderung erleiden, indem gesagt werden muß "in welchem die Geistlichen an den neu kreierten Pfarrstellen ihr Amt antreten".

Mit der vorgeschlagenen redaktionellen Aenderung angenommen.

Art. 5.

Angenommen.

Präsident. Herr Scherz hat vorhin angedeutet, daß er noch einen neuen Artikel vorzuschlagen wünsche. Ich erteile ihm das Wort.

Scherz, Berichterstatter der Bittschriftenkommission. Es ist mehr ein persönlicher Antrag, den ich stelle. In der Situng der Bittschriftenkommission wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es sich auch um die Ausscheidung von Armengütern handle. Die Rydeckgemeinde besitzt nämlich ein Armengut von 26,000 Fr., das auf die beiden Kirchgemeinden verteilt werden muß. Ich habe mit dem Hern Kirchendirektor über die Sache gesprochen, und er ist einverstanden, daß man folgenden neuen Antrag aufnimmt, der als Art. 3 einzuschalten wäre: "Das Armengut der bisherigen Kirchgemeinde ist zwischen der Rydeckgemeinde und der neugebildeten Kirchgemeinde angemessen zu verteilen."

Eggli, Rirchendirektor, Berichterstatter des Regie=

rungsrats. Ich habe persönlich gegen die Aufnahme dieses Artikels nichts einzuwenden. In der Eingabe der Rydeckfirchgemeinde war davon nicht die Rede, und desshalb ist hierüber auch nichts in den Vortrag aufgenommen worden. Es versteht sich zwar von selbst, daß die Beshörden der Gesantkirchgemeinde eine angemessene Repartition vornehmen werden, und jedenfalls würde der Rezierungsrat auch eine bezügliche Weisung erteilen. Indessen schart beantragte Sat noch ausdrücklich als neuer Art. 3 ins Dekret aufgenommen wird.

Angenommen.

Es folgt nun noch die

Schlußabstimmung.

Für Unnahme des Defrets Mehrheit.

Juterpellation des herrn Großrat Jenni betreffend landwirt: schaftliche Berufsbildung.

(Siehe Seite 195 hievor.)

Jenni. Die Interpellation, welche ich mir zu stellen erlaubt habe, lautet: "Welche Schritte gedenkt die Regierung zur Förderung und Berallgemeinerung der landwirtschaftlichen Berufsbildung zu thun." Im Jahre 1890 wurde im Großen Kat eine Motion gestellt und begründet, die auf eine Berbefferung der landwirtschaftlichen Berufsbildung hinzielte. Der Zweck dieser Motion ging dahin, den Behörden nachzuweisen, daß die landwirtschaftliche Berufsbildung, der landwirtschaftliche Unterricht in seiner gegenwärtigen Organisation für unsern vornehmlich Landwirtschaft treibenden Kanton durchaus ungenügend sei und daß angesichts der immer komplizierter sich gestaltenden Betriebsverhältnisse und der immer schwieriger werdenden Erwerbsverhältnisse eine tüchtige Berufsbildung der Landwirte zur allgemeinen Notwendigkeit geworden sei. Der Große Kat hat damals dieser Unsicht beigepslichtet und durch Erheblicherklärung der Motion die Kegierung eingeladen, der Frage näher zu treten, dieselbe zu untersuchen und gelegentlich darüber Bericht zu erstatten.

Es sind nun seither volle drei Jahre verstoffen, und noch immer wartet der Große Rat, und mit ihm die landwirtschaftliche Bevölkerung, auf eine Antwort der Regierung. Es muß allerdings zugegeben werden, und es soll dies hier erwähnt sein, daß während diesen drei Jahren in der Besetzung der Landwirtschaftsdirektion ein wiederholter Wechsel stattgefunden hat, was wohl zur Folge hatte, daß dieser Gegenstand vorläufig auf die Seite gelegt wurde, um nach und nach der Vergessenheit anheimzufallen. Ich glaube nun, es sei Pflicht des

damaligen Motionsstellers, nachdem von der Regierung noch keine Antwort eingelangt ift, dieselbe burch eine Anfrage aus ihrem beharrlichen Schweigen aufzurütteln. Abgesehen von der absoluten Dringlichkeit einer unverzüglichen Untersuchung dieser wichtigen Frage, glaube ich, es sei ein Gebot der Selbsterhaltung und es sei eine Ehrenfache für den Motionssteller, daß er gegenüber dem Berhalten der Regierung Stellung nehme. Bei einem längern Stillschweigen könnte sowohl hier im Großen Rate, als in noch höherem Maße draußen im Volke der Berdacht Raum gewinnen, es sei die s. Z. gestellte Motion eine nicht genügend vorbereitete gewesen, es sei dieselbe nicht von der Bedeutung, die man ihr beilegte, und es habe überhaupt die Regierung gefunden, es verlohne fich nicht der Mühe, darauf einzutreten. Gegen eine folche Auffaffung mußte ich mich entschieden verwahren, und ich muß mich gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Verantwortung entheben, es sei der damalige Motions= steller einverstanden, daß die Motion auf die Seite gelegt wurde. Ich spreche überhaupt im Namen vieler Mitglieder des Großen Rates, wenn ich den Wunsch aus= spreche, es möchte die Regierung nicht das Shstem aufkommen laffen, Motionen einfach auf die Seite zu legen. Es ware das allerdings ein Mittel zur Vereinfachung bes Staatshaushaltes; aber ich glaube, die Regierung sei dem Großen Rate schuldig, auf seine Anträge zu

gegebener Zeit zu antworten.

Die von mir seiner Zeit eingebrachte Motion hat folgenden Wortlaut: "Der Regierungsrat wird einge-laden, die Frage zu untersuchen und darüber Bericht und Antrag zu hinterbringen, in welcher Weise in Rück-sichtnahme auf bereits bestehende landwirtschaftliche Unterrichtsanftalten die Bervollständigung der Mittel anzu-ftreben sei, um der weiten Schicht der landwirtschaft= lichen Bevölkerung die Erwerbung der erforderlichen Berufsbildung zu ermöglichen." Es kann fich heute nicht darum handeln, auf die Frage nochmals näher einzutreten, um so mehr, da ich dem Herrn Präfidenten ver= sprochen habe, mich möglichst kurz zu fassen. Ich konsta= tiere nur die Thatsache, daß der Ranton Bern auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Berufsbildung in der letten Beit bedeutend zurückgeblieben ift, was nicht bestritten wird, und ich konstatiere ferner die Notwendigkeit, daß in dieser Beziehung unverzüglich hand ans Werk gelegt werden muß. Bern muß fich wirtschaftlich aufraffen, wenn es gegenüber den Miteidgenoffen nicht immer weiter zuruckbleiben will. Der Staat muß feine ganze Kraft einsetzen und jedes Mittel benützen, das ihm geeignet erscheinen mag, das wirtschaftliche Leben in unserm Kanton, sei es nun auf dem Gebiete der Land-wirtschaft oder des Gewerbes oder der Industrie, zu Andere Staaten und Rantone haben biefe Pflicht schon längst eingesehen, und die Erfahrung hat bewiesen, daß die Grundlage eines rationellen Wirtschaftsbetriebes, sei es auf dem Gebiete der Landwirtschaft oder des Gewerbes, in der Berufsbildung liegt. Eingebenk dieser Thatsache haben andere Staaten und Kantone schon seit Jahrzehnten darauf hingearbeitet, ihre Bürger beruflich immer beffer zu bilden. Und die Früchte dieser Bestrebungen find auch nicht ausgeblieben. Ich erinnere daran, daß man in Baden und Württem= berg nicht bloß durch höhere und niedere Bildungsanstalten die Landwirtschaft und das Gewerbe zu heben suchte, sondern noch weiter gegangen und nach und nach

zur Einsicht gekommen ist, es sollte die Berufsbildung zum Gemeingut der Bürger gemacht werden. Es sind auch in dieser Beziehung bereits Anfänge gemacht worden, welche von großem Erfolge gekrönt sind.

Präsident. Ich möchte Herrn Jenni ersuchen, sich nicht zu sehr in einer Begründung seiner früher gestellten Motion zu ergehen. Die Gründe für seine Motion sind ja seiner Zeit bereits erörtert worden. Heute handelt es sich lediglich um die Interpellation.

Jenni (fortfahrend). Man hat dort Fortbildungsschulen eingeführt — ich glaube, es sei nötig, dies zu sagen, sonst kann ich mich ja darauf beschränken, den Wortlaut der Interpellation abzulesen — und man hat mit diesen Fortbildungsschulen den landwirtschaftlichen

oder gewerblichen Unterricht verbunden.

Nach der Mahnung des herrn Präsidenten will ich kurz sein und nur die Frage auswersen: Was hat Bern in dieser Beziehung dis jetzt gethan? Die Antwort Lautet: Bern hat dis jetzt auf dem Gediete solcher Bestrebungen sehr wenig geleistet. Wir haben allerdings in der Letzten Zeit Anstrengungen gemacht, um das gewerbliche Leden durch Errichtung einer Gewerdeschule zu fördern. Der Fehler ist nur der, daß diese Gewerdeschule nicht 20 Jahre früher erstellt worden ist. Auf Landwirtschaftlichem Gediete haben wir, abgesehen von der Landwirtschaftlichen Schule auf der Rütti, keine weitern Schritte gethan. Die Rüttianstalt hat allerdingsseiner Zeit den Ansorderungen voll und ganz entsprochen; allein den heutigen Bedürsnissen genügt sie nicht mehr, indem die Landwirtschaftlichen Betriedsverhältnisse total andere geworden sind. Die Gründe dasür will ich nicht näher außeinandersehen, da der Herr Präsident dies nicht gestattet.

Ich gehe weiter und sage: Was versteht man unter der Berallgemeinerung des landwirtschaftlichen Unterrichts? Wie will man ihn organisieren? Da ich f. Z. bei Begründung der Motion die Sache eingehend erörtert habe, will nicht darauf zurückkommen, sondern verweise auf die damaligen Verhandlungen. Ich habe mir damals erlaubt, nur einige Punkte herauszugreifen, wie man den landwirtschaftlichen Unterricht im Kanton Bern nach und nach durchführen könnte. Ich ftellte kein definitives Projekt auf, indem ich der Regierung nicht vorgreifen wollte. Seute könnte man vielleicht etwas weiter gehen, und gestützt auf Besprechungen, welche feither ftattge= funden haben, glaube ich, es wäre am zweckmäßigften, wenn man den Versuch machen würde, die in meiner Motion in Aussicht genommene landwirtschaftliche Winter= schule mit den Jahreskursen der landwirtschaftlichen Schule zu verbinden. Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, wenn man eine landwirtschaftliche Winterschule errichte, so werde dieselbe die landwirtschaft= liche Schule auf der Rütti untergraben. Es wäre diefe Befürchtung allerdings einigermaßen etwas berechtigt, wenn man die Schule auf ber Rutti auf dem gegenwärtigen Boden belassen wollte. Ich glaube aber, wenn man die Winterschule auf die Rütti felbst verlegt, fo trete man damit diefer Befürchtung entgegen, und ich bin überzeugt, daß eine Kombination der beiden Jahresturse mit zwei Winterfursen ganz gut stattfinden konnte. Da eine nähere Motivierung nicht erlaubt ist, will ich auch hier keine weitern Worte verlieren.

Wenn durch die kurze Anfrage, die ich leider nicht in der Weise begründen konnte, wie ich es im Interesse der Sache gewünscht hätte, die Regierung veranlaßt wird, Schritte zu thun und die Prüfung der angeregten Frage an die Hand zu nehmen, so ist der Zweck meiner Interpellation erreicht.

v. Wattenwyl, Direktor ber Landwirtschaft, Berichterstatter bes Regierungsrats. Die Motion bes herrn Jenni ift in der Sigung vom 2. Juni 1891 erheblich erklärt worden. Es war das zu einer Zeit, wo ich noch nicht die Ehre hatte, an Ihren Verhandlungen teilzu= nehmen; immerhin steht mir bas Material zur Ber-fügung. Es wäre nun unbillig, wenn man sagen wollte, die Regierung habe noch nichts gethan. Unmittelbar nach der Erheblicherklärung der Motion wurde die Angelegenheit an die Aufsichtskommission der landwirtschaft= lichen Schule gewiesen, um zu prüfen, wie man dem herrn Motionsteller gerecht werden könnte. Der Bericht der Direktion der Landwirtschaft pro 1891, also un= mittelbar nachdem die Motion gestellt worden, fagt: "Um den Wunsch und das Bedürfnis zur Abhaltung landwirtschaftlicher Winterturse, welche Institution der Motion= steller hauptsächlich im Auge haben mochte, zu konsta= tieren, wurde in fieben öffentlichen Blättern eine Aus= schreibung erlassen, daß bei genügender Teilnehmerzahl auf Ende Januar 1892 an der landwirtschaftlichen Schule Rütti ein landwirtschaftlicher Winterkurs von vier bis fünf Wochen abgehalten werde und daß daherige Unmelbungen entgegengenommen würden. Es liefen nur drei Unmeldungen ein, worunter eine von Lieftal. Unter diesen Umständen mußte von einer Ausführung des Projektes Umgang genommen werden." Im hinblick auf diese geringe Zahl von Anmeldungen für einen Winterkurs hat die damalige Direktion der Landwirtsschaft gefunden, daß sich in der Landwirtschaftlichen Bevölkerung das Bedürfnis nach solchen Winterkursen nicht so kundgebe, wie es von Seite des herrn Motionsstellers feiner Zeit vielleicht dargestellt wurde. Immerhin soll damit nicht gesagt sein, daß die Sache nun auf sich beruhen soll, sondern ich kann Ihnen mitteilen, daß die Regierung eine Kommiffion ernennen wird, um die Sache weiter zu prüfen. Dieser Kommission wird man bann auch einen von Herrn Daucourt in einer frühern Sitzung des Großen Rates ausgesprochenen Wunsch unterbreiten, es möchte die Frage des landwirtschaftlichen Bildungs= wesens im Jura geprüft werden. Es wird der Regierung nur angenehm fein, in diefe Kommiffion folche Leute zu wählen, welche Gelegenheit haben, die Frage gründlich zu ftudieren, sowohl vom finanziellen, als vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus. Wir werden bann hoffentlich zu einem Refultat kommen, das jedermann gerecht wird.

Ich resumiere: Die Motion des Herrn Jenni ift seiner Zeit nicht unter den Tisch gewischt worden. Die Direktion der Landwirtschaft wollte die Sache praktisch erproben und wenn der Bersuch gescheitert ift, so war die Gleichgültigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung daran schuld, indem sich zeigte, daß man diese Winterschulen nicht wünscht. Die Regierung wird indessen eine Kommission ernennen, welche die Frage in allen Teilen prüsen und in welcher den Herren Gelegenheit geboten sein wird, ihre Wünsche anzubringen.

Damit ift diese Interpellation erledigt.

Auf Antrag des Präsidiums wird die Abhaltung einer Nachmittagssitzung beschlossen und deren Beginn auf 2 Uhr festgesetzt.

Schluß der Sigung um 121/4 Uhr.

Der Redacteur: And. Schwarz.

Fünfte Sitzung.

Donneeging den 8. Müeg 1894,

nachmittags 2 Uhr.

Vorfigender: Präfident Wyß.

Das Protokoll der Bormittagsfitzung wird abgelefen und genehmigt.

Cagesordnung:

Mahnung des Herrn Großrat Dürrenmatt betreffend die Polks: abftimmung über das Schulgefet.

(Siehe den Wortlaut diefer Mahnung Seite 206 hievor.)

Präsident. Man kann im Zweifel sein darüber, ob der Antrag des Herrn Dürrenmatt den Charakter einer Mahnung oder einer Motion hat, und um darüber von vornherein die Diskuffion abzuschneiden, habe ich die Mahnung schon gestern auf den Kanzleitisch auslegen lassen, so daß dieselbe als Mahnung oder als Motion behandelt werden kann. Ob Sie den Antrag als Motion oder als Mahnung behandeln, kommt übrigens aufs gleiche hinaus, indem nach Art. 60 des Reglements sowohl bei einer Motion als bei einer Mahnung nur über die Erheblichkeit abgeftimmt werden kann und nicht über die definitive Annahme des betreffenden Antrages. Ich beantrage Ihnen, den Antrag als Motion zu behandeln.

Einverstanden.

Dürrenmatt. Mein Antrag geht dahin, es möchte die Volksabstimmung über das Primarschulgesetz, die auf den 6. Mai angesetzt worden ift, auf einen spätern Zeit-punkt verschoben werden, den der Versammlung durch Nennung eines neuen Datums vorzuschlagen ich mir nicht

Ich bin dem Herrn Bräsidenten dankbar für die Erörterung über ben Charafter ber Mahnung und ber Motion. Ich habe meinen Antrag allerdings Mahnung genannt, weil ich nicht wußte, ob die Seffion vielleicht schon gestern geschlossen werde, und da hätte die Mahnung

den Borzug gehabt, daß sie vor der Behandlung nicht 24 Stunden auf dem Kanzleitisch aufzuliegen braucht. Dem Wesen meines Antrages entspricht allerdings die leberschrift "Mahnung" nicht. Es ist keine Mahnung an die Kegierung, oder es wäre denn vielleicht eine Mahnung zum Langsamfahren in Bezug auf die Bolksabstimmung betreffend das Schulgeset, ungefähr wie jener Fuhrmann, ber in die Stadt fahren wollte und einen Bauer fragte, ob er heute noch in die Stadt komme, zur Antwort erhielt: Wenn Ihr langsam fahrt. Aehnlich ist die Situation in Bezug auf das Schulgesetz. Wenn wir langsam fahren, so bringen wir es vielleicht in den Hafen; andernfalls zweisle ich fehr, daß wir die Stadt erreichen werden. Mein Antrag ift lediglich aus der Wahrnehmung hervorgegangen, daß bie Chancen für Annahme bes Schulgesetzes im Land herum nicht gut stehen. Es fällt mir nicht ein, deswegen dem Schulgesehentwurf den Prozes machen zu wollen und zu sagen, weshalb die Chancen nicht gut stehen. Ich konstatiere nur, daß so viel ich gehört und mit den Leuten zu verkehren Gelegenheit habe, jedermann, ohne Unterschied der Partei, mächtige Zweifel hat, daß daß Schulgesetz werde angenommen werden. Den haupteinwand bilden allerdings die beschloffenen 3/10 0/00 Steuer= erhöhung, und in diefer Beziehung darf man mit den Leuten nach dem schlimmen Jahr, das wir hinter uns haben und das seine Folgen noch jetzt geltend macht,

nicht allzu ftreng ins Gericht geben. Die Bauern und handwerksleute haben tein Geld, und viele, die gerne für das Schulwesen ein Opfer brachten, sagen: In diefer Zeit mußt ihr uns nicht mit einer Steuererhohung kommen. Es mögen auch sonft noch Beftim= mungen im Gefet vorhanden fein, die nicht popular find; aber ich fürchte, ich würde ihre Aufmerksamkeit miß-brauchen, wenn ich darauf zu sprechen kommen wollte. Daß wirklich die Gefahr besteht, daß das Schulgeset am erften Maisonntag zu Falle tommt, wird in diesem Saale

schwerlich geleugnet werden.

Es liegen uns gegenwärtig noch andere Fragen vor, die ebenfalls mit der Annahme des Schulgesetzes in einem gewiffen Zusammenhang stehen. Das Schulgeset legt dem Kanton Bern eine jährliche Mehrausgabe von 7—800,000 Fr. auf. Wo dieses Geld auf eine längere Reihe von Jahren hernehmen? Darüber sind wir bis jett noch nicht belehrt worden. Auch wenn die 3/10 %00 Steuererhöhung beschloffen werden sollten, so hat dies nur Gültigkeit für eine Reihe von 5 Jahren. Nachher muß der Große Rat wieder vor das Bolk treten und neuerdings eine Bewilligung verlangen. Es find aber auch noch andere Mittel und Wege namhaft gemacht worden, um die Mittel für das Schulgesetz zu beschaffen, und da sage ich: «A tout seigneur tout honneur!» Ich will zuerst namhaft machen, was in der Bundesversammlung selber im Thun ift. Es ist dort die Frage der Subvention des Volksschulwesens aufgeworfen worden, und sie wird im Laufe der nächsten Monate von der Bundes= versammlung, stelle ich mir vor, entschieden werden. Sollte dieses Vorgehen Erfolg haben, so würde dies natürlich manchem gutgesinnten Schulfreund etwa nächsten Herbst ermöglichen, auch für das Schulgeset zu stimmen. Neben dieser offiziellen Unterstützung von Seite des Bundes ift in der letten Zeit auch eine nichtoffizielle in Szene gesett worden, eine Bewegung, die man mit dem Ramen Zweifrankeninitiative oder Zweifrankenbegehren bezeichnet hat. Auch dieses Zweifrankenbegehren, das privaterseits lanciert wird, wäre geeignet, dem Kanton Bern die Mittel zur Berbefferung der Schule in die Sand zu geben und zwar in noch ausreichenberem Mage, als es voraussichtlich die eidgenössische Subvention thun würde. Das Zweifrankenbegehren verlangt eine Aenderung ber Bundesverfassung des Sinnes, daß der Bund von seinen Zolleinnahmen den Kantonen auf den Kopf der Bevölkerung, nach Maßgabe der letzten Bolkszählung, zwei Franken verabfolgen solle. Das würde für den Kanton Bern einen Betrag von Fr. 1,073,000 außemachen. Mit dieser Zollmillion könnten nicht nur unsere Mehrausgaben für das Schulmesen, sondern mahrscheinlich auch die Ausgaben für das neue Armengeset bestritten werden. Es ist auch im ersten Entwurf zu diesem Zwei= frankenbegehren ausdrudlich gefagt worden, wenigstens die Hälfte des Betrages solle für das Schul= und Armenwesen in den Kantonen verwendet werden. Bei der definitiven Redaktion ift diese Klaufel fallen gelaffen worden und zwar — ich darf da schon aus der Schule schwagen — hauptsächlich mit Rücksicht auf die Freunde ber Initiative aus dem Kanton Zürich. Diese fagten, fie stehen mit ihrem Schulwesen an der Spitze der Kantone, fie haben das daher nicht nötig, wohl aber haben fie ein neues Straßengesetz, das ihnen große Opfer aufer= lege; wenn man also wünsche, daß sie mitmachen, so solle man nicht eine Vorschrift aufstellen, wie man den

Beitrag verwenden solle. Aus andern Kantonen haben sich ähnliche Stimmen geltend gemacht und zwar aus solchen, welche in Bezug auf das Schulwesen nicht etwa Nebstdem find auch verfaffungsmäßige Gründe geltend gemacht worden. Man fagte, es könnte der Bundesversammlung einfallen, die Verfassungsmäßig= teit zu bestreiten, wenn zwei ungleiche Gegenstände, die einander nicht direkt angehen, in dem Begehren geltend gemacht würden. Dem wollte man vorbeugen. Wir Berner konnten uns fügen und wir fagten, wir wollen niemandem Borschriften machen; wozu wir das Geld im Kanton Bern brauchen werden, das wiffen wir, d. h. wir werden es fpeziell für bas Schul- und Armenwefen nötig haben, und es werde schwerlich, wenigstens nicht in erheb= licher Beise, für etwas anderes gebraucht werden. Daraufhin wurde dann die Klausel gestrichen.

Ich fürchte, ich würde Ihre Geduld zu lange in Anspruch nehmen, wenn ich das Zweifrankenbegehren ausführlich historisch begründen wollte. Aber etwa zwei Minuten werden Sie mir gleichwohl einräumen, um es wenigstens in einer Beziehung in Schutz zu nehmen.

Unfere gegenwärtigen Zolleinnahmen betragen 38 bis 40 Millionen Franken. Anno 1848, als man das Budget für das erfte Berwaltungsjahr des neuen Bundes, also für das Jahr 1849 entworfen hat, wurden die Zolleinnahmen auf 1,025,000 alte Franken tagiert. Die Bolle find bann an ben Bund übergegangen, und die Kantone find bis zum Jahre 1874 dafür mit 4 Bagen auf den Kopf der Bevölkerung entschädigt worden. 3m Jahre 1874 ist auch diese Entschädigung dahingefallen, und der Bund hat die Zölle dahin und daweg für sich in Anspruch genommen, wofür er aber auch das Militär= wesen vollständig zu seinen Lasten zu nehmen hatte Allein auch im Jahre 1874, als die Kantone den Un= spruch auf die Bolle vollständig fallen ließen, betrugen dieselben für das Jahr 1873 nur 13 Millionen, und kein Mensch hatte damals eine Uhnung, welcher Reichtum den Bundeseinnahmen durch die Bolle jemals zufallen werde. Damals war jedermann noch dem Freihandels= prinzip ergeben. Auch die umliegenden Staaten waren nicht Schutzöllner, wie heutzutage. Heute haben fich die Berhältniffe geandert, und es weifen die Bolleinnahmen vom Jahre 1888 bis 1897, wie fie von der Bundes= versammlung budgetiert worden find, eine Zunahme auf von Fr. 26 Millionen im Jahre 1888 bis. . .

Präsident. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mir eine kurze Bemerkung erlaube und Herrn Dürrensmatt ersuche, die Frage der Opportunität der Zweifrankensinitiative nicht zu berühren; denn sie gehört streng genommen nicht zur Begründung seines Antrages.

Dürrenmatt (fortfahrend). Ich will mich dieser Bemerkung des Herrn Präsidenten unterziehen. Die Zollinitiative ist also dazu bestimmt, dem Kanton Bern die Mittel
an die Hand zu geben zur Aussührung des Schulgesets.
Nun sinde ich, wer es wirklich gut meint mit dem Schulgesetz, der sollte froh sein, daß die Opposition dem Großen
Rate, der Regierung und der Erziehungsdirektion in dieser
Weise entgegenkommt, daß sie Ihnen ein Rettungsseil
in die Hand geben will, um das Schulgesetz vor dem
Abgrund zu bewahren, der es bedroht. Ich weiß schon,
daß man die Zweisrankeninitiative etwa auch als Beutezug bezeichnet. Es ist wahr, es handelt sich um ein

Begehren von zwei Franken, und das mag vielleicht etwas Bleffantes haben; allein Sie haben geftern auch ein Zweifrankenbegehren erheblich erklärt und zum Beschluß erhoben, nämlich das Zweifrankenbegehren der Taggeld= erhöhung (Beiterkeit). Der Unterschied ift nur der, daß unser Zweifrankenbegehren für die Schule und das Urmenwesen bestimmt ift, während Ihr 3weifranken= begehren dem eigenen Sack zu gute kommen foll. Das Bernervolf wird dem Großen Rate ficher Dant miffen, wenn er, bevor er auseinandergeht, auch noch einen Want thut und zeigt, daß es ihm wirklich ernst ist, das Schulgesetz zu retten. Die Opposition selber reicht Ihnen bie Sand zur Berftandigung. Beifen Sie dieselbe zurud, fo fagen wir dann auch, wenn das Schulgefet verworfen wird: Wir waschen unsere Sande in Unschuld und werfen die Schuld auf Sie (Heiterkeit).

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich muß Sie vor allem daran erinnern, daß der Große Rat seiner Zeit ohne irgendwelche Oppo-fition einstimmig den 6. Mai als Abstimmungstag für das Schulgefet bestimmt hat, und zwar ging man von bem Standpunkte aus, daß dieser Tag vielleicht der günstigfte des Jahres sei, weil am gleichen Tage die Erneuerung des Großen Rates ftattfindet, fo daß anzu= nehmen ist, es werde sich eine ziemlich große Ungahl, wenigstens die Mehrheit der ftimmfähigen Berner an der Abstimmung beteiligen, während, wie Ihnen bekannt ift, in den letzten Jahren vielfach der Fall vorgekommen ist, daß ein Gefet von der Minderheit der Stimmfähigen angenommen oder verworfen worden ift, indem sich keine 50 % der stimmfähigen Bürger an der Abstimmung Beute ift es nach meiner Anficht nicht nur beteiligten. schwer, sondern geradezu unmöglich, die Abstimmung über das Schulgesetz zu verschieben. Die Botschaft mit bem Gesetzentwurf ift gedruckt und trägt am Ropfe die Bezeichnung: "Zur Volksabstimmung vom 6. Mai 1894". Die Versendung hat zwar noch nicht begonnen, kann aber sofort in Angriff genommen werden. Würde man die Abstimmung verschieben, so müßte die Vorlage geändert werden. Entweder mußte man den Ropf andern, fofern ber Satz noch fteht, was mit nicht unbedeutenden Roften verbunden wäre, da die Auflage 120,000 Exemplare beträgt, oder man mußte durch irgend eine Abstempelung die Bürger barauf aufmerksam machen, daß der Abstimmungstag nicht der 6. Mai sei. Aber auf welchen Tag foll die Abstimmung verschoben werden? Der herr Antragsteller bestimmt denselben nicht; es geht aber aus seinen Ausführungen hervor, daß seine Ansicht die ift, es sollte die Abstimmung auf den Zeitpunkt verschoben werden, in welchem sowohl über den Antrag des Bundes= rates betreffend die Unterstützung der Schule, als auch über die Zweifrankeninitiative entschieden sein wird. Allein mann werden wir über diefe beiden Gegenstände Gewißheit haben, wann wird die Schweiz wiffen, ob der Bund die Primarschule unterftuten will, und wann wird fie wiffen, ob der Beutezug gelingt oder nicht? Ich glaube sagen zu können, daß diese beiden Fragen nicht jo rasch erledigt fein werden. Dem Bernehmen nach hat das Departement des Innern eine Borlage ausgearbeitet, daß der Bund die Primarschule durch einen Beitrag unterftugen folle, und es foll hiefur vorläufig, wenn ich nicht irre, eine Summe von einer Million in Aussicht genommen werden. Die Vorlage ift aber dem Bundegrat noch nicht

unterbreitet worden und zwar wahrscheinlich wegen der Zweifrankeninitiative. Das Departement mußte fich fagen, diefe Initiative fei ein Angriff auf die Bundesfinangen, durch welchen die Einkunfte des Bundes um volle 6 Millionen herabgemindert werden; gegenüber dieser Gefahr wolle man nicht die Primarschule mit einer Summe unterstützen, die mindestens auf eine Million sich belaufen würde. Die Anträge des Departements werden daher vermutlich der Bundesversammlung nicht vorgelegt werden, bevor über die Zweifrankeninitiative entschieden sein wird. Diese Initiative liegt nun noch nicht vor; aber dem Vernehmen nach ist eine folche im Gange. Sind die nötigen Unterschriften beieinander und eingereicht, fo muß die Initiative der Bundesversammlung unterbreitet werden, die zu entscheiden hat, ob sie auf dieselbe ein= treten wolle und an welchem Tage dieselbe dem Bolt zu Ich glaube nun nicht, daß diese unterbreiten fei. Initiative in der Junisession der Bundesversammlung wird zur Sprache kommen konnen, indem diese Seffion gewöhnlich zur Behandlung des Geschäftsberichtes verwendet wird, was den größten Teil der Seffion in Anspruch nimmt, und weil auch sonst noch ziemlich viele zurückgelegte Geschäfte der Erledigung harren. Die Initiative wird daher voraussichtlich der Bundesversamm= lung erft in der Dezemberfession unterbreitet werden, und die Bolksabstimmung wird frühestens im Frühjahr 1895 vor sich gehen können. Die Abstimmung über das Schulgeset würde also um ein volles Jahr hinausge= schoben, d. h. bis in das Frühjahr des nächsten Jahres. Ich frage nun: Geht es an, ein Geset, das vom Großen Rate am 30. Januar 1894 fast einstimmig angenommen wurde, dem Volke bis in den Mai oder Juni 1895 vor= zuenthalten? Ich halte dafür, ein solcher Beschluß würde im Bolk einen höchst schlimmen Eindruck machen. Wir haben schon zu lange gezögert, um diefes fehr wichtige und sehr notwendige Gesetz endlich unter Dach zu bringen. Der Große Rat hat dem Regierungsrat vor ungefähr 10 Jahren Auftrag gegeben, das Primar= schulgesetz zu revidieren. Die Arbeit hat zwar nicht auf sich warten laffen; dagegen hat sich die Beratung durch den Regierungsrat und den Großen Rat ziemlich in die Länge gezogen. Soll man nun heute beschließen: Wir warten noch ein ganzes Jahr, bevor wir das Gesetz dem Bolke zur Unnahme unterbreiten? Gin folches Berfahren wurde augenscheinlich dem Gesetz vielleicht mehr Feinde als Freunde schaffen. Ich gebe zu, daß viele Einwände gegen das Gefet erhoben werden konnen, namentlich vom finanziellen Standpunkte aus, und ich bedaure personlich, daß man die Rlaufel wegen der eventuellen Steuerer= höhung um 3/10 %00 aufgenommen hat. Es ift richtig, daß diese Rlausel, wie Herr Dürrenmatt gefagt hat, eine ernste Gefahr für das Gesetz ist. Allein diese Klaufel wird in einem Jahre für das Gesetz noch ebenso gefährlich fein, wie heute. Ich glaube indeffen, daß diese Steuer= erhöhung, wenn das Volk gehörig aufgeklärt wird, doch nicht ein wesentlicher Faktor sein durfte für die Berwerfung des Gesetzes; denn das Ergebnis der letten Staatsrechnung hat Ihnen gezeigt, daß die Staats= finanzen doch nicht so schlimm stehen, wie man meint und behauptet. Statt eines Ausgabenüberschuffes von 623,000 Fr. haben wir ja einen großen Einnahmenüber= schuß im Betrage von 650,000 Fr., und es ist alle Aus= sicht vorhanden, daß sich in den nächsten Jahren die Sachlage nicht schlimmer stellen wird. Wenn auch im

heutigen Ergebnis der Staatsrechnung ein Faktor liegt, der in den nächsten Jahren für die Vermehrung der Einnahmen vielleicht nicht mehr in Betracht kommen wird, so darf man auf der andern Seite nicht vergessen, daß das Budget eine Reihe von Ausgaben ausweist, welche nach und nach wegfallen und dazu beitragen werden, das

Resultat der Staatsrechnung zu verbessern.

Man versolgt mit dem Verschiebungsantrag vielleicht auch noch einen andern Zweck. Herr Dürrenmatt hat Ihnen zwar gesagt oder hat dies wenigstens heraushören lassen, er sei dem Gesetz günstig gestimmt und er meint sogar, daß sein Antrag dazu beitragen würde, dem Gesetz leichter zur Annahme zu verhelfen. Allein es liegt in diesem Antrage vielleicht doch der Hintergedanke, durch die Verschiebung der Zweisrankeninitiative auf die Beine zu helfen. Ich möchte nun nicht, daß das Schulgesetz dazu benützt würde, um zu bewirken, daß die Zweisfrankeninitiative vom Volke eher angenommen würde. Wenn Herr Dürrenmatt für die Initiative auch sehr viele Anhänger sinden wird, so wird er gewiß auch sehr viele Gegner vor sich sehen, die in dem Veutezug eine Schwächung der Eidgenossenssselt und einen Angriff auf den Bund erblicken.

Ich glaube also, daß, wie die Sachen liegen, es immerhin das beste ist, wenn der Große Kat auf seinem früheren Beschlusse verharrt und die Abstimmung nicht verschiebt, auch auf die Gefahr hin, daß das Geseh vom Volke verworsen werden wird. Es wäre das zwar nach meiner Ansicht ein Unglücksürden Kanton, indem keine Rede davon sein könnte, nochmals die vollständige Kevision des Gesehes an die Hand zu nehmen, sondern man würde sich wahrscheinlich mit einer ganz geringen Kevision einiger Artikel begnügen, und größere Neuerungen und Verbesserungen in unserem Schulwesen würden auf viele Jahre hinaus unmöglich gemacht. Im Auftrage des Regierungsrates empsehle ich Ihnen, beim früheren Beschulsse zu verbleiben, wonach die Volksabstimmung auf den 6. Mai 1894 angesetzt worden ist.

Steck. Wie der Herr Präsident gesagt hat, handelt es sich vorläusig nur um die Erheblicherklärung. Wollen Sie dieselbe aussprechen, so müssen Sie gleichzeitig beschließen, vor der Volksabstimmung noch eine Großratsesssien abzuhalten, um in derselben den Bericht der Regierung anzuhören und über die Verschiedung der Abstimmung definitiv zu entscheiden. Wir können nicht heute die Erheblichkeit beschließen, die Sache damit an die Regierung weisen und dann sofort auch deren Bericht entgegennehmen. Das ist nicht der Sinn des § 60 des Reglements, der ausdrücklich sagt: "Wird Erheblichkeit ausgesprochen, so soll der Gegenstand an den Regierungserat oder eine Kommission zur Vorberatung gewiesen werden." Ich möchte hier diesen sormellen Standpunkt gewahrt wissen.

Präsident. Ich habe Ihnen zu Beginn der Sitzung meine Auffassung über den Antrag des Herrn Dürrensmatt mitgeteilt und Sie haben sich meiner Ansicht angeschlossen, es solle derselbe als Motion behandelt werden. Damit ist genügend gesagt, daß es sich heute nur um die Erheblichkeit handeln kann. Sollte die Erheblichkeit beschlossen werden, so weiß Ihr Präsidium so gut, wie Herr Steck, daß wir in der gegenwärtigen Session die Frage nicht endgültig erledigen können, sondern daß vor

bem 6. Mai zu biesem Zwecke noch eine neue Session nötig ist. Nach § 8 bes Reglements hat der Präsident den Tag des Zusammentrittes des Großen Rates zu bestimmen, und wenn Sie die Motion des Herrn Dürrenmatt erheblich erklären sollten, so werde ich mich dadurch veranlaßt sehen, vor dem 6. Mai eine neue Beratung üger den Gegenstand anzuordnen. Das scheint mir so selbstverständlich zu sein, daß weiter darüber zu sprechen Wasser in die Aare tragen hieße.

Bühlmann. Ich will mich über diefe formelle Frage nicht äußern. Sie ist so felbstverständlich, daß es nicht nötig ift, ein Wort darüber zu verlieren. Ich denke aber auch, der Große Rat wird den Präsidenten nicht in den Fall feten, noch eine weitere Seffion anberaumen zu muffen. Ich halte nämlich dafür, daß der Untrag des herrn Dürrenmatt ein absolut unzuläffiger ift. Ich habe bis jest nicht gehört, daß herr Durrenmatt ein so warmer Freund des Schulgesetzes ift, als welchen er sich heute aufspielen will. Bei ber Abstimmung über dasselbe hat er nicht für das Gesetz gestimmt, sondern erklärt, er wolle sich noch befinnen. Ich denke, er habe dies erklärt, weil er fich fagte: Je nachdem die Konstellationen find, werde ich die Abstimmung über das Schulgeset so ausbeuten, daß ich und die Leute, welche mit mir gehen, davon möglichst viel Vorteil haben. herr Dürrenmatt ift des= halb nicht berechtigt, fich als warmen Freund des Gesetzes aufzuspielen und im Intereffe der Unnahme des Gefetes Berschiebung der Volksabstimmung zu beantragen.

Aber auch die Motivierung seines Antrages ist eine folche, die durchaus nicht mit dem Gefetz in Bezug fteht, sondern fie hat nur Bezug auf die finanziellen Opfer, welche der Kanton Bern bringen muß, sofern das Gesetz angenommen wird. Ich mache darauf aufmerksam, daß im Gesetz selber der Große Kat die Mittel zur Bestrei-tung der Mehrausgaben ausdrücklich kreiert hat, indem eine Erhöhung der Staatssteuer vorgesehen ift. Wenn nun heute Berr Dürrenmatt seinen Untrag damit motiviert, es stehen zwei Mittel in Aussicht, welche die Er= höhung der Staatssteuer überflüssig machen, so geht sein Antrag nicht dahin, den Zeitpunkt der Abstimmung fest-zustellen, sondern das Schulgesetz, das der Große Rat angenommen hat und das publiziert ist, bezw. die Bestimmung bezüglich der Beschaffung der Mittel wieder abzuändern. Einen andern Sinn kann der Antrag des herrn Durrenmatt nach feiner Begrundung nicht haben. Ich glaube nun, daß dieses Berfahren ein durchaus inkonstitutionelles wäre, indem ein Geset, das vom Großen Rat angenommen ift, nicht mehr geändert werden darf. Das Gesetz ist vom Großen Kate endgültig sestgestellt, und auch der Abstimmungstag ist sestgesetzt worden. Damit ist der ganze Gegenstand der Kompetenz des Großen Rates entruckt, und es ift verfaffungemäßig nicht mehr zuläffig, darauf zurudzukommen, bis das Bolk sein Berdift darüber abgegeben hat.

Es sei mir nun aber erlaubt, noch kurz auf die Motive des Herrn Dürrenmatt einzutreten, und ich bin ihm in dieser Beziehung dankbar, daß er die Frage angeregt hat. Herr Dürrenmatt hat von einem Beutezug gesprochen, den wir gestern eröffnet haben, indem wir für die Mitglieder des Großen Kates zwei Franken mehr Taggeld beschloffen haben. Ich wollte gestern Herrn Dürrenmatt auf seine Bemerkungen gegenüber dem Antrag, das Taggeld auf 10 Fr. zu erhöhen, nicht ant-

worten. Allein nachdem er fich über diese gewiß gerecht= fertigte Erhöhung des Taggeldes nicht beruhigen kann, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß nicht alle Mitglieder des Großen Rates fich in der glücklichen Lage befinden, wie Berr Dürrenmatt, dem fein Geschäft gleich= wohl läuft und ber fich, wenn er an unfern Sitzungen teilnimmt, den Korrespondenten für seine Zeitung ersparen kann. Und was den Beutezug, den herr Durrenmatt im Auge hat, betrifft, so will ich nach der Mahnung des Herrn Brafidenten auf benfelben materiell nicht zu fprechen kommen. Herr Durrenmatt hat fich zwar er= laubt, seinen Untrag eingehend näher auseinander zu segen, und ich glaube beshalb, es sei mir erlaubt, wenigstens eine allgemeine Ertlärung abzugeben. Diefelbe geht dahin, daß ich glaube, der Große Kat werde heute herrn Dürrenmatt in deutlicher Form zu sagen haben, was er vom Beutezug halt. Ich bin der bestimmtesten Neberzeugung, daß es sich bei diesem Beutezug nicht um die zwei Franken handelt, sondern darum, die Rraft des Bundes zu schwächen. Allein Bern, das von jeher in einem starken, kräftigen Bund die Zukunft der Schweiz erblickt hat und das immer an der Spitze stand, wenn es sich darum handelte, die Kraft und Macht des Bundes gu ftarten, wird auch hier fagen : Rein, ber größte und stärkste Kanton bietet nicht dazu Sand, weit hinter die Beit von 1848, wo der neue Bund geschaffen wurde, zurudzugehen; wir bieten nicht Sand, damit wir einen schwachen Bund erhalten, der seine Aufgaben nicht er= füllen kann. Ich glaube deshalb, der Große Rat folle badurch, daß er heute mit möglichst großer Mehrheit die Nichterheblichkeit des Antrages des Herrn Dürrenmatt beschließt, erkären: Wir wollen eine solche Schwächung bes Bundes nicht! Ich beantrage, den Antrag des Herrn Dürrenmatt nicht erheblich zu erklären. (Beifall.)

Dürrenmatt. Nur zwei Worte. Der Herr Er= ziehungsdirektor hat so ruhig und objektiv geantwortet, daß ich voraussete, er wird auch die Gegenbemerkung nicht übel nehmen, welche ich in Bezug auf den Termin der Abstimmung zu machen im Falle bin. Meines Er= achtens wurde die Abstimmung nicht so weit hinausge= schoben, wie er glaubt. Die Unterschriften für die Initiative werden der Bundesversammlung höchst wahr= scheinlich schon in der nächsten Seffion vorgelegt werden, fo daß fie schon im Marz ober April für dieses Geschäft eine Rommiffion bestellen tann und fein Sindernis im Wege ist, in der Junisession den Tag der Volksabstim= mung festzusegen. Lettes Jahr fand am 20. August eine eidgenössische Abstimmung statt, und ich denke, ungefähr um die gleiche Beit wurde auch dies Jahr die Abstimmung stattfinden. Es ware dann noch immer Zeit, um im herbst auch das Schulgesetz zur Abstimmung zu bringen. Man braucht also in dieser Beziehung keine Befürchtungen zu hegen, sondern es kann das Gefet gleich früh in Kraft treten, wie wenn wir am 6. Mai als Abstimmungstag festhalten.

Herrn Bühlmann muß ich entgegnen, daß ich eine materielle Aenderung des Gesetzes, die er in meinem Antrage erblickt, durchaus nicht bezwecke. Das würde ich mir auch nicht erlauben, dem Großen Kate zuzumuten, er solle die nachträglich aufgenommene Bestimmung betreffend die Erhöhung der Staatssteuer wieder streichen. Diese Bestimmung muß stehen bleiben; nur handelt es sich darum, dem Bolke sagen zu können, der Große Kat

werde nicht in den Fall kommen, von der ihm eingeräumten Kompetenz Gebrauch zu machen. Das wäre der Gewinn der Berschiebung. Es handelt sich also lediglich darum, den Tag der Volksabstimmung abzuändern, und in dieser Beziehung muß ich doch daran erinnern, daß unmittelbar nach Schluß der Beratung des Geseges noch ein Abänderungsantrag gestellt und angenommen wurde — betreffend Beschränkung der Erhöhung der Staatssteuer auf fünf Jahre — was auch nicht mehr in der Kompetenz des Großen Kates gelegen wäre; allein man fragte sich nicht lange, ob das angehe oder nicht. Aehnlich verhält es sich mit meinem Antrag, der nicht eine materielle Aenderung, sondern nur die Abänderung des Abstimmungstages bezweckt.

Abstimmung.

(Auf Antrag des Herrn Großrat Lenz, der genügend unterstützt wird, findet dieselbe unter Namensaufruf statt.)

Für Erheblicherklärung der Mahnung, mit Ja, stimmen 11 Mitglieder, nämlich die Herren Ballif, Dähler, Dürrenmatt, Egger, v. Erlach (Gerzensee), Grandjean, Jobin, Mägli, Prêtre, Dr. Reber, v. Steiger.

Für Nichterheblicherklärung, mit Nein, stimmen

134 Mitalieder, nämlich die Herren: Aeberfold, Arm, Baumann, Bartichi. Beng, Bigler, Blafer, Borter, Brand (Tavannes), Brand (Enggistein), Bratschi, Buchmüller, Bühlmann, Burkhalter, Burkhardt, Charmillot, Comment, Comte, Demme, Droz, v. Erlach (Münfingen), Etter (Jesikofen), Etter (Maikirch), Fahrnh, Fleurh, Folletête, Fueter-Schnell, Gabi, Gaffer, Gerber (Bern), Gerber (Unterlangenegg), Grieb, v. Groß, Gugger, Gurtner, Chger, Gygar (Butikofen), Gygar (Bleienbach), Habegger (Bern), Habegger (Bollbrud), Saberli (Münchenbuchfee), Haldimann (Rünkhofen), Hänni, Haslebacher, Hauert, Haufer (Gurnigel), Haufer (Weißenburg), Hegi, Heller-Bürgi, Herren, Hirschi, Sünfer (Weizenburg), vegt, vetter-Surgt, vetten, strigt, Hirter, Hofer (Kasli), Hofer (Langnau), Hofmann, Houriet, Jacot, Jäggi, Jenni, Jmer, Jseli, Jtten, Jukeler, Klaye, Krebs (Wattenwyl), Kunz, Lanz, Lauper, Lehmann, Lenz, Leuch, Leuenberger, Lüthi (Worb), Lüthi (Gümligen), Marchand, Marschall, Marthaler, Marti (Lyh), Marti (Mülchi), Messer, Weiller (Biel), Minder, Weiller (Kanzanthal), Kring, Kanzanthal, Müller (Emil, Bern), Müller (Langenthal), Naine, Neuen= schwander, Probst (Emil, Bern), Probst (Edmund, Bern), Reymond, Riem, Rifer, Robert, Roth, Scheidegger, Dr. Schenk, Scherz, Schlatter, Schmalz, Schmib (Andr., Burgdorf), Schmid (Karl, Burgdorf), Schmeberger (Schoren), Schüpbach, Dr. Schwab, Seiler, Siebenmann, Siegrist, Spring, Stauffer, Steck, Steinhauer, Stettler, Stotinger, Streit, Stucki (Niederhünigen), Stucki (Wimmis), Tschanen, Tschaner, Anglier Malletter (Oberhurz) Tüscher, Boifin, Wälchli, Walther (Oberburg), Walther (Sinneringen), v. Wattenwyl, Weber (Biel), Weber (Grasmyl), Wenger, Wieniger, Wüthrich, Behnder, Zingg (Dießbach), Zingg (Ind), Zingg (Buswyl), Zürcher.

Eutschädigungsgesuch des Christian Guggisberg, Pächter auf dem Steigerhubel bei Bern.

Der Regierungsrat beantragt, es sei dem von schweren Viehverlusten heimgesuchten Christian Guggisberg, Bächter auf dem Steigerhubel bei Bern, aus der Viehentschädigungskasse ausnahmsweise eine Entschädigung zu bewilzligen und diese auf 910 Fr. festzuseten.

v. Wattenmyl, Direktor der Landwirtschaft, Berichterstatter des Regierungsrats. Es liegt ein Gesuch vor des Christian Guggisberg, Pachter auf dem Steiger-hubel bei Bern, dem im letten Herbst mehrere Stücke Bieh durch eine Seuche dahingerafft worden find, die im Gefete nicht vorgesehen ift, weshalb Buggisberg auch keinen Entschädigungsanspruch geltend machen konnte. Indessen hat fich ergeben, daß diese Seuche, wenn fie bekannt gewesen ware, seiner Zeit bei Aufstellung des Ge= setzes jedenfalls auch aufgenommen worden wäre. Im November letten Jahres wurde dem Bächter Guggisberg vorerst ein Stück seines Biehstandes krank, das nach elf Stunden notgeschlachtet werden mußte. Am folgenden Tage wurde ein zweites Stück von der Krankheit er-griffen u. s. f., im ganzen acht Stück Rindvieh. Die ersten Symptome waren diejenigen der Lungenseuche, und ich bin überzeugt, daß man in einem entlegeneren Teil des Kantons diese Krankheitserscheinung als Lungenseuche betrachtet hatte. Mit Rucksicht auf die Eigentumlichkeit des Falles haben die Professoren der Tierarzneischule bemfelben die größte Aufmerksamkeit geschenkt, und ba Ihr Rat meistens aus Landwirten besteht, will ich furz die nähern Erscheinungen mitteilen. Als es sich herausftellte, daß von der Lungenseuche nicht die Rede sein könne, entstund der Berdacht, es möchte die in Amerika herrschende Maisfutterfrankheit fein, deren Entstehungs= urfache ein Pilz ift, der sich auf dem Blatt des Maifes bildet und sich leicht auch auf dem Maife selbst hätte ablagern können. Es hat jedoch der Bächter Guggisberg schon im Frühjahr und den ganzen Sommer über Sefam und Mais gefüttert, und es war daher auffallend, daß die Krankheitserscheinung erst im November eintrat. Aller= dings hat er kurz vor Ausbruch der Krankheit eine neue Sendung Sefammehl und Mais erhalten, und zwar nicht Donaumais, wie früher, sondern es wurde dasselbe von einem Handelshaus bezogen, wo sich nicht konftatieren ließ, ob dasfelbe von Amerika komme. Die angeftellten Bersuche haben bann aber ergeben, daß man es nicht mit der Maisfutterkrankheit zu thun habe, inbem der Baccillus der Maisfutterkrankheit die Reaktion der Milch nicht verändert, während der Berner Baccillus, wie ihn die Tierarzneischule nennt, deutliche Säuerung der Milch hervorgerufen hat. Ferner ift zu bemerken, daß der Maisbaccillus auf Schweine feine Wirkung hat, während der Berner Baccillus bei diefen Tieren fofort tötlich wirkte. Nach diesen Versuchen ist man dazu ge= kommen, die Krankheit als einen Fall von sog. gelbem Schelme oder hämorrhagischer Septicamie zu bezeichnen.

Die Krankheitsshimptome sind kurz folgende: "Die Krankheit begann in den ersten Stunden ganz schleichend. Die Tiere zeigten Zähneknirschen, meist Auftreibung, manchmal auch etwas Durchfall, und hiezu gesellte sich Abnahme der Milchsekretion. Abweichend von dieser allemählichen Entwicklung kündigte einmal eine heftige Kolik

den Beginn der Krankheit an; jedenfalls aber schienen uns enteritische Erscheinungen beim Beginne konftant vorhanden zu fein. nach einigen Stunden zeigten die Tiere unverkennbare Mattigkeit, enge Pupille, Hyper= äfthefie, einmal auch sehr reichliche Schweißsetretion, und die Körperwärme betrug jett 39,4° bis 40,5° Celfius, die Zahl der Pulse 48—110, diejenige der Atemzüge 12 bis 60. Nur bei dem subakut verlaufenden Falle sahen wir eine Temperatur von 37,0—38,8°, 50—84 Pulse und 12—24 Atemzüge. Durch die Perkussion konnte meist Dämpfung über einem Lungenbezirke nachgewiesen werden, und bei der Auskultation tamen Reibungsgeräusche zur Wahrnehmung. Von Zeit zu Zeit hufteten die Tiere schwach. In dieser Weise schleppte fich ber Buftand bei einem Tiere über Wochen hin, während bei der Mehrzahl der Fälle die Todesgefahr durch Komplikationen sehr bald eine unmittelbare wurde." Man hat dann von dem Blut auf andere Tiere geimpft und die gleichen Resultate erzielt. Es gelang auch die Kultur der Batterien in Bouillon und damit geimpfte Tiere gingen in Zeit von 48 Stunden zu Grunde. Gin Stud angestedter Lunge, das einem Schwein ins Fressen gemischt wurde, hatte

die gleiche Wirkung zur Folge. Mit diesen wissenschaftlichen Erhebungen ist aber dem geschädigten Bachter nicht geholfen. Ich habe mich seiner Zeit mit dem Regierungsstatthalter persönlich auf Ort und Stelle verfügt, um die nötigen Magnahmen zu treffen, falls die Ansteckung weiter greifen sollte. Für den Bächter Guggisberg, der bereits die schweren Folgen des letten Sommers infolge der Tröckne durchgemacht hatte und mit Bangen dem Zeitpunkt entgegenfah, wo er seinen Zins bezahlen mußte, war es natürlich ein furchtbarer Schlag, als ein Stück seines Biehstandes nach dem andern notgeschlachtet werden mußte. Die Tiere haben nämlich am Salfe folche Unschwellungen erhalten, baß fie dem Ersticken nahe waren. In den ersten Tagen konnte das Fleisch noch einigermaßen verwendet werden, indem die Nachbarn dem Guggisberg zu Gülfe kamen und ihm das Fleisch abnahmen. Als aber die Krankheit so ansteckend wurde, haben sich die Rachbarn zurückge-halten, und es ist infolgebeffen dem Guggisderg ein großer Schaden erwachsen. Bon unparteilschen Leuten wurden die 8 Stuck Bieh geschätzt auf . Fr. 3390. -Erlös aus verkauftem Fleisch (mit Be=

willigung der Tierarzneischule wurden zwei Rühe verwurftet) **146**0. **5**0

Somit Verluft Fr. 1929. 50 Rach dem Gesetz wären wir nicht berechtigt, dem Guggisberg eine Entschädigung zu verabfolgen. Nun liegt aber bereits ein ähnlicher Fall vor. Im Jahre 1892, als im Längenberg die Maul- und Klauenseuche außerordentliche Dimenfionen annahm, fo daß eine große Bahl Stücke Bieh zu Grunde ging, fand der Große Rat, es sei am Plat, die betreffenden Besitzer aus der Bieh-entschädigungskaffe zu entschädigen. Auch hier haben wir es mit einer Epidemie zu thun, bei der wir uns glücklich schätzen wollen, daß fie in unferm Lande fonft gar nicht bekannt ift. Die Berren Professoren haben fich auch dahin geäußert, wenn man bei Feststellung des Biehseuchen= gefetes von diefer Seuche, die einer Art Lungenseuche gleichkomme, Kenntnis gehabt hätte, so würde man fie ebenfalls aufgenommen haben. Es ift deshalb billig, daß man den schwer heimgefuchten Bachter aus der Biehentschädigungstaffe unterftutt. Die Regierung beantragt, demselben eine Entschädigung von 910 Fr. aus= zurichten, also gleich wie in Fällen von Rauschbrand. In einem andern Teile des Kantons wäre die Krankheit wohl dirett als Lungenseuche bezeichnet worden, und dann hatte so wie so eine Entschädigung ausgerichtet werden muffen. Ich empfehle Ihnen den Antrag des Regierungs= rates zur Annahme.

Angenommen.

Prafident. Es ift von verschiedenen Seiten gewünscht worden, es sollte wenn möglich die 2. Beratung des Wirtschaftsgesetzes noch vom gegenwärtigen Großen Rate erledigt werden, namentlich hat fich der herr Brafident der Kommiffion in diesem Sinne ausgesprochen. Sollten Sie dieses beschließen, so wird der Rat in der zweiten Salfte des April noch zu einer furzen Seffion ein= berufen werden.

Mener (Biel). Sofern eine Aprilsession beschloffen werden follte, so möchte ich den Bunfch aussprechen, daß in derfelben auch die 2. Beratung des Baugesetzes stattfinden kann.

Heller. Es wurde allerdings der Wunsch ausge= sprochen, es möchte die 2. Beratung des Wirtschafts= gesetes noch in dieser Session vorgenommen werden; es ist jedoch darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Mitglieder des Großen Rates noch nicht im Besitz der Verhandlungen anläßlich der 1. Beratung feien. Da aber vorauszusehen ist, daß anläglich der Gesamterneue= rung des Großen Rates verschiedene Aenderungen ein= treten werden, so sollte noch der gegenwärtige Große Rat das Wirtschaftsgesetz zur Erledigung bringen, da sonst im neuen Großen Rate die 2. Beratung leicht wieder den Charakter einer 1. Beratung haben konnte. Ich beantrage Ihnen daher, Sie möchten beschließen, es solle im Laufe des April noch eine neue Seffion angeordnet werden. Dabei unterstütze ich den Antrag des Herrn Meyer, in diefer Seffion bann auch die 2. Beratung des Baugefetes vorzunehmen.

Burkhardt. Ich stelle ben Gegenantrag, im April teine Sitzung zu halten. Das Wirtschaftsgefet tann fo wie so im Mai nicht zur Volksabstimmung kommen, und ferner mache ich darauf aufmerksam, daß das neue Großratsreglement auf den 1. April in Kraft tritt, was zur Folge hatte, daß wir in der Aprilfession noch unser Bureau ergangen müßten.

Abstimmung.

Für eine Aprilsession nach Antrag Heller (gegenüber dem Antrag Burkhardt)

Expropriationsrechtserteilung an die Gemeinde Anterscen.

Der Regierungsrat unterbreitet dem Großen Rate folgendes Erpropriationsdefret zur Genehmigung:

Der Große Rat des Kantons Bern, auf den Antrag des Regierungsrates, beschließt: Der Einwohnergemeinde Unterfeen wird behufs Erwerbung des zur Erstellung der Spielmattstraße erforderlichen Terrains nach vorgelegtem Plane das Expropriationsrecht erteilt."

Wird ftillschweigend genehmigt.

Angug des herrn Großrat Saldimann (Rünkhofen) betreffend Abtretung von Ufrunddomänen.

(Siehe diesen Anzug Seite 454 des Tagblattes des Großen Rates von 1893).

Hat die Domanendirektion entbehrliche Objekte von Pfrunddomänen versteigert und verkauft. Soweit fie wirklich entbehrlich waren und die ruhige Lage des Pfarr= hauses infolgedeffen nicht gestört wurde, bin ich einver= Früher war ferner der Unterhalt der Rirche von zwei Parteien zu beforgen: das Schiff der Rirche von der Gemeinde und das Chor vom Staat. Auch hier wurde eine Aenderung angestrebt, indem sich der Staat ber Pflicht zum Unterhalt bes Chores gegen Entschädi= gung entledigte. Ich bin auch hier einverstanden, daß man dieses Zwitterding aufgehoben hat. Allein in neuerer Zeit ist man in der Weise vorgegangen, daß man den Rest ber Pfrunddomanen, das Pfarrhaus u. s. w., an die Kirchgemeinde abgetreten und wenn nötig noch etwas Geld bazugelegt hat, wogegen biefelbe den Unterhalt der Pfrundgebaude zu übernehmen hatte. Damit bin ich nun nicht einverstanden und zwar, turz gesagt, aus folgenden Gründen.

Die Gemeinden kommen bei diefen fog. Abmachungen gewöhnlich zu turz; fie find den Staatsbehörden nicht gewachsen. So liegt ein Bertrag vor zwischen der Domanendirektion und der Rirchgemeinde Sochstetten, monach die Pfrundgebäude mit Umschwung in die Hand ber Gemeinde übergeben follen. Man ftellt nun folgende Berechnung auf, um die Entschädigung auszumitteln. Man sagt, der Durchschnitt der in den letten zehn Jahren erfolgten Ausgaben für den Unterhalt solle für die Entschädigung maggebend fein. Wir wiffen nun alle, daß die Domanendirektion in den letten Jahren im Unterhalt der Pfrund= und Staatsgebäude das sog. Spar= fustem eingeführt hat. Es ist baher nicht richtig, daß die letten zehn Jahre für die Entschädigung maßgebend sein sollen, auch wenn sich der Staat verpflichtet, Reparaturen, die gemacht werden follten, noch zu übernehmen. Man rechnet auch fo, daß man sagt, wenn das Pfarr= haus abbrennen follte, so konnte aus der Brandverfiche= rungssumme ein neues Pfarrhaus gebaut werden. Allein wer das Unglück hatte, brandbeschädigt zu werden, der weiß, ob dies möglich ift. Und wenn das Pfarrhaus

nicht abbrennt, sondern zusammenfällt, so ist die Sache noch anders, und daß auch ein Pfarrhaus dem Zahn der Zeit unterliegt, ift klar, befonders wenn an demfelben

noch der Hausschwamm konstatiert ist. Aus diesen Gründen kommen die Gemeinden bei diesen Abmachungen zu kurz. Man foll aber die Gemein= ben entlasten und eine Ausgleichung zwischen armen und reichen Gemeinden vornehmen. Unfere Kirchgemeinde Großhöchstetten ift so situiert, daß fie es auszuhalten vermag, wenn ein solches Opfer von ihr verlangt wird. Aber es giebt andere Gemeinden, die sich nicht in der gleichen Lage befinden, und da gleicht man nicht aus, sondern macht den Unterschied größer. Es ift dieses Ver= fahren, die Laft bes Staates auf die einzelnen Gemeinden abzuwälzen, auch ein gewaltiger Schritt zur Trennung von Kirche und Staat, und das möchte ich nicht. Wir haben ohnedies Sekten genug, die sich von der Landeskirche ablöfen. Wer weiß, wie die amerikanischen Zuskände find, wo die einzelnen Setten fich befehden, wer Angehörige in Amerika hat, die darunter Schaden gelitten haben, wird vor der Trennung von Kirche und Staat ein Kreuz machen. Das ist meine Meinung; ich will aber niemand belehren; es find vielleicht herren da, die

das beffer verstehen.

Ein fernerer Grund ist ber, daß diese Uebertragung bes Unterhalts der Pfrundgebäude an die Gemeinde zwischen dem Pfarrer und der Gemeinde ein Migverhältnis schafft. Der Pfarrer wird abhängig von der Gemeinde, und wenn er etwas verlangt, so wird er am einten Ort es erhalten, wenn man es vermag und das Verständnis hat, daß der Pfarrer denn doch auf eine standesgemäße Wohnung Anspruch erheben darf. Auch da, wo das Berftändnis fehlt, der Pfarrer aber einen größern Ginfluß ausübt, wird er alles erhalten, was er will. Allein im Publikum wird der Hans und der Benz sagen, das sei nicht recht, der Pfarrer übertreibe, und so entsteht eine Mißstimmung. Auf alle Falle wird die Sache in den verschiedenen Gemeinden ungleich gehalten werden. Wo man dem Pfarrer nicht das nötige Entgegenkommen zeigt, wird er darnach trachten, gelegentlich wegzugehen und in einer reichen Gemeinde unterzukommen, die es vermag, feinen Bunfchen zu entsprechen. Dadurch wird der Unterschied noch größer gemacht. Schon jett mußten die armen Gemeinden immer hintenabnehmen; das wird in Zukunft noch schlimmer werden. Ich will damit nicht sagen, daß nicht auch in armen Gemeinden tüchtige Pfarrer seien; aber immerhin werden folche eher nach reichen Gemeinden hindrängen.

Man fagt ferner, der Staat baue teurer, als die Gemeinden. Das mag sein. Allein der Staat verfügt immerhin über ein Personal, das technisch geschult ist und dem Pfarrer besser entgegentreten darf, als ein Gemeindsmann, der glaubt, dem Pfarrer dürfe man nichts

widerlegen.

Man wird ferner sagen, man sei nun bis jetzt auf biefem Wege vorgegangen, man könne jest nicht wieder zuruck. Allein nachdem unfere neue Berfaffung angenom= men ist, die den Grundsatz ausspricht, daß man die Gemeinden entlasten und einen Ausgleich der Lasten herbeiführen soll, kann auch die Domänendirektion sagen, fie fei bisher einen Weg gegangen, der nicht mehr paffe, und wie ein Mensch, der einen unrichtigen Weg gegangen ift, wird auch fie stillstehen und einen andern Weg ein= schlagen müffen.

Es wäre auch noch die Frage zu erörtern, ob der Staat eigentlich nicht pflichtig wäre, über das Kirchengut, das er seiner Zeit säkularisierte, der Kirche Rechnung zu legen. Ich fühle mich indessen nicht berufen, auf diese Frage näher einzutreten, sondern möchte dies einer tüchtigeren Kraft überlassen.

Ich schließe, indem ich Ihnen empfehle, meinen Un=

zug erheblich zu erklären.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Re= gierungsrats. Nachdem der Herr Motionssteller ausdrücklich erklärt, daß sich sein Anzug nur auf die Abtretung von Pfarrhäusern nebst Dependenzen an die Kirchgemeinden beziehe, will ich auf die gewöhnlichen Pfrundlandverkäufe, wie sie seit Jahrzehnten abgeschlossen werden, nicht des längern eintreten. Diefe Berkäufe der größeren Pfrundgüter haben bereits Ende der 40er Jahre begonnen, und fie wurden bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. **E**s bleibt auch immer noch etwas, wenn auch nicht viel, zu liquidieren, was geschehen wird, falls ein genügender Breis geboten wird. Bei diesen Bertäufen wird immerhin darauf gesehen, daß das Pfarrhaus nicht vollständig von allem Umschwung entblößt wird, sondern man nimmt, wie auch herr halbimann anerkannt hat, auf bas Pfarr= haus und die Bedürfniffe seiner Bewohner Ruckficht. Man läßt nicht nur eine halbe Jucharte Pflanzland beim Pfarrhaus verbleiben, sondern man ift auch nicht davor zurudgeschreckt, da und dort ein Stud Land anzukaufen, um den Umschwung angenehm zu arrondieren. Man scheute auch die Kosten nicht, den Pfarrhausbewohnern Unnehmlichkeiten in anderer Weise zu verschaffen, nament= lich in Bezug auf richtige Wafferversorgung, wofür in letter Beit ziemlich viel Geld ausgegeben murde. Es ift also das Bestreben vorhanden, das zu beobachten, von dem herr haldimann wünscht, daß es beobachtet werde. Daß es keinen Sinn hat, die wenigen vorhandenen, größern Pfrunddomanen zu behalten, nachdem man die andern verkauft hat, damit wird jedermann einverstanden sein, um so mehr, als es je langer je weniger junge Pfarrer giebt, die fich mit Landwirtschaft befaffen wollen. Die meisten dieser größern Pfrundguter befinden fich daher in den handen von Pachtern, die bekanntlich nicht immer einen großen Gifer haben, das betreffende Gut in Ehren zu halten.

Hier handelt es fich nun um etwas anderes. Laut § 50 des Kirchengesetzes besteht die Leistung des Staates an den Pfarrer außer ber Befoldung darin, daß er für den Unterhalt der Pfarrwohnung und für unentgelt= lichen Genuß derfelben nebst Dependenzen, des Pfarr= gartens nebst wenigstens einer halben Jucharte Pflangland zu sorgen hat, sowie ferner für das der Pfarrei zu= kommende Holz oder die jeweilen hiefür ausgesetzte Entschädigung, und das Gefet bestimmt, daß biefe Leistungen für alle Zukunft fortbestehen follen, auß= genommen da, wo fie bereits auf den Gemeinden laften ober von benfelben übernommen werden. Das Gefet fieht also bereits vor, daß zwischen Staat und Rirch= gemeinde eine Uebereinkunft getroffen werden kann, wonach die genannten gesetzlichen Pflichten an die Gemeinde übergehen, natürlich unter der Vorausfetzung einer gehörigen Entschädigung, indem die Gemeinden die Pfrundquter selbstverständlich nicht ohne Entschädigung übernehmen werden. Run haben fich vor wenigen Jahren folche Fälle präsentiert, wo es für beide Parteien munschenswert war,

daß die Gemeinde das Pfarrhaus mit Dependenzen gegen eine Entschädigung übernahm, und es sind schon mehrere solche Verträge hier vorgelegt worden. Es ist deshalb ber Anzug des herrn halbimann etwas verspätet; man hätte gleich im Anfang dagegen auftreten follen und nicht erft, nachdem der Große Kat schon wiederholt über solche Verträge zu entscheiden hatte. Es sind übrigens bie Bedenken des Herrn Haldimann ichon feiner Zeit von den Kirchenbehörden aufgeworfen worden, fie haben aber dem Großen Rat nicht genügend geschienen. Es wurde namentlich betont, daß die Unabhänglichkeit und Bequemlichkeit des Pfarrers leide, wenn er von der Rirchgemeinde abhängig sei, daß der Pfarrer schon bereits genug darunter leide, daß er der direkten Wahl durch die Gemeinde unterworfen sei und es daher nicht am Plate sei, seine Abhängigkeit noch weiter zu vermehren. Das ift jedoch ein Standpunkt, der nicht mehr haltbar ift. Das war schön und gut, als man noch die autoritäre Staatskirche hatte. Aber in neuerer Zeit, wo die Gemein= den in Rirchensachen souverain geworden, wo die Rirchen mit einem Wort demokratisiert worden find, konnen folche Bedenken zwar noch bei einzelnen Pfarrherren bestehen; aber ber Staat und ber Große Rat tann fich auf Diefe Bedenken und auf diese undemokratische Furcht der Pfarrer vor ihren eigenen Kirchgemeinden nicht einlaffen. Ich bin übrigens überzeugt, daß diese Furcht, wenn nicht unbegrundet, fo doch fehr übertrieben ift. So gut die Pfarrer unter dem Wahlrecht der Gemeinden existieren und wirken können, so gut werden fie dies auch können, wenn die Gemeinden Eigentumer der Pfarrhäufer find. Die betreffenden Pfarrer brauchen nur dafür zu forgen, daß fie mit der Gemeinde gut auskommen, und es liegt zumeift auf Seite des Pfarrers, diefes Einverständnis zu bewirken. Ift dies nicht der Fall, so muffen fie fich nicht nur gefallen laffen, daß die Gemeinde ihnen nicht nur in Bezug auf den Unterhalt der Pfarrwohnung nicht nach Wunsch entgegenkommt, sondern sie muffen fich ja noch ärgeres gefallen laffen, nämlich daß die Gemeinde fie nicht wieder wählt. Und wenn es Gemeinden geben sollte, welche, tropbem der Pfarrer seine Stellung richtig ausfüllt, aus Beiz ober aus andern Grunden nicht das nötige Entgegenkommen zeigen, so ift eine höhere Behörde da, welche entscheidet, nämlich der Regierungsrat, der solche Gemeinden schon zur Raison bringen wird. Uebrigens stehen den Geiftlichen sehr wirksame Mittel zu Gebote, um eine folche Gemeinde zum Verftand zu bringen. Sie brauchen ja nur den Bonkott zu erklären. Wenn sich fein rechter Mann an die betreffende Stelle melbet, fo werden die Gemeinden schon Bernunft annehmen muffen. Durch diese Rucksichten soll sich der Große Rat also nicht abschrecken laffen, so zu handeln, wie er es für gut findet.

Daß die Bedenken des Herrn Haldimann in vermehrter Weise seiner Zeit in den kirchlichen Behörden aufgetaucht sind, ist Ihnen bekannt. Die Kirchenspnode und der Synodalrat zeigten anfänglich gegen diese Verkäuse großes Widerstreben. Es wurden verschiedene Eingaben gemacht. Nach und nach aber hat man sich beruhigt, und es besteht gegenwärtig zwischen der Regierung und dem Synodalrat ein Zustand des Einverständnisses. Zum letzenmal ist in der Synode die Sache von einem jüngern und wie es scheint etwas heißblütigen Mitglied der bernischen Geistlichsteit, einem Mitglied, das in dieser Frage schon verschiedene Zeitungsartikel und Broschüren

geschrieben hat, zur Sprache gekommen in der Weise, daß ber Betreffende dem Synodalrat beantragen wollte : "Der Synodalrat ift beauftragt, mit der Regierung darüber zu verhandeln, daß die Pfrunddomänen der Kirche respektive, den oberften Kirchenbehörden abgetreten werden, welche dieselben den einzelnen Kirchgemeinden übergeben." wurde überhaupt bestritten, daß der Staat das Recht habe, solche Verträge abzuschließen, Kirchengüter zu verkaufen zc. Es wollte auch das betreffende Mitglied dem Synodalrat Bollmacht erteilen, um mit dem Staat ju prozeffieren und wenn nötig bor Bundesgericht zu gehen. Diefes jungere Mitglied ift nun aber von einem ältern Berrn, der mehr in die Sache hineingesehen hat, ziemlich scharf zurückgewiesen worden, indem er fagte, daß die Unficht desfelben auf irrigen Boraussegungen beruhe "und daß es von mehr Rühnheit als Sachkenntnis zeugt, wenn von gewiffer Seite bem Staat schon mit einem Prozeß und mit Anrufung des bundesgerichtlichen Entscheides gedroht werden wollte." Bon der gleichen Seite wurde ausdrücklich anerkannt: "Die Domänendirektion steht auf gesetzlichem Boden; der Antrag Güder ift schön und recht, wenn die Staatsbehorde die Domanen ber Gesamtfirche abtreten will; dazu nötigen tann fie niemand, denn der § 50 redet von Rirchgemeinden, welche die Domanen übernehmen wollen." Der betreffende Herr ging sogar noch weiter und sagte: "Die Abtretungen werden durch rechtsgültige Verträge in bester Form durch die kompetenten Behörden des Staates und der Rirch= gemeinden abgeschloffen, so daß da absolut nichts zu prozessieren ist, sondern die Domanendirektion noch Lob verdient, daß fie in diesen Berträgen das firchliche Interesse in umfichtiger Weise schützt." Bu dieser Anficht ift auch der Synodalrat gestanden und hat sich damit begnügt, einen Antrag anzunehmen, der Rat solle sich mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen suchen, um bei solchen Abtretungen das Möglichste zum Schutze der kirch= lichen Intereffen zu thun.

Ich muß hier noch auf die Frage der Restitution des ehemaligen Kirchengutes an die Geiftlichkeit zurücktommen, da herr haldimann davon gesprochen hat und in neuerer Zeit mehrmals davon die Rede war. Mit dieser Resti= tution hat es eine eigene Bewandtnis. Einmal ift die Frage definitiv gesetzlich abgethan. Im Jahre 1804 hat die bernische Geiftlichkeit dem Staate den Wunsch ausgedrückt, er möchte das sogenannte Kirchengut übernehmen und die Befoldung an die Geiftlichen direkt ausrichten. Das Kirchengut hat bestanden aus der Gesamtheit aller Pfrunddomänen 2c. und der Ertrag davon war die Be-foldung der Pfarrer. Also im Jahre 1804 sagte die Geistlichkeit zum Staate: Nimm diese Pfrunddomänen jum Eigentum und bezahle uns in Butunft dirett. Seither hat die Angelegenheit viele Wandlungen durchgemacht und zwar immer in der Weise, daß dieses sogenannte ehemalige Kirchengut seinen Charakter als solches immer mehr verloren hat und die betreffenden Liegenschaften immer mehr den Charatter von Staatseigentum ange= nommen haben. Im Jahre 1874 hat dann die Sache im neuen Kirchengeset ihre befinitive Regelung gefunden, indem es in Urt. 50 heißt: "Mit den Leiftungen, welche der Staat infolge dieses Gefetzes anerkennt, fallen alle Ansprüche an das sogenannte Kirchengut dahin." Nichts= bestoweniger murbe ich keinen Anstand nehmen, mit beiden Banden zuzugreifen, wenn die Kantonssynode Wiederherstellung des ehemaligen Zustandes verlangen sollte.

Allein die Synode und die wortführenden Mitglieder darin wissen wohl, weshalb die Synode dies nicht thun wird; denn die Geistlichkeit käme dabei sehr schlecht weg. Auch wenn der Staat nicht nur die vorhandenen Pfrundgüter zurückgeben würde, sondern auch alle Kaufsummen, die Zehnten und Bodenzinse mit Zins und Zinseszinsen, so würde die Geistlichkeit doch nicht so viel Zins beziehen, als heute die Besoldung ausmacht. Denn um aus den Zinsen die Ausgaben zu bestreiten, welche der Staat gegenwärtig für das Kirchenwesen hat, ist ein Kapital von 15 bis 20 Millionen erforderlich.

Es hat also, wie gesagt, keinen Zweck, diese Frage neuerdings zu berühren; denn sie ist gesetzlich abgethan und materiell liegt ihr Wiederauswärmen im entschiedenen

Nachteil der Geiftlichkeit.

Ich habe gesagt, daß der Synodalrat in der letzten Shnode ben Auftrag erhalten habe, fich in Bezug auf diese Angelegenheit noch weiter mit dem Staat ins Gin= vernehmen zu feten. Seither nun, und bevor biefer Beschluß mir bekannt war, hat die Regierung aus freien Studen bereits einen Schritt gethan, indem fie an ben Synodalrat die Anfrage geftellt hat, ob er, wenn Bestandteile von den Gemeinden abgetretenen Rirchengütern von den Gemeinden wieder verkauft werden wollen wozu die Zustimmung des Regierungsrates nötig ift die Aufgabe übernehmen wolle, die Sache näher zu prüfen und zu begutachten, damit nicht ungerechtfertigte Ber= äußerungen vorkommen. Darauf hat der Synodalrat geantwortet, er sei für diese Offerte dankbar und über= nehme die betreffende Aufgabe gerne. Es find bann im Laufe des letten Monats die Herren Pfarrer Ochsenbein und Kirchmeier Howald als Abgeordnete des Synodal= rates bei der Finanzdirektion erschienen, um über diesen Gegenstand noch weitere Berhandlungen zu pflegen. Das Resultat derselben war das, daß die Abgeordneten wünschten, es möchte ihnen bei allen diesen Berträgen mit Kirchgemeinden vor dem definitiven Abschluß die begutachtende Mitwirkung eingeräumt werden. Es war das ein Wunsch, dem sich die Finanzdirektion sofort anschließen konnte, schon deswegen, weil es ihre Aufgabe erleichtert, wenn fie von diefer Seite jeweilen unterftutt wird. Es ift nun, wie ich geftern vernommen habe, in der Sitzung des Synodalrates vom letten Dienstag beschlossen worden, sich damit zu begnügen. deffen scheint mir der Friede, der nie formlich gebrochen war, vollständig hergestellt und Uebereinstimmung zwischen ben Staats= und den firchlichen Behörden vorhanden gu sein, so daß mit Rucksicht hierauf kein Grund mehr vor= handen ist, folche Abtretungen zu fistieren, wie es herr Saldimann wünscht.

Der Standpunkt des Regierungsrates ist übrigens der, daß er sagt, es solle nicht planmäßig, nicht zwangs-weise auf die Abtretung der Pfrunddomänen hingearbeitet werden, es solle kein Druck ausgeübt, sondern es solle alles der freien Bereindarung und namentlich der freien Entschließung der Kirchgemeinden überlassen werden. Wenn aber die Kirchgemeinde einverstanden ist und man sich auf einen Bertrag einigen kann, so hält der Regierungsrat dafür, es sollen auch in Zukunst solche Verträge abgesschlossen und dem Großen Kat zur Genehmigung unterstreitet werden.

Will man sich schließlich noch fragen, was der Staat an der Bewerkstelligung solcher Abtretungen für ein Interesse habe, so erkläre ich sofort, daß der materielle

Borteil kein großer ift bezw. sein kann; benn die ben Gemeinden bezahlten Entschädigungen find fo groß, daß aus ihrem Ertrag auch der Staat die Unterhaltungs-kosten sehr wohl bestreiten könnte. Es sind aber zwei Gründe, welche den Staat bestimmen, in dieser Weise vorzugehen. Vorerst berjenige der Bereinfachung der Berwaltung. Sie kennen das große Getriebe der Staats= verwaltung und der Ruf nach Vereinfachung ift schon oft erhoben worden; zum Teil find auch zu diesem Zwecke ichon gesetzliche Vorschriften erlassen worden. Nun ist das auch wieder eine Bereinfachung, wenn die verschiedenen Organe des Staates von der Aufficht über den Unterhalt der verschiedenen Pfrundgebäude enthoben werden. Der andere Grund ist der, daß wir im Laufe ber Beit dem gegenwärtigen buntichedigen Buftand ein Ende machen möchten. Gegenwärtig haben wir die katholischen Kirchgemeinden im Jura, wo alles, die Kirche u. J. w., der Gemeinde gehört. Wir haben ferner im protestantischen Jura Kirchen, welche nach einem Gefet vom Jahre 1848 das Recht haben, zu verlangen, daß der Staat unter gewiffen Voraussetzungen Kirche und Pfarrhaus übernehme. Wir haben ferner im alten Ranton Pfrundguter, wo der Staat Eigentümer von Kirche und Pfarrhaus ist; ferner haben wir Kirchgemeinden, wo das Pfarrhaus dem Staate, die Kirche der Gemeinde und das Chor wieder dem Staate gehört. Wieder in andern Gemeinden ift das Chor losgekauft und gehört der Gemeinde. Endlich giebt es Kirchgemeinden, welche verpflichtet find, an die Besoldung des Pfarres einen Beitrag zu geben und noch andere Leiftungen zu über= nehmen. Es giebt alfo wenigstens 10 Nuancen von Rechtsverhältniffen, und ich wiederhole, daß der Regie-rungsrat die Absicht hat, einmal im Laufe der Jahr-zehnte einen einheitlichen Zustand zu schaffen und den bestehenden Berschiedenheiten ein Ende zu machen.

Bum Schluffe erinnere ich daran, daß in ben bisher abgeschloffenen Abtretungsverträgen die kirchlichen Interessen möglichst gewahrt worden sind. Ich will die betreffenden Bestimmungen nicht wiederholen und nur bemerken, daß sie seinerzeit von einem Pfarrer revidiert wurden, der dabei auch noch andere Pfarrer beigezogen hat. Ferner betone ich, daß in Bezug auf die Entschädigungssumme immer darauf Rücksicht genommen wird, daß die Gemeinden nicht nuch und kara abgewiesen werden.

die Gemeinden nicht mut und karg abgewiesen werden.
Endlich möchte ich mir noch die Bemerkung erlauben, daß es Herrn Halbimann wohl weniger darum zu thun ist, daß im Kanton Bern keine solchen Berträge mehr zu stande kommen, sondern was er im Auge hat, ist folgendes. Zwischen der Finanzdirektion und dem Kirchgemeinderat von Höchstetten ist nämlich ein solcher Abtretungsvertrag vereinbart worden. Ich glaube, derselbe laute für die Kirchgemeinde sehr günstig, und es ist wohl nicht ganz ohne Einfluß gewesen, daß im Kirchgemeinderat der Herr Präsident der Staatswirtschaftskommission gesessenist; da durste man am wenigsten knauserig sein. Allein Herr Halbimann ist ein Gegner dieses Bertrages. Da ist nun die Sache sehr einfach. Wenn er glaubt, er habe die Mehrheit hinter sich, so soll er einfach von der Gemeinde den betreffenden Bertrag verwerfen lassen. Wenn er aber in der Minderheit ist, so kann ihn auch der Große Kat nicht davor schüßen; denn die Gemeinde ist autonom und kann den Abschluß des Bertrages versfügen.

Gestütt auf diese Erwägungen kommt der Regierungsrat zum Schluß, der Große Rat solle auf den Antrag des Herrn Haldimann nicht eintreten. Der Regierungsrat möchte es aber vermeiden, daß der Anzug einsach schroff abgelehnt würde, schon deswegen, weil er unter allen Umständen sehr gut gemeint ist und einen guten Zweck versolgt, sodann aber auch, um bei den kirchelichen Behörden nicht Mißverständnisse hervorzurusen. Der Regierungsrat möchte vielmehr den Anlaß benützen, um auch gegenüber den kirchlichen Behörden nochmals und in verbindlichster Form zu erklären, daß auch in Zukunft bei solchen Verträgen die kirchlichen Interessen in vollem Maße geschützt werden sollen. Der Regierungsrat beanztragt Ihnen daher:

Der Große Kat des Kantons Bern in Erwägung:
1) Daß die auf dem Wege der freien Bereinbarung zu stande kommenden Abtretungen von Pfarrhäusern mit Dependenzen an Kirchgemeinden, wenn dabei wie bisher die kirchlichen Interessen in genügendem Maße gewahrt werden, dem öffentlichen Wohle nicht zuwiderlaufen;

2) daß zudem laut den heutigen Erklärungen des Regierungsrates dem Synodalrat als dem Bertreter der Intereffen der Landeskirche und ihrer Geiftlichen bei zustünftigen Abtretungen eine begutachtende Mitwirkung einsgeräumt werden soll,

beschließt:

Die Erheblicherklärung des Anzugs Haldimann wird abgelehnt. Damit wird auch die Eingabe des evangelisch= reformierten Synodalrates an den Regierungsrat zu Handen des Großen Rates, vom 25. Januar 1889, als erledigt erklärt.

Präsident. Ich will Herrn Haldimann anfragen, ob er sich der Auffassung der Regierung anschließen kann oder ob er an seiner Motion festhält.

Halb i mann (Rünkhofen). Nachdem der Synodalrat mich quasi im Stich gelassen hat, mag er die Sache verantworten gegenüber denjenigen, welche mich ersuchten, ich möchte sie hier vertreten. Was die Bemerkung des Herrn Scheurer betrifft, es habe mich bloß der Fall betreffend höchsteten veranlaßt, den Anzug zu stellen, so bestreite ich das; ich habe ausdrücklich erklärt, höchstetten vermöge allenfalls einen Ausfall, den es erleide, zu ertragen. Ich habe mich vielmehr um die ärmern Gemeinden besümmert; nachdem nun aber die Sache diesen Verlauf genommen hat, so will ich mich mit der Erklärung der Regierung zufrieden geben.

v. Wattenwyl (Richigen). Ich möchte doch anfragen, ob diese Abtretungen wie bis jest dem Großen Rat unterbreitet werden; denn sonst könnte ich mich mit der Erklärung der Regierung nicht zufrieden geben.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Diese Berträge liegen alle außerhalb der Kompetenz des Regierungsrates und müssen dem Großen Rate von Fall zu Fall vorgelegt werden.

Präsident. Wenn das Wort nicht weiter verlangt wird, so nehme ich an, die Motion sei zurückgezogen und im übrigen habe der Kat die Erklärung der Regierung gutgeheißen.

Anzug des herrn Großrat Gurtner betreffend Revision des Einkommenstenergesetes.

(Siehe diesen Anzug Seite 474 des Tagblattes des Großen Rates von 1893.)

Gurtner. Die Motion, welche ich ftellte, ift veranlaßt durch einen Nebelftand, der feit Jahren in Bezug auf die Erhebung der Gemeindesteuer herrscht. Der Art. 7 des "Das Ginkommen aus Einkommensteuergesetes fagt: einer Berufsthätigkeit wird an dem Orte geschätzt und in das Steuerregifter eingetragen, wo der Sit der Berufsthätigkeit ift." Wenn sich nun in einer Ortschaft eine große Fabrik befindet, wie 3. B. die eidgenössischen Werk-stätten in Thun, so werden die Arbeiter von der dortigen Steuerbehörde eingeschätt und nach Urt. 4 des Gemeindesteuergesetzes werden fie in der betreffenden Gemeinde gemeindesteuerpflichtig. Daß dies bei den betreffenden Arbeitern und in der Wohnsitzgemeinde Unzufriedenheit hervorruft, ist begreiflich. Es macht dies für eine einzige Fabrit mit 200 Arbeitern ein Steuerkapital von nahezu Fr. 300,000 aus. Berarmt ein Arbeiter, so fällt die ganze Last ber Wohnsitzgemeinde zu; die andere Gemeinde, welche jahrelang die Steuern bezogen hat, braucht nichts zu leisten. Das gleiche gilt in Bezug auf das Schul-wesen. Die umliegenden Gemeinden kommen in den Fall, von Jahr zu Jahr neue Klaffen zu errichten, neue Schulhäuser zu bauen und zu diesem Zwecke höhere Tellen zu beziehen, während das Einkommen das gleiche bleibt. Ich kann nachweisen, daß 78 Arbeiter gegen ihre Einschatzung in der Gemeinde Thun Beschwerde führten. Diese Beschwerden wurden dann schließlich, nachdem fie ein oder zwei Jahre hängig gewesen waren, vom Regie-rungsrate zu Ungunsten der Petenten entschieden. Man sagte schon damals, in nächster Zeit werde ein anderes Steuergesetz erlassen und die Sache richtiggestellt werden. Allein bis jett ift dies nicht geschehen, und mit Rücksicht auf den beftehenden unhaltbaren Buftand möchte ich Ihnen die Erheblichkeit meiner Motion empfehlen.

Eggli, Direktor des Gemeindewesens, Berichterstatter des Regierungsrats. Die Motion des Herrn Gurtner lautet: "Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Großen Rate Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht der Artifel 7 des Gefetes über die Ginkommenfteuer, vom 18. Marz 1865, einer Revision zu unterwerfen sei, damit die Gemeindesteuer auch am Wohnort der Steuerpflichtigen gang oder teilweise bezogen werden kann." Obichon diese Motion also die Revision des Einkommensteuer= gesetzes zum Gegenstand hat, hat der Regierungsrat gleichwohl den Direktor des Gemeindewefens mit der Behandlung derfelben beauftragt. Der Regierungsrat ift mit den Gründen, die den herrn Motionssteller geleitet haben, vollständig einverstanden, nur glaubt er, es follte ber Motion eine allgemeinere und auf ein anderes Gefet, nämlich auf das Gemeindesteuergefet anwendbare Faffung gegeben werden. Er beantragt daher die Erheblichkeit in folgendem Wortlaut: "Der Regierungsrat wird eingelaben, dem Großen Rate Bericht und Antrag vorzulegen, ob und in welcher Weise das Gesetz über das Steuer= wesen in den Gemeinden, vom 2. September 1867, einer Revision zu unterwerfen sei."

Wie herr Gurtner bereits bemerkt hat, wird nach

Mitgabe des Einkommensteuergesetzes von 1865 das Ein= tommen aus einer Berufsthätigkeit an dem Orte geschätt und ins Steuerregister eingetragen, wo der Sit der Berufsthätigkeit ist. In Bezug auf die Staatssteuer ist dies offenbar das ganz korrekte Berfahren; denn nirgends beffer als da, wo der betreffende Arbeiter feinen Erwerb findet, kann sein Einkommen richtig taxiert werden, indem man dort die Löhne und Anftellungsverhältniffe, turg alles, was mit der Feststellung des Einkommens im Busammenhange steht, kennt und es für die Erhebung der Staatssteuer absolut gleichgültig ift, ob fie in der Gemeinde X oder P erhoben werde. Allein umgekehrt stellen sich in Bezug auf die Gemeindesteuer überall da Unzukömmlichkeiten heraus, wo sich ein industrielles Centrum befindet und die Großzahl der Arbeiter in den umliegenden Ortschaften Wohnung nimmt. Die betreffenden Arbeiter verlaffen am Morgen ihre Wohnung, gehen auf die Arbeit und tehren am Abend wieder heim. Die Familien bleiben aber in der betreffenden Ortschaft zurück und genießen dort alle Vorteile derfelben (Schulen, Armen= unterstützung, Orts- und Wegpolizei zc.), während fie an die kommunalen Lasten nichts beitragen. Das ift ein Migverhältnis, das als ein unbilliges anerkannt werden muß und in Bezug auf das Remedur eintreten follte. Es sagt nämlich das Gemeidesteuergeset in § 4: "Die Gemeindesteuer wird auf der Grundlage der Staatssteuerregister erhoben, in der Weise, daß diese Steuerregister sowohl hinsichtlich der Schatzung des steuerpflichtigen Bermogens und Einkommens, als auch in betreff der der Steuerpflicht unterworfenen Berfonen und Sachen Regel machen. Vorbehalten bleiben die in diesem Gesetze ent= haltenen Abweichungen und Ausnahmen." Run haben wir allerdings im Gemeindesteuergeset von dieser Bestim= mung, daß die Staatssteuerregister für den Steuersat und die steuerpflichtigen Personen Regel machen sollen, eine Anzahl Abweichungen und Ausnahmen; allein diejenige Ausnahme, welche ber Herr Motionssteller wünscht, ift nicht gemacht. Das Gemeindesteuergeset ift aber auch noch in andern Punkten redisionsbedürftig. Ich erwähne nur eine Frage, die ja allgemein bekannt ist. Es ist das die Frage der Besteurung des hypothekarisch belasteten Grundeigentums. Diese Frage ift mindestens ebenso dringlich, wie diesenige, welche der Hern Motionssteller im Auge hat. Wie sie gelöst werden soll, darüber haben wir eine abgeschlossene Meinung noch nicht. Die eine Meinung geht dahin, man solle den Schuldenabzug auch bei der Gemeindesteuer gestatten. Ich glaube aber, man sei allgemein einverstanden, daß dies nicht durchführbar ware, indem wir eine große Bahl von Gemeinden hatten, die nicht mehr genügendes Steuerkapital befigen würden. um die Rosten ihres Gemeindehaushalts bestreiten zu fonnen. Gine zweite Meinung geht dahin, man folle den Schuldenabzug geftatten, aber die betreffenden Gemeinden berechtigt erklären, an deffen Plat von den Rapitaliften, welche in den betreffenden Gemeinden wohnen, Kapital= fteuer zu beziehen. Es ift dies ein Poftulat der letten Delegiertenversammlung des Grütlivereins. 3ch glaube, auch das sei nicht durchführbar; denn mit einem folchen Syftem wurde einzelnen Gemeinden, wo Kapitaliften hauptfächlich angeseffen find, ein Großteil der Steuer= objette entzogen. Eine britte und wohl die rationellste Lösung ware die, daß man einen Unterschied macht zwischen der Besteurung des hypothekarisch belasteten und des freien Grundeigentums in der Weise, daß man

letteres in höherem Maße zur Besteurung heranzieht. Wie dieser Gedanke des weitern ausgeführt werden soll, darüber bestehen zur Zeit abschließende Untersuchungen noch nicht, doch wird gegenwärtig eine statistische Ersebung gemacht, um bezügliches Material zu beschaffen, und es wird sich dann wohl auch nach dieser Richtung eine Lösung zeigen. Eine fernere Frage, welche ebenfalls auftauchen kann, ist die, ob die Ersparniskassen, welche gemeindesteuersrei sind, nicht auch einigermaßen herbeigezogen werden sollten, weil sie zur Zeit nicht mehr den gleichen Geschäftskreis haben, der seiner Zeit zum Steuerprivilegium führte, sondern auch eigentliche Bankgeschäfte machen. So präsentieren sich vielleicht auch noch andere Punkte, welche eine Kevision des Gemeindesteuergeses wünschdar erscheinen lassen. Es soll daher die Materie geprüft werden, und es wird der Regierungsrat dem Großen Kate einen Entwurf für Revision des Gemeindesteuergeses vorlegen. In diesem Sinne ist die Regierung mit der Erheblicherklärung der Motion des Herrn Großrat Gurtner einverstanden.

Präsident. Ich nehme an, daß Herr Gurtner mit der von der Regierung vorgeschlagenen erweiterten Fassung einverstanden ist.

Gurtner. 3a!

Die Motion wird in der von der Regierung vorgesschlagenen erweiterten Fassung stillschweigend erheblich erklärt.

Ein besonderer Namensaufruf zur Konftatierung der Unwesenheiten findet nicht ftatt, sondern es wird für biesen Zweck ber Namensaufruf über die Mahnung des Herrn Großrat Dürrenmatt, so weit nötig ergänzt, als maßgebend erklärt. Derselbe verzeigt eine Anwesenheit von 154 Mitgliedern. Abwesend find 108 Mitglieder, wovon mit Entschuldigung: die Herren Belrichard, Brunner, Feller, Friedli, v. Grünigen, Haberli (Aarberg), Horn, Howald, Neiger, Sahli, Schweizer, Stämpfli (Schwanden), Stoller, Will; ohne Entschuldigung abwesend find: die Herren Aebi, Aegerter, Affolter, v. Allmen, Anken, Beguelin, von Bergen, Beutler, Bircher, Blatter, Bläuer, Blosch, Boillat, Boinay, Bog, Bourquin, Brahier, Bühler, Cattin, Chodat, Choulat, Clemengon, Coullery, Cuenin, Elfäßer, Freiburghaus, Gerber Eggimann, (Steffisburg), Glaus, Gouvernon, Guenat, haldimann (Eggiwyl), Sari (Abelboden), Bari (Reichen= bach), hennemann, hiltbrunner, hofer (Oberong), hoftettler, Hohner, Hunziker, Huffon, Jenzer, Kaifer, Kisling, Klohner, Kohli, Arebs (Eggiwhl), Krenger, Kufter, Marcuard, Marolf, Maurer, Mérat, Meher (Laufen), Michel (Interlaen), Michel (Weiringen), Morgenthaler (Leimiswhl), Morgenthaler (Urfenbach), Moschard, Moser (Bern), Mofer (Herzogenbuchfee), Mouche, Müller (Ed., Bern), Rägeli, Kaaflaub, Rätz, Reichenbach, Kenfer, Rieder, Rolli, Koffelet, Ruchti, Küegsegger, Schärer, Schindler, Schneeberger (Orpund), Sommer, Stämpsli (Bern), Steffen (Madismyl), Steffen (Heimismyl), Steiner, Tanner, Thönen, Tièche (Biel), Tièche (Bern), Trachfel, Tschiemer, Wermeille, Wolf, Zaugg, Ziegler, Zhro.

Schluß der Sitzung um 5 Uhr.

Der Redacteur: Rud. Schwarz.

Sechste Sitzung.

Beeitug den 9. Mües 1894,

morgens 9 Uhr.

Vorfigender: Prafident By B.

Der Namensaufruf verzeigt 101 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 161, wovon mit Entschuldigung: die Herren Belrichard, Benz, Brunner, Choffat, Friedli, v. Grünigen, Häberli (Aarberg), Hirter, Horn, Howald, Meher (Biel), Neiger, Péteut, Dr. Reber, Rosselt, Schlatter, Schweizer, Stämpsli (Schwanden), Stoller, Tieche (Biel), Boisin, Will; ohne Entschuldi-

gung abwefend find: die Herren Aebersold, Aebi, Aeger= ter, Affolter, v. Allmen, Anten, Bartichi, Beguelin, von Bergen, Beutler, Bircher, Blatter, Bläuer, Blosch, Boillat, Boinay, Borter, Boß, Brahier, Brand (Tavannes), Brand (Enggistein), Buchmüller, Bühler, Bühlmann, Cattin, Chodat, Choulat, Clémençon, Comment, Comte, Coullery, Cuenin, Droz, Dubach, Eggimann, Elfäßer, Fahrny, Fleury, Frutiger, Gerber (Steffisburg), Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Gouvernon, Grieb, Guenat, Gurtner, Gygar (Bütikofen), Hadorn, Haldimann (Eggiwyl), Hari (Adelboden), Hari (Reichenbach), Haslebacher, Hauert, Haufer (Weißenburg), Hennemann, Henzelin, Hiltbrunner, Hirschi, Fofer (Oberönz), Hoftettler, Houriet, Harder, Hanger, Haffen, Jacot, Jäggi, Jenzer, Jtten, Juheler, Kaiser, Kissling, Klaye, Klohner, Kohli, Krebs (Eggiwhl), Krenger, Kunz, Lanz, Leuenberger, Marchand, Marcuard, March, Marti (Mülchi), Maurer, Mérat, Meyer (Laufen), Michel (Interlaken), Michel (Meiringen), Minder, Morgenthaler (Leimiswyl), Morgenthaler (Ursenbach), Moschard, Moser (Herzogenbuchsee), Mosimann, Mouche, Rägeli, Raaflaub, Rat, Reichenbach, Renfer, Rieder, Rolli, Roth, Ruchti, Rügsegger, Schärer, Scheidegger, Schindler, Schmalz, Schneeberger (Orpund), Schüpbach, Sommer, Spring, Stämpfli (Vern), Stauffer, Steffen (Madiswyl), Steffen (Heimiswyl), Steiner, Stucki (Wimmis), Tanner, Thönen, Tièche (Vern), Trachfel, Tschanen, Tschiemer, Wälchli, Walther (Ochlenberg), Walther (Oberburg), v. Wattenwyl, Weber (Graswyl), Warmeilla, Migricar, Walk, Lange, Licelar, Linea Wermeille, Wieniger, Wolf, Baugg, Biegler, Bingg (Diegbach), Zingg (Ins), Zyro.

Das Protokoll der gestrigen Nachmittagssitzung wird abgelesen und genehmigt.

3m Ginverständnis mit den betreffenden Motions= ftellern werden auf die nächste Seffion verschoben:

1) der Anzug des Herrn Weber und Mithafte betreffend Ermöglichung und Bildung landwirtschaftlicher Schiedsgerichte;

2) der Anzug des Herrn Müller (Langenthal) und Mithafte betreffend Revision der Tierschutzesetz gebung.

Tagesordnung:

Ausug des herrn Großrat Paucourt und Mithafte betreffend Ausarbeitung eines Gesehes über das Zehrlingswesen.

(Siehe diesen Anzug Seite 429 des Tagblattes des Großen Rates von 1893).

M. Daucourt. La votation fédérale du 4 mars, qui a donné un résultat assez inattendu, a renvoyé à une date indéterminée, peut-être reculée, l'élaboration d'une loi fédérale sur les arts et métiers. D'après les rapports des commissions et les délibérations préparatoires qui ont eu lieu aux Chambres fédérales, on a pu se rendre compte qu'un des objets principaux de cette loi aurait été la réglementation de l'apprentissage. Cette question est donc, par le fait, abandonnée aux soins des cantons ou à l'initiative privée. Ne croyez-vous pas, Messieurs, que ce soit pour nous le moment de nous en occuper? Les honorables députés qui ont bien voulu signer la motion que j'ai l'honneur de vous présenter sont convaincus, comme moi, que l'intervention de l'Etat dans un tel domaine est une nécessité à laquelle il ne peut plus se soustraire.

L'apprentissage est l'époque la plus importante, on peut le dire, de la vie de l'ouvrier de métier: il est la base de la puissance industrielle de l'homme. Depuis de longues années, dans notre canton comme dans bien d'autres, on se plaint de la difficulté de se procurer des ouvriers réellement capables. C'est que l'apprentissage en général se fait dans des conditions défectueuses. De là vient en bonne partie l'amoindrissement de certaines industries. Il faut parer à cette insuffisance constatée de l'enseignement professionnel, surtout à une époque où le développement de la concurrence commerciale étrangère s'accuse toujours davantage. Formons dans le pays de bons ouvriers qui puissent lutter mieux qu'ils ne

peuvent le faire aujourd'hui.

Il me serait facile de produire ici des exemples qui feraient toucher du doigt la nécessité d'une loi sur les apprentissages. Ceux de mes honorables collègues qui habitent comme moi des contrées où l'horlogerie est la principale industrie, savent qu'une des causes de son affaiblissement n'est autre que le manque d'ouvriers sérieux et de bons apprentis. Ainsi l'on voit des ouvriers, connaissant insuffisamment l'horlogerie, ou mal au courant de la fabrication d'une montre, monter des ateliers, prendre des apprentis qui, naturellement, ne reçoivent qu'une instruction professionnelle très médiocre, et ne pas chercher à livrer autre chose que des produits tout aussi médiocres, quand encore ce n'est pas ce qu'on appelle de la «patraque» dans la langue du pays. Ces petits fabricants ne disposent naturellement que d'un petit crédit. A la moindre perte un peu forte, les voilà dans la gêne, pis que cela souvent: on vend alors la marchandise à vil prix, les prix du marché baissent, le taux du salaire en même temps, et peu à peu s'accentue la décadence d'une industrie autrefois si fructueuse et si prospère.

Si l'apprenti, si l'ouvrier recevait une instruction professionnelle plus sérieuse, on rencontrerait moins de ces patrons qui connaissent insuffisamment la fabrication de la montre, ou dont l'exécution du

travail laisse tant à désirer.

On sait combien les carrières libérales sont encombrées de nos jours. On n'annonce pour ainsi dire pas un seul petit concours pour n'importe quel emploi, sans que 20, 30, quelquefois 50 à 100 concurrents ne se fassent inscrire. N'est-ce pas le moment.

d'encourager ceux qui font encore choix de professions manuelles? On les néglige trop: il faut les remettre en honneur; il faut faire ressortir aux yeux de la jeunesse le côté artistique, relevé, de ces professions. Je crois donc qu'à un double point de vue, il est nécessaire que l'Etat intervienne: d'abord, pour former, développer la valeur professionnelle des ouvriers, et ensuite pour protéger l'apprenti, et par le fait l'ouvrier. Il est constant que certains patrons spéculent sur leurs apprentis: ils en prennent souvent trop et quand ils ne répondent pas à leur attente, ils les négligent; ceux-ci, se sentant délaissés, perdent leur temps et deviennent ce qu'on appelle vulgairement des gâte-métiers. D'un autre côté, les familles poussent quelquefois leurs enfants bien trop jeunes à un apprentissage, alors qu'ils sont à peine capables de comprendre ce que c'est. Les parents veulent que l'apprentissage ne leur coûte rien, ou même que l'enfant, à peine l'outil entre les mains, apporte sa part de gain dans le ménage.

Il y a différentes manières de comprendre la protection de l'ouvrier. Ils deviennent malheureusement trop nombreux ceux qui se servent de l'apprenti d'une manière abusive, l'employant à des travaux qui ne rentrent pas du tout dans l'exercice de sa profession. Que de parents, pendant un an, deux ans, préfèrent payer les amendes scolaires pour pouvoir avancer d'autant l'apprentissage de leurs enfants! On en voit qui sont obligés de travailler le dimanche, empêchés de la sorte de remplir leurs devoirs religieux. «On ne craint pas de surmener leurs forces, surtout dans ces ateliers de couture, de modes, etc., où des jeunes filles travaillent une partie de la nuit, parce qu'à l'approche d'une fête, au renouvellement des saisons, il faudra livrer des toilettes aux clientes en temps voulu. A ces époques de l'année c'est un surmenage coupable, surfout les trois derniers jours de la semaine. Tout cela nuit au développement intellectuel et physique de l'apprenti. Dans un rapport que je lisais dernièrement, l'Association des femmes suisses constatait que nombre d'ateliers employant des femmes travaillaient jusqu'à 18 heures par jour et cela pendant deux ou trois mois de l'année. Elle ajoutait que beaucoup de maisons ne travaillent qu'avec des apprentis, pour que la main d'œuvre soit excessivement basse.

Le Gewerbeverein suisse, à son tour, a attiré justement l'attention des autorités sur ce point, déclarant que chez maints patrons les apprentis sont exploités comme des serviteurs peu coûteux; il se plaint de l'état déplorable dans lequel on laisse leur instruction, ce qui n'aboutit qu'à faire des ouvriers souvent plus préjudiciables qu'utiles à la carrière qu'ils embrassent. Il y aurait bien des faits à citer à l'appui; mais cela m'entraînerait trop loin.

Je crois donc être, avec les honorables collègues qui ont signé cette motion, l'écho du sentiment général en demandant aujourd'hui que l'Etat intervienne dans le domaine de la protection ouvrière, par une loi fixant les conditions de l'apprentissage, les devoirs des patrons et des apprentis, réglementant les examens et l'obtention du diplôme. Dans les pays voisins, en France par exemple, où une loi de ce genre existe depuis 1841, on en a tiré un excellent

parti. Dans le grand-duché de Bade, l'Etat ouvre des ateliers d'apprentissage qui rendent également de grands services. En Suisse, Genève et Neuchâtel viennent tout récemment de voter une loi sur la matière. Même dans le canton de Berne, l'Union des maîtres-menuisiers de la Haute-Argovie et de l'Emmenthal ne s'est-elle pas plus d'une fois préoccupée de faire cesser les abus que je signale? Elle s'est surtout efforcée d'imposer une moyenne moins brève à la durée de l'apprentissage, qu'elle juge trop court, comme il l'est aussi dans le Jura. En étudiant les moyens d'obvier à ces désavantages, le Grand Conseil ne fera, on le voit, que répondre à un besoin que les sociétés bernoises ont indiqué déjà. L'Etat de Berne, qui a fait beaucoup pour l'instruction publique, qui est disposé à faire davantage encore pour l'école populaire, comme en témoigne la loi nouvelle; l'Etat qui a ouvert des écoles secondaires, qui favorise beaucoup les établissements d'instruction supérieure pour préparer les jeunes gens se vouant aux carrières libérales, doit nécessairement faire quelque chose aussi pour les enfants du pays qui demandent leur gagne-pain à l'industrie et au travail

C'est donc dans l'intérêt de cette partie si intéressante de la population que nous demandons une loi sur la réglementation de l'apprentissage, que l'Etat présentera, je n'en doute pas, dans une des premières sessions de la prochaine législature. C'est le vœu que je présente ici au nom de tous ceux qui désirent le relèvement des métiers, le progrès de l'industrie dans le canton de Berne.

v. Steiger, Direktor bes Innern, Berichterstatter bes Regierungsrats. Als die Motion des Herrn Dauscourt angekündigt wurde, nahm die Regierung anfängslich dazu eine negative Haltung ein, und ich wurde damals beauftragt, die Richterheblichkeit zu beantragen, wenigstens in der vorliegenden Form, weil man noch den Entscheid über den Borschlag bevorstehend hatte, der auf eidgenössischem Boden gemacht wurde, dahingehend, einen neuen Artikel 34ter in die Bundesversassung aufzunehmen, der dem Bund die Kompetenz geben sollte, auf dem Gebiete des Gewerbewesens einheitliche gesesliche Borschriften aufzustellen. Wir haben aber damals gewünscht, es möchte die Behandlung der Motion immerhin verschoben werden dis nach der Abstimmung vom 4. März. Da nun diese Abstimmung stattgefunden und eine Berwerfung der eidgenössischen Borlage herbeigeführt hat, so ist die Stellung der Regierung eine etwas andere geworden. Der Regierungsrat hat seit der Abstimmung vom 4. März über die Motion des Herrn Daucourt nochmals Beratung gepflogen, und ich din beauftragt, Ihnen die Erheblicherklärung derselben zu beantragen.

Es ist zwar nicht zu leugnen, daß die Abstimmung vom letzten Sonntag hinsichtlich einer eidgenössischen Gesetzgebung auf diesem Gebiete durchaus nicht als eine befinitive betrachtet werden kann. Diese ganze Abstimmung macht gar keinen imposanten Eindruck. Sie steht schon viel zu kläglich da hinsichtlich der Beteiligung der Bürger an der Urne; denn wenn nur 40 Prozent sämtlicher stimmfähigen Schweizerbürger — 280,000 von circa 700,000 — an der Abstimmung teilnehmen, und wenn von diesen 40 Prozent eine kleine Mehrheit sich

für Verwerfung ausspricht, so werden Sie sagen: Es ift ein solcher Entscheid, wenn er schon seine bestimmten Lehren enthält, durchaus nicht geeignet, eine bestimmte, grundsähliche und definitive Ablehnung der Materie zu bedeuten.

Die Ursachen der Verwerfung der eidgenössischen Vorlage sind ja sehr verschiedenartige gewesen; die Verwerssenden waren durchaus nicht einig in ihren Motiven. Den einen ist die Vorlage zu weit gegangen, den andern zu wenig weit, und sie ist wohl hauptsächlich gescheitert an dem Fehler einer gewissen Unklarheit, und durch die unbestimmte Fassung, welche die Vundesversammlung wählen zu sollen glaubte, um wichtige Streitfragen in die Zukunft zu verweisen, ist viel Mistrauen geweckt worden, das dann natürlich auch von solchen benutzt wurde, die überhaupt keine Vundesgesetzgebung auf gewerblichem Gebiete wollen und überhaupt in jedem Schritt, den man zur Entwicklung unserer Vundesinstitutionen

thut, einen Feind feben. Es werden deshalb die Urheber jener Vorlage vom 4. März aus der Abstimmung ihre Lehren ziehen muffen, aber nicht um die Sache, der nun schon mehr als feit gehn Jahren aus den intereffierten Rreifen gerufen wird, liegen zu laffen, sondern um die Sache beffer zu machen, um fich in einer fünftigen Borlage prazifer und beut= licher auszusprechen und die Gegenstände genauer zu bezeichnen, in Bezug auf die man eine eidgenöffische Besetgebung für nötig halt. Bu diefen Begenftanden wird ohne Zweifel in erfter Linie das Lehrlingswesen gehören; benn daß dasselbe frank ift, konnen auch die Gegner ber Borlage vom 4. März nicht leugnen. Daß das Lehrlings= wefen frank ift, ift eine Thatfache, welche feit Jahren nicht bloß von den Handwerkern beklagt wird, sondern auch in fehr deutlicher Weise von den Gemeinde= und Armenbehörden, welche im Falle find, junge Leute in die Lehre zu thun. Es hat mir vor wenigen Tagen ein Mann, der während einer Reihe von Jahren als Armen= inspektor funktionierte, wiederholt, was ich schon oft aus dem Munde von Gemeindebeamten hörte, es sei alles Geld für handwerksstipendien weggeworfen; benn es komme gewöhnlich bei der Lehre, die man einem jungen Manne zukommen laffen wolle, fehr wenig heraus. Warum das? Vielleicht daß man nicht die richtigen Leute als Lehrlinge auswählt, größtenteils aber, weil es an einer bestimmten, wohlthätigen Ordnung des Lehrlings= wesens fehlt, weil einesteils die Pflichten der Meifter nicht gesetzlich genau normiert find und andernteils es den Lehr= lingen zu leicht gemacht ist, einfach aus der Lehre zu laufen, wenn fie halb ausgelernt haben, um dann noch eine zeitlang herumzuvagieren und sich hierauf als angebliche Meister niederzulassen. Dazu kommt noch ein anderer Mangel. Unfern Lehrlingen fehlt im allgemeinen auch die nötige Fortbildung, die durchaus neben der Werkstatt hergehen muß. Wir haben zwar Handwerker= schulen, etwa zehn bis zwölf; allein abgesehen von den Städten, besucht nur eine kleine Zahl der Lehrlinge solche Handwerkerschulen. In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit wird ihnen dies von seite ihrer Lehrmeister oft nicht einmal möglich gemacht. Da sollte dafür geforgt werden, daß der Lehrmeister verpflichtet wäre, den Lehrling die Sandwerkerschule besuchen zu lassen, damit er auch in den nötigen theoretischen Kenntniffen und ganz besonders im Beichnen fich ausbilden kann. Ein weiterer Mangel, der namentlich in gewiffen Branchen der Konfektion, im

Schneiderinnen= und Näherinnenberuf, sich geltend macht, besonders in den Städten, besteht darin, daß die Lehrstöchter über alles Maß in Anspruch genommen werden, indem sie nicht nur 10 bis 12, sondern oft 15 bis 18 Stunden an der Nähmaschine sizen müssen, so daß eine gebrochene Gesundheit die Frucht ihrer Lehrzeit ist.

Das find alles Mängel, welche nicht geleugnet werden können und denen abzuhelfen Pflicht des Staates ist. Es wird deshalb, das ist meine volle Ueberzeugung, früher oder später doch zu einer eidgenöffischen Regelung bieser Angelegenheit kommen muffen. Vorderhand aber können wir ja gar wohl den Bersuch machen, ob nicht durch ein kantonales Gesetz wenigstens den drückendsten Uebelftanden abgeholfen werden konne. Wir befigen zwar bereits etwas Derartiges in unserm Gesetze über das Gewerbewesen vom 7. November 1849, das eine Angahl gang vortrefflicher Bestimmungen enthält. In den §§ 63 ff. ist auch das Lehrlingswesen mit einer Sorfalt und einer Einficht behandelt, die einen in Erstaunen sett. Wir finden da Bestimmungen, von welchen man nicht geglaubt hätte, daß fie schon damals ins Leben getreten wären. In Bezug auf die Befugnis, Lehrlinge zu halten, wird verlangt, der Meister muffe fich ausweisen, daß er selber eine Lehrzeit gehörig innegehalten und wenigstens drei Jahre als Geselle gearbeitet habe; es werden die Pflichten des Lehrlings gegenüber dem Meifter und umgekehrt die Pflichten des Meifters gegenüber dem Lehrling außer= ordentlich genau und ichon ausgeführt. Diefe Beftim= mungen find aber nach und nach zum teil vergeffen worden und namentlich wurden fie ohne Bedeutung in= folge der schrankenlosen Gewerbefreiheit, welche man auf Grund der Bundesverfaffung praktizieren zu muffen glaubte. Es ift Thatfache, daß vielfach, wenn man fich auf Bestimmungen des Gewerbegesetes ftugen wollte, die Sache vor den Richter gezogen wurde, wo man dann den Kürzern gezogen hat, indem es hieß: Angesichts der Gewerbefreiheit ift die und die Bestimmung nicht mehr haltbar. Der Versuch, Bestimmungen über das Lehrlings= wesen auf kantonalem Boden einzuführen, ist auch von andern Kantonen schon gemacht worden, so speziell von Neuenburg, welcher Kanton in den letten Jahren ein Gesetz über das Lehrlingswesen erlassen hat, das sowohl über den Lehrvertrag, als über die Pflichten der beiden Parteien sehr gute und wohlthätig gemeinte Bestimmungen enthält. Es wird aber aus dem Kanton Neuenburg berichtet, daß die Durchführung des Gesetzes so ziemlich gleich null geblieben sei und daß man sich, wie es in einem Artifel des "National Suiffe" fürzlich hieß, an den Bestimmungen des Obligationenrechts gestoßen habe, was mir zwar nicht ganz klar ist. Aber Thatsache ist, daß das neuenburgische Gesetz so ziemlich nur auf dem Papier steht, mit Ausnahme guter Formulare für Lehr= verträge zc. Sie dürfen sich also über den Erfolg eines kantonalen Gesetzes keine Musionen machen, Sie dürfen nicht erwarten, daß damit wirklich in ausreichendem Maße allen Uebelständen, welche beklagt werden, wird abge= holfen werden. Allein wir konnen den Versuch machen, und die Regierung ift bereit, die Frage durch Fachmänner prüfen zu laffen und hierauf dem Großen Rate Bericht und Antrag zu bringen. Wir wollen den guten Willen nicht nur zeigen, sondern auch bethätigen, um etwas im Sinne der Anregung des Herrn Daucourt zu schaffen, immerhin mit der vollen Ueberzeugung, daß eine gründ= liche und richtige Abhülfe nur durch ein Bundesgeset

erfolgen kann und daß es daher über kurz ober lang doch dazu kommen wird, daß daß Schweizervolk, besser belehrt und einsichtiger, als es letzten Sonntag gewesen ist, mit größerem Verständnis, einer deutlicheren und verständlicheren Vorlage seine Zustimmung geben und dem Gewerbestand die Besserung und Hebung seiner Vershältnisse, die er selber verlangt, nicht verweigern wird, so daß die Uebelstände, die der Gewerbestand heute schmerzlich empfindet, werden beseitigt werden können.

In diesem Sinne erkläre ich, daß die Regierung mit der Erheblicherklärung der Motion des Herrn Daucourt

gerne einverftanden ift.

Die Erheblichkeit in dem vom Herrn Berichterstatter der Regierung ausgeführten Sinne wird stillschweigend beschlossen.

Anjug des herrn Reymond und Mithafte betreffend Ginsehung einer Judufirie- und Jandelskammer.

(Siehe diesen Anzug Seite 473 des Tagblattes des Großen Kates von 1893).

Präsident. Ich schiese voraus, daß die Motionäre die Frage der Errichtung einer Industrie= und Handels= kammer nicht durch die Regierung, sondern durch eine Kommission, in Verbindung mit der Direktion des Innern, geprüft zu sehen wünschen, sodaß Sie, salls Sie die Motion erheblich erklären, noch zu bestimmen haben werden, ob Sie zur Vorberatung derselben eine Kommission einsehen oder sie der Regierung zuweisen wollen.

M. Reymond. Ainsi que vous venez de l'entendre, la motion que 33 de mes collègues et moi avons eu l'honneur de soumettre à votre appréciation, demande la nomination d'une commission, laquelle, de concert avec la Direction de l'intérieur, serait chargée d'examiner la situation actuelle de l'industrie dans notre canton et les moyens d'y remédier en créant d'abord une chambre du commerce et de l'industrie.

Il est à la connaissance de vous tous, en effet, que notre situation industrielle et commerciale est déplorable surtout par suite de l'augmentation de la production dans une trop forte mesure. En effet, lorsque la descente des prix pour les objets manufacturés a commencé et que la main d'œuvre a diminué, nos fabricants, nos industriels, ont cru-trouver une compensation convenable dans l'augmentation de la production, en établissant le calcul suivant qui peut paraître logique, mais qui est faux néanmoins dans ses conséquences: nos bénéfices étant réduits de 50 %, nous allons augmenter notre production du 100 %, et à la fin de l'année, nous nous retrouverons dans une situation aussi bonne, si ce n'est meilleure. L'excès de production a produit l'encombrement du marché et le prix des travaux dans l'industrie a ainsi baissé dans des proportions

énormes. Là est le mal, c'est là qu'il faut trouver un remède pour nos producteurs.

Il est encore une autre cause que je dois signaler ici, en me plaçant spécialement au point de vue de l'industrie horlogère. Lorsqu'en 1873, les délégués de la Confédération se sont rendus à Philadelphie, ils ont constaté que l'industrie américaine était arrivée à un très grand perfectionnement en ce qui concerne les moyens mécaniques de production. Ces délégués ont présenté un rapport qui a eu pour effet de pousser nos horlogers dans cette voie, et qui les a amenés à une production excessive qui ne trouve plus aujourd'hui d'écoulement convenable. Notre pays n'a malheureusement pas de consuls de carrière, de musées commerciaux, de comptoirs de vente; il est en outre beaucoup trop petit pour consommer luimême au moins en bonne partie sa production intérieure; il doit donc forcément exporter. Jusqu'à présent, l'industrie privée, les fabricants eux-mêmes ont pu réussir à vaincre les difficultés inhérentes à la vente à l'étranger. Ces dernières années, on a même cherché à grouper les fabricants en associations pour leur faciliter l'écoulement au dehors des produits industriels du pays. Dans une certaine mesure, on a fait disparaître de cette manière une partie des anomalies de la situation. On est forcé cependant de reconnaître que l'initiative des sociétés n'atteint pas complètement le but visé; leurs organes sont des comités dont les travaux visent les intérêts particuliers et ne suffisent pas pour sauvegarder l'intérêt général, ainsi que le pourraient des personnes ayant des responsabilités bien établies. Nous avons souvent l'occasion de lire dans quelques journaux les rapports de nos consuls à l'étranger, traitant des questions qui se rattachent à l'écoulement de nos produits par l'exportation. Mais ces rapports, nous devons le constater ici, sont trop peu à la connaissance des intéressés; les rares journaux qui les publient le font par bonne volonté, ils ne reçoivent de ce chef aucune rétribution. D'autre part, les prescriptions douanières excessives adoptées ces dernières années par la plupart des nations avec lesquelles nous traitons, constituent pour nos industriels des obstacles sérieux. Souvent, les envois sont saisis et les expéditeurs mis en contravention sans qu'on puisse sérieusement leur en imputer la faute, parce qu'ils n'ont pas été mis au courant des changements apportés dans le mode des prescriptions. Je vais vous citer un fait qui concerne nos rapports avec la France. Vous savez tous qu'il y a à peu près une année, notre entente commerciale a été rompue avec ce pays, ce qui a entraîné un remaniement des tarifs douaniers. La Suisse avait auparavant comme importation française la montre courante extra bon marché. Les négociants en horlogerie de nos contrées jurassiennes qui réexportaient cette pièce déclaraient qu'il fallait absolument chercher à empêcher que les fabricants français eux-mêmes ne livrassent directement aux grossistes ou acheteurs de l'étranger la montre en question, ce qui leur enlèverait une ressource importante, et que par conséquent il était nécessaire d'éviter une augmentation de droits sur cet article.

D'un autre côté, nos fabricants d'horlogerie dé-

claraient qu'il fallait s'affranchir des montres françaises et qu'on devait chercher à fabriquer chez nous tout ce qui nous était demandé. Mais les négociants répondaient: Jamais en Suisse vous n'arriverez à établir une pièce d'horlogerie à prix aussi réduits que ceux obtenus sur les bords du Doubs. Les conséquences d'une lutte de ce genre, les contradictions qu'elle entraînait et la perplexité de ceux qui avaient à prendre une décision sur les majorations à appliquer aux articles français sont faciles à comprendre.

S'il y avait eu à cette époque un organe ou des autorités industrielles revêtant un caractère officiel déterminé, le Conseil fédéral aurait obtenu des renseignements précis, qui dégageaient sa responsabilité. Tandis qu'en écoutant les vœux des sociétés privées, qui fréquemment sont égoïstes ou simplement intéressées, il pouvait commettre une grave erreur et

provoquer de nombreuses réclamations.

Un autre fait vous montrera combien nos autorités étaient mal renseignées. A l'époque où la Chambre française a rejeté la convention commerciale proposée par la Suisse, le Conseil fédéral avait décidé d'augmenter les droits sur un produit dont je tiens à parler parce que je le connais particulièrement.

Chacun sait que pour fabriquer le cadran d'une montre, on emploie l'émail, qui est une espèce de verre opaque aggloméré. Cette matière a toujours été fabriquée par la France, qui garde le secret de sa composition; une seule fabrique s'occupe autre part de cet article; elle est en Angleterre, mais ses prix sont exorbitants, soit frs. 7 à 8 le kg, tandis que la France fournit le même produit à raison de fr. 1 à fr. 1. 50. Le Conseil fédéral voulant absolument, je ne dirai pas chicaner, mais contrecarrer l'exportation française en Suisse, décida qu'on de-vait augmenter aussi les droits d'entrée sur l'émail; ceux-ci furent portés en effet à un chiffre équivalant à 120 % en plus du taux précédent. Or, qui a supporté cette augmentation, si ce n'est évidemment l'industriel suisse, le fabricant de cadrans, l'industrie horlogère en un mot? Sans doute, il s'est trouvé des fournisseurs prêts à déclarer qu'ils pouvaient supporter les conséquences de cette augmentation, mais c'est — nous pouvons le dire avec certitude en sacrifiant des concessions dont les acheteurs auraient bénéficié. Je cite cet exemple pour vous faire toucher du doigt la nécessité de donner plus d'extension et un cachet officiel déterminé aux rapports qui doivent exister entre nos autorités et nos industriels.

Si nous jetons un coup d'œil sur ce qui s'est fait à l'étranger pour l'industrie, on voit que notre pays est resté bien en arrière. Ainsi en 1793, la France avait l'institution des Chambres de commerce; l'Allemagne les introduisit chez elle au commencement du siècle; en Autriche elles fonctionnent depuis longtemps d'une manière rationnelle et les résultats en sont satisfaisants; en Italie et en Angleterre aussi. En Suisse, plusieurs cantons ont déjà décidé l'introduction de Chambres du commerce: celle de Genève n'a pas de caractère officiel, elle rend néanmoins de grands services. La Chambre de commerce or-

ganisée depuis quelques années dans un canton plus voisin, celui de Neuchâtel, donne toute satisfaction aux intéressés.

Je crois donc me faire l'interprète d'un vœu général en disant qu'il est absolument nécessaire que l'Etat vienne aussi en aide au commerce par l'établissement d'une Chambre analogue dans notre canton. On se fait souvent un scrupule de réclamer le concours de l'Etat dans certains domaines, mais il convient ici de faire taire les scrupules. N'oubliez pas que l'Etat a pour principales ressources les recettes des douanes. L'industrie et le commerce sont tributaires de l'étranger, d'où nous faisons venir par exemple le charbon, les matières premières. Estce que l'Etat ne devrait pas, sous une certaine forme, fournir des compensations à nos industriels et à nos commerçants? Je ne me place ici qu'au point de vue fédéral, mais puisque nous sommes sur le terrain cantonal, je puis parler du timbre qui est un impôt cantonal, supporté en grande partie par nos commercants et nos industriels.

Je fais maintenant appel à nos collègues qui représentent ici les intérêts de l'agriculture en leur demandant de s'inspirer de sentiments de justice et d'équité au moment où ils se prononceront sur la prise en considération de la motion que nous soumettons à leur examen. Lorsque les fourrages ont manqué, l'Etat et le Grand Conseil n'ont pas hésité à venir à leur aide. Eh bien, cette situation déplorable qui fait peut-être sentir encore ses effets aujourd'hui chez nos agriculteurs, nous, les industriels, les commerçants, nous la subissons depuis longtemps pour d'autres causes; si donc, par suite de nos décisions, on a réduit l'impôt du sel, si le gouvernement a accordé des facilités pour l'achat de fourrages, nous espérons que vous ne refuserez pas de nous tendre la main, en vous inspirant de notre belle devise: Un pour tous, tous pour un.

Je pourrais vous donner bien d'autres raisons pour appuyer ma demande. Mais vous me demanderez avant tout de vous indiquer les avantages que procure une institution comme celle que nous réclamons; c'est évidemment sur ce thème que doit principalement rouler tout le débat.

Quelques passages du rapport présenté à cet effet au Grand Conseil de Neuchâtel par le Conseil d'Etat de ce canton vont nous indiquer ces avantages:

* En constatant que les conditions de travail et de production tendent de plus en plus à se modifier dans notre industrie horlogère comme dans toutes les autres, que pour elle aussi, la concurrence devient chaque année plus active et plus menaçante, nous devons songer plus que nous ne l'avons fait jusqu'ici à réunir nos forces et rechercher comment et par quels efforts nous pourrons efficacement sauvegarder nos intérêts industriels, rendre dans nos ateliers le travail plus productif, accroître nos débouchés, multiplier nos relations et distancer nos concurrents.

...Cette nécessité est aujourd'hui tellement comprise que nous voyons de tous côtés, en Suisse et à l'étranger, le commerce et l'industrie se donner dans chaque pays, dans chaque région, dans chaque ville industrielle un peu importante, des organes bien outillés, dans lesquels se trouvent représentés et associés les divers éléments de production nationale et qui sont chargés d'en assurer la défense. Ces organes, par le soin vigilant qu'ils apportent dans l'étude des questions industrielles, par la compétence qu'ils acquièrent, par leurs efforts suivis et persévérants, ne tardent pas à devenir, en effet, de précieux auxiliaires pour une industrie et à rendre des services de plus en plus estimés...

...Il s'agit de compléter ce qui existe, de coordonner tous ces efforts un peu dispersés, toutes ces initiatives un peu incohérentes, en instituant un organe où viennent converger ce mouvement industriel, ces impulsions qui partent de divers milieux, de divers points du pays, où se passe la synthèse de toutes ces opinions, où l'on dégage toujours ce qui est intérêt général, l'intérêt du plus grand nombre dans notre industrie, et qui devienne promptement pour les pouvoirs publics du canton et de la Confédération, et pour l'initiative privée, un centre d'informations

sûr et un appui éclairé et indépendant.

C'est à lui en effet qu'appartiendra la mission, grâce à un service d'informations bien organisé, par des rapports périodiques, de nous signaler les changements importants qui pourront survenir dans le mouvement commercial des divers pays, dans leur législation douanière et son application, dans la situation des marchés étrangers, dans les progrès de la concurrence, dans les améliorations de l'outillage, etc. C'est lui qui devra nous signaler à temps l'importance des expositions qui s'organisent à l'étranger et organiser notre participation, si elle est reconnue nécessaire. A l'intérieur et dans notre canton, il devra porter son attention sur les conditions de travail, sur l'état des salaires, sur les relations des patrons et des ouvriers, sur la situation de l'apprentissage, et noter dans notre activité intérieure, dans l'activité des syndicats tous les faits dignes d'attention.

Il aura aussi comme attribution de surveiller les influences rivales qui voudraient détourner de nous certains courants d'affaires, nous supplanter dans nos relations, affaiblir notre situation et prendre sur le terrain industriel, en Suisse et à l'étranger, une place prédominante aux dépens de celle qui nous appartient.

Il sera enfin un utile collaborateur pour le département de l'industrie et de l'agriculture, qui pourra soumettre à son examen ou à son préavis toutes les questions intéressant notre industrie... >

Les motifs qui ont engagé le Grand Conseil neuchâtelois à voter la création d'une Chambre de commerce peuvent être invoqués avec tout autant de force dans notre canton; inutile d'entrer dans plus de détails.

Quant au travail qui incomberait à la Chambre de commerce, voici le paragraphe du reglement neuchâtelois qui l'indique:

ART. 1. La Chambre cantonale de commerce, de l'industrie et du travail a pour mission:

a) de représenter et de défendre auprès des pouvoirs publics du canton et de la Confédération, et partout où cela sera nécessaire, les intérêts du commerce, de l'industrie et du travail; b) de donner son avis chaque fois qu'elle sera consultée soit par l'un ou l'autre de ces pouvoirs et de présenter ses vues chaque fois qu'elle le jugerait utile ou nécessaire, sur toutes les questions et le développement du commerce, de l'industrie et du travail dans le domaine cantonal ou fédéral, telles que les questions d'expositions, de tarifs douaniers, d'enseignement technique et professionnel, de législation en matière de commerce, d'industrie et de travail, etc.;

c) de signaler d'une manière profitable à nos intérêts les progrès et les procédés nouveaux de concurrence étrangère, ainsi que tous les faits quelconques qui peuvent être de nature à léser notre

commerce et notre industrie;

d) de travailler à faciliter et à établir entre les patrons et les ouvriers la bonne entente et les bons rapports qui sont nécessaires à la marche prospère de toute industrie, à correspondre dans ce but avec les divers syndicats de patrons et d'ouvriers constitués dans le canton, et en se prêtant aux démarches, conciliations et arbitrages qui pourraient être demandés pour prévenir ou résoudre les difficultés et conflits entre patrons et ouvriers;

e) de recueillir et de centraliser tous les documents et renseignements statistiques et autres propres à éclairer constamment les pouvoirs publics, les syndicats professionnels et tous les intéressés sur les résolutions et les besoins de notre commerce et de notre industrie, sur les conditions de travail, sur le taux des salaires et sur les moyens les plus efficaces pour améliorer la situation dans les diverses branches de l'industrie et du travail;

f) de faire connaître le résultat de ses travaux par son compte-rendu annuel et par une publication périodique qui sera adressée aux sociétés industrielles et commerciales et divers syndicats existant dans le canton.

Il me reste peu de chose à ajouter aux indications longuement motivées et péremptoires fournies par le règlement neuchâtelois; l'expérience faite autre part doit nous profiter, fondons donc chez nous une institution qui, j'en suis certain, sera appelée à rendre aussi de grands services.

Permettez-moi cependant d'insister à nouveau sur un fait capital, c'est que les prescriptions douanières de l'étranger sont beaucoup trop peu connues chez nous. De là, de nombreux et graves inconvénients, comme je l'ai déjà dit. En voici la preuve. Lors de la rupture de nos relations économiques avec la France, le gouvernement de ce pays a décidé que toutes les montres qui seraient importées munies d'une pièce ou d'un appendice doré ou argenté seraient passibles d'un certain droit très élevé. Qu'estil arrivé? Quantité de nos fabricants ignorant cette modification à l'ancien mode de procéder ont continué à exporter en France des montres ordinaires du prix de fr. 7 à 8 par exemple, munies des appendices déjà cités; ces montres ont été taxées d'un droit absolument prohibitif, fr. 2 à 3, je crois. Les fabricants en cause ont donc éprouvé dans ces affaires des pertes nettes, parce qu'ils ne savaient où s'adresser pour obtenir des renseignements précis ou parce qu'ils n'ont pas été avisés à temps du changement survenu. Le Département fédéral des

douanes et des finances n'a pas pour mission de donner ces mille et mille renseignements qui sont nécessaires au commerce. Il faut donc créer un office

spécial à cet effet.

Il est certainement urgent aussi de faciliter l'exportateur d'un autre côté. Il y a quantité de moyens économiques d'expédition, qui sont malheureusement trop peu connus chez nous; nos industriels confient bénévolement leurs produits à la poste, tandis que les Chambres de commerce des nations voisines mettent à la disposition des exportateurs des moyens beaucoup plus économiques d'expédition.

Un autre point sur lequel je dois attirer votre attention concerne le signalement des chevaliers d'industrie. Il arrive souvent que nos fabricants reçoivent, de Londres, de Paris ou d'ailleurs, des demandes d'échantillons provenant de maisons sur lesquelles ils n'ont pas des renseignements suffisants; ils font fréquemment malgré cela des livraisons qui ne leur sont jamais payées. Il en est même qui ont été ruinés par des faits de ce genre. Au canton de Neuchâtel on a trouvé le moyen de combattre les trucs de ces espèces d'escrocs, en annonçant dans les journaux que telle ou telle maison demandant des échantillons doit être surveillée, qu'il n'y a pas lieu de traiter avec elle: c'est le secrétariat de la Chambre du commerce qui fournit ces indications.

Le canton de Berne a possédé déjà une institution du genre de celle que je préconise. Elle résultait d'un décret daté du 23 mai 1848, voté par le Grand Conseil ensuite des dispositions de l'art. 31 de la loi du 25 janvier 1847 sur l'organisation du

Conseil-exécutif et de ses Directions.

Sur le rapport du Directeur de l'intérieur, et après délibérations préalables au Conseil-exécutif, il a été établi pour soigner les affaires relatives à l'économie publique (art. 3 du décret), je cite textuellement:

1º Une commission de commerce.

2º Une commission d'industrie et d'arts mécaniques.

3º Une commission d'agriculture et d'élève du bétail.

« Ces commissions fourniront leur préavis sur toutes les questions qui leur seront renvoyées par le Directeur de l'intérieur et qui se rattachent à leur spécialité. Elles ont aussi le droit de soumettre aux autorités par voie d'initiative, des propositions ayant pour but soit de relever et d'encourager les branches d'économie qui leur sont respectivement dévolues, soit d'améliorer la législation sur la matière.»

Dans un règlement en date du 28 décembre 1852 le Conseil-exécutif déclarait que ces trois commis-

sions seraient séparées.

1880, arrête:

En 1848 donc, le canton de Berne a trouvé qu'une Chambre, une commission — si vous voulez l'appeler ainsi — d'industrie et d'arts mécaniques rendrait des services. Le décret d'alors est tombé en désuétude, je ne sais pas exactement pourquoi; les années grasses dans les affaires ont contribué probablement à le faire oublier et l'initiative active privée a suffi.

Plus tard, en 1889, un autre décret concernant

les Directions du Conseil-exécutif portait: Le Grand Conseil, vu l'art. 2 de la loi du 2 mai ART. 15. Sont abrogés par le présent décret les art. 30 à 39 inclusivement de la loi du 25 janvier 1847 sur l'organisation du Conseil-exécutif et des Directions, de même que toutes les autres dispositions qui lui sont contraires.

L'organisation qui vient d'être citée a donc disparu. Mais nous pourrions peut-être reprendre aujourd'hui le décret de 1848 en l'appropriant aux

besoins du moment.

Permettez-moi d'arriver aux conclusions. Nous venons de constater que notre situation économique est défectueuse. Puisque dans certains cantons on s'est bien trouvé du palliatif que j'indique, non pas comme une panacée universelle ou une corne d'abondance pour nos établissements industriels, mais comme un des nombreux moyens qui permettra de donner un peu d'essor à nos affaires, pourquoi n'en profiterionsnous pas? Je vous recommande donc tout particulièrement l'adoption de la motion qui vous est présentée et d'avance je me déclare d'accord si l'on veut renvoyer la question au Conseil-exécutif; il pourra s'associer pour les études nécessaires une commission prise au sein du Grand Conseil et composée de personnes compétentes. Inutile de m'étendre davantage sur la manière d'élucider le problème que je me suis permis de soulever.

Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrats. Der Regierungsrat stimmt grundsählich der Motion der Herren Rehmond und Genossen zu, d. h. soweit es sich um die Schaffung eines Organs handelt, das, als Abteilung der Direktion des Innern (Abteilung Bolkswirtschaft), speziell die Interessen des Handels und der Industrie zu vertreten hätte; wir schlagen Ihnen aber eine etwas andere Fassung vor, nämlich, es sei die Mostion des Herrn Rehmond und Genossen erheblich zu erstlären, "sedoch in dem Sinne, daß auf Grund des § 3 des Dekrets über die Organisation der Direktion des Innern vom 23. Mai 1848 eine Kommission des Handels, der Industrie und der Gewerbe vom Regierungsrate ernannt und der Direktion des Innern, Abteilung Volks-

wirtschaft, beigegeben werde."

Die Motion des Herrn Reymond ist aus einem Bedürfniffe hervorgegangen, das fich in neuerer Beit in fehr deutlicher Weise auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens geltend macht. Es ift das Bedürfnis, daß die verschiedenen Berufsintereffen, die Intereffen der verschiedenen Kreise der Produttion, in den Beratungen der kantonalen und eidgenöffischen Behörden wieder mehr Berücksichtigung finden möchten. Sie begegnen diesem Berlangen eigentlich auf allen Gebieten der wirtschaft-lichen Thätigteit. Die Landwirte, die Handwerker, die Industriellen, die eigentlichen Lohnarbeiter, alle streben nach einer beutlicheren und ftarteren Betonung ihrer Berufsintereffen. Diefes Berlangen bezeugt gang ficher eine gesunde Reaktion gegenüber einem Geifte und einem System, das sich infolge der französischen Revolution über die Bölfer verbreitet hat und eine zeitlang dahin gegangen ist, alle Bürger des Staates, alle Berufsinter= effen, alle besondern Kreise und Gruppen zu nivellieren. Man hat eine zeitlang gesagt: Wir kennen nur Bürger Nr. 1 bis so und so viel tausend; aber wir kennen keine Stände und überhaupt keine Berufskreise mehr; por dem Staat ift alles gleich. Man hat mit den nötigen Reformen, die gegenüber einer engherzigen Zunftwirtschaft

ber alten Zeit nötig waren, überhaupt auch alle mohl= thätigen Ginrichtungen beseitigt, welche dazu dienten, die Intereffen einzelner Rreife der wirtschaftlichen Urbeit zu fördern. Deshalb fage ich: es liegt in dem Beftreben, wie es fich nun auf allen Gebieten der Arbeit geltend macht und wie es auch im Anzug der Herren Reymond und Genoffen zum Ausdruck gekommen ift, eine gefunde Gegenströmung gegen die zu weit getriebene Gleich= macherei und gegen die Indifferenz der staatlichen Be= hörden gegenüber bestimmten Berufskreisen.

Es ware aber ein Irrtum, zu glauben, daß biefes Bestreben in unserem Lande und speziell in unserem Kanton nicht auch schon zum Ausdruck gekommen wäre und daß man diesem Bedürfnis nicht bereits schon einmal in der Gesetzgebung Rechnung zu tragen gesucht hatte. Zwar eine eigentliche Handels= und Gewerbekammer, wie fich herr Reymond diefelbe denkt, besteht in der ganzen Schweiz — ich muß da eine Aeußerung des Herrn Renmond berichtigen - nirgends als im Kanton Neuenburg. Wir haben uns anläglich der angekündigten Motion in Genf, Laufanne, Burich, Bafel, St. Gallen zc. erfundigt und von überall her, Neuenburg ausgenommen, hieß es: Wir befigen teine ftaatliche Sandelstammer. In Genf besteht eine Chambre de commerce; das ift aber einfach der Borftand des Bereins für handel und Induftrie. In St. Gallen besteht ebenfalls tein staatliches Institut; was man dort etwa mit einer Handelskammer vergleichen könnte, ist das kaufmännische Direktorium; das ist aber eine private Korporation, die jedoch wegen ihren großen Fonds in Fragen des Sandels einen maßgebenden Ginfluß hat. In Zürich besteht eine Kommission, welche der Direktion des Innern beigegeben ift. In Basel des= gleichen; was dort Handelskammer heißt, ist nicht ein staatliches Institut, sondern ein Organ des Handels= vereins.

Eine staatliche Sandelskammer haben wir alfo in der Schweiz nur in Neuenburg und zwar dort seit dem November 1892, wo eine Chambre de l'industrie et de travail eingesetzt wurde, bestehend aus 15 bis 17 Mitgliedern, die von der Regierung gewählt werden. Der Form nach hat also einzig Neuenburg eine staatliche Handelskammer; aber der Sache nach hat Bern durch Dekret vom 23. Mai 1848 über die Organisation der Direktion des Innern — ein Dekret, das nicht abrogiert ift — eine Kommission für Handel und eine ebensolche für die Induftrie und das Gewerbewesen eingesett. Diese Kommissionen find nicht ganz auf dem Papier geblieben, sondern fie find im Ottober 1850 ins Leben getreten, und es haben die beiden Kommissionen, die getrennt waren, aber bei wichtigen Fragen zusammentraten, mah= rend einer Ungahl von Jahren eine nicht unintereffante Thätigkeit entwickelt. Sie waren hauptsächlich Begut= achtungsorgane der Direktion des Innern über wichtige Fragen, die ihr entweder von der Regierung oder von den Bundesbehörden zugewiesen wurden. Die noch vorhandenen Protokolle dieser Kommissionen geben Auskunft über deren Sitzungen, und zwar gehen diejenigen der Kommission für die Industrie und das Gewerbe bis ins Jahr 1857, diejenigen der Handelskommission bis ins Jahr 1864. Unter den Berhandlungsgegenständen finden fich eine Reihe fehr wichtiger Fragen, wie Zollfragen, Eisenbahnfragen (z. B. Ronzeffionierung der Centralbahn und Berträge mit derfelben), Reorganisation der Kantonal= bank, Verhandlungen über den Schutz vorhandener Induftrien, speziell der Leinenindustrie im Emmenthal, Ginführung der Seidenindustrie auf Hasleberg zc. Es finden fich in diesen Protokollen ferner auch ganz vorzügliche fach= männische Gutachten über einschlägige Fragen. Warum ist nun die Thätigkeit dieser Kommissionen allmählich erstorben? Wahrscheinlich aus dem Grund, weil fie zu wenig von den intereffierten Rreisen felber getragen wurden. Diese staatlichen Kommissionen beforgten, was man ihnen zugewiesen hat; allein die gewerblichen, in-dustriellen und Handelstreise haben offenbar zu jener Zeit noch zu wenig Thätigkeit entwickelt. Sie waren felber zu wenig organifiert, als daß sie diesem staatlichen Organ bie gehörige Speifung hatten zukommen laffen konnen. So erkläre ich mir das Absterben diefer ficher wohlge= meinten Institution.

Run ift nicht zu leugnen, daß heute die Sachlage eine andere geworden ift. Die Kreise der gewerblichen Bevölkerung haben fich in den 30 Jahren, die seither verstrichen find, ganz anders organifiert und entwickelt. Wir haben Bereine für Handel und Industrie; wir haben Sandwerker= und Gewerbevereine, wir haben Arbeiter= vereine, wir haben die «Fédération intercantonale des industries du Jura », wir haben die Syndikate der ver= schiedenen Uhrmacherbranchen, das alles find Gebilde, welche von unten auf gewachsen find, und auf diesem Boden, glaube ich, konnte eine staatliche Kommission eine fruchtbarere und regere Thätigkeit entwickeln, als zu einer Beit, wo sie mehr nur von oben herab gehalten wurde und nicht die nötige Fühlung mit den interessierten Kreisen hatte. Die Regierung ist deshalb der Ansicht, es brauche eigentlich nicht einen neuen gesetzeberischen Att, sondern es genüge, wenn wir auf Grundlage bes

Gegebenen die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Regierung beantragt Ihnen deshalb, es sei die bezügliche Bestimmung des Dekrets vom 23. Mai 1848 wieder in That und Wahrheit umzusetzen; der Regie= rungsrat sei eingeladen, eine folche Kommission des Sandels, der Induftrie und des Gewerbes zu ernennen. Ich möchte hier gerade beifügen, daß man sich vorbehalten sollte, die Organisation vielleicht etwas anders zu treffen, als damals, vielleicht in der Weise, daß man nicht zwei getrennte Kommissionen, sondern eine einheitliche Kom= miffion ernennen murbe, die fich immerhin gur Behandlung von Fragen, welche mehr das eine ober das andere Gebiet betreffen, in Sektionen teilen könnte. Wir glauben alfo, es bedürfe einer befondern Untersuchung der ganzen Angelegenheit durch eine großrätliche Kommission nicht; wenn Sie aber vorziehen, die Sache noch durch eine Kommission prüsen zu laffen, so haben wir nichts dagegen. Wenn Sie hingegen der Anschauungsweise des Regierungsrates beistimmen, so wird derselbe ohne Bögern jur Ernennung einer folchen Rommiffion ichreiten, und es ift keine Frage, daß man die Zusammensetzung der= selben so wird vornehmen muffen, daß jede im Lande bestehende wichtigere Organisation darin Plat findet. Ich habe auch daran gedacht, daß man für die Bestellung der Kommission Vorschläge der verschiedenen Vereine entgegennehmen konnte, halte aber dafür, daß die Er= nennung felbst beffer in die Sand des Regierungsrates gelegt werde, als in diejenige der Bereine. Die Regierung halt darauf, daß die Kommission ein Glied sei im bestehenden Organismus und nicht eine von anderer Seite ernannte Behorde, die gewiffermaßen der Regierung gegen= übergeftellt würde.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen die Erheblich= keit der Motion des Herrn Reymond in der vom Regie= rungsrat beantragten Fassung.

Ich halte dafür, daß zwischen den Weber (Biel). beiden Auffassungen, die uns vorliegen, ein prinzipieller Unterschied besteht. Die Motion des Herrn Reymond sieht eine beständige Handelskammer vor mit einem ständigen Sekretär, während nach Antrag der Regierung nur eine Rommiffion niedergesett werden foll, die fich, nach Gutfinden der Regierung, aus Industriellen des Kantons Bern zusammensetzen würde. Das ift nun ein fehr großer Unterschied. Wir wiffen, daß einer freiwillig aus Industriellen bestellten Kommission nicht die gleiche Arbeitstraft innewohnt, wie dies bei einem ftandigen Setretariat der Fall sein kann. Gine handelskammer mit einem Borfteher und einem Sefretar, der fich einzig biefer Aufgabe widmet und nur fur die Intereffen von Handel und Industrie zu sorgen hat, wird gewiß etwas mehr leisten, als eine Kommission, die aus dem ganzen Ranton zusammenberufen werden muß, die man nur mit Mühe zusammenbringt und die alle möglichen Interessen vertritt. Ich halte daher dafür, die Auffaffung bes herrn Reymond fei die richtige. Wir werden dabei weiter tommen und im Intereffe bes Sandels und ber Industrie mehr erreichen, als mit einer Kommission, wie sie im Dekret vom 23. Mai 1848 vorgesehen ist.

Unfer Handel hat gegenwärtig eine sehr schwere Krifis durchzumachen, weil uns von links und rechts die Absatzgebiete verschloffen werden. Für den Export kann im großen und ganzen wenig gearbeitet werden, weil wir, wie herr Reymond richtig betonte, keine Berufs-konfulate im Ausland haben. Unfere Konfulate werden von Leuten beforgt, welche auf den betreffenden über= seeischen Plätzen ihre eigenen Geschäfte haben. Ich frage nun: Sind das die richtigen Bertreter, um unserer Induftrie in diesen Sandern jum Durchbruch ju ver-helfen? Ich fage nein; denn ihnen zieht in erster Linie das eigene Intereffe vor, fie verforgen felber den Plat mit den betreffenden Artikeln und haben fomit tein großes Interesse, daß zwei, drei Konkurrenten auf dem nämlichen Plat die gleichen Artikel zum Berkauf bringen. Mit der Zeit muffen wir jedenfalls dazu kommen, auch Berufs= konsulate zu schaffen, und ebenso wird es durch eine Sandelskammer mit einem ftandigen Sekretar, der die Wünsche und Bedürfnisse der Industriellen und Handel-*treibenden entgegennimmt, möglich werden, dem Export= handel etwas mehr auf die Beine zu helfen, wie dies z. B. in Deutschland geschieht. Warum wird von Deutschland immer mehr nach allen Ländern exportiert? Deshalb, weil es durch Errichtung von Sandelstammern und Berufskonsulaten es versteht, die richtigen Absat= gebiete zu erschließen. Etwas ahnliches konnen wir für uns ebenfalls erzielen, wenn wir die Motion des Herrn Reymond in dem von ihm ausgeführten Sinne heute erheblich erflären.

Schmid (Andreas). Ich ftimme auch für Erheblicherklärung der Motion; aber ich glaube, es gebe zwischen dem Antrag des Herrn Reymond und demjenigen, wie er von der Regierung gestellt ist, einen Mittelweg, der nach meinem Dafürhalten für das Ganze zweckmäßiger wäre. Ich stelle mir die Erheblicherklärung so vor, daß die Regierung beauftragt würde, Bericht und Antrag zu

bringen, wie eine Handelstammer geschaffen werden könne. Ich glaube, die Idee, wie fie der Herrichterstatter der Regierung in seinem Rapport ausgesprochen hat, sei die richtige. Ich glaube, daß diese Handelskammer nicht ein staatliches Organ sein soll, wie in Neuenburg, sondern fie foll den gleichen Charafter haben, wie in andern Kantonen: es ist eine Organisation des Handels und der Industrie, die aus sich selber geschaffen wird; jedoch muß ein gewifser Kontakt mit den Regierungsorganen hergestellt werden. Bis jetzt hat die Direktion des Innern, wie ich glaube, den Vorstand des Handels= und Industrie= vereins als handelskammer betrachtet in dem Sinne, daß alles, was in dieses Gebiet einschlug, demselben zur Begutachtung übergeben wurde. Aber es beftand teine eigentliche Organisation. Ich möchte nun der Regierung den Auftrag geben, durch Sachverständige die Sache begutachten zu laffen und Anträge zu bringen, wie die Organisation des gegenwärtigen Handels= und Industrie= vereins so geandert werden konnte, daß er zugleich eine Handelskammer des Kantons Bern wäre. Nur andeu-tungsweise möchte ich sagen, daß dies nach meinem Dafürhalten am besten so geschehen könnte, daß der Ausschuß dieses Bereins, durch eine oder zwei von der Regierung vorzunehmende Wahlen erganzt, die Sandels= fammer bilben wurde; ein ständiger Sefretar hatte bie laufenden Geschäfte zu beforgen. Ich glaube daher, die Motion follte in dem Sinne erheblich erklärt werden, daß die Regierung Bericht und Antrag zu bringen habe, wie eine Handelstammer, sei es eine felbständige, staat-liche oder eine folche in Verbindung mit den bestehenden Organen, geschaffen werden könne.

Präsident. Der Unterschied ist also der: Hernender wehrende möchte bereits eine bestimmte, ich möchte sagen staatliche Handelskammer in Aussicht nehmen; die Regierung dagegen möchte die Errichtung der Handelskammer auf eine bereits bestehende Dekretsbestimmung basieren und zwar in Form einer der Direktion des Innern beizuordnenden Kommission; nach Antrag des Herrn Schmid würde die Motion erheblich erklärt in dem Sinne, daß man einsach die Regierung oder auch eine Kommission einladet, Bericht zu erstatten, wie eine Handelskammer geschassen werden könne; es wäre dann Sache näherer Prüfung, ob man der Aussassiung des Herrn Rehmond oder derzenigen der Regierung den Vorzug geben wolle.

M. Reymond. Le débat demande à être éclairci. Il est évident que cette commission qui serait nommée pour étudier la création d'une Chambre de commerce peut être officielle ou non officielle. Pour mon compte, la question a relativement peu d'importance. La commission de 1848 était officielle, puisqu'elle était nommée par la Direction de l'intérieur. A cette époque, les affaires étaient plus brillantes qu'aujourd'hui; je crois donc qu'on ne risquerait pas de lui donner encore ce titre. Le point capital qu'il ne faut pas perdre de vue, c'est qu'on ne peut pas exiger des sociétés d'industrie ou des syndicats qu'ils prennent la responsabilité de leurs renseignements.

Je concède que les Chambres de commerce créées à Genève, à Neuchâtel et ailleurs, ont un caractère privé; mais n'oublions pas qu'elles reçoivent des subventions de l'Etat. Je pourrais vous citer des lettres de différentes sociétés adressées à l'un de nos départements, auxquelles lettres ce département ne pouvait pas répondre, parce qu'il n'en avait pas les moyens.

Le syndicat des industries du Jura bernois a réclamé déjà en 1892 l'établissement d'un secrétariat commercial, analogue à celui que possède déjà le canton de Neuchâtel; il n'a pas obtenu de réponse. J'insiste sur ce fait, c'est qu'il nous importe peu qu'on adopte la motion, soit dans le sens que lui a donné le gouvernement, soit dans le sens que lui donne M. Schmid, soit enfin dans celui des motionnaires eux-mêmes. Toute la question roule sur l'urgence de la nomination d'une commission; nous ne nous préoccupons pas de savoir si c'est le gouvernement ou le Grand Conseil qui en nommera les membres; ce que nous demandons avant tout, c'est que l'étude soit faite dans des conditions normales.

Le décret de 1848 dit textuellement: «En exécution ultérieure des dispositions de la loi du 25 janvier 1847 sur l'organisation du Conseil-exécutif...» Le décret est fait en vertu de l'art. 31 de

cette loi.

Le décret du Grand Conseil daté du 22 mai 1889 dit à l'art. 15: « Sont abrogés par le présent décret les art. 30 à 39 inclusivement de la loi du 25 janvier 1847 sur l'organisation du Conseil-exécutif et des Directions, de même que toutes les autres dispositions qui lui sont contraires. » Or, puisque le décret de 1848 était la conséquence de la loi du 25 janvier

1847, il est évident que se décret tombe.

Je me déclarerai en tout cas d'accord avec le sens que donne M. Schmid à ma motion. Je crois que sa proposition constitue un moyen terme, qu'elle est rationnelle. Il est utile qu'on déclare que le décret de 1848 ne répond plus aux exigences du jour. Une commission, nommée par le Conseil-exécutif, si vous le voulez, se renseignerait du reste auprès des intéressés et verrait s'il y a lieu de reprendre ce décret de 1848 ou d'en présenter un autre qui satisfasse davantage à nos besoins actuels.

Pour me résumer, je me déclare donc d'accord

avec la proposition de M. Schmid.

Präsibent. Der Herr Berichterstatter der Regierung hat seine ursprüngliche Fassung etwas anders redigiert, so daß sie mit den Intentionen der Regierung vollständig übereinstimmt und somit auch mit Herrn Reymond keine Differenz mehr kesteht. Die neue Fassung lautet, es sei die Motion erheblich zu erklären, "jedoch in dem Sinne, daß vom Regierungsrat die Frage zu prüsen sei, ob die gewünschte Vertretung der Interessen des Handels, der Industrie und des Gewerbes durch Einsetzung der in § 3 des Dekretes vom 23. Mai 1848 geforderten Kommissionen oder durch eine andere Organisation geschassen werden soll."

Der Große Rat erklärt sich mit der Erheblichkeit in der eben mitgeteilten Fassung stillschweigend einverstanden.

Präsident. Sie haben nun noch zu bestimmen, ob Sie die Prüfung dieser Motion dem Regierungsrat überlassen oder hiefür eine spezielle Kommission ernennen wollen.

Schmied (Andreas). Ich stelle den Antrag, die Frage der Regierung zuzuweisen. Eine Spezialkommission des Großen Kates kann bezeichnet werden, wenn die Regierung Anträge bringt; aber jest schon eine Kommission zu bestellen, um neben der Regierung Anträge zu bringen, halte ich nicht für zweckmäßig. Wenn die Regierung die Frage studiert, so wird sie vielleicht selber in den Fall kommen, Experten einzuberusen, um ihr über gewisse Punkte Auskunft zu geben.

M. Reymond. Je suis d'accord.

Die Motion geht somit an den Regierungsrat.

Gesuch des Jean-Pierre Gigandet, Wirt in Pendlincourt, um Perabsolgung eines Gratispatentes pro 1894.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrats. Ein Jean Pierre Gigandet, Wirt in Bendlincourt, ftellt an ben Regierungsrat das Gefuch, es möchte ihm, da er nun während 50 Jahren das Pa= tent redlich bezahlt habe, für das folgende Jahr das Patent gratis oder wenigstens zu einer bedeutend ge= ringeren Gebühr verabfolgt werden. Der Genannte richtet dieses Gesuch an den Großen Rat, weil er vorher von der Direktion des Innern und vom Regierungsrat, mangels Kompetenz, abgewiesen worden ist, indem keine gesetzliche Bestimmung weder der Direktion des Innern noch dem Regierungsrat das Recht giebt, dem einen Wirt die Gebühr zu schenken, während die andern fie bezahlen müffen. Ich vermute, der Petitionär habe etwas gelesen im 3. Buch Moses, wo sich die Bestimmung findet, daß alle 50. Jahre ein Hall- und Jubeljahr ftattfinden folle (große Beiterkeit) und daß da 3. B. ein jeder, der in der Zwischenzeit fein Befittum vertauft oder sonst verloren habe, wieder in den Besitz desselben kommen folle — eine fehr ideale und in manchen Beziehungen fehr wohlthätige soziale Bestimmung. Gigandet wird gedacht haben, es ware billig, daß er nach 50 Jahren eine ahn-liche Wohlthat genießen wurde. Allein ich bedaure, diesem idealen Gedanken nicht zu Gevatter ftehen zu konnen und Ihnen namens bes Regierungsrates beantragen zu muffen, es fei mangels irgendwelcher gefetlicher Grund= lagen auf das Gesuch nicht einzutreten. Der Petitionär hat auch vergeffen, daß man aus feinem Gefuch vielleicht auch noch andere Konsequenzen ziehen und z. B. ver-langen könnte, der Petitionar solle nun ein Jahr lang ben Wein gratis oder wenigstens zu einem bedeutend reduzierten Preise verabfolgen (Seiterkeit). Ich kann nur sagen, daß es ehrenwert ift, wenn einer 50 Jahre lang eine Wirtschaft geführt hat; es giebt leider eine nur zu große Bahl Wirte, die nicht einmal 5 Jahre auf einer Wirtschaft zu bleiben vermögen, und in diefer Sinficht möchte ich ber Solidität des Gesuchstellers bestens Er= wähnung thun.

Scherz, Berichterstatter der Bittschriftenkommission. Die Bittschriftenkommission schließt sich dem Antrage des Regierungsrates an, obschon man letthin in den Bei-

tungen lesen konnte, es sei einem Jäger, der 50 Jahre lang das Patent löste, das 51. Patent gratis verabfolgt worden. Es ist das zwar nicht ganz das Gleiche; aber es ließe sich vielleicht doch auch etwas dafür sagen. Wenn einer 50 Jahre lang eine hohe Patentgebühr bezahlt hat, wie wir sie jetzt haben, so würde es das Gleichgewicht nicht stören, wenn man in einem solchen seltenen Falle dem Gesuchsteller entsprechen würde. Ich erlaube mir daher, persönlich den Antrag zu stellen, es möchte dem Pierre Gigandet mit Kücksicht auf die von ihm angeführten Gründe das 51. Wirtschaftspatent geschenkt werden.

Steck. Ich möchte den Herrn Direktor des Innern anfragen, um welche Summe es fich handelt.

v. Steiger, Direktor bes Innern. Um Fr. 400.

Steck. In diesem Falle glaube ich, es würde den Staat nicht arm machen, wenn er dem Gesuchsteller entsprechen würde. Ich habe auch an den Umstand gedacht, daß einem alten Jäger daß 51. Patent geschenkt worden ist. Wenn Gigandet 50 Jahre lang die Wirtschaft betrieben hat, so wird er schon ein sehr alter Mann sein; er wird in den 70en oder schon 80 Jahre alt sein, und ich glaube daher, man sollte diesem alten Manne diese Anerkennung treuerfüllter Standespslicht, welche zudem eine ziemlich ausnahmsweise Steuerpslicht ist, nicht vorenthalten. Wir dürsen dies um so mehr thun, als die letzte Staatsrechnung ja nicht mit einem Desizit, sondern im Gegenteil mit einem großen Vorschlag abschließt. Ich möchte Ihnen daher empsehlen, dem Gesuchsteller zu entsprechen und auch in andern ähnlichen Fällen in gleicher Weise vorzugehen.

M. Daucourt. Je veux me placer à un point de vue plus élevé. Je comprends que la proposition qu'on vient soumettre au Grand Conseil puisse faire jusqu'à un certain point sourire l'assemblée, à cause de son originalité; il convient cependant d'observer, avec M. le président de la commission, qu'il y a un précédent. Un habitant de la commune de Cœuve a été dispensé de payer le montant de sa cinquantième patente pour la chasse. Evidemment l'aubergiste de Vendlincourt se sera dit: si un chasseur obtient un privilège, pourquoi ne pourrais-je obtenir, sinon une réduction complète de ma patente, du moins une réduction partielle? Ici il faut envisager un côté plus élevé de la question, c'est celui que je veux considérer pour appuyer la requête qui nous est présentée, car il pourra peut-être influencer favora-blement le Grand Conseil. M. Gigandet est un homme très honorable, et son établissement, qui est très bien famé, n'a jamais, je crois, provoqué aucun rapport de police. Il a fait honnêtement de bonnes affaires. Tenir aussi dignement auberge n'est déjà pas chose si commune, et j'estime qu'on pourrait prendre ce motif en considération pour accorder une réduction de la patente.

Abstimmung.

Für Abweisung des Gesuchs . . . 62 Stimmen. Für Entsprechung nach Antrag Scherz 29 "

Anjug des herrn Großrat guthi betreffend Aulturschaden bei militärischen Nebungen.

(Siehe diesen Anzug Seite 164 des Tagblattes des Großen Rates von 1893.)

Prasident. Herr Lüthi zieht seinen Anzug zuruck, wünscht aber die Motive hiefür mitzuteilen.

Lüthi (am Stenographenpult nur zum teil ver= ständlich). Es ift bekannt, wie oft feitens des Militars ganz schonungslos in den Landkulturen herummanövriert wird; man hat oft nahezu den Eindruck, als follten die Rulturen mit Absicht zu Grunde gerichtet werden. Der Landwirt muß mit blutendem Herzen zusehen und kann teine Einwendungen machen. Man wird allerdings auf ben Schadenersatz vertröstet; allein bis jemand kommt und nachsieht, verstreichen oft acht bis 14 Tage, und oft zieht der Landwirt es vor, das Zerstampste vorher ein= guheimsen, um nicht noch größern Schaben zu erleiben. Es ist natürlich nicht angenehm, daß in dieser Beise von oben herab dem Landwirt Schaden zugefügt wird. Da nun aber das Militarwefen Sache der Eidgenoffenschaft ist, so ist es wohl nicht thunlich, die Sache hier im Großen Rate zu behandeln. Ich möchte aber gleich= wohl die Regierung einladen, dahin zu wirken, daß in Butunft die Kulturen etwas mehr geschont werden möchten, als bisher, eventuell soll der Bund das betreffende Areal für einen Manövrierplag erwerben.

Präsibent. Ich fasse bie letztere Anregung des Herrn Lüthi als persönlichen Wunsch auf zu Handen der Kegierung und nicht als Antrag, über den hier abzustimmen ist, um so mehr, als Herr Lüthi erklärt, daß er seine Motion zurückziehe.

Geset

2111:

Ergänzung des Einfommenssteuergesetes vom 18. März 1865.

Bigler. Es ist mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß verschiedene Mitglieder, die sich für diesen Gegenstand interessieren, heute nicht anwesend sein konnten, und da die Bänke ohnedies sehr gelichtet sind, so sinde ich, es sei nicht am Platz, eine so wichtige und tief einschneidende Vorlage noch rasch am Schluß der Session zu beraten. Ich beantrage daher, dieses Traktandum auf die Aprilsession zu verschieden.

Burkhardt. Es ist dieses Geschäft schon in der letten Session verschoben worden. Es handelt sich um eine Frage, die schon seit längerer Zeit hängig ist und über die schon viel geschrieben und gesprochen wurde. Ich sinde daher, das Geschäft sollte heute behandelt werden; der Rat ist ja noch ziemlich zahlreich versammelt.

Heller. Ich habe auch das Gefühl, es sei nicht angezeigt, eine Materie, welche in dem verworfenen Steuergesetz einen der wesentlichsten und angesochtensten Bestandteile ausmachte, bei so vorgerückter Zeit und so gelichteten Bänken zu behandeln. Wir müßten uns auf eine längere Diskussion gefaßt machen, und ich glaube daher, es liege im Interesse der Sache, daß man Bersschiedung auf die nächste Session beschließt.

Präsibent. Sofern Sie Verschiebung beschließen, so glaube ich dann, es wäre besser, das Gesetz auch nicht auf die Traktanden der Aprilsession zu nehmen, sondern beide Beratungen desselben dem neuen Großen Rate zu überlassen. Ich nehme an, daß Herr Vigler einverstanden ist, daß man einsache Verschiedung beschließt, ohne vorzuschreiben, daß das Gesetz in der nächsten Session beshandelt werden soll.

Bigler. Ich bin einverstanden.

Abstimmung.

Für Verschiebung (gegenüber dem Antrag Burkhardt) Mehrheit.

Bericht und Jutrag betreffend Durchführung des neuen Permögenssteuergeseiges im Jura.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Wie Ihnen bekannt ift, ift infolge ber neuen Berfaffung und eines Abanderungsgefetes jum Bermögenssteuergesetz von 1856, das lettere vom 1. Ja= nuar 1894 an auch auf den neuen Kantonsteil anwendbar. Die Durchführung diefer gesetlichen Bestimmung bietet nun große Schwierigkeiten dar und giebt sehr viel zu thun. Es handelt sich im Jura nicht nur um die Revision eines bestehenden Zustandes, sondern um die Gin= führung einer ganz neuen Institution. Der Jura befaß bisher die reine alte französische Grundsteuer. Ferner wurde die Führung der Regifter, ber Bezug der Steuern zc. nicht durch die Organe der Gemeinden beforgt, fondern es funktionierten hiefür eigene Beamte. Diese Ginrich= tungen wurden im Jura eingeführt zu einer Zeit, wo er zu Frankreich gehörte. Infolgedeffen find die Gemeinde-behörden und namentlich die Gemeindeschreiber, die in Butunft als Steuerregifterführer funktionieren follten, in ihren Obliegenheiten gar nicht daheim, fondern muffen zuerst instruiert und mit den gesetzlichen Bestimmungen bekannt gemacht werden. Zu diesem Zwecke hat man einige Beamte ber nun aufgehobenen Grundsteuervermal= tung nach Bern berufen und fie instruiert, um mit ihrer Hülfe im Jura die nötigen Instruktionen erteilen zu Lassen. Die neue Einrichtung muß im Laufe dieses Jahres durchgeführt werden; die neuen Grundsteuer-, Rapitalfteuer- und Schuldenabzugsregister muffen angelegt fein, und hiefur muffen wir Leute verwenden, welche bereits etwas von der Sache verstehen. Da dies bei den meisten Gemeindeschreibern nicht der Fall ift, so beabsichtigt der Regierungsrat, die Beamten der bisherigen

Grundsteuerverwaltung für diese Arbeit zu verwenden. Es besteht nun aber hiefür keine gesetzliche Borschrift, sondern streng genommen sollten die Gemeindeschreiber diese Arbeit besorgen. Der Regierungsrat bedarf deshalb einer Ermächtigung des Großen Rates. Finanzielle Konsequenzen hangen damit nur in geringsügigem Maße zusammen. Der Regierungsrat stellt Ihnen demnach den Antrag, er sei zu ermächtigen, die für die gehörige und rechtzeitige Ausssührung des Bermögenssteuergeses im neuen Kantonsteile, namentlich für die Anlage der Grundsteuer-, Kapitalsteuer- und Schuldenabzugsregister ersorderlichen Maßregeln zu treffen.

Die gewünschte Ermächtigung wird stillschweigend erteilt.

Augug des herrn Grofrat Dr. Schwab betreffend Ausarbeitung eines Dekrets über die Perwendung des Alkaholzehntels.

(Siehe diesen Anzug Seite 399 des Tagblattes des Großen Rates von 1893.)

Dr. Schwab. Im Jahre 1891 wurde ein Beschluß betreffend die Verteilung des sogenannten Alkoholzehntels gefaßt in dem Sinne, es solle derselbe nach einiger Zeit durch ein Dekret ersest werden. Schon nach einem Jahre stellte die Staatswirtschaftskommission das Postulat, es möchte nun dieses Dekret erlassen werden, doch wurde auf Antrag der Regierung beschlossen, noch zuzuwarten, da man noch nicht genügend Erfahrungen geschöpft habe. Vor einem Jahre habe ich mir dann dei Behandlung des Staatsverwaltungsberichtes erlaubt, das Postulat der Staatsvirtschaftskommission wieder auszunehmen, din aber auf den Motionsweg verwiesen worden. Im Namen der Motionäre — denn ich spreche im Namen mehrerer meiner Kollegen, die sich speziell mit gemeinnützigen Fragen beschäftigen — erlaube ich mir daher, den Antrag zu stellen, es möchte nun an die Ausarbeitung des vorgesehenen Dekretes geschritten werden.

gesehenen Dekretes geschritten werden.
Wir haben seit drei Jahren in unserm Kanton Ersfahrungen machen können, und auch der Bundesrat hat drei Berichte über die Materie erscheinen lassen, deren Inhalt und Bemerkungen für die Kantone mehr oder weniger als eine Weisung betrachtet werden sollen. Ich glaube daher, daß die Sache genügend vorbereitet sei. Seitens unseres Kantons hat man folgende Ersahrungen

gemacht.

Wir wurden dazu gedrängt, die Bestimmung des Beschlusses von 1891, nach welcher die Darreichung eines Beitrags von Fr. 40, beziehentlich Fr. 50 für die Erziehung verwahrloster, bösgearteter Kinder an die Bebingung geknüpft ist, daß dieselben von Alsoholikern stammen und der elterlichen Gewalt entzogen sind, sallen zu lassen. Diese Abänderung wurde vom Regierungsrat getrossen infolge eines Gesuchs der kantonalen gemeinnütigen Kommission und der Gotthelsstiftung. Sie erscheint uns ganz gerechtsertigt, bezieht sich aber unr auf Kinder welche von Bereinen in gute Familien und Anstalten

placiert werden. Da ferner zu Beiträgen an Gemeinden für die Erziehung verwahrloster Kinder eine Summe von höchstens Fr. 20,000 festgestellt war, so mußte infolge der großen Zahl der angemeldeten Kinder einerseits der Beitrag per Kind von Fr. 20 auf Fr. 15 herabgesett und anderseits das in Aussicht genommene Maximum erhöht werden. Im Jahre 1893 betrug die daherige Ausgabe mehr als Fr. 25,000. Bei diesem Anlag konnen wir eine Befürchtung vieler gemeinnütziger Männer nicht unterdruden. Gang zwedmäßig ift es, den Gemeinden zu Gulfe zu kommen, welche trunksüchtigen, schlechten Eltern ihre Rinder entziehen und für eine gute Erziehung derfelben beforgt find. Damit beugt man auf die beste Weise der Armut und dem Berbrechen vor. Diese Prämie von 15 bis 20 Fr. sollte aber nur dann erteilt werden, wenn ber Staat sich vergewiffert hat, daß diese meift entarteten Kinder wirklich in rechten Familien eine Unterkunft gefunden haben, d. h. beffer erzogen werden als zuvor. Nur bann rechtfertigen fich Beitrage aus bem Altohol= gehntel. Es follten beshalb die Armeninfpettoren ersucht werden, die aus dem Alkoholzehntel unterstütten Kinder speziell zu beaufsichtigen und über dieselben alljährlich Bericht zu erstatten, damit der Beitrag an die Gemeinden nicht einfach zur Entlaftung derselben diene, sondern zu einer guten Erziehung diefer unglücklichen Sprößlinge von Trinkern verwendet werde.

Bei Ausarbeitung des Beschlusses von 1891 — man konnte natürlich nicht an alles denken — wurde übersehen, daß wir im Kanton Bern viele schwachsinnige und epileptische Kinder haben, die meistens von Eltern stammen, die Alkoholiker sind. Auch hier muß man einsgreisen und zu diesem Zweck den Alkoholzehntel in Ans

fpruch nehmen.

Man hat ferner Krippen errichtet, damit kleine Kinder, deren Eltern der Arbeit nachgehen muffen, nicht vernachläffigt und verwahrlost werden. Man follte aber noch einen Schritt weiter gehen und auch dafür forgen, daß die schulpflichtigen Kinder solcher Eltern nach dem Unterricht, in ihren freien Stunden, unter gehörige Aufficht geftellt und nicht zu Schlingeln werden. Bu diefem Zweck hat man angefangen, Knabenhorte zu gründen. In Bern bestehen zwei solche, in der Länggaffe und in der Lorraine, und gemeinnützige Männer trachten darnach, auch in den andern Quartieren der Stadt solche zu grunden und später dann auch Madchenheime. Die Mittel für diese vorzüglichen Institute, die erzieherisch Großes leiften, soll der Alkoholzehntel wenigstens teil= weise schaffen. Der Beschluß von 1891 sagt aber davon nichts, weil das Inftitut der Knabenhorte damals bei uns noch nicht bekannt war. Die gemeinnütigen Männer und Frauen, welche in Bern die Anabenhorte gründeten, dachten zwar nicht sofort an einen Beitrag aus dem Altoholzehntel; sie sind aber zur Ueberzeugung gekommen, daß dieselben als ein wirksames Mittel zur Verhütung des Alfoholismus und deffen bojen Folgen betrachtet zu werden verdienen. Es mag fein, daß in einzelnen Städten die Wohlthätigkeit genügt zur Gründung und für den Unterhalt folcher Anabenhorte. An vielen Orten aber werden höchst wahrscheinlich die nötigen und dauernden Mittel dazu nicht herbeigeschafft werden können, fo daß das gute Werk nicht zu stande kommt oder wieder zu Brunde gehen mußte. Gegenwärtig arbeitet man in Biel an der Gründung eines folchen Anabenhortes; in Langnau denkt man ebenfalls daran, und wir wollen hoffen, daß

auch in Thun, wo eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung sich befindet, diese Institution Eingang sinden wird. Wenn wir aber diese wohlthätigen Institute sichern wollen, so müssen wir dafür sorgen, daß sie einen Beitrag aus dem Altoholzehntel erhalten. Der Bundesrat erwähnt in seinen Berichten die Knabenhorte und empsiehlt ihre Unterstügung aus dem Altoholzehntel. Zürich verabsolgt denn auch bereits für diesen Zweck einen Beitrag aus dem Altoholzehntel.

Außer der Fürsorge für Schwachsinnige und Epileptische und der Unterstühung der Knaben- und Mädchenhorte kommt ferner die Ferienversorgung in Betracht. Im Bericht des Bundesrates wird dieselbe ebenfalls als ein richtiges Mittel bezeichnet, um dem Alkoholismus entgegenzutreten. In einzelnen Kantonen schöpft man denn auch bereits zu diesem Zwecke aus dem Alkoholzehntel, und wir wünschen deshalb, daß in dem zu erlassenden Dekret auch die Ferienversorgung berücksichtigt

werde.

3ch komme nun zu Instituten, die dem Kanton Bern nicht große Ehre verschaffen. Ich spreche von den Arbeits= anstalten. Im Detret über die Organisation der Arbeits= anftalten, vom Jahre 1888, heißt es, es können aus dem Alkoholzehntel jährlich mindestens Fr. 25,000 entnommen werden, um biefen Arbeitsanftalten die nötigen hülfsmittel zu verschaffen. Gegenwärtig werden denn auch bereits über Fr. 28,000 hiefür verwendet und zwar einzig für die Weiberanstalt in Bern. Die letztere zählte im ersten Jahre ihres Bestandes 35 Insassen. Heute ift beren Zahl bereits auf circa 130 gestiegen, und es wurden für dieselben im Jahre 1893 aus dem Alfoholzehntel eine Summe von Fr. 28,323 verausgabt. Rach meinen Berechnungen wurde für jedes Weib in diefer Anftalt aus dem Alkoholzehntel ausgegeben: im Jahre 1891 Fr. 200, im Jahre 1892 Fr. 205 und im Jahre 1893 Fr. 240 (die Vermehrung rührt wahrscheinlich von der Inventaranschaffung her). Sind nun die Erfolge dieser Weiberanstalt solche — von der Männeranstalt spreche ich nicht; von diefer muß man fo wenig reden, als möglich — daß man es verantworten kann, aus dem Alfoholzehntel per Person jährlich Fr. 200—240 auszu= geben? Ich sage nein! Die Anstalt ist zweifellos gut organisiert und beaufsichtigt — an der Spite fteht Berr Blumenftein, ein anerkanntermaßen tüchtiger Berwalter und die unmittelbare Aufficht wird von Diakonissinnen geübt, die fich die größte Mühe geben, auf die Beiber einen guten Einfluß auszuüben. Ueberdies halt Herr Pfarrer Schaffroth bort regelmäßig Gottesdienst ab und wirtt auch sonst seelsorgerisch in der Anstalt. Sie ist bennoch einiger Verbesserungen bedürftig. So hebt der Bermalter in feinem Bericht hervor, daß die Weiber landwirtschaftlich beschäftigt werden und zu diesem 3wecke die Stadt Bern, b. h. die Räume der Strafanftalt verlaffen follten. Gin großer Uebelftand ift ferner ber, daß 30 und mehr Weiber im gleichen Zimmer schlafen. Es ift klar, daß es gefährlich ift, ein junges Mädchen, das, wenn auch zur Enthaltung in einer Arbeitsanftalt abministrativ verurteilt, doch noch keine groben Vergeben begangen hat, in unmittelbarer Rahe eines alten, durchaus entarteten Weibes zu belaffen. Thut man es, so wird die Unftalt mehr ober weniger zu einer Berbrecherschule. und das ift doch nicht der Zweck derfelben. Die Anstalt follte deshalb außer die Stadt Bern verlegt werden. Und was die in der Weiberarbeitsanstalt erzielten Erfolge

betrifft, so heißt es im erften Bericht des Herrn Blumen= - es ist gut, wenn dies zur Kenntnis des Großen Rates und des ganzen Volkes gelangt —: "Wir haben versucht, den Austretenden Stellen als Arbeiterinnen zu verschaffen, allein es ist dies für uns allzu umständlich und zeitraubend. Es follte fich ein besonderer Berein mit dieser Aufgabe befaffen. Werden die Leute nach Absolvierung ihrer Enthaltungszeit fich felber überlaffen, so sind in den meisten Fällen die verwendeten Rosten verloren und die aufgewendete Mühe bleibt fruchtlos."

Infolge der Unregung des Herrn Blumenstein wurde dann ein Frauenkomitee gewählt, das für das Wohl der ausgetretenen Weiber sehr viel gethan hat. 3m folgenden Bericht sagt Herr Blumenstein: "In der Regel ist bei den Weibern der Arbeitsanftalt von einer regelmäßigen und andauernden Arbeit nicht die Rede, weil fie bei dem Baganten= und Dirnenleben, das fie vor ihrem Eintritt geführt, jeden Sinn für eine solche, jede Arbeitsluft und Arbeitskraft total verloren haben, und daß sie nun nach und nach wieder an ein anderes Leben

gewöhnt werden muffen."

Und besonders mache ich Sie auf folgenden Paffus eines spätern Berichts aufmerksam: "Was nun den Erfolg respettive die eigentliche Besserung der Anstaltsweiber anbelangt, so konnen wir leider darüber nicht viel Erfreuliches mitteilen. Die Erfahrungen, die wir mit denjenigen machen mußten, welche die Anstalt verlassen haben, entsprechen der auf sie verwendeten Mühe und Geldopfer und den gehegten Er= wartungen in der Regel nicht. Wenn immer möglich, werden die Austretenden durch die Batronats= kommission oder auch durch die Berwaltung passend untergebracht, allein es geht gewöhnlich nur kurze Zeit, und auf's neue betreten fie wieder die alten Bahnen des Müßiggangs und des Lafters, bis fie neuerdings aufge= griffen und eingeliefert werden. Der Grund des geringen Erfolges liegt einerseits in dem traurigen Umstand, daß die Weiber meist zu alt geworden sind, sich viel zu lang in ihrem körperlichen und geistigen Leben befunden haben und dadurch bis zu einem Grade der Verkommenheit herabgekommen find, daß es schwer hält, ja in den meisten Fällen gerade unmöglich geworden ist, sie herauszuretten und bleibend auf bes-sere Wege zu bringen zc. . . "Und weiter: "Es ist höchst schwer, eine dem Trunk und Dirnenleben vollständig erlegene, schamlose Person an die Arbeit zu gewöhnen. So findet man in jedem Bericht die nämliche Klage; Mühe und Geld werden nuglos verwendet. Wenn dem so ift und daran muffen wir leiber glauben, so konnen wir es nicht verantworten, noch weitere Summen von Fr. 25,000 und mehr jährlich dem Alkoholzehntel zu ent= nehmen; dieser sollte wahrlich besseren Zwecken dienstbar gemacht werden. Ich erschrecke davor, daß wenn einmal eine wirkliche, von der Strafanstalt unabhängige Arbeits= anftalt für Männer besteht, dieselbe, wie die gegenwärtige Weiberanstalt, weitere Summen aus dem rohen Alkohol= zehntel verschlingen sollte! Der Bundesrat hat denn auch, und zwar meiner Anficht nach mit vollem Rechte, Diese Berwendungsart in jedem feiner Berichte beanftandet; höchstens gehe eine solche Verwendung an, wenn den übrigen Zwecken ein Genüge geleistet sei. Wollen wir der Trunksucht und der von ihr verursachten Armut ent= gegenwirken, so muffen wir unfere Mühe und Gelder

auf die Bekampfung der Berwahrlosung der Rinder und auf eine beffere Ernährung der untern Alassen des Volkes tonzentrieren. Für diese beiben schonen Zwecke haupt= sächlich wollen wir den Alkoholzehntel verwenden, aber nicht für die Arbeitshäusler. Und drittens muß das Bolk über die Folgen der Trunksucht belehrt werden, was wiederum Mittel erfordert. Will man noch weiter gehen und die Trunkfucht dirett bekampfen, fo forge man für Trinkerheilstätten und versetze so viel als möglich diejenigen Leute aus den Arbeitsanstalten weg, die wegen Trunksucht dahin gebracht wurden. Aber den Alkohol= zehntel verwenden, um meiftenteils Dirnen in der Beiberarbeitsanftalt zu unterhalten, das ift meines Grachtens geradezu verboten.

Damit schließe ich. Wir haben tein Schema aufgestellt, das der Regierung als Norm dienen sollte zur Berteilung des Altoholzehntels. Die Berichte des Bundesrates fagen übrigens, oder beffer schreiben vor, wie die Berteilung ftattzufinden hat. Wir ftellen uns ferner vor, daß man für die einzelnen Zwecke im Detret keine Summen nennen, fondern je nach den Bedürfniffen biefelben alljährlich bestimmen würde. Auch hat fich bas Bedürfnis herausgestellt, daß die Berwaltung des Altohol= zehntels nicht vier verschiedenen Direktionen anzuvertrauen fei, fondern es follte blog einer der BB. Regierungsrate

tonen, z. B. im Kanton Zurich, der Fall ift. 3ch danke Ihnen fur die Aufmerksamkeit, die Sie mir am Ende einer langen Seffion gezollt haben und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Regierungsrat gelingen werde, ein Dekret auszuarbeiten, das unsern Bunichen zu entsprechen geeignet ift. Ich denke kaum, daß man gegen unsern Antrag Opposition machen werbe. (Beifall.)

diese fruchtbare Arbeit besorgen, wie dies in andern Kan-

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrats. Es ist mir der Auftrag geworden, die Motion des Herrn Dr. Schwab zu beantworten und zwar in dem Sinne, daß der Regierungsrat glaubt, es sei beffer, dieselbe nicht erheblich zu erklären, hauptfächlich aus formellen Gründen. Die Ausführungen des herrn Schwab über manche Art und Weise der Berwendung des Alkoholzehntels muffen als durchaus zutreffend bezeichnet werden, und speziell was er über die Weiber= arbeitsanftalt gefagt hat. Nach Mitteilungen von Bersonen, die fich speziell mit der Aufficht in diefer Anstalt befaffen, geht beren Meinung dahin, daß fo ziemlich alle Mühe und Arbeit vergeblich fei. Es tam in ganz letzter Zeit vor, daß zwei Weiber am gleichen Tage, an dem fie ent= laffen wurden, eine in der Anstalt getroffene Berabredung ausführten, wie und wo fie neuerdings ein öffentliches haus errichten wollen. Ich bedaure nur, daß nicht eine größere Zahl Mitglieder des Großen Rates die Ausführungen des Herrn Schwab anhörten.

Allein in formeller Beziehung erachtet ber Regierungsrat die Motion nicht für empfehlenswert. beruht zunächst auf einem Brrtum. herr Schwab scheint der Unficht zu fein, der Beschluß von 1891 habe bleibende Bedeutung. Das ift nicht der Fall, sondern er wurde, wie der Eingang sagt, bloß für das Jahr 1891 gefaßt. In gleicher Weife hat dann der Große Rat Jahr für Jahr die Kredite neu ausgesett, und der Beschluß von 1891 hinderte nicht, Aenderungen in der Berteilung vorzunehmen. Der Regierungsrat ift nun ber Anficht, es sei besser, auch in Zukunft auf biesem Wege vorzugehen und nicht ein Dekret aufzustellen, das einem in dieser oder jener Richtung die Hände binden würde, namentlich beshalb, weil die Bedürsnisse nicht für alle Zeit die gleichen sind. Es würde also die freie Bewegung des Großen Kates, die er gegenwärtig hat, hindern, wenn man im Dekret die Berwendung des Alkoholzehntes für längere Zeit sixieren wollte. Es hindert das nicht, allfällige Uebelstände in der bisherigen Berteilung zu beseitigen und für diesen Zweck mehr, für einen andern weniger oder nichts zu geben. Allfällige Anregungen und Wünsche können am besten bei der Budgetberatung gemacht werden; nur wenn eine grundsätliche Streichung dieses oder jenes Postens gewünscht wird, ist vorher eine bezügliche Eingabe an die betressende Direktion und den Regierungsrat zu richten, es möchte bei der Budgetsberatung das und das geändert werden.

Es sind also wesentlich formelle Gründe, aus denen der Regierungsrat glaubt, es sei besser kein Dekret zu erlassen, sondern dem Großen Kate dis auf weiteres freie Hand zu behalten, diesenigen Kreditsummen auszusetzen, die er für gut sindet. Dazu kommt noch ein Motiv, das nämlich, daß der Ertrag des Alkoholzehntels durchaus kein ständiger ist. Im Budget pro 1894 ist, wie pro 1893, eine Summe von Fr. 110,000 aufgenommen; allein wie man vernimmt, wird der Zehntel diesmal etwas kleiner ausfallen. Dies ist ein Grund mehr, weshalb man gut thut, nicht in einem Dekret auf eine Summe abzustellen,

die eine veränderliche ift.

Dr. Schwab. Geftatten Sie mir, einiges zur Ent= gegnung anzubringen. Ich habe durchaus nicht gesagt, daß man in dem Dekret die Summe für jede Kategorie angeben folle. Ich habe im Gegenteil gefagt, die Ber-teilung muffe jedes Jahr neu festgestellt werben, da ja die Bedürfniffe jedes Jahr verschieden sein können. Allein grundsählich muß ein anderes Tableau aufgestellt werden, sonst entfällt aus dem Alkoholzehntel nichts auf die Schwachsinnigen und Epileptischen, die Knabenhorte, die Ferienversorgung zc. Diese Institute mussen in dem Tableau neben den andern Zweckbestimmungen genannt werden, damit die gemeinnütigen Bereine miffen, daß fie auf einen Beitrag Unspruch haben. Ich wünsche also einen allgemeinen Rahmen, d. h. keinen engen, wie er im Beschluffe von 1891 steht. Und dann hat Herr v. Steiger nichts gesagt von dem Dekret von 1888, wonach aus dem Alkoholzehntel wenigstens Fr. 25,000 für die Arbeitsanftalten berwendet werden muffen. Gegen eine folche Verschwendung erheben wir Protest. Diese Fr. 25,000 follen vor allem für die beffere Erziehung vermahrloster Rinder ausgegeben werden; man muß den Gemeinden hülfsmittel an die hand geben, damit fie folche Rinder in Unstalten oder bei tüchtigen Pflegeeltern plazieren können. Das kann man aber nur thun, wenn das Defret von 1888 abgeandert wird. Wenn der Berr Direktor des Innern einverstanden ist, so beschränke ich mich auf diese zwei Bunkte, der Regierungsrat sei eingeladen, eine andere Berteilungstabelle aufzustellen und zweitens die einleitenden Schritte zu thun, damit die erwähnten Fr. 25,000 im Minimum nicht mehr für die Arbeitsanftalten verwendet werden. 3ch denke, der Herr Direktor des Innern werde persönlich in dieser Frage mit uns einiggehen.

Demme. Ich möchte die Frage stellen: könnte man nicht eine Kommission bestellen, die Jahr für Jahr die Berwendung des Alkoholzehntels bestimmt? So wird es z. B. in Zürich gemacht. Muß man jedesmal, wenn man den Alkoholzehntel für etwas beanspruchen will, im Großen Kate einen Antrag stellen, so ist das kompliziert. Weshalb kann nicht eine Kommission das vordringen und jedes Jahr eine neue Aufstellung machen?

v. Steiger, Direktor bes Innern, Berichterstatter bes Regierungsrats. herr Demme macht eine gang neue Unregung, von der in der Motion tein Wort fteht. Und was die Streichung des Beitrags an die Arbeitsanstalten betrifft, fo muß ich in Bezug auf diefen Buntt die Beratung des Regierungsrates vorbehalten. Die Frauen-arbeitsanstalt steht unter dem Herrn Polizeidirektor, und ich mußte mich dagegen verwahren, daß man nun heute den Beschluß faßt, die Fr. 25,000 an die Frauenarbeits= anstalt sollen nicht mehr gegeben werden. Auch die Niedersetzung einer Rommission kann nicht im Sandum= breben beschloffen werden. Es ift das eine Rommiffion, welche teilweise in die Thätigkeit der Staatswirtschafts= kommiffion eingreift, die das Budget vorzuberaten hat, und deren Niedersetzung man daher nicht ohne eingehende Beratung beschließen kann. Sie sehen, es sind allerlei formelle Unebenheiten und Alippen vorhanden, über die man nicht hinwegkommt, wenn man auch in materieller Beziehung mit den Bestrebungen des Herrn Dr. Schwab einverstanden ift.

Präsibent. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, bei Behandlung einer Motion ganz neue Gesichtspunkte aufzustellen. Ein solcher neuer Gessichtspunkt ist die Anregung des Herrn Demme, in Bezug auf den er eventuell eine besondere Motion einreichen kann. Ebenso ist in der Motion nicht davon die Rede, daß der Beitrag von Fr. 25,000 an die Arbeitsanstalten in Zukunft nicht mehr ausgerichtet werden solle. Ich möchte die Herren ersuchen, sich an die Motion zu halten.

Dr. Schwab. Nur zwei Worte! Ich habe von einer einheitlichen Verwaltung gesprochen. Das ist ein höchst wichtiger Punkt, und wenn sie durch ein Dekret geschaffen ist, so wird nichts entgegenstehen, daß der Vorsteher der betreffenden Direktion eine Kommission zu Kate ziehe, ganz im Sinne der Anregung des Herrn Demme. Und was das Dekret von 1888 betrifft, so habe ich gesagt, dasselbe sei der Stein des Anstoßes. Wenn die Motion erheblich erklärt wird und der Regierungsrat sich mit der Sache besaßt, so wird er jedensalls dazu kommen, jenes Dekret abzuändern. Qui veut le dut, doit vouloir les moyens.

Steck. Wenn Sie die Motion erheblich erklären, so geht dieselbe zunächst an die Regierung zur Begutachtung. Der Inhalt des zu erlassenden Dekrets wird noch in keiner Weise beeinflußt, sondern Sie sagen bloß: die Frage des Erlasses eines Dekrets ist eine erhebliche Frage, über die sich die Regierung aussprechen soll. Und da halte ich nun wirklich dafür, die Frage betreffend Erlaßeines Dekrets sei durchaus gut begründet worden und es wäre nicht zu viel, wenn man ein solches Dekret erlassen

und auch eine eigene Kommission damit betrauen würde, die Berwendung des Alfoholzehntes zu regeln. Ich möchte Sie daher ersuchen, für die Erheblichkeit der Motion zu stimmen.

Zehnber. Ich möchte die Motion des Herrn Dr. Schwab ebenfalls nicht abweisen und namentlich eine gerechtere Berteilung des Alkoholzehntels wünschen. Ich konnte mir disher nicht erklären, weshalb nur die Kinder von Alkoholikern bei der Berteilung in Betracht kommen sollen, solche dagegen nicht, deren Bäter sich ehrlich durch die Welt schlagen und nicht Alkoholiker sind. Ich stimme daher für Erheblicherklärung der Motion.

Dürrenmatt. Bevor wir zur Abstimmung schreiten, möchte ich wünschen, daß die im Borsaal besindlichen Mitglieder hereingerufen werden; denn ich glaube, wir seien nicht mehr beschlußfähig.

Präsibent. Wird gegen die Abstimmung Einspruch erhoben?

v. Wattenwhl (Richigen). Ich verlange Abzählung; es find kaum mehr 70 Mitglieder anwesend.

Präsibent (nach Konstatierung der Beschlußunfähig= teit). In diesem Falle muffen wir wegen Beschlußun= fähigteit auseinandergehen. Es ist dies freilich tein schluß der Session.

Schluß der Sitzung und der Seffion um 12 1/2 Uhr.

Der Redacteur: Rud. Schwarz.

